

# Masterplan Umwelt

Boden



Wasser

Klima

Luft

Flora



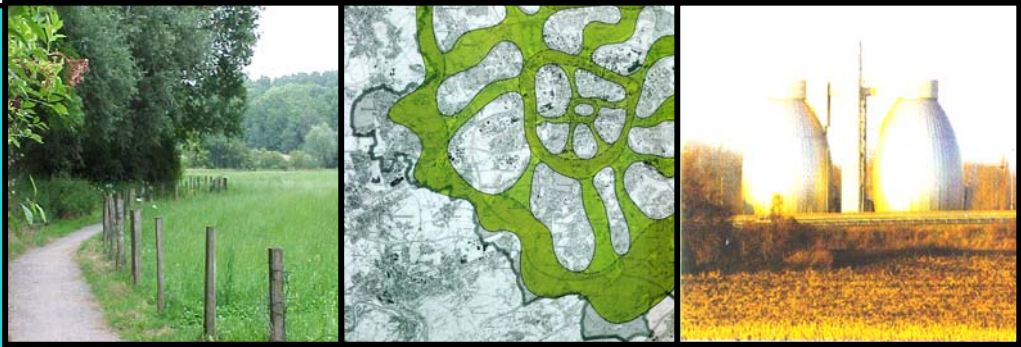
Fauna

Landschaft

Erholung

Umweltplanung

## INHALT



### Präambel

## 1 Umweltschutz und Umweltpolitik

- 1.1 Entwicklung des Umweltschutzgedankens
- 1.2 Umweltschutz in der Verwaltungsstruktur
- 1.3 Instrumente des Umweltschutzes
- 1.4 Umweltschutz heute

## 2 Umweltschutz in der räumlichen Planung

- 2.1 Umweltplan Dortmund
- 2.2 Landschaftsplanung
- 2.3 Naturschutzgebiete
- 2.4 Emscher Landschaftspark
- 2.5 Teilprojekte im Emscher Landschaftspark
  - 2.5.1 Phoenix Ost / West
  - 2.5.2 Landschaftsbrücke Phoenix
  - 2.5.3 Energieberg Dortmund
- 2.6 Umweltqualitätsziele und Flächennutzungsplan
- 2.7 Ökologischer Umbau des Emscher- und Lippesystems
- 2.8 Zukunftsvertrag Regenwasser
- 2.9 Neue Wege der Landwirtschaft im Ballungsraum
- 2.10 Grün in Dortmunder Wohnquartieren
- 2.11 Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung
  - 2.11.1 Rechtsentwicklung
  - 2.11.2 Planungspraxis
- 2.12 Ausgleichs- und Ersatzmanagement
- 2.13 Umweltfachbeiträge zu bedeutenden Einzelprojekten
  - 2.13.1 Güterverkehrszentrum Ellinghausen
  - 2.13.2 Napier Barracks
  - 2.13.3 Entwicklungsbereich Gneisenau
- 2.14 Ökobudget

## 3 Schutzgutbezogene Handlungsfelder

- 3.1 Saubere Böden – Sicherer Untergrund
- 3.2 Alte und aktuelle Deponien



- 3.3 Maßnahmen zum Gewässerschutz
- 3.4 Klimaschutz – CO<sub>2</sub>-Bilanz
- 3.5 Energiesparen in privaten und öffentlichen Gebäuden
- 3.6 Regenerative Energienutzung
- 3.7 Lärminderungsplanung
- 3.8 Mobilfunk
- 3.9 Artenschutz
- 3.10 Biotopschutz
- 3.11 Eingriff und Ausgleich im Natur- und Landschaftshaushalt
- 3.12 Das Heckrind-Projekt im Naturschutzgebiet „Im Siesack“
- 3.13 Fledermauskartierung in Dortmund

#### **4 Partizipation und Kooperation im Umweltschutz**

- 4.1 Umweltpreis Dortmund
- 4.2 Sauberes Dortmund
- 4.3 Ökoprotit Dortmund
- 4.4 Umweltinformationen für alle
- 4.5 Beteiligung am Umweltplan Dortmund
- 4.6 Fachveranstaltungen zum Masterplan Umwelt
- 4.7 Ehrenamtliches Engagement
- 4.8 Umweltbildung in Dortmund
- 4.9 Workshop „Fledermäusen auf der Spur“
- 4.10 Umweltschutz im Internet
- 4.11 Kooperationen mit der Landwirtschaft – Regionen aktiv
- 4.12 Umweltschutz und regionale Zusammenarbeit

#### **5 Perspektiven des Umweltschutzes**

- 5.1 Innovative Projekte des Umweltschutzes
- 5.2 Umweltpädagogik
- 5.3 Veranstaltungen zum Masterplan Umwelt
- 5.4 Agenda 21 - Bodenschutzprojekt
- 5.5 Ökoprotit
- 5.6 Umwelt und Arbeit

#### **Anhang**

## Präambel

Im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes für das Stadtgebiet Dortmund hat der Rat der Stadt Dortmund am 14.12.2000 auch die Erarbeitung von integrierten teileräumlichen Stadtbezirkentwicklungskonzepten und Masterplänen zu einzelnen Themen befürwortet. Diese beiden gesetzlich nicht normierten Planwerke sollen den formalen Flächennutzungsplanprozess begleiten und in geeigneter Weise den Dialog zwischen fachlich oder räumlich berührten Fachleuten und Interessengruppen sicherstellen. Insofern kann ein Masterplan flexibel auf die Bedürfnisse von Akteuren und auf festgestellte Handlungserfordernisse eingehen. Ein Masterplan ist ein Plan für Projekte und Perspektiven. Er baut Brücken und schafft Integration. Er beschreibt Möglichkeitsräume, Akteure und ihre Interaktionsfähigkeiten sowie sog. Win-Win-Situationen zwischen verschiedenen Akteuren. Er enthält die Aufforderung an die Stadtgesellschaft zum Mitmachen bei der Zukunftsgestaltung der Stadt.

Bei der Arbeit an der positiven Zukunft der Stadt Dortmund werden die unterschiedlichen Aktivitäten verschiedenster Akteure im Rahmen eines Masterplanes für das neue Dortmund gebündelt. Hierbei ist ein wesentliches Leitbild die Entwicklung Dortmunds als Oberzentrum in der Metropolregion Rhein-Ruhr und die weiterhin erfolgreiche Fortführung des Strukturwandels nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch im Hinblick auf die räumliche Situation und die Nutzungsstruktur in der Stadt. Daher kommen Beiträge aus den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge wie Wohnen, Arbeiten, Soziales, Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Städtebau.

Die Steuerung dieser Bereiche ist ureigene Aufgabe der Stadt und der verantwortlichen Entscheidungsträger. Daher wurden im Planungs- und Umweltdezernat seit dem Jahr 2001 insgesamt fünf Masterpläne zu den Themen Umwelt, Mobilität, Einzelhandel, Wirtschaftsflächen und Wohnen auf den Weg gebracht. Diese Masterpläne unterscheiden sich in ihrer Thematik und bei den beteiligten Akteuren, aber auch hinsichtlich des Erarbeitungsprozesses. Gemeinsam ist ihnen, dass sie dialogorientiert erarbeitet wurden und nach Art und Inhalt nicht durch Gesetze festgelegt sind. Allerdings stellen sie auch den Zusammenhang zur gesetzlichen Norm her, wenn es um die Behandlung einzelner Themen geht. Insofern ergänzen und flankieren Masterpläne das formelle Flächennutzungsplanverfahren.

Darüber hinaus bieten die Masterpläne eine hervorragende Plattform für die Herstellung von Öffentlichkeit in der Stadtgesellschaft. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des in der Stadt Dortmund laufenden Agendaprozesses. Angesprochen werden die verschiedenen Akteure aus Politik und Fachwelt, aus Institution und Verwaltung sowie aus der interessierten Bürgerschaft. Der Prozess bei der Bearbeitung eines Masterplans führt zu einer Kultur des Diskurses und zur Konsensfindung. Er schafft Transparenz und Verständigung.

Damit wird die städtische Politik zu den einzelnen Fachthemen auf eine breite Basis gestellt. Das Dortmunder Modell der Masterpläne ist mittlerweile weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und anerkannt. Insofern ist es nur konsequent, den Masterplanprozess in Dortmund fortzuführen.

# 1 Umweltschutz und Umweltpolitik

## 1.1 Entwicklung des Umweltschutzgedankens

Das Bemühen um die Erkenntnis und die Beachtung der Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt, zwischen Stadt und Natur ist so alt wie die menschliche Zivilisation selbst. Zu Beginn des zweiten Jahrtausends werden diese Wechselbeziehungen immer komplexer – Ausmaß und Geschwindigkeit dieser Wechselwirkungen erhöhen sich, die Erkenntnistiefe wächst immer schneller.

Ging es früher um meist örtlich begrenzte Fälle von Umweltverschmutzung von eher kurzfristigem Ausmaß und reversibler Natur, betreffen heutige Umweltprobleme viele Generationen und sind häufig, wenn überhaupt, nur langfristig korrigierbar.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde damit begonnen, die städtische Lebensumwelt sauberer und erträglicher zu gestalten. Umweltschutz bedeutete hier Kanalisation, städtische Hygiene und hohe Schornsteine. Die Lösungen von vorgestern wurden die neuen Probleme von gestern. Zur Bewältigung der Verschmutzung der Flüsse wurden Kläranlagen gebaut, geordnete Deponien entstanden zur Vermeidung von wilden Kippen, Lärmschutz für die Wohnbevölkerung entstand zur Reduzierung der Auswirkungen von Industrie- und Verkehrslärm und Immissionsschutz wurde betrieben durch wiederum höhere Schornsteine und erste Filteranlagen. An diesem Punkt ist besonders anschaulich nachvollziehbar, dass wiederum eine Problemverlagerung stattfand: der Schmutz der Städte wurde in größere Entfernungen verteilt. So begann eine weitere Phase des Umweltschutzes, die der Emissionskontrollen und Grenzwertbestimmung. In die 20er Jahre fallen im Ruhrgebiet die Gründung der Emschergenossenschaft und des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR), die sich zum einen um die geordnete Abwasserentsorgung, zum anderen um eine freiraumschützende Flächennutzungsverteilung über die regionalen Grünzüge kümmerten.

1965 forderte Willy Brandt den blauen Himmel über der Ruhr. Damit wurde der Umweltschutz in Deutschland auch zum politischen Gegenstand.

In der Stadt Dortmund gab es bereits in den 70er Jahren in der Stadtentwicklungsplanung mit dem Freiraumentwicklungsprogramm und dem Freiraumentwicklungsplan Vorgaben für eine ökologisch orientierte Flächennutzung.

Ende der 70er Jahre begann der Einstieg in die Landschaftsplanung, die verbindlich Schutz, Pflege und Entwicklung der Dortmunder Landschaft regelte.

In den 80er Jahren gab es weitere Ansätze, die Probleme umfassender zu begreifen und durch die Anerkennung stadtökologischer Zusammenhänge zu einer integrierten Umweltpolitik zu finden. Befördert wurden diese Ansätze durch ein immer stärker werdendes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung und massives Eintreten für Umweltbelange in Bürgerinitiativen. Auch kamen wesentliche Impulse aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Problemfällen. Bei einem ganzheitlichen stadtökologischen Ansatz ging es nicht mehr nur um Schadstoffbegrenzung. Mensch und Natur sollten nicht mehr getrennt betrachtet werden, Verflechtungen der Bezüge zwischen Stadt und Region, zwischen Land und Staaten sollten geachtet werden. Die stadtökologische Sichtweise verstand unter Stadt ein Ökosystem, also ein Wirkungsgefüge von Lebewesen und deren anorganischer Umwelt, welches positiv unterstützt zur Erhaltung und Entwicklung von gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen führt. Vor diesem Hintergrund entstand das Erfordernis, Umweltpolitik grundsätzlich auch auf Vorsorgeaspekte auszurichten.

Der Begriff „Ökologie“ (die Lehre vom Haushalt der Natur) wurde zum Modewort und fand eine fast inflationäre Verwendung. Dies stimmte die verantwortlichen Fachleute in Politik und Verwaltung eher nachdenklich, da oft konkrete Antworten auf die Frage, was ökologisch orientierte Planung bedeutete und welche Konse-

quenzen sich im Einzelfall daraus zu ergeben hätten, fehlten.

Für die Stadt Dortmund wurden die Grundsätze des ökologischen Stadtumbaus als generelle Leitlinie der städtischen Umweltpolitik beschrieben. Als Metropole im industriellen Ballungsraum galt es, in konsequenter Weise und Zug um Zug mit den hinterlassenen Erbschaften der Montan- und Schwerindustrie umzugehen und in einer Region mit dichtester Besiedlung und hohen Umweltbelastungen ökologische und städtebauliche Defizite abzubauen. Auch sollten weitere Verschlechterungen verhindert werden, wie sie beispielsweise durch den starken Nutzungsdruck auf die verbliebenen Freiräume zu entstehen drohten.

Ökologischer Stadtumbau beinhaltete eine wesentliche Forderung, nämlich die sektorale Sichtweise und die Summierung von Einzelentscheidungen zugunsten eines ressortübergreifenden Denkens fortzuentwickeln. Stadtökologie war zugleich Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Städtebaupolitik. Eine erste Umsetzungsstufe lag in der Entwicklung eines umfassenden stadtökologischen Informationssystems und darauf aufbauend in der Entwicklung stadtspezifischer ökologischer Qualitätsziele. Als zweite Umsetzungsstufe sollte dafür Sorge getragen werden, dass sich die Umwelt weder in ihrer Gesamtheit noch hinsichtlich einzelner Ressourcen verschlechtert und dass vorhandene Schädigungen der Umwelt abgebaut werden. Im einzelnen wurden folgende Handlungsfelder der stadtökologischen Politik beschrieben:

- Freiraumschutz, -sicherung und -entwicklung
- Verbesserung des Wohnumfeldes und Begrünung von vor allem dicht bebauten Stadtvierteln
- Abbau der Schadstoff- und Lärmbelastung durch KFZ-Verkehr
- Abbau der Immissionsbelastung in Gemengelagen
- Senkung der Emissionen im städtischen Verdichtungsraum
- Abfallvermeidung und Abfallverwertung
- Sparsamer Umgang mit Wasser, Schutz der Trinkwassereinzugsgebiete und weitgehende Abwasserklärung

Zeitgleich mit diesen kommunalen Bemühungen sah die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Erneuerung der Industrielandschaft und die Bewältigung des Strukturwandels in ökologisch und sozialverträglich angemessener Weise als eine ihrer zentralen Aufgaben an. Im Mai 1988 wurde der Beschluss zur Durchführung des Projektes „Internationale Bauausstellung Emscher Park“ (IBA) gefasst. Die IBA baute auf die Erfahrung, dass für ein ökonomisch wirksames Handeln die Region im nationalen und internationalen Vergleich Standortvorteile genießt, die eine hohe Umweltqualität, soziale Stabilität und kulturelle Vielfalt aufweisen können. Das im September 1989 verabschiedete Memorandum definierte sieben Leitaufgaben:

- Wiederaufbau der Landschaft
- Ökologische Verbesserung des Emscher-Systems
- Rhein-Herne-Kanal als Erlebnisraum
- Industriedenkmäler als Kulturträger
- Arbeiten im Park
- Neue Wohnformen und Wohnungen
- Neue Angebote für soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten

Die Überlegungen in Dortmund zur ökologischen Stadtentwicklung und deren Ausgestaltung in den einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge trafen sich mit den Maßstäben und Schwerpunktthemen der IBA.

In den 90er Jahren erhielten ökologische Fragestellungen mit dem Begriff der nachhaltigen Stadtentwicklung eine neue Dimension. Die Ergebnisse der UN-Konferenzen für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 und in Istanbul 1996 sowie die Überlegungen zur Agenda 21 bildeten die Grundlagen für die Diskussion der Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit. Vor dem Hintergrund „altbekannter“ Umweltprobleme, die nun auch verstärkt eine globale Sichtweise erhielten, und der Erkenntnis, dass der Flächenkonsum für Siedlungszwecke, wirtschaftliche Standortkonkurrenzen und Mobilitätsansprüche weiter wuchsen, entwickelten sich Vorstellungen, Ressourcenschutz und Umweltverträglichkeit Priorität einzuräumen. Dabei sollten ökonomische und soziale Aspekte nicht primär als Ziel verstanden werden, sondern eher als wichtige Randbedingung bei der Einlösung des Leitbildes der Nachhaltigkeit.

Die Wechselwirkungen zwischen örtlichen Maßnahmen und globalen Zielen und Wirkungen rückten zwar mehr in den Vordergrund, doch bleiben die Konflikte auf örtlicher Ebene dieselben. Politische Entscheidungen stehen nach wie vor in dem Spannungsfeld, dass ökonomische und soziale Aspekte den Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung befördern können, ihn aber auch erschweren und behindern.

## 1.2 Umweltschutz in der Verwaltungsstruktur

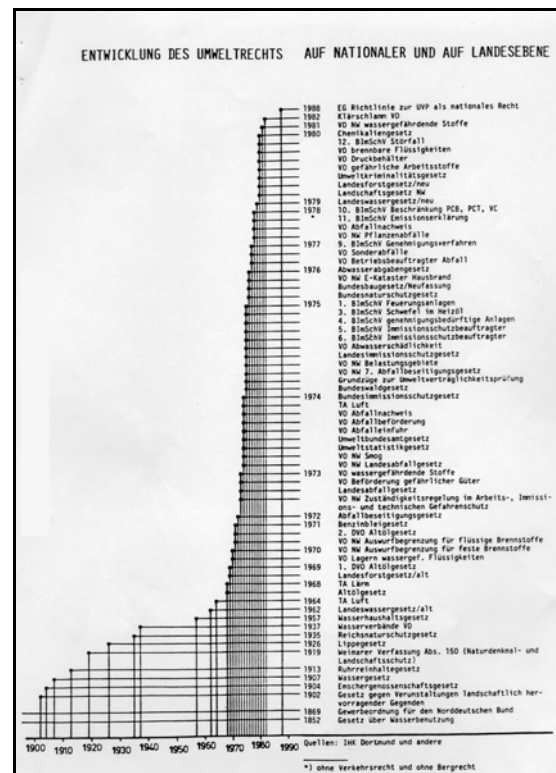
Nach der Wiederaufbauphase kam es langsam zum Aufbau von Umweltschutzstrukturen in der Behördenlandschaft. Bis ca. 1970 finden wir die Bereiche Boden, Wasser, Luft und Natur in der Behördenstruktur der Stadt Dortmund an unterschiedlichen Stellen mit eindeutig hoheitlicher Aufgabenwahrnehmung wieder.

Den ersten Schritt gab es im Jahre 1984 durch die Bildung einer Umweltschutzabteilung in der Stadtverwaltung. Hier wurden ordnungsrechtliche Aufgaben des Wasser- und Abfallrechtes, der Altlastensanierung und des Arten- und Baumschutzes wahrgenommen. Wesentliche Anstöße zur Entwicklung einer größeren „Verwaltungseinheit Umweltschutz“ waren die seit 1981 dramatischen Ereignisse in Dorstfeld-Süd (Entwicklung einer Wohnbaufläche auf Altlasten), die einerseits keinen Anlass gaben, der Dortmunder Umweltpolitik einen guten Start zu beschern, andererseits sehr deutlich werden ließen, dass Umweltschutz integrativ gesehen und praktiziert werden musste. Dieser Antrieb von außen wurde flankiert von einem Impuls, der aus den inneren Strukturen und inhaltlichen Zielsetzungen von Verwaltung und Politik entstand. Darüber hinaus war mit der wachsenden Sensibilität der Bevölkerung umzugehen.

In den 80er Jahren wurde bundesweit damit begonnen, den Umweltschutz in den Städten und Gemeinden konzeptionell zu untermauern. Dies hing u.a. damit zusammen, dass mit den sicht- und spürbaren Umweltbeeinträchtigungen und Schäden eine umfängliche Umweltschutzgesetzgebung entstand. Neben der Fortentwicklung des Immissionsschutzrechtes

wurden das Natur- und Landschaftspflegerecht, das Wasser-/Abwasser- und Abfallbeseitigungsrecht ausdifferenziert sowie das Planungs- und Baurecht erweitert.

Abgesehen von der Erfüllung traditioneller Aufgabenfelder im Polizei- und Ordnungsrecht ergab sich für alle Städte ein umfassendes neues Aufgabenspektrum, für das organisatorische Voraussetzungen und personelle Ausstattungen geschaffen werden mussten. In den Kommunen waren die Aufgaben organisatorisch sehr unterschiedlich geregelt. In größeren Städten wurden für diese Aufgabenwahrnehmung verschiedene Organisationsregelungen entwickelt: das eigene Umweltdezernat, der Umweltschutzbeauftragte, Stabstelle für Umweltschutz meist in direkter Anbindung an den Stadtdirektor, Arbeitsgruppe Umweltschutz und Umweltamt.



Entwicklung des Umweltrechts

In Dortmund entschied sich der Rat der Stadt am 5.12.1985 für die Einrichtung eines Umweltamtes, welches dem Planungsdezernat zugeordnet wurde. Damit passierte eine deutliche Weichenstellung der Umweltschutzarbeit in Richtung vorsorgender Umweltplanung. Neben den planerisch vorsorgenden Aspekten stand bei allem das Bemühen im Vordergrund, die gesamte Kompetenz der Verwaltung in Umwelt-

fragen zu bündeln. Die neue Einheit sollte ab Februar 1986 sachkundig und kommunikativ Probleme lösen.

Das Umweltamt entwickelte sich in seiner funktionalen Struktur, nachdem eine intensive Auseinandersetzung über das Aufgabenverständnis und die sich daraus ergebenden Aufgabenfelder in der Kommunalpolitik erfolgt war. Die damaligen Ziele waren:

- Die Auseinandersetzung mit den Umweltsünden der Vergangenheit, d.h. mit der übermäßigen Beanspruchung der natürlichen Ressourcen, also **Umweltreparatur und Umweltsanierung**.
- Die Bewältigung der gegenwärtigen Probleme durch volles Ausschöpfen aller gesetzlichen Möglichkeiten, Entwickeln von Konzepten, die vom bloßen Reagieren zum umweltbewussten Agieren führten. Diese bedeuteten **Umweltschutz, Umweltkontrolle und Gefahrenabwehr**.
- Es galt, für zukünftige Generationen unsere Umwelt als Lebensraum für Mensch, Tiere und Pflanzen in ihren vielfältigen Wechselbeziehungen zu erhalten, zu schützen und zu pflegen. Damit war das Prinzip der **Umweltvorsorge und Umweltplanung** angesprochen.

Im einzelnen ergab sich für das Umweltamt eine Organisationsstruktur, die die Umsetzung der o.g. Ziele bestmöglich gewährleistete. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen setzten sich mit ihren Qualifikationen aus unterschiedlichen fachtechnischen Disziplinen und Verwaltungsbereichen zusammen und konnten so in interdisziplinärer Arbeitsweise die Aufgabenstellungen bewältigen. 1987 hatte das Umweltamt bereits 49 Mitarbeiter, 1995 92 (abs.), die sich in den darauf folgenden Jahren zeitweise auf über 100 erhöhten. Das Stadtamt 60 entwickelte sich zu einer Einrichtung, die zukunftsweisend Umweltschutz und Umweltplanung praktizierte.

Das Umweltamt in dieser Struktur hat sich mit Blick auf die damals zu bewältigenden Aufgabenstellungen bewährt und hat über lange Jahre ein hohes Qualitätsniveau des Umwelt-

schutzes in Dortmund ermöglicht. So konnte beispielsweise für den Bereich Bodenschutz der Altlastendiskussion in der Stadt der Schrecken genommen werden, indem das Thema und seine einzelnen Bestandteile systematisch aufbereitet wurden. Dies erfolgte aus der Kraft und mit dem fachtechnischen Know-how der Verwaltung, da die Lösungssuche bei diesem aktuellen Thema zur damaligen Zeit einer wissenschaftlichen Unterstützung entbehren musste. Hier kamen die Impulse einer wissenschaftlichen Erkenntnissuche aus der Erfahrung in der Praxis. Noch bevor 1986 das Land NRW die systematische Erfassung von Altstandorten und Ablagerungen gesetzlich im Landesabfallgesetz regelte, erschien im November 1985 die erste Dortmunder Altlastenkarte.

Auch bei den sich seit dieser Zeit immer wieder geänderten Rahmenbedingungen und neuen Aufgabenfeldern und Arbeitsschwerpunkten (Emscherumbau, Klimaschutz, Umweltqualitätsziele, Landschaftsplanung, etc.) ist das Umweltamt in seiner strukturellen Konzeption in der Lage, Lösungen und Antworten auf fachtechnische Probleme zu finden. Mit Rückblick auf die Arbeit lässt sich ebenfalls festhalten, dass über die gesetzlich der Kommune zugewiesenen Aufgaben hinaus immer wieder Anforderungen an das Umweltamt gerichtet werden. Nämlich dann, wenn im umweltrelevanten Bereich die Interessen der Stadt berührt sind und eine fachlich fundierte Position politisch formuliert werden soll. In derartigen Fällen (z.B. Kupferschlacken auf Sportplätzen, Dioxin-Problematik, Kunststoffeinsatz in Hochöfen) kann das fachliche und wissenschaftliche Know-how effektiv genutzt werden.

### 1.3 Instrumente des Umweltschutzes

Seit Beginn der achtziger Jahre wurde das vorhandene und zu entwickelnde Instrumentarium im Bereich des Umweltschutzes diskutiert. Fachleute aus dem Umweltbereich wie auch Beteiligte aus anderen Bereichen suchten nach Möglichkeiten einer vernünftigen und abgestimmten instrumentellen Verankerung des Umweltschutzes in gesetzlichen Aufgabenbereichen und freiwilligen Arbeitsfeldern.

Besonders war zu dieser Zeit das Instrument der Umweltverträglichkeitsprüfung in der Dis-

kussion, geprägt durch die voranschreitende sichtbare Umweltbelastung und durch Gedanken und Zielvorstellungen zum vorbeugenden Umweltschutz und zur Umweltgüteplanung. Eine formelle gesetzliche Verpflichtung gab es allerdings erst durch das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG 1990), welches auf die Richtlinie des EG-Ministerrates über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten vom 27.06.1985 zurückging.

In Dortmund hat der Rat der Stadt am 11.12.1986 die Entwicklung einer auf die Dortmunder Situation abgestimmten UVP-Konzeption als verbesserte Entscheidungsgrundlage für die Kommunalpolitik und als Verwaltungsinstrument zur Informationspflege, Koordinierung, Konsensfindung und umweltbewussteren Planentwicklung beschlossen. Weitergehend sollte im Interesse der Umweltvorsorge geprüft werden, auf welche Aufgabenbereiche die UVP mit modifizierten Ansätzen gleichfalls eingesetzt werden sollte.

Als grundlegendes Entscheidungs- und Handlungsinstrument ökologischer Stadtentwicklung wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung als Dortmunder Modell eingeführt, nachdem der Stand der Einführung der kommunalen UVP in vergleichbaren Großstädten analysiert und ausgewertet worden war. Die Umweltverträglichkeitsprüfung stellte ein Verfahren dar, welches die voraussichtlichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Umwelt ermittelte und in ihrer Bedeutung für die Entscheidungsfindung einschätzte, darstellte und bewertete. Damit wurde ein stärkerer Stellenwert der Umweltbelange im Abwägungsvorgang erreicht.

Zu Beginn der Modellentwicklung gab es mit den berührten planenden Ämtern viele Diskussionen, und es war eine große Skepsis gegenüber den anvisierten Möglichkeiten der Umweltverträglichkeitsprüfung festzustellen. Die Idee eines arbeitsteiligen Ansatzes führte zur Entwicklung eines Modellvorschlages, welcher intensiv in einem interaktiven Prozess und mit externer Begleitung entwickelt und danach einer Erprobungsphase unterzogen wurde. In der Zeit von Juni 1986 bis Juni 1987 wurde das Dortmunder UVP-Modell er-

arbeitet, bei dem auch externe Fachleute und Experten sowie die Naturschutzverbände und der Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde einbezogen wurden.

Lange vor den gesetzlichen Regelungen hat das Umweltamt die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung als Regelverfahren entwickelt. Nach Auswertung einer Erprobungsphase wurden die Anwendungsfelder im kommunalen Arbeitsbereich wesentlich ausgeweitet. Die Umweltverträglichkeitsprüfung in Dortmund war somit eine frühe und deutschlandweit führende Antwort auf das immer dichter werdende Netz umweltbezogener Verordnungen und Gesetze, die das systematische Abprüfen von Umweltschutzbelangen für Planungen und Planverfahren immer stärker einführen und obligatorisch werden ließen. Als gesetzliche Meilensteine in diesem Sinne sind das Bundesnaturschutzgesetz, das Bundesbaugesetz/Baugesetzbuch und das Landschaftsgesetz NRW zu betrachten.

#### **1.4 Umweltschutz heute**

Der Umweltschutz hatte in den vergangenen Jahren in Politik und Stadtgesellschaften keinen unumstrittenen Stand. In der Kommunalpolitik treten Themen wie soziale Sicherheit und Arbeitslosigkeit in den Vordergrund. In manchen Städten wird die Abschaffung zentraler Umweltressorts diskutiert. Die einen halten die bisherigen Bemühungen im Umweltschutz für ausreichend und die Aufgaben für erledigt. Andere sehen die Berücksichtigung des Umweltschutzes immer noch als Belastung. Wiederum andere sehen erst den Anfang einer umfänglichen Umweltpolitik. Die widersprüchlichen Haltungen führen zu einer subjektiven Herabsetzung des Themas Umweltschutz in den Kommunen.

Stellt man die Frage, was erreicht wurde, wird deutlich, wo wir heute stehen: ist der lokale Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre vollendet?, ist der Flächenverbrauch eingedämmt?, sind die Gewässer als Lebensmittel und Lebensräume geeignet?, hat die Lärmbelastung abgenommen?, sind unsere Böden für unsere Ernährung gut geeignet?, usw..

Diese nicht abgearbeiteten Aufgaben sind allerdings oft nicht allein mit den Organisations- und Arbeitsstrukturen in Umweltbehörden zu erledigen.

gen. Dennoch bleibt aktuell ein Aufgabenspektrum, welches sich weiterhin um Kernfragen auf kommunaler Ebene kümmern muss und den lokalen Beitrag im globalen Zusammenhang erbringen muss.

In Dortmund wird der Umweltschutz als wichtige kommunalpolitische Aufgabe im Dienste der Bürger begriffen und weiterbetrieben. Im Zusammenhang mit dem Strukturwandel und der Entwicklung neuer Arbeitsplätze übernimmt er darüber hinaus als Standortfaktor wesentliche und grundlegende Beiträge für die gesamtstädtische Entwicklung.

Mit Hilfe des hier vorgelegten Masterplans werden generelle Ziele und Einzelziele im Umweltschutz dargestellt sowie Vorstellungen und Maßnahmen entwickelt, deren Umsetzung gewährleistet werden soll. Damit steht das Umweltamt weiterhin vor Herausforderungen im kommunalen Umweltschutz, um die Ziele einer nachhaltigen und tragfähigen Entwicklung der Stadt umzusetzen.

Das Umweltamt bündelt in seinen Sonderordnungsbehörden die Bereiche Natur- und Landschaft, Grund- und Oberflächenwasser, Abfall und Bodenschutz. Wichtige Fachaufgaben wie der Klima- und Immissionsschutz werden ebenfalls wahrgenommen. Überdies ist das Umweltamt heute mehr denn je wichtige Serviceeinheit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, Ansprechpartner und Vertragspartner für Unternehmen, für andere Ämter und für die Politik. Neben den ordnungspolitischen Aufgaben stehen Planung, Beratung und Aufklärung in wichtigen Umweltfragen im Vordergrund. Hinzu kommen die Aufgaben des Umweltamtes als Kooperationspartner für Bürger, Wirtschaftsunternehmen und Institutionen sowie Schulen.

Handlungsgrundsätze des bürgerorientierten Umweltamtes mit Ausrichtung auf die tragfähige Entwicklung der Stadt sind somit

- **die strategische Steuerung:**  
Bei einer umfassenden Aufgabe wie der des Umweltschutzes ist die strategische Steuerung durch das Aufstellen und die Ausrichtung der täglichen Arbeit auf strategische Ziele von besonderer Wichtigkeit.

So müssen die Ziele des Umweltschutzes benannt werden und in Bezug zu den anderen Zielvorstellungen der Fachbereiche gesetzt bzw. integrativ entwickelt werden.

- **Aufklärung und Umweltbildung sowie Beratung und Dienstleistung im Vollzug der Gesetze:**  
Die kommunale Umweltverwaltung ist auf dem Weg, die Art der Aufgabenwahrnehmung zu ändern. Sie versteht sich mehr und mehr als Dienstleistungseinrichtung und Kooperationspartner sowie als Initiator für das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaftsunternehmen, Institutionen und Politik.
- **Kompetenzbündelung:**  
Die Zusammenführung von interdependenten Wissensbereichen und dem zugehörigen Know-How stellt eine wichtige Voraussetzung bei der zukunftsgerichteten Aufgabenerledigung dar.
- **Schnittstellenminimierung:**  
Die effiziente Wahrnehmung der Aufgaben einer modernen Umweltverwaltung setzt voraus, dass die Schnittstellen auf das absolut notwendige Mindestmaß begrenzt werden. Jede zusätzliche Schnittstelle erschwert den Informationsfluss, erhöht Reibungsverluste und bringt zusätzliche Abstimmungs- und Koordinationsprobleme mit sich. Letztlich erhöhen sich mit der Anzahl der Schnittstellen auch die Kosten. Dies spricht für einen Fortbestand der Bündelung der Umweltmedien unter einem Dach.
- **Transparenz von Entscheidungen und Abwägungskultur:**  
Wichtig ist, Entscheidungen und deren Zustandekommen für die Bürger transparent zu machen und die für oder gegen eine Entscheidung sprechenden Argumente offen zu legen.
- **Neue Kooperationsmodelle einsetzen und fortentwickeln:**  
Der Einsatz und das weitere Erproben neuer Kooperationsmodelle muss unter dem Aspekt der Bürgerorientierung, der generellen Öffnung der Verwaltung, der Bündelung von

Kräften und des Suchens nach Allianzpartnern praktiziert werden.

- **Internationale Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung:**

In Zeiten der Globalisierung, in denen Länder an Bedeutung verlieren, ist eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe, die Bedeutung des Gemeinwesens vor Ort herauszustellen und der Stimme der Kommune und ihrer Belange auch im internationalen Kontext Gehör zu verschaffen. Hier ist an nationale und internationale Zusammenschlüsse gedacht. Aktivitäten

wie die Agenda 21 haben bewiesen, wie lokales Handeln in globale Zusammenhänge eingebunden werden kann.

Bei der Berücksichtigung aller dieser Grundsätze ist der Umweltschutz in der Stadt Dortmund weit vorangeschritten und realisiert diese bereits in vielfältiger Form. Der Masterplan Umwelt zeigt dies und enthält Perspektiven für die weitere Vorgehensweise. Damit gibt er einen umfassenden Beitrag bei der umweltorientierten Mitgestaltung einer zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt Dortmund.

## 2 Umweltschutz in der räumlichen Planung

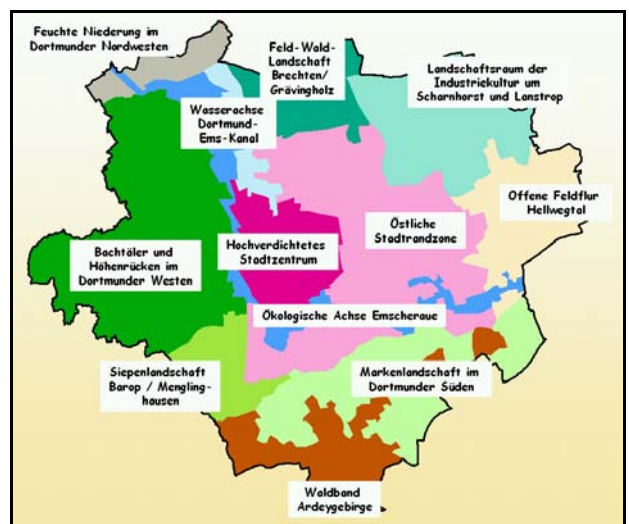
### 2.1 Umweltplan Dortmund

Zurzeit findet in Dortmund ein tiefgreifender Strukturwandel von der montan-industriell geprägten Großstadt zur modernen Einkaufs- und Dienstleistungsmetropole statt. Der Strukturwandel wird begleitet von veränderten gesellschaftlichen Werthaltungen, gestiegenen Mobilitäts- und Freizeitbedürfnissen, wachsenden und sich ausdifferenzierenden Anforderungen an die Qualität von Wohn- und Wirtschaftsstandorten und öffentlichen Infrastrukturen sowie von sich ändernden normativen Rahmenbedingungen (Novellierung BauGB, UVPG und BNatSchG). Diese wirken sich insgesamt, wenn auch teilweise widersprüchlich, auf die Anforderungen an die Qualität der Umweltbedingungen in der Großstadt aus.

Im Ergebnis erfordert dies eine gegenüber früheren Zeiten erhöhte Wertschätzung von Umweltschutz und Umweltvorsorge in der Stadtentwicklung. Die Veränderung der Rahmenbedingungen und der Zielvorstellungen spiegelt sich in den programmatischen Zielsetzungen zur Umweltvorsorge und zur nachhaltigen Entwicklung wider. Sie konkretisiert sich z.B. in der erklärten Zielperspektive der Stadt Dortmund zur Fortführung einer ökologisch orientierten Freiraumentwicklung als Grundlage einer hohen Lebensqualität. Ökologisch, sozial und kulturell bedeutsame Grünzüge, Parks, öffentliche Grünanlagen und andere Stadträume sollen in ein städtisches Freiraumverbundsystem eingebunden werden, welches wiederum Ausgangspunkt eines regionalen Landschaftsverbundes sein kann. Die Möglichkeiten, die die brachgefallenen Flächen der Montanindustrie für die Schließung von Lücken im Freiraumverbundsystem beinhalten, sollen dabei besonders genutzt werden.

Die Operationalisierung der Leitlinie zukunftsbeständiger und nachhaltiger Stadtentwicklung bedarf eines geeigneten Steuerungsinstrumentariums, mit dem diese ökologischen Qualitätsanforderungen systematisch und nachvollziehbar in den langfristigen Zukunftsplan der Dortmunder Stadtentwicklung integriert werden können.

Der Umweltplan ist ein solcher Baustein für die Stadt- und Umweltplanung. Er nutzt zunächst die vorhandenen umweltrelevanten Informationsgrundlagen, wertet sie aus, ergänzt und aktualisiert sie und führt sie planungsorientiert zusammen. Er schafft damit eine rationale Steuerungsgrundlage in Kenntnis der maßgeblichen stadtoökologischen Ausgangsbedingungen und Zielsetzungen. Der Umweltplan versteht sich somit als Arbeits-, Planungs- und Entscheidungsgrundlage für die kommunalen Akteure in der Planung und Projektentwicklung, für die Politik und die Fachöffentlichkeit sowie für die Bürgerschaft.



*Raumeinheiten für die Entwicklung von Umweltzielen*

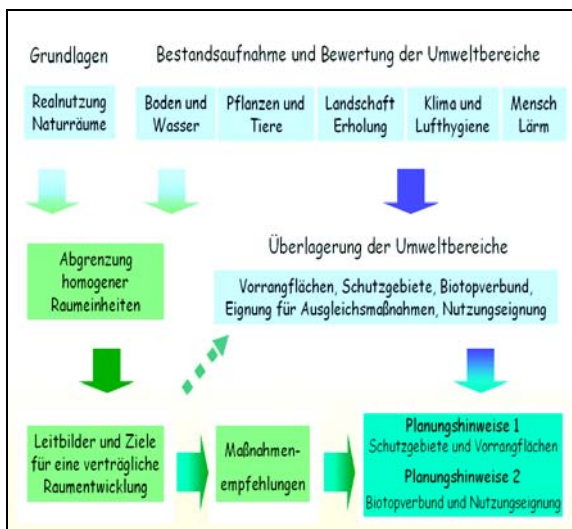
Der Umweltplan bildet eine flächendeckende überblickshafte Informations-, Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage darüber, welche Räume bzw. Standorte im Stadtgebiet aus ökologischer Sicht gut, eingeschränkt oder gar nicht für bestimmte Raumnutzungen geeignet sind, bzw. wo und wie räumliche und ökologisch-funktionale Vorrangflächen entwickelt werden sollen. Er gibt zudem an, ob aus umweltfachlicher Sicht bestimmte Restriktionen oder Gestaltungsmaßnahmen bei der künftigen Entwicklung der Standorte beachtet werden sollten.

Historisch gewachsene Unverträglichkeiten der städtischen Bodennutzung werden ebenso deutlich wie potenziell zu erwartende Umweltkonflikte bei bestimmten Nutzungsabsichten; bei vergleichender Betrachtung wird das umweltrelevante Konfliktpotenzial von Standorten ablesbar. Mögliche Auswirkungen von geplanten Vorhaben auf Pflanzen und Tiere, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft sowie den Menschen werden erkennbar. Der Umweltplan schafft damit bereits eine wesentliche Grundlage für die ab Mitte 2004 anzuwendende Strategische Umweltprüfung auf der Ebene des Flächennutzungsplans.

Als räumliches Umweltzielkonzept ist der Umweltplan ökologischer Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan. Er hat darüber hinaus Bedeutung für die Neuaufstellung bzw. Fortschreibung des Gebietsentwicklungsplans, für die integrierten Stadtbezirkentwicklungs-konzepte und stadtbedeutsamen Projektentwicklungen. Er stellt des Weiteren eine eigenständige informelle Fachplanung dar. Er wurde so konzipiert, dass er dem prozesshaften Charakter und den Änderungserfordernissen verschiedener Planverfahren Rechnung tragen kann und in das Umweltinformationssystem der Stadt Dortmund integrierbar ist.

Der Umweltplan bildet zudem eine notwendige Ergänzung zum heutigen Landschaftsplan und eine wichtige Grundlage für die Fortschreibung der Landschaftsplanung, die in Nordrhein-Westfalen nur im baulichen Außenbereich greift und schwerpunktmäßig auf den Arten- und Biotopschutz sowie den Landschaftsschutz abstellt, die abiotischen Umweltfaktoren (Boden, Wasser, Klima, Lufthygiene) jedoch nur nachrangig berücksichtigt. Mit Blick auf die planungsrechtliche Eingriffsregelung (§ 1a Abs. 2 und 3 BauGB) leitet der Umweltplan auf naturschutzfachlicher Basis Empfehlungen ab zu Räumen, in denen schwerpunktmäßig Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden sollten sowie zur Art geeigneter Kompensationsmaßnahmen.

Schließlich leistet der Umweltplan einen Beitrag zur Konkretisierung und Qualifizierung der Dortmunder Umweltqualitätsziele und einen Beitrag zum Konzept einer kommunalen Naturhaushaltswirtschaft.



*Ziele und Planungshinweise - Vorgehensweise*

## 2.2 Landschaftsplanung

Gemäß § 1 des Landschaftsgesetzes von Nordrhein-Westfalen sind Natur und Landschaft im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, dass

1. die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
3. die Pflanzen- und Tierwelt sowie
4. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft

als Lebensgrundlagen des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung in Natur und Landschaft nachhaltig gesichert sind.

Für die unbesiedelten Bereiche (baulicher Außenbereich und Bereiche außerhalb rechtsgültiger Bebauungspläne) übernimmt der Landschaftsplan die o. g. Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege, indem er wertvolle Naturbereiche und Biotope sichern, den Freiraum vor ungeordneten Eingriffen schützen, Landschaftsschäden beheben und die Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft durch geeignete, ökologisch wirksame Maßnahmen verbessern soll. Dies geschieht durch ein Netzwerk von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen.

Dabei erstreckt sich der Geltungsbereich des Landschaftsplanes nur auf die Landschaft und ihre Bestandteile innerhalb des baulichen Außenbereiches (Freiraum) im Sinne des Bauplanungsrechts (räumlicher Geltungsbereich).

Aufgrund der Größe des Stadtgebietes gibt es in Dortmund drei Landschaftspläne, nämlich Dortmund-Nord (Stadtbezirke Mengede, Eving und Scharnhorst; rechtsverbindlich seit dem 30.11.1990), Dortmund-Mitte (Stadtbezirke Lütgendortmund, Huckarde, Innenstadt-West, Innenstadt-Nord, Innenstadt-Ost, Brackel; rechtsverbindlich seit dem 19.01.1996) und Dortmund-Süd (Stadtbezirke Hombruch, Hörde und Aplerbeck; rechtsverbindlich seit dem 19.04.2002).

Bestandteile der Landschaftspläne sind

- Entwicklungskarte (Karte der Entwicklungsziele);
- textliche Darstellungen sowie Erläuterungen;
- Festsetzungskarte;
- textliche Festsetzungen sowie Erläuterungen.

### Beispiele für Entwicklungsziele:

#### Entwicklungsziel 1: **Erhaltung**

Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft.

#### Entwicklungsziel 2: **Anreicherung**

Anreicherung einer im ganzen erhaltungswürdigen Landschaft mit naturnahen Lebensräumen und mit gliedernden und belebenden Elementen.

#### Entwicklungsziel 3: **Wiederherstellung**

Wiederherstellung einer in ihrem Wirkungsgefüge, ihrem Erscheinungsbild oder ihrer Oberflächenstruktur geschädigten oder stark vernachlässigten Landschaft oder Wiederherstellung einer Landschaft nach Durchführung eines geplanten Eingriffes.

### Beispiele für Festsetzungen:

#### **Besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft**

- Naturschutzgebiete,
- Landschaftsschutzgebiete,
- Naturdenkmale,
- Geschützte Landschaftsbestandteile;

#### **Zweckbestimmungen für Brachflächen**

- Natürliche Entwicklung,
- Pflege,
- Bewirtschaftung in bestimmter Weise;

## Entwicklungs-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen

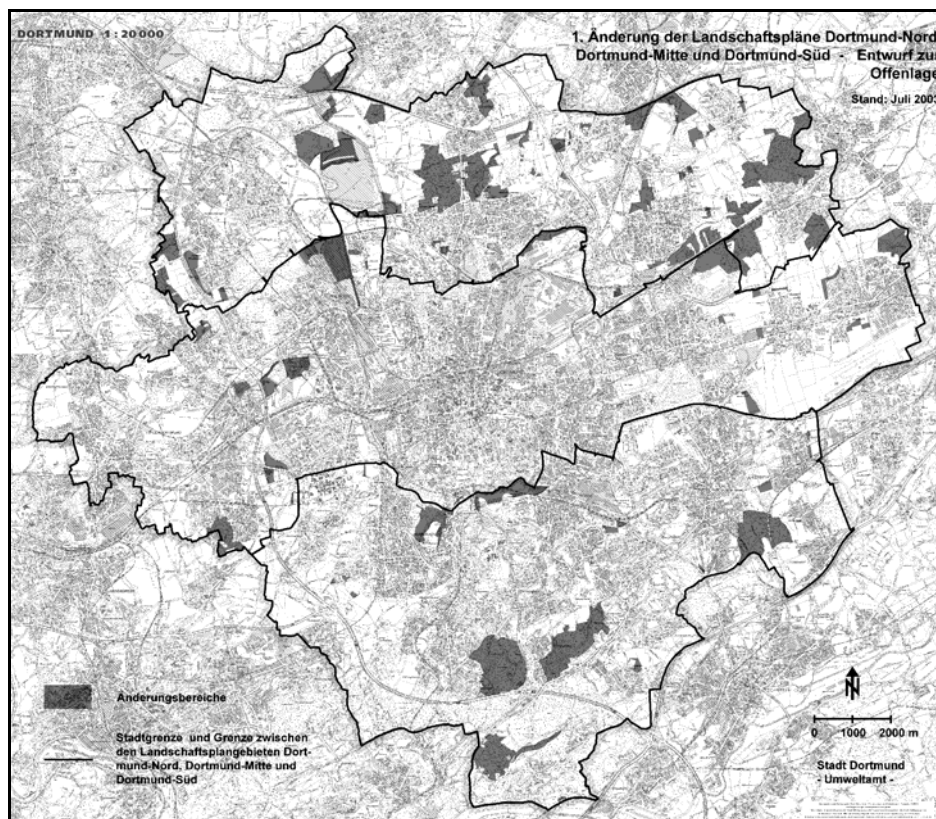
- Anlage, Wiederherstellung und Pflege naturnaher Lebensräume (Waldrandentwicklung, Entwicklung und Pflege eines unbewirtschafteten Saumes, Entwicklung von Ackerrandstreifen),
- Anlage von Feuchtbiotopen,
- Naturnahe Umgestaltung von Bachläufen,
- Pflegemaßnahmen,
- Anpflanzungen von Baumreihen, Gehölzen und Ufergehölzen, Hecken, Flurgehölzen und Schutzpflanzungen,
- Bau von Amphibienschutzanlagen,
- Bau von Wanderwegen.

Die zur Zeit im Verfahren befindliche Änderung der Dortmunder Landschaftspläne hat nicht eine inhaltliche Neubearbeitung zum Ziel sondern deren Anpassung an

- die geänderten Ziele und Vorgaben des Gebietsentwicklungsplanes, insbesondere an die Bereiche zum Schutz der Natur,
- die geänderten Darstellungen des neu aufzustellenden Flächennutzungsplanes.

Die vorgenommenen Änderungen betreffen zum einen die Rücknahme von geschützten Teilen von Natur und Landschaft (in der Regel Landschaftsschutzgebiete) infolge Ausweitung von Baugebieten, zum anderen aber auch die Ausweitung von Schutzgebieten u.a. aufgrund von Freiraumrückgewinnung. Insbesondere können die Naturschutzgebiete im Zuge der F-Plan-Neuaufstellung aufgrund der neuen Fachkonzeption des Naturschutzes (Biotopverbundsystem, Umweltplan) und der Vorgaben des Gebietsentwicklungsplanes wesentlich erweitert werden.

Die Karte zeigt die Bereiche, die im Rahmen des Landschaftsplanverfahrens von Änderungen betroffen sind. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Neufestsetzung von Naturschutzgebieten. Hierzu wird auf den Textbeitrag Naturschutzgebiete verwiesen. Außerhalb der Änderungsbereiche bleiben die bestehenden Landschaftspläne uneingeschränkt gültig.



Landschaftspläne in Dortmund - Übersicht

## 2.3 Naturschutzgebiete

Die Naturschutzgebiete nehmen in Dortmund gegenwärtig 2,1% des Stadtgebietes ein. Im Zuge der Erarbeitung des Umweltplanes und der Ergänzung und Fortschreibung des Biotopkatasters stellte sich heraus, dass weitere Bereiche als naturschutzwürdig einzustufen sind und daher entsprechend geschützt werden sollten. Dem trägt der neu aufgestellte Gebietsentwicklungsplan (GEP) bereits Rechnung, indem er weite Teile des Stadtgebietes als „Bereiche für den Schutz der Natur“ kennzeichnet. Diese Flächen sind nach den Vorgaben des GEP in Naturschutzgebiete zu überführen.

Kriterien für die Ausweisung von Naturschutzgebieten in Dortmund

- Mindestgröße: Möglichst über 10 ha
- Keine intensive wirtschaftliche Nutzung
- Vielfalt an Lebensräumen
- Naturnähe oder naturgemäße Entwicklung
- Refugium für seltene Pflanzen und Tiere
- Regelungen über einen Ge- und Verbotskatalog (z. B. absolutes Bauverbot)
- Planung der Naturschutzgebiete über besondere Pflege- und Entwicklungspläne
- Erholungsfunktion von Schutzgebieten, schöne Landschaft

Typen von Naturschutzgebieten in Dortmund:

- **Bergsenkungsgebiete** mit großen offenen Wasserflächen, Verlandungsvegetation und Bruchwäldern: Beerenbruch, Lanstroper See, Mastbruch, Auf dem Brink, Hallerey
- **Sonstige Feuchtgebiete und Bruchwälder** (ohne größere Gewässer): Groppenbruch, Bolmke, Ramsloher Bach, An der Panne
- **Naturnahe Niederungen, Bäche und Waldbereiche**, in Teilbereichen feucht, vielfach aber auch trockener: Alte Körne, Dellwiger Bachtal, Ölbachtal, Im Siesack, Kurler Busch
- **Ehemaliger Steinbruch:** Steinbruch Schüren
- **Relativ trockener naturnaher Wald auf Steilhängen:** Hohensyburg
- **Sonstige große Laubwaldgebiete:** Grävingsholz, Sügge, Herrenthey Wald, Bittermark, Fürstenbergholz, Wickeder Holz und Ostholz
- **Sonderstandort aufgrund jahrzehntelanger militärischer Nutzung:** Buschei

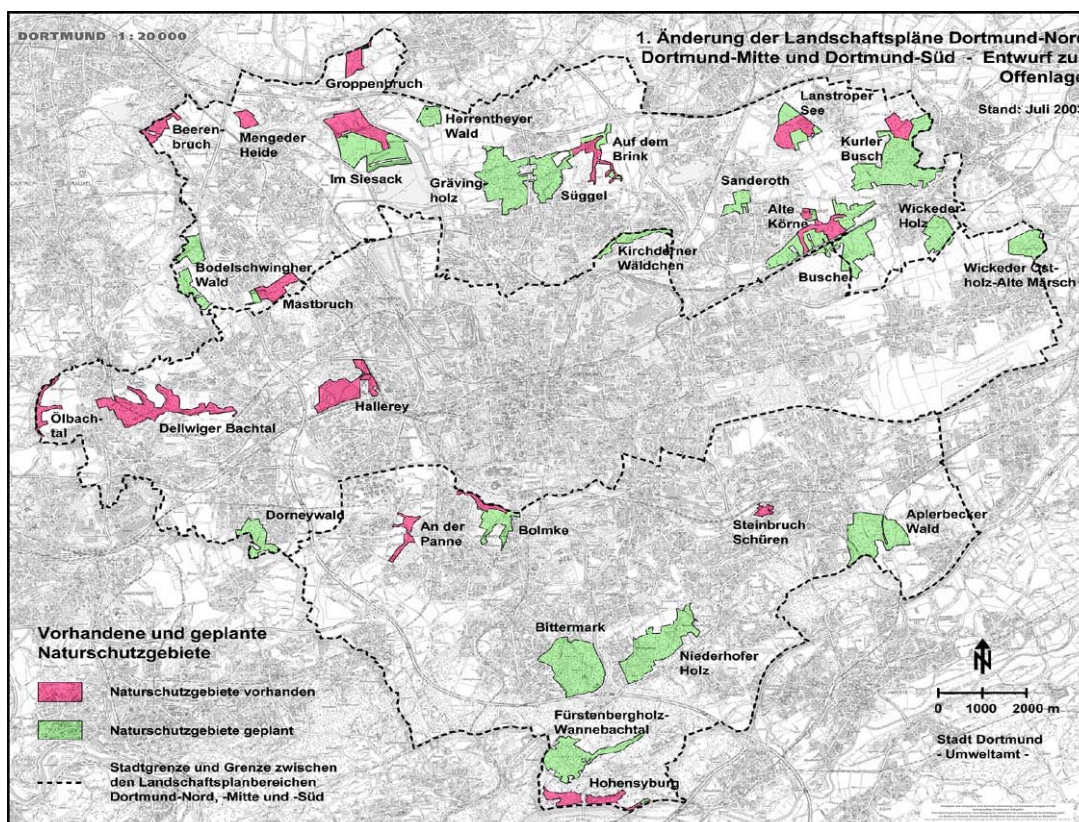
Die folgende Tabelle listet die Erweiterungen von bestehenden Naturschutzgebieten sowie die gänzlich neuen Naturschutzgebiete auf. Diese sollen Bestandteil der drei Dortmunder Landschaftspläne (Nord, Mitte und Süd) werden, die gegenwärtig in einem Parallelverfahren zur Neuauflistung des Flächennutzungsplanes geändert werden sollen.

Naturschutzgebiet *	Größe vorh.	Zuwachs bzw. neu	Gesamtgröße
Beerenbruch	22,7	---	22,7
Mengeder Heide	15,4	---	15,4
Groppenbruch	22,7	0,9	23,6
Im Siesack	63,9	105,7	169,6
Herrenthey Wald (Holzkamp)	---	22,3	22,3
Grävingsholz	---	124,0	124,0
Sügge	---	69,8	69,8
Auf dem Brink	28,5	18,2	46,7
Kirchderner Wald	---	26,4	26,4
Sanderoth	---	23,6	23,6

Lanstroper See	42,9	31,3	72,8
Kurler Busch und Ramsloher Bach	25,9	172,2	198,1
Alte Körne	39,5	86,2	125,7
Buschei	---	77,3	77,3
Wickeder Holz	---	45,2	45,2
Wickeder Ostholz	---	45,0	45,0
Bodelschwinger u. Westerfilder Wald	---	57,8	57,8
Mastbruch	32,2	6,0	38,2
Ölbachtal	21,8	---	21,8
Dellwiger Bachtal	112,1	---	112,1
Hallerey	75,7	---	75,7
Dorneywald	---	40,3	40,3
An der Panne	21,1	---	21,1
Bolmke	13,8	42,0	55,8
Steinbruch Schüren	8,8	---	8,8
Bittermark	---	149,8	149,8
Niederhofer Holz	---	135,3	135,3
Aplerbecker Wald	---	114,5	114,5
Fürstenbergholz-Wannebachtal	---	94,2	94,2
Hohensyburg	41,3	1,6	42,9
<b>Summe</b>	<b>588,3</b>	<b>1489,6</b>	<b>2076,5</b>

Wenn die Änderung der Landschaftsplanung so zum Tragen kommt, wird Dortmund mit 7,4 % des Stadtgebietes den

höchsten Naturschutzanteil aller Großstädte im Ruhrgebiet besitzen!



*Vorhandene und geplante Naturschutzgebiete in Dortmund*

## 2.4 Emscher Landschaftspark

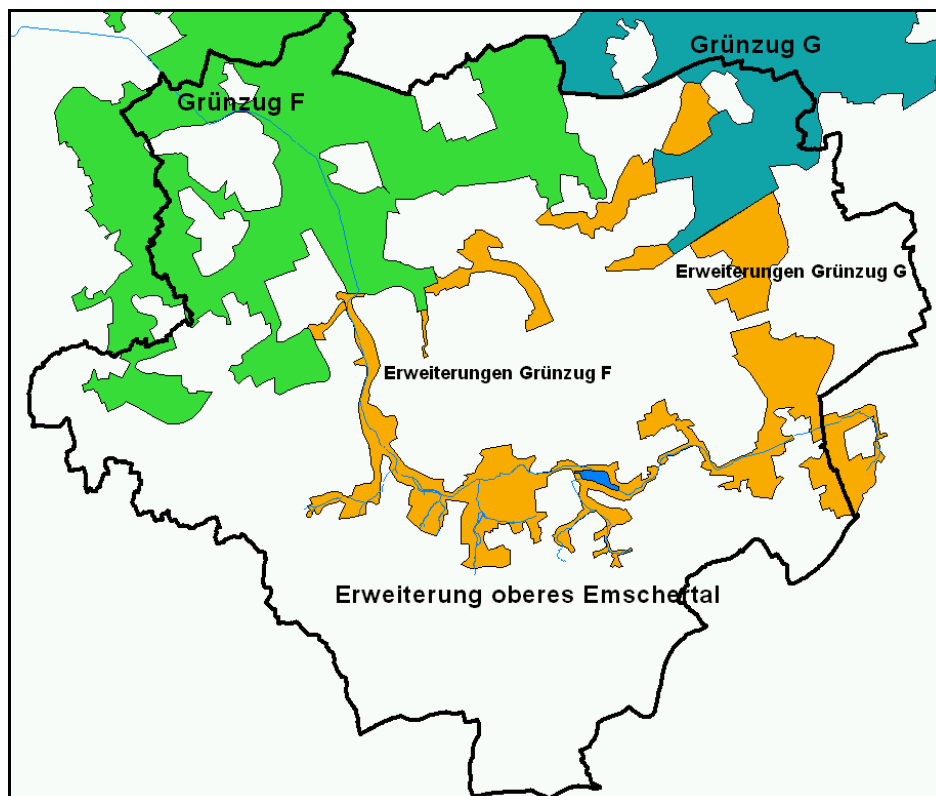
Als zentrales strukturpolitisches Instrument besitzt der Emscher Landschaftspark sowohl in der Gesamtregion des Ruhrgebiets, als auch in der Stadt Dortmund höchste stadtpolitische Priorität. Das war nicht immer so. Vorwiegend in den Jahrzehnten des Wiederaufbaus und unter dem Eindruck vermeintlich grenzenlosen Wachstums wurde Landschaft vielfach in die Funktion der Verfügungsflächen verwiesen. Erst durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Montan- und Kohlebasis im Revier wurde erkennbar, dass ästhetische und ökologische Qualität der Landschaft nicht nur für den Biotop- und Artenschutz und das Wohlbefinden im humanökologischen Sinn, sondern eindeutig auch für eine wirtschaftspolitisch erfolgreiche Strategie unverzichtbar sind.

Durch die Internationale Bauausstellung Emscherpark (IBA) wurde schließlich die Emscher zur Namensgeberin für einen Landschaftspark, dessen geografische Dimension, industriegeschichtliche

Prägung und kulturelle Vielfalt ihn zum Aushängeschild der sich wandelnden Region macht.

Ausgelöst durch den Aufruf der Landesregierung zu einer neuen Dekade bis 2010 wurde der Emscher Landschaftspark sowohl in der Gesamtregion des Ruhrgebiets, als auch in der Stadt Dortmund Gegenstand von Masterplänen. Mit diesen Grundentscheidungen sind günstige Voraussetzungen geschaffen, planerische Konzepte und Prioritäten der Projektentwicklung laufend aufeinander abzustimmen.

Der Masterplan Umwelt der Stadt Dortmund ist im Jahr 2001 durch die thematisch gegliederten Auftaktveranstaltungen der Öffentlichkeit, der Politik und den maßgeblichen Entscheidungsträgern als strategisches Instrument vorgestellt worden.



*Emscher Landschaftspark 2010 - Übersicht*



*Kombinierter Reit- und Wanderweg in As-seln*

Es gilt nun, die dort gefundenen gemeinsam getragenen Positionen und Ziele im Dialog mit der regionalen Masterplanung zu verfeinern und umzusetzen. In Bezug auf den Emscher Landschaftspark hat die Stadt Dortmund einen entscheidenden Impuls dadurch gesetzt, indem sie das Konzept zum integralen Bestandteil des neuen Flächennutzungsplans erhoben hat. Ein solches Vorgehen ist bislang ohne Beispiel in der Region und verdeutlicht die Ernsthaftigkeit, mit der die Parkentwicklung in dieser Stadt auch auf der Ebene der Planverfahren verankert wird.

Die Gebietskulisse für den Emscher Landschaftspark in Dortmund ist inzwischen deutlich ausgeweitet worden. Besonders augenfällig ist der Einbezug des gesamten Emschertals bis zur Quelle in Holzwickede, in das das herausragende strukturpolitische Projekt „Phoenix“ eingebettet ist. Die Entwicklungen auf diesem ehemaligen Stahlstandort bilden die Prinzipien, die während der IBA-Planungsphase zum Qualitätsmaßstab zukunftsfähigen Strukturwandels geworden sind, in einer Weise ab, die ihresgleichen sucht. Derzeit noch eher unspektakulär, aber in ihrer Dimension vergleichbar, zeichnet sich eine solche Entwicklung auch auf dem Gelände der ehemaligen Westfalenhütte ab.

Auftrag für den Masterplan Umwelt wird es sein, durch Bündelung und Abstimmung bisher häufig parallel verlaufender Planungen eine in sich schlüssige Raumentwicklung voranzutreiben. Die Entwicklung auf dem Standort Phoenix kann in dieser Hinsicht als Referenzprojekt angesehen werden, bei dem insbesondere die ökologischen Belange der Umweltplanung, die vom dortmund project geforderten Impulse zur Wirtschaftsförderung und die Anforderungen an den Umbau des Emschersystems widerspruchsfrei verknüpft worden sind.



*Der neue Kanaluferweg*

## 2.5.1 Teilprojekte im Emscher Landschaftspark - Phoenix Ost / West -

Phoenix Ost - West ist einer von drei Zukunftsstandorten des Landes NRW. Die Entwicklung der beiden jeweils rd. 100 ha großen Teilflächen Phoenix West und Ost wird dabei maßgeblich vom Umgang mit dem ökologischen Potential sowie der Berücksichtigung der vorhandenen Boden- und Untergrundverhältnisse und deren Wirkung auf die Schutzgüter Mensch, Boden und Wasser geprägt.

So bezieht die Flächenrevitalisierung von Phoenix West ausdrücklich den behutsamen Umgang mit Flora und Fauna, insbesondere mit den EU-weit geschützten Arten Kreuzkröte und Wanderfalke - von letzterem existieren in ganz NRW nur 50 Brutpaare -, mit ein. Auf Grundlage der fachlichen Begleitung durch das Umweltamt sieht die städtebauliche Rahmenplanung einen weitgehenden Erhalt der im Norden des Standortes gelegenen hochwertigen Freiflächenstrukturen vor. Die dort vorhandenen Kreuzkrötenvorkommen wurden im vergangenen Jahr unter Beteiligung der Unteren Landschaftsbehörde durch zusätzlich angelegte Feuchtflächen aktiv in ihrem Bestand unterstützt. Hinterlassenschaften der Montanindustrie werden unter behördlicher Aufsicht des Umweltamtes - Untere Bodenschutzbehörde -

durch den Grundstücksfonds des Landes NRW (LEG) gesichert oder aber wie im Falle der ehemaligen Kokereianlagen ausgekoffert und ordnungsgemäß entsorgt.

Auf Phoenix Ost wird die am Nordufer des künftigen Phoenixsees offengelegte Emscher u.a. den Hörder Bürgern nach über hundert Jahren optischer Abstinenz wieder zurückgegeben und erlebbar gemacht. Der Phoenixsee selbst wird neben freizeitorientierten Ansprüchen mit seinen naturnah gestalteten nördlichen und östlichen Uferbereichen in Verbindung mit der Emscher- aue das Stadtgebiet um eine ökologisch hochwertige Gewässerlandschaft bereichern. Das zugehörige wasserwirtschaftliche Planfeststellungsverfahren erfährt eine aktive Begleitung durch das Umweltamt. Die Aufstellung des bodenschutzrechtlichen Rahmensanierungsplanes nach § 13 Bundes-Bodenschutzgesetz bzw. des Bodenmanagementkonzeptes erfolgt in einem intensiven Abstimmungsprozess mit der Unteren Bodenschutzbehörde.

Beide Standortentwicklungen, Phoenix West und Phoenix Ost, führen gemeinsam mit dem verknüpfenden Element des Verbindungsraumes zu einer qualifizierten und herausragenden Erweiterung des Emscher Landschaftsparkes.



Projekt Phoenix - Übersichtsplan

## 2.5.2 Teilprojekte im Emscher Landschaftspark - Landschaftsbrücke Phoenix -

Der mit dem Begriff „Landschaftsbrücke“ bezeichnete Verbindungsraum erstreckt sich vom Bereich der Deponien Hympehdahl und Schallacker (Phoenix West) bis zum Bereich Faßstraße, wo das Gelände Phoenix Ost beginnt. Hier führt nicht nur die Trasse der ehemaligen Eliasbahn entlang, die als Werksbahn die beiden Stahlstandorte verbunden hat, sondern in diesem Raum wird auch die neue offen gelegte Emscher verlaufen.

Nicht zuletzt weil es sich um ein wichtiges Nadelöhr im Emscher Landschaftspark handelt, legt das Umweltamt hier besonderen Wert darauf, dass in diesem Gewässerabschnitt landschafts- und gewässerökologische Anforderungen beachtet werden. Das heißt zum Beispiel, dass die unvermeidlichen Engstellen im zukünftigen Emscher-Flussbett (Querungen im Bereich von vorhandenen Verkehrswegen und Gebäuden) in ökologisch vertretbarem Rahmen passiert werden und noch dabei ein für die Erholungsnutzung attraktiver Landschaftsraum entsteht, in dem die Emscher ein erlebbarer Bestandteil sein wird.

Für den naturnahen Ausbau der Emscher muss ein wasserwirtschaftliches Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden, für das die Untere Wasserbehörde Genehmigungsbehörde ist. Schon im Vorfeld dieses Verfahrens finden unter Federführung des Umweltamtes zahlreiche Arbeits-

kreissitzungen statt, in denen alle Nutzungsansprüche und Fachbelange zusammengeführt und frühzeitig aufeinander abgestimmt werden.

Die folgenden Zielsetzungen werden vom Umweltamt in Übereinstimmung mit Anregungen aus dem Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde bei den Planungen für eine „Landschaftsbrücke“ vertreten:

- Offenlegung der verrohrten Emscher in Form eines möglichst breit angelegten naturnahen Gewässerlaufes einschließlich der Gewährleistung eines ausreichenden Hochwasserschutzes
- Schaffung einer ökologischen und landschaftsbezogenen Vernetzung sowie ausreichender Rad-/ Fußwegeverbindungen vor allem in Ost-West-Richtung (Durchgängigkeit)

Hinsichtlich der in weiten Teilen in Dammelage befindlichen Trasse der alten Eliasbahn wird im Dialog zwischen der Emschergenossenschaft und dem Umweltamt geprüft, ob die Trasse auch in der Folge erhalten und als Wegeverbindung genutzt werden kann. Als Alternative würde ein Abtrag des Eliasbahndammes mehr Raum für die spätere Emscher bringen. Eine Lösung ist noch in Arbeit. Auch sind weitere Abstimmungen mit anderen Belangen aus dem Brücken- und Wegebau erforderlich.



*Verbindungsraum Phoenix – entlang des zur Zeit ungenutzten Eliasbahndammes*

### 2.5.3 Teilprojekte im Emscher Landschaftspark - Energieberg Dortmund -

Die Deponie Huckarde diente der Stadt Dortmund bereits Anfang des letzten Jahrhunderts zur Abfallablagerung. Bis zum Jahre 1992 wurde auf der Deponie Abfall entsorgt. Im Laufe dieser Zeit wuchs ein stattlicher Berg mit einer Höhe von 110 m ü. NN, einer Längsausdehnung in Nord-Südrichtung von 1 km und einer Breite von 400 – 600 m. Seit Mitte der 90er Jahre wird die Deponie saniert und rekultiviert. Der Abschluss dieser Maßnahmen ist für das Jahr 2010 vorgesehen.



*Südöstliche Ansicht der Deponie*

#### **Die Deponie Huckarde - ein Bestandteil des Emscher Landschaftsparks**

In der Rahmenplanung Grünzug F wurden die Begrünung der Deponie und die Nutzung als Freizeitstandort bereits vorgedacht. Schon 1991 wurde die Symbolik des Haldendreiecks im Grünzug F des Emscher Landschaftsparks (ELP) kreiert. Die Halde Schwerin in Castrop-Rauxel mit der Sonnenuhr, die Halde Brockenscheidt in Waltrop mit dem Spurwerktturm und die Deponie Huckarde als potenzieller Standort mit Kunstwerk symbolisierten das verbindende interkommunale Element des Grünzuges. Als Monumente vergangener Epochen und als weithin sichtbare Zeichen der Industriegeschichte sollten sie nicht einfach kaschiert

und vergessen werden, sondern als anthropogene Veränderung der topographischen Verhältnisse herausgearbeitet und andererseits für die Erholung nutzbar gemacht werden.

Bei der Deponie Huckarde musste dieses Ansinnen zunächst zurückgestellt werden, da die Schüttung erst 1996 beendet wurde und danach mit der Sanierung, die mehrere Jahre in Anspruch nimmt, begonnen wurde.

Durch die Rahmenplanung Grünzug F konnten folgende Gestaltungsvorgaben in das Planfeststellungsverfahren zur Sanierung eingearbeitet werden:

1. Die Begrünung des Haldenkörpers erfolgt nach einer Planung des Umweltamtes in mehreren Abschnitten. An den Südhängen wurden bereits Bepflanzungen in geometrischen Formen mit jeweils einheitlichen Pflanzen pro Form vorgenommen, die zu unterschiedlichen Blütenzeiträumen unterschiedliche Farben hervorbringen. Die geometrischen Formen bilden Sichtachsen vom Haldenplateau zu besonderen Bauwerken zwischen Minister Stein im Osten, der Innenstadt und der Kokerei Hansa. Richtung Norden wird die Bepflanzung von niederem Buschwerk im oberen Bereich der Deponiehänge über Bäume 2. Ordnung im unteren Hangbereich fortgeführt. Das Plateau soll keine Bäume oder Strauchwerk erhalten, um die freie Sicht nach allen Richtungen nicht zu beeinträchtigen.
2. Auf der Deponie soll ein Hochplateau entstehen, das relativ eben ausgestaltet ist und damit vielfältige Sichtbeziehungen zulässt.



*Blick vom Plateau der Deponie in Richtung Innenstadt*

3. Auf der östlichen Seite, in Höhe der Siedlung Deusen, wird gegenüber der neuen Emscherbrücke ein Treppenaufgang auf das Haldenplateau gebaut. Über diesen Treppenaufgang wird die nördliche Aussichtsplattform erreicht.
4. Das Haldenplateau wird von einem ca. 2 km langen, asphaltierten Weg umrundet, der sich für Inline-Skating und andere Sportarten eignet.
5. Ein Kunstwerk im Sinne des Haldendreiecks unterstreicht die Symbolik der Interkommunalität.

Zusätzlich wurden diverse Mountainbikestrecken über den gesamten Deponiekörper geplant. Der erste Teilabschnitt ist bereits fertiggestellt und wurde der Öffentlichkeit übergeben.

### **Die Deponie Huckarde – der Energieberg Dortmund**

Die Entwicklung der Deponie Huckarde zum Energieberg Dortmund hat weitreichende Visionen vor Augen.

Dortmund als aufstrebender Standort neuer Technologien kann auch im Bereich der regenerativen Energien eine Vorreiterfunktion in der Region einnehmen. Die Deponie in direkter Nachbarschaft zu Kokerei und Gewerbepark Hansa bietet sich förmlich als Demonstrationsstandort für die gesamte Palette der regenerativen

Energien an, von der Windkraft über Photovoltaik, Photothermie, Deponiegasnutzung, Erdwärme bis zur Wasserkraft. Gleichzeitig wird der Energieberg zu einem Anziehungspunkt für die Freizeit- und Erholungsnutzung entwickelt. Trendsportarten (Inline-Skating, Mountainbiking, Solar-Seifenkisten etc.) werden gekoppelt mit Aktivitäten, die den Energiekreislauf erlebbar und fühlbar werden lassen (solarstrombetriebene Beleuchtung, wasserkraftbetriebene Bergbahn, Schnitt durch den Müllberg usw.).

Hinter all dem steckt die Philosophie, die gesamte Energie, die für den Standort Deponie und eventuell auch für die Kokerei Hansa benötigt wird, vor Ort mittels regenerativer Energien bereit zu stellen. Dies setzt ein weithin sichtbares Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Stadt Dortmund, im Klimaschutzbündnis mitzuarbeiten und forciert zudem das Nachhaltigkeitsprinzip der lokalen Agenda 21.

### **Der Energieberg Dortmund – ein Dortmunder Leuchtturmprojekt im Emscher Landschaftspark**

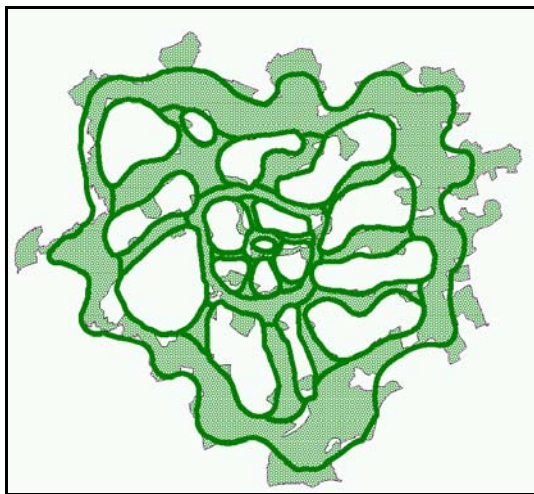
Der Energieberg Dortmund hat das Potenzial, sich zu einem neuen Wahrzeichen für den Dortmunder Norden auf dem Weg in die moderne Zukunft zu entwickeln. So wie der weithin sichtbare Florian (übrigens zu seiner Zeit auch ein Zeichen des Wirtschaftsaufschwungs) für den Dortmunder Süden Wiedererkennungswert hat, kann der Energieberg für den Dortmunder Norden, und hier insbesondere für den Hafen, die Kokerei und den Gewerbepark Hansa, den Kanal und das Deuser Holz, als Bezugspunkt dienen.

Mit der Aufstellung eines Kunstwerkes auf dem Energieberg wird das Haldendreieck im Grünzug F fertiggestellt. Darüber hinaus kann der Energieberg Dortmund jedoch analog dem Landschaftspark Duisburg-Nord im Grünzug A zu dem Wahrzeichen mit überregionalem Wiedererkennungswert für den Grünzug F avancieren.

## 2.6 Umweltqualitätsziele und Flächennutzungsplan

### Radial-Konzentrisches Freiraummodell

Das Radial-Konzentrische Freiraummodell soll durch das Zusammenführen konzentrischer und radialer Elemente langfristig die ökologischen Ausgleichsleistungen, die Ansprüche an ausreichende Lebensqualität und die Erfordernisse bezüglich Siedlungsgliederung und Stadtgestaltung gewährleisten. Das Modell wird für die Freiraumentwicklung in Dortmund zugrunde gelegt.



*Radial-Konzentrisches Freiraummodell*

Das **Freiraummodell** besteht aus den Elementen:

#### 1. Innerer Grünring

- Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Innenstadtbereich
- Ansatzpunkte: öffentliche Grünflächen, Flächen für den ruhenden Verkehr

#### 2. Mittlerer Grünring

- durchgängiger Freiraum, insbesondere für Bewohner des mit Freiraum unterversorgten Innenstadtbereichs
- Verknüpfung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen und der großen Parkanlagen

#### 3. Äußerer Grünring

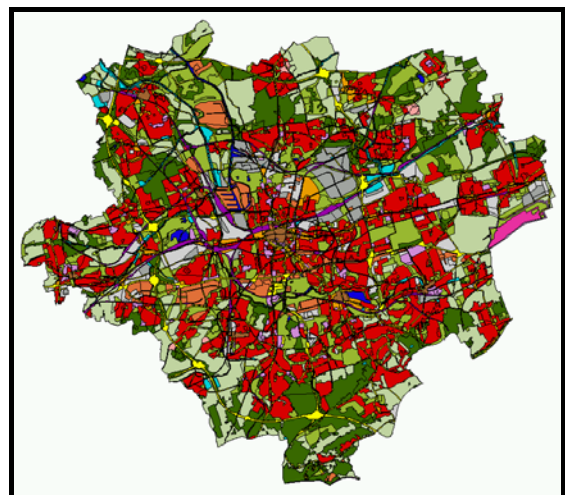
- ökologische Ausgleichsleistungen für hoch verdichtete Siedlungsbereiche
- große zusammenhängende land- bzw. forstwirtschaftlich geprägte Freiräume

#### 4. Radiale Elemente

- zentrumsorientierte Grünverbindungen, d.h. Verbindungen vom inneren zum mittleren Grünring; stadtgestaltende Funktion
- stadtrandorientierte Grünverbindungen, d.h. Verbindungen vom mittleren zum äußeren Grünring; siedlungsgliedernde Funktion

### Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans

Derzeit befindet sich ein neuer Flächennutzungsplan für Dortmund in der Aufstellung. Darin sollen die Grundfestlegungen für die Stadtentwicklung der nächsten 15 bis 20 Jahre getroffen werden.



*Zielkonzept Flächennutzungsplan*

Um die Zielvorstellungen des Flächennutzungsplans mit denen des Radial-Konzentrischen Freiraummodells gegenüber zu stellen, wurde ein Abgleich dieser beiden Pläne durchgeführt. Hierzu wurde das Ziel-

konzept des Flächennutzungsplans weitgehend vereinfacht, d.h. es wurden alle bebauten Flächen und alle Freiflächen jeweils zu einer Kategorie zusammengeführt. Beide Pläne wurden mit Hilfe des Programms ArcView miteinander verschnitten. Anschließend erfolgte eine Bewertung aller Flächen, die sowohl im Bereich des Radial-Konzentrischen Freiraummodells liegen als auch im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans einer neuen Nutzung zugeordnet werden. Hierdurch können umweltverträgliche Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

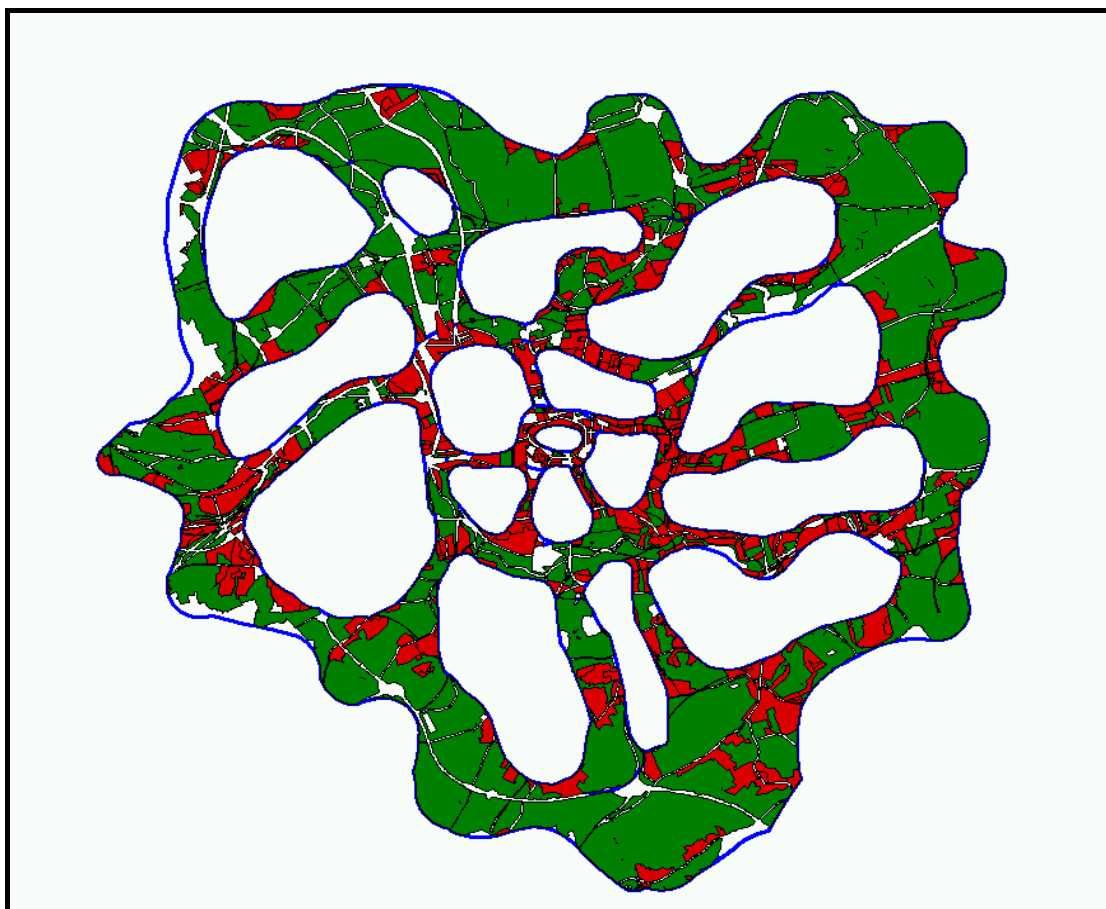
### Freiraumentwicklung in Dortmund

Große Potenziale für die Freiraumentwicklung in Dortmund bieten u.a.

- die ökologische Achse Emscheraue: diese ist zum einen wesentlicher Bestandteil des mittleren Grünrings zum anderen sind durch diese Achse zwei

axiale Verknüpfungen des mittleren und äußeren Grünrings möglich;

- die Entwicklungsachse Dortmund-Ems-Kanal: hier kann insbesondere der Bereich des Dortmunder Stadthafens den Einstiegspunkt in den Freiraum darstellen. Diese Achse verknüpft die verdichteten Bereiche der nördlichen Innenstadt mit dem landschaftsbezogenen Freiraum im Dortmunder Norden und verbindet den mittleren und den äußeren Grünring;
- die Entwicklung eines Grünzugs vom Hoeschpark zum Burgholz, der durch die Umnutzung des Geländes der Westfalenhütte realisierbar ist;
- die Entwicklung der Flächen Phoenix Ost und West: diese tragen dazu bei, dass zum einen der mittlere Grünring, zum anderen die stadt-randorientierte Achse als Grünverbindung vervollständigt wird.



*Verschneidung Umweltqualitätsziele und Zielkonzept*

## 2.7 Ökologischer Umbau des Emscher- und Lippesystems

Mit dem Abklingen der durch den Bergbau verursachten Bergsenkungen in weiten Bereichen der Stadt entfällt der wesentliche Grund für die offene Ableitung von Schmutzwasser in technisch ausgebauten Gewässern.



*Emscher in Aplerbeck*

Spätestens seit Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) in Bundesrecht entspricht diese Bewirtschaftungsform weder den wasserrechtlichen Anforderungen noch genügt sie den ökologischen Ansprüchen. Gleichzeitig wird die Wahrnehmung von Schmutzwasser in Gewässern von der Bevölkerung inzwischen als ebenso störend empfunden wie deren zwangsläufig naturferner Zustand.

Der hieraus unweigerlich folgende Handlungsbedarf für die Gewässerunterhaltungsträger – in Dortmund sind das die Emschergenossenschaft, der Lippeverband und das Tiefbauamt Dortmund – kann vereinfachend

UNTERHALTUNGSTRÄGER	[KM]	[%]
Emschergenossenschaft	72,9	18,1
Lippeverband	27,1	6,7
Stadt Dortmund	303,2	75,2
<b>Summe</b>	<b>403,2</b>	<b>100,0</b>

durch drei wesentliche Tätigkeitsmerkmale beschrieben werden:

- Beseitigung der offenen Ableitung von Schmutzwasser
- Umgestaltung der Gewässer zur Erfüllung der ökologischen Funktionen und zur Stärkung des Naturhaushaltes
- Wiederherstellung der Gewässer als Leitstrukturen in der freien Landschaft und als Erholungs- und Erlebnisräume in der Stadt

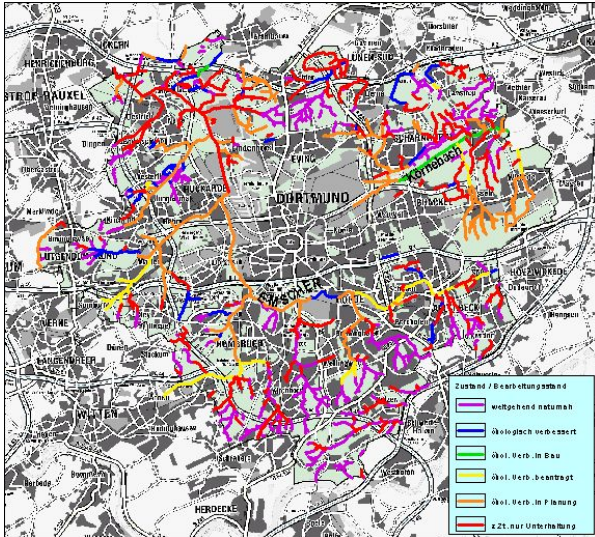
Das hiermit aktivierbare Potenzial wird angesichts des Gewässernetzes mit einer Gewässerlauflänge von insgesamt über 400 km, verteilt auf mehr als 350 Fließgewässer im Dortmunder Stadtgebiet unschwer deutlich. Gleichzeitig konkurriert aber das Ziel der Wiederherstellung eines stabilen, selbstregulierenden Gewässer-Ökosystems vor allem im städtischen Bereich mit zahlreichen anderen Nutzungsformen. Insbesondere aufgrund der technischen Regulierung auf engstem Raum im Zuge der Nutzung der Gewässer als offene Schmutz- und Abwasserläufe sind Nutzungen bis an die ökologisch entwerteten Gewässer herangerückt, die nicht mehr ohne weiteres aufgehoben werden können und sich somit heute als Restriktionen für den ökologischen Umbau darstellen.



*Körnebach unter OW IIIa in Scharnhorst*

Zur Lösung der sich hieraus ergebenden Zielkonflikte schreibt der Bundesgesetzgeber beim Umbau von Gewässern die Durchführung eines Genehmigungsverfahrens als rechtsverbindlicher Planfeststellungsbeschluss

gemäß § 31 (2, WHG) oder eine Plangenehmigung gemäß § 31 (3, WHG) vor. Verfahrensführende Behörde ist die zuständige Wasserbehörde – in Dortmund die dem Umweltamt als untere staatliche Aufsichtsbehörde angegliederte Untere Wasserbehörde.



Zustand / Bearbeitungsstand

Angesichts der Fülle der in Dortmund vorhandenen „Gewässeraltlasten“ stellt der ökologische Umbau des Emscher-/Lippesystems

ZU-/BEARBEITUNGSSTAND	[KM]	[%]
weitgehend naturnah naturnah bzw. mäßig naturnahe Gewässerabschnitte, die weitestgehend das faunistische Potenzial zur Regenerierung des Emscher-/Lippe-Systems beherbergen; geringer Maßnahmenbedarf, der sich zumeist auf das Ausräumen eingebrachter Durchgängigkeitshindernisse sowie die Untersagung schädlicher Nutzungsformen beschränkt	128,0	31,7
ökologisch verbessert renaturierte oder ökologisch verbesserte Gewässerabschnitte	32,2	8,0
ökol. Verbesserung in Bau Gewässerabschnitte, für die die Genehmigung zum Ausbau nach § 31 WHG erteilt wurde	6,5	1,6
ökol. Verbesserung beantragt Gewässerabschnitte, für die ein Antrag zur Genehmigung des Ausbaus nach § 31 WHG gestellt wurde, diese bisher aber noch nicht erteilt wurde bzw. werden konnte	25,0	6,2
ökol. Verbesserung in Planung Gewässerabschnitte, die sich in der Planungsphase befinden oder als Planungsvorgang vorliegen	88,1	21,9
zur Zeit nur Unterhaltung naturferne und/oder Schmutzwasserführende Gewässerabschnitte; abgesehen von Machbarkeitsstudien, Netzbetrachtungen, ohne konkrete Planungsprozesse	123,4	30,6
<b>Summe</b>	<b>403,2</b>	<b>100,0</b>

für alle Beteiligten eine Herausforderung über mehrere Jahrzehnte dar. Der ökologische Umbau Emscher/Lippe ist inzwischen auf einem vielversprechenden Weg.

Die Umsetzungsprognose, d.h. wann mit dem Abschluss der naturnahen Umgestaltung bzw. der ökologischen Verbesserung eines Gewässerabschnittes gerechnet werden kann, ist naturgemäß mit relativ großen Unsicherheiten behaftet. Dementsprechend wurden die Zeitintervalle, mit einem Abstand von jeweils fünf Jahren, eher großzügig gewählt.

UMSETZUNGSPROGNOSE	[KM]	[%]
ökol. Verbesserung bis 2005	7,3	3,0
ökol. Verbesserung bis 2010	122,2	50,3
ökol. Verbesserung bis 2015	73,4	30,2
ökol. Verbesserung nach 2015	40,1	16,5
<b>Summe</b>	<b>243,0</b>	<b>100,0</b>

Vorausgesetzt wurde dabei ein reibungsloser Ablauf im Rahmen des Genehmigungsverfahrens und Baubetriebs. Die weitgehend naturnahen und bereits ökologisch verbesserten Gewässerabschnitte sind nicht Gegenstand der Betrachtung. Daher erklärt sich die geringere Gesamtsumme der Fließgewässerkilometer.

Für den Umbau der Gewässersysteme auf Dortmunder Stadtgebiet werden über einen Zeitraum von 20-25 Jahren im Bereich der Emscher Investitionen in einem Gesamtvolumen von 500 Mio. € durch die Emschergenossenschaft getätigt, im Bereich des Körne/Seseke-Systems 170 Mio. € durch den Lippeverband. Zur ökologischen Verbesserung der Gewässersysteme und zum Aufbau der neuen Abwassersysteme erfolgen Investitionen für Kläranlagen, Abwasserkanäle und Regenwasserbehandlungsanlagen mit einem Gesamtvolumen von 670 Mio. €.

Eine naturnahe Umgestaltung bzw. ökologische Verbesserung im Unterlauf besitzt nur dann eine gewisse Nachhaltigkeit, wenn die oberhalb gelegenen Gewässerabschnitte entsprechende Gütevoraussetzungen erfüllen.

Neben der Umsetzungsprognose für die Gewässerabschnitte der Emschergenossenschaft und des Lippeverbandes ist die Umsetzungsprognose für die städtischen Gewässerabschnitte eher in dem Sinne zu interpretieren, bis wann die erforderlichen Maßnahmen – ohne Berücksichtigung der Finanzierungsmöglichkeiten möglichst umgesetzt sein sollten, um die vorgenannte Nachhaltigkeit zu wahren.



*Umgestaltung Herrentheyer Bach*

Erste Umgestaltungserfolge, wie beim Dellwiger Bach, vermitteln einen Eindruck von der möglichen zukünftigen Ausprägung eines Teils des Fließgewässernetzes im Bereich der Stadt Dortmund.



*Dellwiger Bach*

Für Gewässerabschnitte mit Maßnahmenbedarf, die sich im dicht bebauten Bereich befinden oder deren ökologische Verbesserung aufgrund fehlender Vernetzung zum Gewässersystem zunächst zurückgestellt werden sollte, wurde die Umsetzung erforderlicher Maßnahmen für nach 2015 prognostiziert.

## 2.8 Zukunftsvertrag Regenwasser

Vor etwa 100 Jahren begann die Emschergenossenschaft mit dem technischen Umbau der Emscher und ihrer Nebengewässer zu Vorflutern für die Abwässer aus den schnellwachsenden Städten des Ruhrgebietes. Dies wurde zu Recht als Krone der Ingenieurskunst gepriesen, gewährleistete es doch eine geordnete Wasserver- und -entsorgung und trug zur Ausrottung von gefährlichen Epidemien wie Cholera, Ruhr u.ä. bei, die um die Jahrhundertwende in der Emscherregion grassierten.

Heute hat die Emschergenossenschaft andere Ziele vor Augen. Aufgrund der abklingenden Bergsenkungstätigkeiten ist eine Abwasserführung in offenen Rinnen nicht mehr notwendig. Zudem ist die Abwasserführung in Bachläufen aus ökologischen und ästhetischen Gesichtspunkten nicht mehr akzeptabel und zeitgemäß. Das Abwasser soll nun aus der Emscher und ihren Zuläufen herausgenommen und in unterirdischen Kanälen den Kläranlagen zugeführt werden.

An diesem Punkt kommt das Regenwasser ins Spiel.

Ca. 35 % des Dortmunder Stadtgebietes sind bebaute und versiegelte Fläche. Der größte Teil des auf diesen Flächen anfallenden Regenwassers läuft innerhalb kürzester Zeit der Emscher zu. Die ausgebauten Emscher fasst etwa 100 mal mehr Wasser als normalerweise an Schmutzwasser anfällt, so dass ein anfallender Starkregen schadlos abgeführt werden kann. Eine ökologisch umgestaltete Emscher kann diese Wassermassen jedoch nicht mehr aufnehmen. Diese Regenwassermengen können aber auch in unterirdischen Kanälen und in den Kläranlagen nicht mehr bewältigt werden. Eine technische aufwendige Lösung für dieses Problem wären riesige, zentrale Regenrückhaltebecken.

Eine andere, einfach zu realisierende und aus Umweltgründen sehr sinnvolle Lösung ist die dezentrale Versickerung des Regenwassers vor Ort.

Die versiegelte Fläche im Dortmunder Stadtgebiet erfordert nicht nur hohe Investitionen für den Bau der Abwasserbeseitigungsanlagen, sie hat auch vielfältige Auswirkungen auf den Naturhaushalt der Stadt. Das dort anfallende Regenwasser versickert nicht mehr im Boden, so dass erhebliche Wassermengen zur Neubildung der Grundwasserreserven fehlen. Das Grundwasser kann somit vor allem bei trockener Witterung nicht mehr für eine stetige Wasserführung von Flüssen und Bächen sorgen. Als Folge dessen fallen in Dortmund heute schon viele Bachläufe in den Sommermonaten trocken.

Auch das städtische Kleinklima wird durch den hohen Versiegelungsgrad beeinträchtigt. Bei sonnigen Wetterlagen heizen sich bebaute Flächen wegen der fehlenden Verdunstungskälte wesentlich stärker auf als begrünte Freiflächen. Dies führt zu typischen sommerlichen Hitzestaus im stark besiedelten Stadtraum.

Nicht zuletzt leistet die dezentrale Regenwasserversickerung einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Hochwasserspitzen in Bachläufen und Flüssen. Das Wasser wird mit der natürlichen Verzögerung in die Bachläufe abgegeben, so dass Hochwasserprobleme vermieden werden.

### **10 Jahre Regenwasserversickerung in Dortmund**

All diese Vorteile sowohl für die Abwasserbeseitigung als auch für den Naturhaushalt bewegten die Stadt Dortmund dazu, einen neuen Umgang mit dem Regenwasser zu wagen.

Dies war ein mutiger Schritt, da weder Ingenieure noch Planer Erfahrungen mit der Regenwasserversickerung hatten und es zudem kaum praktisches Anschauungsmaterial gab.

Seit nunmehr 10 Jahren fördert und unterstützt die Stadt Dortmund den ökologischen Umgang mit Regenwasser. Dies fand seinen Ausdruck in den zahlreichen Stadtteilprojekten zur Regenwasserversickerung die von der Stadt initiiert und mit großem Engagement begleitet wurden.



*Regenwasserversickerung in einem Staudenbeet*

Durch ständige Präsenz in der Presse wurde die Dortmunder Öffentlichkeit fortlaufend auf die ökologischen und finanziellen Vorteile eines anderen Umganges mit Regenwasser aufmerksam gemacht. Eine Broschüre der Stadt „Bürgerinformation Regenwasserversickerung - kleine Anleitung zur Selbsthilfe für Versickerungsobjekte“ unterstützt und berät die Eigenheimbesitzer bei dem Bau ihrer Versickerungsanlage.



*Beispielhafte Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur Regenwasserversickerung*

Auch von städtischen Gebäuden und Flächen, wie z.B. Schulen, Seniorenheimen, Straßen und Parkplätzen wird schon seit einiger Zeit Regenwasser versickert.



*Muldenversickerung Seniorenheim „Am Tiefenbach“*

Dieses große Engagement der Stadt Dortmund hat die Regenwasserversickerung im Stadtgebiet etabliert und einer großen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Stadt Dortmund eine Vorreiterrolle im alternativen Umgang mit Regenwasser im gesamten Emscherraum innehat.

### **Der Zukunftsvertrag Regenwasser**

Heute ist die Regenwasserversickerung den Kinderschuhen entwachsen. Die anfänglichen technischen Probleme und Unsicherheiten sind gelöst und in der Praxis erprobt. Mittlerweile ist eine Generation von Ingenieuren und Planern herangewachsen, die phantasievolle und technisch anspruchsvolle Lösungen für den ökologischen Umgang mit Regenwasser entwickelt hat und grundlegende Erfahrungen mit dem Kostenaufwand bei Planung und Bau vorweisen kann. Das neue Produkt Regenwasserversickerung ist sozusagen marktfähig geworden.

Nun gilt es, dieses Wissen und diese Erfahrung gewinnbringend für die ökologische Umgestaltung des Emschersystems einzusetzen. Daher hat sich die Emschergenossenschaft ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Innerhalb der nächsten 15 Jahre

sollen 15 % des Abflusses von der Kanalisation abgekoppelt werden.

Dies bedeutet neben der Abkopplung des Abflusses von den versiegelten Flächen auch den Rückbau der Einleitungen aus Gewässern in das Kanalsystem.



*Wohnumfeldgestaltung mit Regenwasser  
in Scharnhorst*

Dies ist allerdings nur durch die aktive Unterstützung der Wasserwirtschaftsverwaltungen, der Städte und des Ministeriums für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) machbar.

Bis Ende 2004 sollen mit den Städten und Gemeinden in der Emscherregion entsprechende Strategien entwickelt und Vereinbarungen getroffen werden. Aufgrund solcher verbindlichen Absprachen ist eine adäquate Planung für den Umbau der Emscher möglich.

Die Stadt Dortmund ist bereit, sich dieser großen Aufgabe zu stellen und den Zukunftsvertrag Regenwasser aktiv mitzugestalten und mit Leben zu erfüllen.

## 2.9 Neue Wege der Landwirtschaft im Ballungsraum

In der planerischen Diskussion - und zwar gleichermaßen in der städtebaulichen wie in der Landschaftsplanung - wurde bis vor wenigen Jahren noch der Standpunkt vertreten, dass es sich bei der Landwirtschaft um ein Auslaufmodell handle, um das man sich allenfalls noch im Sinne einer sozialverträglichen Abwicklung zu kümmern habe. Folge dieser Denkmuster war, dass Landwirtschaft eher verwaltet, denn als aktiver Partner in der räumlichen Stadtentwicklung behandelt wurde. Die Landwirtschaft selbst stand diesem "Diktat des Zeitgeistes" in bemerkenswerter Passivität gegenüber.

Nicht erst seit die Region Dortmund, Kreis Unna und Hamm zur Modellregion für zukunftsfähige Projekte in und mit der Landwirtschaft erklärt wurde, setzt eine Phase der Besinnung darüber ein, welche wichtige Funktion die Landwirte für die Organisation der Freiräume einnehmen bzw. einzunehmen in der Lage sind.

In Dortmund war bereits ein zweitägiger Kongress - eingebunden in die Schlusspräsentationen 1999 der Internationalen Bauausstellung Emscherpark - ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu mehr wechselseitigem Verständnis zwischen den städtischen Akteuren und den Interessensvertretern der Landwirtschaft. Lag den sieben Thesen zur Landwirtschaft im Ruhrgebiet seinerzeit noch wenig praktische Erfahrung zu Grunde, ist mit dem Gewinn des Bundeswettbewerbes "Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft" eine neue Aufbruchstimmung entstanden und

die Bereitschaft zu konkreten Schritten gewachsen.

Durch aktive finanzielle Förderung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz und Landwirtschaft wurde das Projekt "Landwirtschaft und Ökokonto" ermöglicht, das nicht allein mit seinem Untertitel "Dortmunds Gehversuch im ökologischen Ausgleich" dieses Aufeinander Zugehen recht anschaulich zum Ausdruck bringt. Vielmehr zeigen die unlängst dem Rat der Stadt Dortmund vorgelegte neue ökologisch begründete Strategie des Liegenschaftsamts in der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen, das konkrete Vorgehen des Umweltamtes in der Vereinbarung produktionsintegrierter Ausgleichsmaßnahmen sowie das rege Interesse der aktiven Landwirte eine bemerkenswert praktische Zielorientierung.

Auch wenn der Gehversuch eine Sollbruchstelle impliziert, sind alle Beteiligten optimistisch genug, von ihr nicht Gebrauch machen zu müssen. So bildet gerade das Thema Landwirtschaft einen nachahmenswerten Prototypen für eine Masterplanung, die sich durch eine prozesshafte Struktur gepaart mit einer Verbindlichkeit in den vereinbarten Arbeitsschritten auszeichnet.

Über das Ökokontoprojekt hinaus gibt es weitere Ansatzpunkte zur Kooperation im Bereich der Landschaftspflege und des Naturschutzes. Landwirte können hier handwerkliche Kompetenz und lokalgeografische Kenntnis in der Pflege ökologisch gewidmeter Flächen als Daueraufgabe zur Verfügung stellen.

## 2.10 Grün in Dortmunder Wohnquartieren

### Wo und warum Grün zwischen Bauleitplanung und Umsetzung auf der Strecke bleibt

Grün in neuen Wohngebieten – die Grundzüge dafür werden bereits im Bebauungsplan (B-Plan) geregelt. Diese „grünen“ Festsetzungen wirken sich nicht nur auf die städtebauliche und ökologische Qualität der Siedlungen aus, sie setzen ebenso wichtige Ausgleichsfunktionen im Sinne der Eingriffsregelung um.



*Ausgleichsfläche in Menglinghausen-Süd*

Trotz differenzierter Planung und vielfältiger Regelungen führen die Festsetzungen in B-Plänen nicht immer zum gewünschten Erfolg. Inwieweit die grünordnerischen und landschaftsplanerischen Festsetzungen der B-Pläne den „Praxistest“ bestehen war Inhalt einer Untersuchung von sechs neuen Baugebieten, deren Ergebnisse hier zusammengefasst werden.

### Festsetzung ≠ Umsetzung

Begehungen, tabellarische Auswertungen und Gespräche mit den beteiligten Planerinnen und Planern zeigten deutlich, wo Probleme zwischen Theorie und Praxis bestehen:

- Wenig Straßengrün: Die im B-Plan aus städtebaulichen und ökologischen

Gründen vorgesehenen Bäume müssen im Straßenentwurf verkehrlichen, baulichen oder sonstigen Anforderungen weichen (z.B. Garagenzufahrten, Leitungstrassen).



*Straßengestaltung im Bereich Frohlinger Strasse*

- In den Fallbeispielen sind nur maximal 50% der geplanten Bäume zu sehen.
- Mangelnder Boden- und Vegetationsbestandsschutz während der Bauarbeiten: z.B. befinden sich Bodenmieten auf Ausgleichsflächen oder Materiallager auf Baumscheiben.
- Festsetzungen auf Privatgrundstücken sind schwer durchsetzbar: z.B. wird nur wenig versickerungsfähiges Wegebau-material benutzt und Einfriedungen durch Hecken sind eher selten aus standortgerechten heimischen Gehölzen.
- Ausgleichsflächen als „Dreckecken“: Durch extensive Pflege und naturnahen Bewuchs wirken Ausgleichsflächen leicht ungepflegt und ungestaltet. Als „Niemandland“ wird dort Müll und Gartenabfall entsorgt, an der Grenze zu Gärten wird nicht selten der Garten in die Ausgleichsfläche erweitert.



*Ausgleichsfläche in Menglinghausen-Süd*

- Ausgleichsflächen als Grünflächen: Oft müssen die Ausgleichsflächen den Erholungs- und Freizeitdruck aus den Siedlungen aufnehmen (Trampelpfade, Fußballfelder), was deren ökologische Funktion negativ beeinträchtigt.
- Mangelnde Kontrolle und Nachvollzug: Verstöße gegen Festsetzungen werden manchmal gar nicht oder erst spät entdeckt und nicht konsequent geahndet.
- Mit Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen können Festsetzungen umgangen werden, dies gefährdet teilweise grünordnerische Konzepte bzw. funktionale Zusammenhänge bei Ausgleichsmaßnahmen.

### **Konsequenzen**

Durch die Untersuchung konnten Probleme aufgezeigt werden, die unterschiedlich komplex sind. Einige Lösungen bzw. Optimierungsmöglichkeiten liegen auf der Hand bzw. werden in der Praxis bereits umgesetzt (z.B. Vermeidung von Festsetzungen auf Privatgrundstücken). Andere Umsetzungsprobleme entstehen bei der Zusammenarbeit vieler Beteiligten mit unterschiedlichen Interessen, Problembewusstsein und nicht selten gegenläufigen Zielen. Um hier zu tragbaren Lösungen zu kommen, sollten die Beteiligten an dieser Stelle weiter diskutieren. Ansätze und Thesen zur weiteren Diskussion werden im Folgenden angeboten:

### **Optimierung der Ämterzusammenarbeit**

- Intelligenz durch Kommunikation: einige der Reibungsverluste zwischen Planung und Umsetzung lassen sich auf unterschiedliche Ziele und Anforderungen der verschiedenen Ämter an den gemeinsam umzusetzenden Plan zurückführen. Bei einem regelmäßigen Austausch könnten gemeinsame Ziele gefunden, Konflikte und Probleme aus der Praxis diskutiert und konstruktive Lösungen gefunden werden.
- Straßengrün: Eine Kooperation zwischen städtebaulicher Freiraumplanung, Grünplanung- und -ausführung und Straßendesign könnte die Straßendesigns hinsichtlich der Begründerdichte und Ausgestaltung von Pflanzflächen optimieren.
- Wollen wir überhaupt Straßengrün? Grundsätzlich sollte diskutiert werden, ob eine Straßengrünung gewollt ist, oder nicht. (Politik, Öffentlichkeit - Bürgerinnen und Bürger)
- Verstärkte Kontrolle und Sanktionierung: Gerade vor dem Hintergrund der Personalknappheit bei den beteiligten Ämtern müssen Lösungen für die Kontrolle der termin- und fachgerechten Umsetzung von Grünfestsetzungen gefunden werden.
- Öffentlichkeitsarbeit: Information über naturnahe Gartengestaltung, Vermeidung von Versiegelung, wasserdurchlässige Wegebaumaterialien und Ausgleichsflächen im Wohngebiet sollten den Bauherren und zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern vermittelt werden. Im Bereich Hoch- und Tiefbau sollte Grundwissen zum Umgang mit Boden und Vegetation geschult werden um Schäden bei der Bauabwicklung zu vermeiden.

- Grünflächen oder Ausgleichsflächen? Sollte mehr öffentliches Grün in die neuen Siedlungen, um die Ausgleichsflächen von Erholungs- und Freizeitdruck zu entlasten? Sollten Ausgleichsmaßnahmen vom Eingriff entkoppelt werden und siedlungsfern gebündelt umgesetzt werden?
- Suche nach gestalterischen Lösungen zur Inwertsetzung von wilden, ungeordneten Ausgleichsflächen.

### **Fazit**

Viele Beteiligte müssen flexibel auf ständige Veränderungen und Erfahrungen im

Planungs- und Umsetzungsprozess reagieren. Es ist sinnvoll, Erfolgskontrollen durchzuführen und die Ergebnisse gemeinsam zu diskutieren. Auch die Politik spielt im Prozess eine wichtige Rolle. Von hier müssen die Signale zu Zielen der Siedlungsentwicklung kommen, denn kostensparende, stark spekulative Bauprojekte rechtfertigen die Zersiedelung der Landschaftsräume nicht. Eine nachhaltige Entwicklung hochwertiger Wohngebiete mit städtebaulichen und ökologischen Qualitäten kann nur durch die Integration hochwertiger Grün- und Freiräume erreicht werden.

## 2.11.1 Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung - Rechtsentwicklung -

### Zentrale Fragestellungen

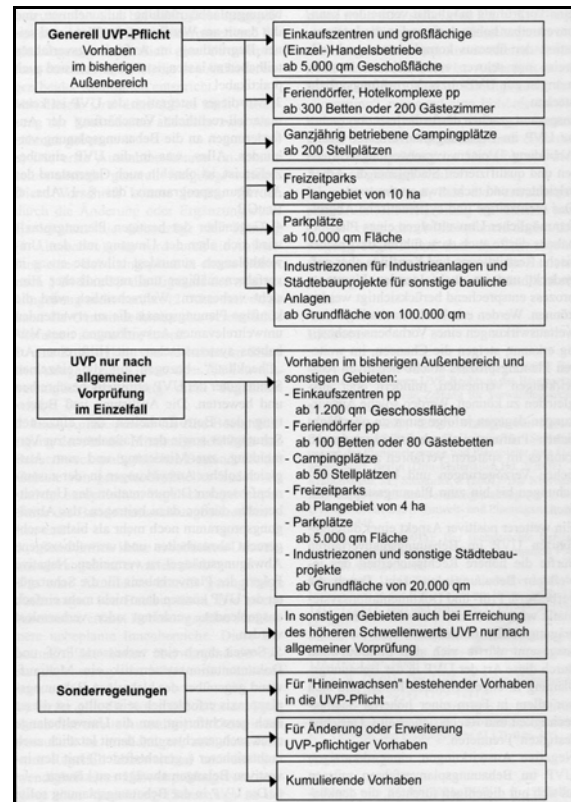
Der Weg von der freiwilligen kommunalen UVP zur „neuen“ Projekt-UVP geht einher mit der Anpassung des deutschen Bauplanungsrechtes an den europarechtlich vorgegebenen Standard. Besonders auffällig wird dies an der Gestaltung des Städtebaurechtes durch das Umweltrecht, anders ausgedrückt an der „Europäisierung umweltschützender Belange in der Bauleitplanung“.

Im internationalen Vergleich stellt sich dabei die Frage nach dem Verhältnis von formellrechtlichen Standards zu materiellrechtlichen Vorgaben. Auf der kommunalen Ebene ergeben sich zudem Fragen zur Praktikabilität, Umsetzungsfreundlichkeit und Verständlichkeit der Neuregelung. Hier kann auf Erfahrungen, die im Planspiel-Praxistest erzielt worden sind, zurückgegriffen werden. Mit Blick auf partizipative und arbeitsökonomische Aspekte sind darüber hinaus auch Fragen zur Transparenz und Effektivität von Planverfahren von zentraler Bedeutung. Unter stadt- und umweltschützerischen Gesichtspunkten stehen des Weiteren die Verbesserung des Umweltschutzniveaus vor Ort und der Qualitätsgewinn für die städtebauliche Planung im Mittelpunkt der Betrachtung.

Insgesamt gesehen betreffen die zuletzt angesprochenen Themen zentrale Fragestellungen zur Nachhaltigkeit und Zukunftsbständigkeit von Stadtentwicklung in den Kommunen. Ein anderer Themenkomplex dagegen beschäftigt sich mit der Stellung von freiwilliger und rechtlich normierter Umweltverträglichkeitsprüfung. Hier geht es im Besonderen um die Fortführung der bewährten Praxis der freiwilligen UVP im kommunalen Verwaltungshandeln, aber auch um das Verhältnis von verwaltungsinternen Dienstleistungen zu externen Ingenieurleistungen.

### Auswirkungen der rechtlichen Neuerungen auf das kommunale Verwaltungshandeln

Zu den zentralen Bausteinen des neuen UVP-Rechtes gehören die Ausweitung der UVP-pflichtigen Vorhaben (z.B. Freizeitparks, Parkplätze, Industriezonen, Städtebauprojekte für sonstige bauliche Anlagen) und die Einführung einer allgemeinen bzw. standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls (Screening-Verfahren). Wesentliche Änderungsmerkmale sind darüber hinaus die Vorbereitung und Durchführung eines Scoping-Termines fakultativ im Bebauungsplanverfahren und die Erarbeitung eines Umweltberichtes als selbstständiger Teil der Begründung des Bebauungsplanes auf der Grundlage eines vorgegebenen Mindestkataloges.



*UVP-Pflicht für Bebauungspläne nach neuem Recht*

Angesichts der Vielzahl von Änderungen, welche die neue Rechtslage mit sich bringt, verwundert es nicht, dass die zu erwartenden Auswirkungen der rechtlichen Neuerungen auf das Verwaltungshandeln kontrovers diskutiert werden. So hat die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände schon sehr früh zum Ausdruck gebracht, dass ein erhöhter Vollzugsaufwand zu höheren finanziellen Belastungen der Kommunen führen wird. In dieser ersten Stellungnahme unterstrich die Bundesvereinigung des Weiteren, dass ein Mehraufwand zumeist mehr Kosten verursacht, auch wenn der Mehraufwand nach Personal und Haushaltsmitteln derzeit nicht quantifizierbar ist.

Unabhängig davon ergeben sich bei einer detaillierten Betrachtung der Neuregelung allerdings auch Parallelen zu Verfahrensschritten der Planfeststellung (Scoping-Termin, Umweltbericht) und des städtischen UVP-Modells (Vorprüfung des Einzelfalls, Umweltbericht). Aufgrund der in der in der Planungs- und Umweltverwaltung der Stadt Dortmund vorliegenden Erfahrungen besteht daher beim Verfasser die Überzeugung, dass das neue UVP-Recht in der Praxis ohne erheblich höheren Verwaltungsaufwand umzusetzen ist. Diese Auffassung wird auch durch die Ergebnisse des Planspiel-Praxistestes eindrucksvoll bestätigt. In diesem Zusammenhang ist natürlich beachtlich, dass die Kosten für notwendige Fachgutachten (z.B. Umweltbericht) im Sinne des Verursacherprinzips durch den Vorhabenträger zu übernehmen sind.

### **Schlussfolgerungen und Ausblick**

Zusammenfassend betrachtet kann die Neuregelung von UVPG und BauGB als praktikabler Beitrag zum EU-konformen Abbau rechtlicher Defizite verstanden werden. Diese Aussage darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einführung einer UVP für Pläne und Programme (Strategische Umweltprüfung) und die Verabschiedung eines einheitlichen Um-

weltgesetzbuches (Integrierte Vorhabengenehmigung) nach wie vor ausstehen. Ferner bleibt anzumerken, dass sowohl im Bauplanungsrecht als auch beim städtischen UVP-Modell immer noch eine Dominanz von Verfahrensregelungen gegenüber materiellen Standards zu beobachten ist.

Auf der kommunalen Ebene unstrittig sind die Auswirkungen des neuen UVP-Rechtes hinsichtlich Transparenz und Effektivität bei der Zusammenführung umweltschützender Belange in der Bauleitplanung. Aspekte, die hier zum Tragen kommen, sind die Rechtssicherheit der Planung einerseits und die Beschleunigung von Verwaltungsverfahren andererseits. Wird die UVP als Baustein für eine nachhaltige und zukunftsbeständige Stadtentwicklung begriffen, dient sie ohne Zweifel der Stärkung des kommunalen Umweltschutzes und der ökologischen Optimierung der städtebaulichen Planung.

Auch wenn durch fortschreitende rechtliche Normierung und Zunahme der UVP-pflichtigen Vorhaben (UVP für Pläne und Programme) eine Eingrenzung der Anwendungsmöglichkeiten für die freiwillige UVP festzuhalten ist, wird diese ihre Bedeutung als Instrument zur Integration von Umweltbelangen in Plan- und Genehmigungsverfahren bei nicht UVP-pflichtigen Vorhaben beibehalten. Dies betrifft insbesondere die allgemeine Wohnbauflächenentwicklung, aber auch die Qualifizierung von Wirtschaftsflächen.

Abschließend sei noch vermerkt, dass aufgrund der zunehmend schlechter werdenden personellen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Kommunen ein Rückgang verwaltungsinterner Dienstleistungen zugunsten externer Ingenieurleistungen zu erwarten ist. Als Beleg hierfür sei auf aktuelle Entwicklungen in der Planungs- und Umweltverwaltung der Stadt Dortmund hingewiesen.

## 2.11.2 Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung - Planungspraxis -

### **UVP nach städtischem UVP-Modell**

Die Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Modell der Stadt Dortmund beschränkt sich im Anwendungsbereich auf Bauleitplanverfahren. Sie zeigt die nachfolgend angeführten Bearbeitungsstandards: UVP-Ersteinschätzung, UVP-Stellungnahme, UVP auf FNP-Ebene.

Die UVP-Ersteinschätzung erbringt eine umfassende Gesamtschau der Umweltauswirkungen eines Planvorhabens. Sie stützt sich weitgehend auf die im Umweltinformationssystem vorhandenen Daten und Informationsgrundlagen. Nach einer Bestandsaufnahme (Merkmale des Vorhabens und des Standortes) werden Auswirkungen prognostiziert und Empfehlungen für das weitere Planverfahren dargelegt.

Die UVP-Stellungnahme entspricht einer inhaltlich reduzierten UVP-Ersteinschätzung. Bestandsaufnahme und Auswirkungsprognose werden hier im Rahmen einer Kurzbeschreibung abgehandelt. Der Schwerpunkt der UVP-Stellungnahme liegt in der Ausarbeitung von ökologisch orientierten Planungsempfehlungen. Beide Fachbeiträge (Ersteinschätzung, Stellungnahme) gelangen alternativ im Bebauungsplanverfahren zur Anwendung.

Die UVP auf FNP-Ebene konzentriert sich auf eine vergleichende Betrachtung von Standortpotentialen zur Wohnbauflächenentwicklung in der vorbereitenden Bauleitplanung. Wohnbauflächen aus dem Flächennutzungsplan werden anhand eines vorgegebenen Kriterienkataloges in tabellarischer Form einer Beurteilung aus Umweltsicht zugeführt. Die UVP auf dieser Planungsebene bildet die Grundlage für eine sich im Bebauungsplanverfahren anschließende UVP-Stellungnahme bzw. UVP-Ersteinschätzung. Sie findet ihre Einsatzbereiche bei den Wohnbauflächenkatastern, den Entwicklungsprogrammen Wohnungsbau und der Wohnbauflächen-

entwicklung „5000er Programm“. Das 5000er Programm beschreibt ein Sonderprogramm zur Wohnbauflächenentwicklung in Dortmund mit dem Ziel, 5000 Wohneinheiten im Ein- und Zweifamilienhaussegment innerhalb von 5 Jahren bereitzustellen.

Mit Bezug auf die Verfahrensintegration seien nachstehend die Arbeitsschritte aufgeführt, die durch das Umweltamt maßgeblich geprägt oder aber entscheidend mitgestaltet werden: Startergespräch, UVP-Stellungnahme/UVP-Ersteinschätzung, Verwaltungsinternes Beteiligungsverfahren, Landschaftspflegerischer Fachbeitrag.

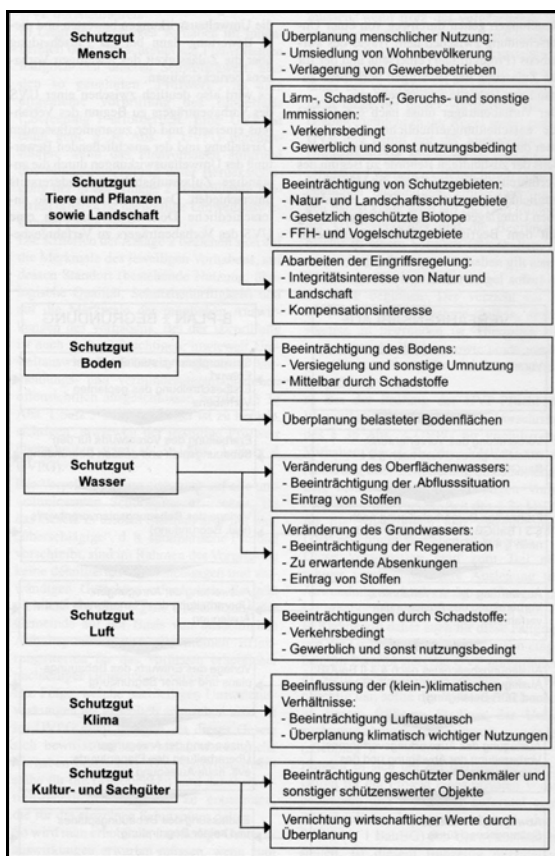
Im Startergespräch werden zu Beginn eines Planverfahrens auf Einladung des Stadtplanungsamtes Rahmenbedingungen und mögliche Konfliktpunkte der Planung mit allen sachberührten Fachbereichen erörtert. Anschließend wird die UVP-Stellungnahme bzw. die UVP-Ersteinschätzung in der zuvor erläuterten Form durch das Umweltamt erarbeitet. Während des Verwaltungsinternen Beteiligungsverfahrens besteht erneut für alle betroffenen Fachbereiche die Möglichkeit, ihre Belange auch im fortgeschrittenen Planungsstadium noch in das Verfahren einzubringen. Den Schlusspunkt der Beteiligungsmöglichkeiten für das Umweltamt setzt die fachliche Beurteilung des Landschaftspflegerischen Fachbeitrages, der eine umfassende naturschutzrechtliche bzw. planerische Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung mit einschließt.

### **UVP nach UVPG/BauGB (alte Fassung)**

Die Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG/BauGB (alte Fassung) ist in der Stadt Dortmund, bezogen auf den Anwendungsbereich Bauleitplanverfahren, durch folgenden Bearbeitungsstandard gekenn-

zeichnet: Umweltverträglichkeitsstudie/-untersuchung.

Die Umweltverträglichkeitsstudie (synonym: Umweltverträglichkeitsuntersuchung) wird auf der Grundlage einschlägiger Vorgaben/Regelwerke als methodisch-inhaltlicher Baustein der UVP erarbeitet. Während diese Studie bei einer Vielzahl von Verfahren mit externer Unterstützung zu erbringen ist, wird sie für planfeststellungsersetzende Bebauungspläne (Straßenbaumaßnahmen) der Stadt Dortmund auch als interne Dienstleistung der Planungs- und Umweltverwaltung ausgeführt.



*Checkliste der in der UVP zu prüfenden Auswirkungen*

Mit Blick auf die Arbeitsorganisation ist festzuhalten, dass die Projektkoordination und -steuerung sowie das Zusammenführen von Teilleistungen zur Umweltverträglichkeitsstudie von der Sachgruppe „Umweltplanung, UVP“ des Umweltamtes übernommen werden. Die schutzgutbezogene Projektbearbeitung und das Erbringen von Teilleistungen zur Umweltverträglichkeitsstudie liegen in der Hand unter-

schiedlicher Sachgruppen, sowohl des Umweltamtes als auch des Stadtplanungsamtes. Die graphische Aufbereitung der erzielten Resultate wird durch das Geographische Informationssystem ARC/INFO unterstützt. Als Arbeitsergebnis entsteht eine Studie mit Berichts- und Kartenteil, die sich aus den Fachbeiträgen „Bebaute Umwelt“ und „Landschaft“ aufbaut.

Hinsichtlich der Verfahrensintegration seien im Folgenden die Arbeitsschritte angeführt, die unter intensiver Mitwirkung des Umweltamtes durchlaufen werden: Vorabstimmung, Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Die Vorabstimmung erfolgt auf Initiative des Vorhabenträgers bzw. der verfahrensführenden Behörde. Sie schafft für alle sachberührten Fachbereiche die Möglichkeit, frühzeitig Rahmenbedingungen und potentielle Konfliktpunkte des Vorhabens zu besprechen. Die Vorabstimmung ist damit dem Startergespräch der vorstehend behandelten Bauleitplanverfahren vergleichbar. Die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange eröffnet dem Umweltamt eine zusätzliche Gelegenheit, umweltfachliche Anforderungen in das weitere Planverfahren einzustellen. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass bei Planfeststellungsverfahren (z.B. Umgestaltung von Gewässern, Stadtbahnbaumaßnahmen) als weitere Verfahrensschritte ein Scoping-Termin und ein Erörterungstermin durchgeführt werden.

### **UVP nach UVPG/BauGB (neue Fassung)**

Die Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG/BauGB (neue Fassung) ist in der Stadt Dortmund, mit Bezug auf den Anwendungsbereich Bauleitplanverfahren, durch nachfolgend dargestellten Bearbeitungsstandard ausgewiesen: Umweltbericht.

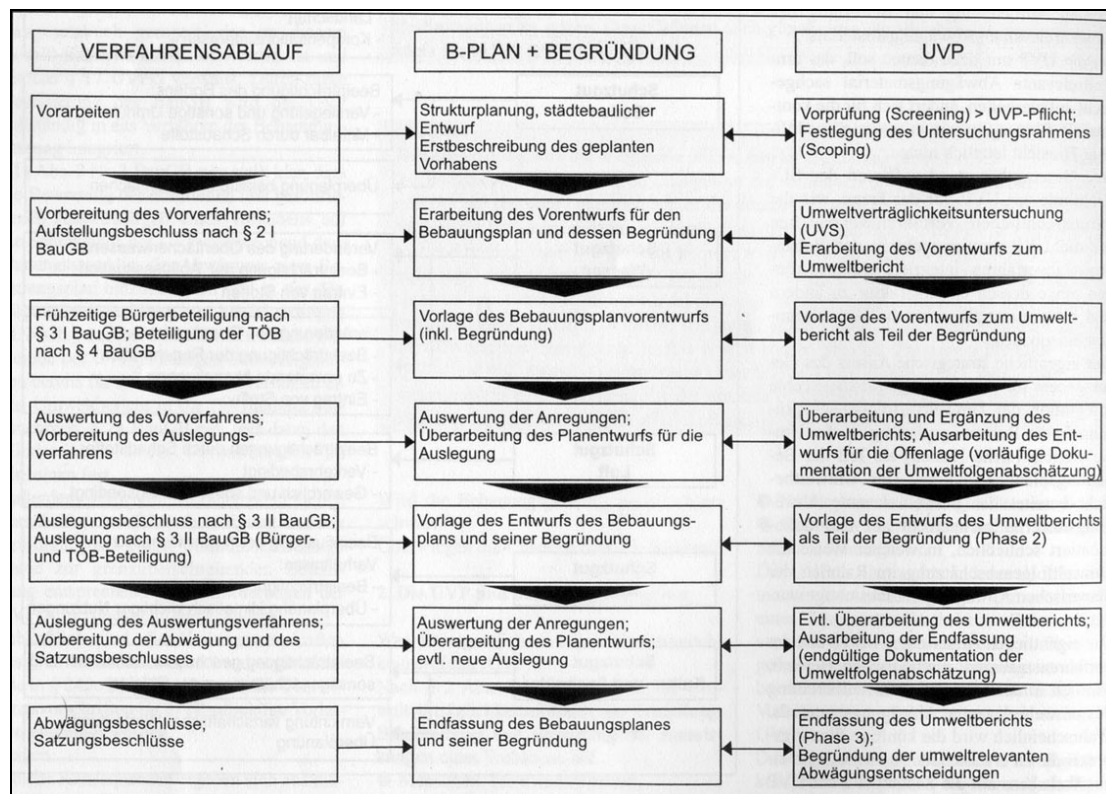
Der Umweltbericht zeigt unter methodisch-inhaltlichen Aspekten viele Gemeinsamkeiten mit der Umweltverträglichkeitsstudie/-untersuchung der Planfeststellung bzw.

planfeststellungseretzender Bebauungspläne. Er ist bereits für das Aufstellungsverfahren in die Begründung zum Bebauungsplan aufzunehmen und dem jeweiligen Abstraktionsgrad des aktuellen Planungsstandes anzupassen. Je nach Art des bauplanungsrechtlichen Vorhabens, seiner fachlichen Komplexität und politischen Brisanz, wird der Umweltbericht als externe Ingenieurleistung vergeben oder aber als interne Dienstleistung der Planungs- und Umweltverwaltung erarbeitet.

Mit Blick auf die Verfahrensintegration seien nachstehend die Arbeitsschritte hervorgehoben, die durch das Umweltamt erheblich beeinflusst oder aber eigenverantwortlich ausgeführt werden: Vorabstimmung, Vorprüfung des Einzelfalls (wenn erforderlich), Scoping-Termin, Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Sinn und Zweck der Vorabstimmung können den Aussagen des vorangestellten Gliederungspunktes entnommen werden. Die Vorprüfung des Einzelfalls, sofern aufgrund der Liste „UVP-pflichtige Vorhaben“ (Anlage 1 UVPG) erforderlich, obliegt der Zuständigkeit des Umweltamtes. Sie wird

auf Grundlage der „Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls“ (Anlage 2 UVPG) durchgeführt. Vorbereitung und Durchführung des Scoping-Termines sowie die entsprechende Aufbereitung der Ergebnisse fallen in den Zuständigkeitsbereich des Stadtplanungsamtes. Im Scoping-Termin werden Vorschläge zur Abgrenzung des Untersuchungsraumes und zur Festlegung des Untersuchungsrahmens unter Beteiligung interner und externer Stellen (Träger von Umweltbelangen) erörtert. Hierzu zählen insbesondere der Vorhabenträger, die verfahrensführende Behörde, Fachdienststellen der Umweltverwaltung, sonstige Einrichtungen mit umweltbezogenen Aufgaben und der ehrenamtliche Naturschutz. Hinsichtlich der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange wird an die Ausführungen des letzten Gliederungspunktes erinnert. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass bei Planfeststellungsverfahren (z.B. Umgestaltung von Gewässern, Stadtbahnbaumaßnahmen) als weiterer Verfahrensschritt ein Erörterungstermin durchgeführt wird. An die Stelle des Umweltberichtes tritt dann eine Umweltverträglichkeitsstudie/-untersuchung.



Die UVP im Bebauungsplanverfahren

## 2.12 Ausgleichs- und Ersatzmanagement

Nach der Bau- und Naturschutzgesetzgebung des Bundes und der Länder besteht die Verpflichtung, Eingriffe in Natur und Landschaft, wie sie z. B. beim Bau neuer Siedlungen oder Straßen verursacht werden, durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen. Sinn dieser Regelung ist, den „Schaden“ an der Natur wieder „gut zu machen“, indem an anderer Stelle (möglichst aber im Umfeld des Eingriffs) die Landschaft ökologisch aufgewertet wird.

Die Stadt Dortmund hat seit 1995 kontinuierlich ein computergestütztes Ausgleichs- und Ersatzmanagement (A+E-Management) aufgebaut. Dieses besteht aus sechs Modulen, die miteinander im Zusammenhang stehen:

- A+E-Kataster
- A+E-Finanzverwaltung
- Flächenpool
- Maßnahmenrealisierung
- Grundstücksbetreuung und -pflege
- Ökokonto

### A+E-Kataster

Das Kataster listet sämtliche Flächen im Stadtgebiet auf, die als A+E-Flächen dienen und die deshalb nicht für bauliche Maßnahmen zur Verfügung stehen, sondern naturgemäß zu entwickeln sind. In dieser Liste sind unter anderem die Lage und Größe, der Eigentümer, der Stand der Maßnahmenrealisierung und der zugeordnete Eingriff vermerkt. Ergänzt wird die Liste durch eine Karte, in der alle Flächen dargestellt sind. Dies ist wichtig, damit nicht versehentlich eine Fläche doppelt für A+E-Maßnahmen vorgesehen wird und damit der Überblick nicht verloren geht.

### A+E-Finanzverwaltung

Kann ein Eingriff nicht durch Naturschutzmaßnahmen ausgeglichen werden, so hat der Eingriffsverursacher ein „Ersatzgeld“ zu zahlen. Diese Mittel sind zweckgebun-

den zu verwenden. Damit bei den eingehenden Geldern der Überblick gewahrt bleibt und eine sachgerechte Verwendung nachgehalten werden kann, gibt es deshalb eine besondere Finanzverwaltung. Seit 1995 wurden insgesamt 6,7 Mio. € eingenommen.

### Flächenpool

Um A+E-Maßnahmen durchführen zu können, werden geeignete Grundstücke benötigt. Diese werden in einem Flächenpool zusammengeführt und nach und nach ökologisch entwickelt. Bislang war es gängige Praxis, dass die auf den Flächen betriebene landwirtschaftliche Nutzung aufgegeben werden musste, da die intensive Landnutzung nicht mit einer naturgemäßen Grundstücksbewirtschaftung in Einklang zu bringen war. Dieser Entwicklung, die die Gefahr des Aussterbens der Landwirtschaft in sich birgt, soll entgegengewirkt werden, indem die betreffenden Flächen „Ökolandwirten“ zur Nutzung angeboten werden. Hierzu betreibt das Umweltamt derzeit ein gesondertes Projekt, dass die Voraussetzungen und die Umsetzungsmöglichkeiten näher klären soll.

### Maßnahmenrealisierung

Zu einer ökologischen Aufwertung der Landschaft kommt es in der Regel nur, wenn auch geeignete Maßnahmen durchgeführt werden. Hierunter fallen Aufforstungen, Anlage von Teichen und sonstigen Feuchtbiotopen, Anpflanzungen und Pflegemaßnahmen zur Förderung wertvoller Pflanzengesellschaften. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen stehen die zuvor eingenommenen Ersatzgelder zur Verfügung. Seit 1995 wurden 5,7 Mio. € für derartige Maßnahmen ausgegeben.

### Grundstücksbetreuung und -pflege

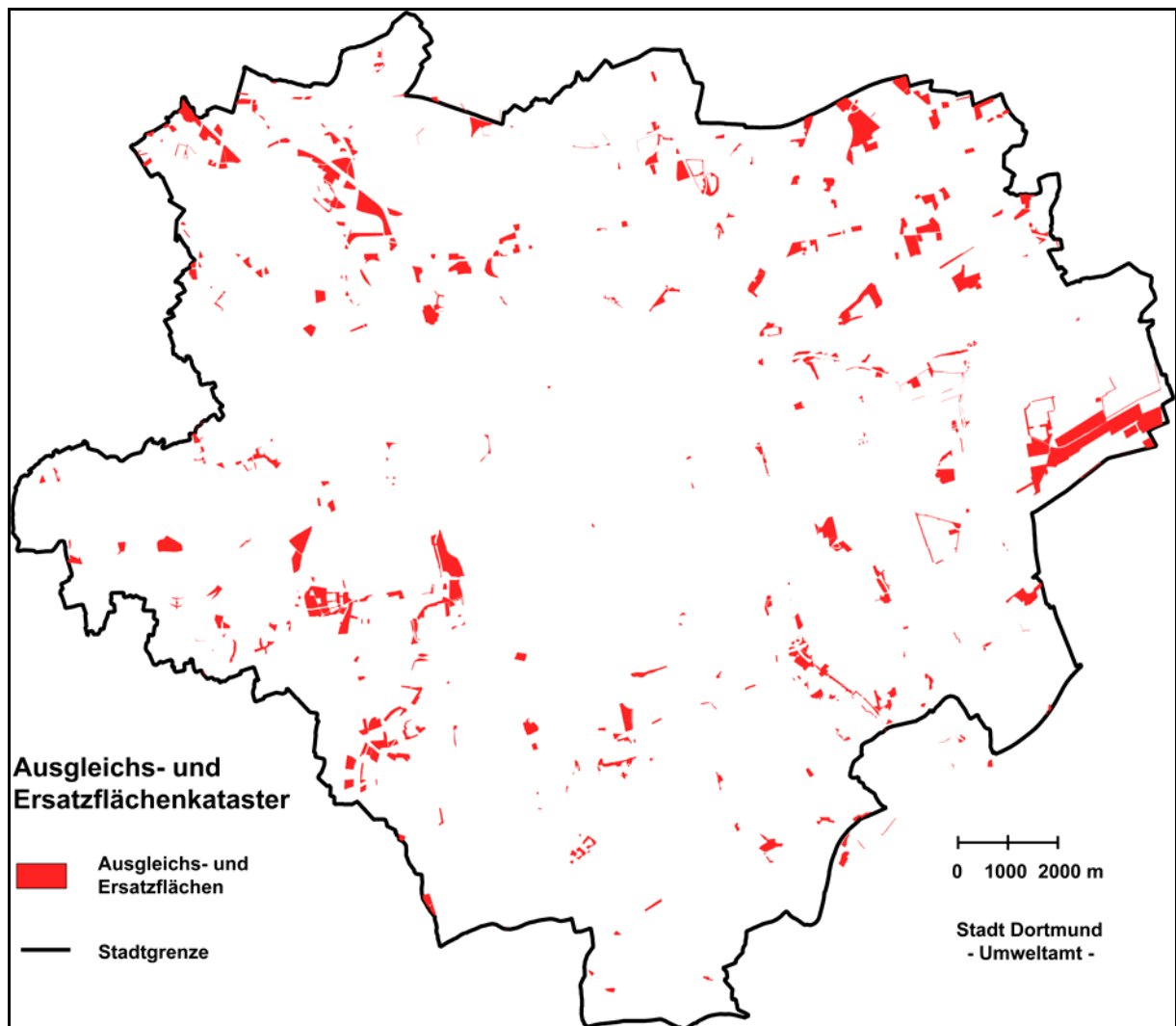
Nach ihrer „Fertigstellung“ müssen die Grundstücke gepflegt und betreut werden; diesem Zweck dient eine eigene Grund-

stücksverwaltung. Nicht zuletzt aus Personal- und Kostengründen soll der Aufwand hierfür möglichst gering gehalten werden. Ziel ist deshalb, auf den Flächen ein ökologisches Gleichgewicht herzustellen, damit sie weitgehend naturbelassen bleiben können. Dabei sind natürlich auch die Erholungsaspekte zu beachten.

### Ökokonto

Die Stadt Dortmund aber auch private Investoren haben die Möglichkeit, sich ein „ökologisches Guthaben“ (Ökokonto)

anzulegen, indem sie zuvor genutzte Flächen naturnah umgestalten und damit aufwerten. Für diese Flächen ermittelt das Umweltamt mit Hilfe eines Punktesystems den ökologischen Wert. Führt die Stadt oder der Investor nun einen Eingriff durch, so wird die Eingriffsstärke ebenfalls mit Hilfe der Punkteskala festgestellt. Diese Punkte werden jetzt vom Guthaben abgezogen, das damit nach und nach aufgezehrt wird. Sinn des Ökokontos ist es, eine größere Flexibilität zu erreichen und dem Mangel an ad hoc verfügbaren Ausgleichsflächen entgegenzuwirken.



*Ausgleichs und Ersatzflächenkataster*

## 2.13.1 Umweltfachbeiträge zu bedeutenden Einzelprojekten - Güterverkehrszentrum Ellinghausen -

Auf einer ehemaligen Bergehalde im Stadtteil Mengede entsteht auf rd. 200 ha Fläche ein für Dortmund bedeutendes Logistikzentrum. Bereits 1950 begann die Ruhrkohle AG die ehemals land- und forstwirtschaftliche Fläche am DO-Ems-Kanal für die Ablagerung von Schüttgut zu nutzen. Nach Abschluss der Maßnahmen im Jahr 1987 stellt sich das Gelände heute als Hochplateau mit einer mittleren Höhe von 14 m dar. Nach mehreren Anläufen zur Neunutzung der Fläche, u.a. Standort einer Müllverbrennungsanlage, Golfplatz, übernahm die Projektgesellschaft Ellinghausen, Gesellschafter sind ThyssenKrupp und die Montan-Grundstücksgesellschaft, die Entwicklung des Bebauungsplanes Mg 159.

Mit dem Ziel einer umgehenden Schaffung von Planungsrecht und der Bereitstellung aller bautechnischen Voraussetzungen wurde unter Federführung des Stadtplanungsamtes eine Projektgruppe ins Leben gerufen. Die vom Umweltamt zu behandelnden Themen umfassen das bergrechtliche Verfahren zur Beendigung der Bergaufsicht, die Altlasten (u.a. ehemalige Industriemülldeponie), die notwendigen ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die Fragen der Oberflächenentwässerung und Entwicklung von Standorten für Windenergieanlagen.

Seit dem Projektstart Anfang 2001 können die Verantwortlichen auf folgende Entwicklungsschritte zurückblicken:

- ◆ Abschluss des städtebaulichen Vertrages
- ◆ Aufstellung, Offenlage und Satzungsbeschluss des B-Planes Mg 159 – GVZ Ellinghausen
- ◆ Beendigung der Bergaufsicht für die Haldenoberflächen weitgehend abgeschlossen
- ◆ Abschlussverfahren für Industriemülldeponie eingeleitet (Gefährdungsabschätzung und Sanierungskonzept liegen vor)
- ◆ Fertigstellung der Haupterschließungsstraßen
- ◆ Maßnahmenbeginn Kanalschließung, Regenrückhaltung
- ◆ Bau und Fertigstellung Distributionszentrale IKEA (1. Bauabschnitt), Inbetriebnahme Ende 2002, Umsetzung landschaftspflegerischer Begleitplan
- ◆ Fertigstellung Gleisanschluss IKEA, Ende 2002
- ◆ Entwicklung von 4 Standorten für Windenergieanlagen mit je 1,5 MW
- ◆ Grundstückverkaufsverhandlungen für Restflächen laufen



*Windenergieanlagen Nordhalde (Fotomontage)*

## 2.13.2 Umweltfachbeiträge zu bedeutenden Einzelprojekten - Napier Barracks -

Das 157 ha große Gelände der Napier Kaserne wurde über einen Zeitraum von acht Jahrzehnten (1914 – 1995) zunächst zivil, später militärisch genutzt.

Die erste Hälfte des Nutzungszeitraums war geprägt durch überwiegend zivilen Flugbetrieb mit einer spezifischen Infrastruktur. Der zivile Personenflugverkehr wurde jedoch im Zuge der Kriegsvorbereitungen in den 1930er Jahren immer mehr eingeschränkt und kam schließlich infolge einer rein militärischen Zweckbestimmung des Standortes völlig zum Erliegen. Ein Fliegerhorst der Reichsluftwaffe wurde eingerichtet. In dieser Funktion war der Standort für die Alliierten während des Zweiten Weltkrieges strategisch wichtig und wurde auch mehrfach bombardiert.

Die Nutzungsperiode der Nachkriegszeit war bis in die Gegenwart durch die Stationierung verschiedener Einheiten der Britischen Streitkräfte geprägt. Nur für eine kurze Zeit diente der Standort nach 1945 zivilen Sportfliegern als Flugplatz. Bereits Ende der 50er Jahre wurde eine Britische Lenkwaffeneinheit stationiert, die in der Folge von anderen Einheiten ähnlicher Waffengattungen abgelöst wurde. Im Rahmen der allgemeinen Truppenreduzierung der NATO wurde der Standort am 31.10.1995 freigezogen.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren, mit Ausnahme einer kleinen Teilfläche und verschiedener Kampfmittelfunde im Rahmen von Baumaßnahmen keine Bodenverunreinigungen des Geländes bekannt und dokumentiert.

Historische Recherchen, also Ermittlung und Auswertung einschlägiger Aktenbestände, insbesondere aus Behördenarchiven, eine multitemporale Luftbild- und Kartenauswertung sowie Ortsbesichtigungen und Zeitzeugen-Befragungen führten zu ersten Erkenntnissen über mögliche Belastungen des Untergrundes.

Im Ergebnis wurden insgesamt 508 Teilbereiche, d.h. Ablagerungs- und Aufschüttungsareale, Gebäude bzw. Anlagen und Lager-/Stellplätze ermittelt, die aufgrund ihrer früheren Nutzung und Funktion als altlastenverdächtig gelten müssen.

Mit Rammkernsondierungen, Bodenluftuntersuchungen und der Einrichtung von Grundwassermessstellen wurde der Grad der Verunreinigungen konkretisiert und ein Sanierungsplan unter Berücksichtigung der Folgenutzung erstellt.

Das Leistungszentrum des Ballspielvereins Borussia Dortmund e.V. wird dort entstehen. Hochwertiges Wohnen, eine Gewerbefläche, die Erweiterung des Naturschutzgebietes und eine Erweiterung des Golfclubs sind vorgesehen.

Große Mengen kontaminierter Böden wurden bereits im Bereich der ehemaligen Start- und Landebahn abgetragen. Wir können davon ausgehen, dass bis Ende 2003 das Gelände entmunitioniert sein wird. Große Mengen Kleinmunition wurden bei den Sprengungen im April 1945, die von der auf dem Standort verbliebenen Mannschaft selbst herbeigeführt wurden, über das Gelände verteilt.

Erst nach der Entmunitionierung und der gesicherten Umlagerung bzw. der Beseitigung der kontaminierten Bodenmassen kann das Gelände endgültig seiner geplanten Bestimmung zugeführt werden.



*Napier Barracks*

### 2.13.3 Umweltfachbeiträge zu bedeutenden Einzelprojekten - Entwicklungsbereich Gneisenau -

Der Bereich der ehemaligen Zeche und Kokerei „Gneisenau“ gehört mit einer Fläche von mehr als 90 ha und einem Betriebszeitraum von mehr als 100 Jahren zu den großen Standorten der Montanindustrie im Stadtgebiet Dortmund. Zum Kern des Standorts gehörten neben den eigentlichen Anlagen zur Kohleförderung zwei Kokereien sowie ein Holzlager und eine Kokshalde. Die endgültige Betriebsstilllegung erfolgte 1989.

Die im Rahmen der Abschlussbetriebspläne erstellten Gefährdungsabschätzungen haben die für Bergwerks- und Kokereistandorte typischen Boden- und Grundwasserverunreinigungen (u.a. Benzol und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe) nachgewiesen. Die festgestellten Belastungen stellten hohe Anforderungen an die Sanierungskonzeption und -durchführung, um das Ziel der Reaktivierung des Standorts „Gneisenau“ zu einem neuen Stadtteilzentrum zu realisieren und gleichzeitig die Einhaltung der im Baugesetzbuch geforderten gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse sicher zu stellen.

Die Teilbereiche „Gneisenau-Nordost“ angrenzend an die Altenderner Straße sowie „Gneisenau-Süd“ (ehemalige Kokshalde) werden von der Eigentümerin der Fläche,

der Montan-Grundstücksgesellschaft, eigenständig saniert und vermarktet. Im Norden sollen in der Nachbarschaft eines neuen Stadtteilparks Einzelhandelsbetriebe sowie ein Bau- und Gartenmarkt angesiedelt werden. Im Bereich der ehemaligen Kokshalde ist eine Nutzung durch Betriebe der Logistik-Branche geplant.

Für den Bereich der Kokerei ist ein Landschaftsbauwerk vorgesehen. Die hierfür erforderlichen Sanierungsmaßnahmen werden von der Deutschen Steinkohle AG in Auftrag gegeben und finanziert.

Die Sanierung und Baureifmachung des Gewerbegebiets „Gneisenau-Südost“ konnte durch eine enge Kooperation zwischen den Beteiligten (Bergbehörde, Umweltamt, Projektgesellschaft und Ingenieurbüros) bereits realisiert werden. Für diesen Bereich existiert der rechtsgültige Bebauungsplan Scha 130-2.

Erschlossen wird der Standort durch die neue „Gneisenau-Allee“, die im Westen an die B236n angeschlossen ist und eine schnelle Anbindung an den überregionalen Verkehr garantiert. Erste Betriebe haben sich bereits im Gewerbegebiet niedergelassen und dokumentieren so den Erfolg der Flächenreaktivierung.



*Gelände Gneisenau in Derne*

## 2.14 Ökobudget

### Der haushälterische Umgang mit den natürlichen Ressourcen

Entscheidungsträger in Städten, Gemeinden und Landkreisen müssen „Zukunft gestalten“ unter dem Zwang immer knapperer Mittel. Neue Steuerungsmodelle sollen die Effizienz der Kommunalverwaltung erhöhen. Wie die traditionelle kommunale Haushaltswirtschaft beschränken sie sich auf die Betrachtung der finanziellen und personellen Ressourcen und lassen die natürlichen Ressourcen derzeit außer Betracht.

Das neue Instrument „Ökobudget“ ermöglicht es Kommunen, ihren Umweltverbrauch haushälterisch zu steuern. Es setzt damit das Konzept der Naturhaushaltswirtschaft um, nach dem die natürlichen Ressourcen ebenso haushälterisch zu bewirtschaften sind wie die künstliche Ressource Geld.

Kern des Naturhaushaltsplanes bildet ein Gesamtbudget, das Grenzen für die Nutzung und Belastung der Naturgüter wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Klima, Tier- und Pflanzenwelt, aber auch der Beeinträchtigung menschlicher Lebensqualität wie z.B. des Ruhebedürfnisses festlegt. Der Umweltverbrauch wird nicht in Geldeinheiten umgerechnet, sondern in physikalischen Größen ausgedrückt. Welche ökologischen Budgets, dargestellt durch Kennzahlen, in den Naturhaushaltsplan aufgenommen werden, entscheiden die gewählten parlamentarischen Vertreter anhand der für die Stadt wichtigen Umweltprobleme.

Die Haushaltsmethode „Ökobudget“ übernimmt weitgehend das Aufstellungsverfahren des Finanzhaushaltsplanes mit Vorbericht, Voranschlägen, öffentlicher Auslegung und politischem Beschluss. Zunächst berichtet das federführende Amt über die aktuelle ökologische Situation der Kommune. Ausgestattet mit diesen Daten melden die einzelnen Ressorts ihren voraus-

sichtlichen Bedarf an Naturressourcen für die Planungsperiode an. Diese jährlichen Prognosen oder Voranschläge der Umweltnutzung münden in die einzelnen Budgets des Naturhaushaltsplan-Entwurfs. Der Naturhaushaltsplan wird dann vom Rat bzw. Kreistag diskutiert und beschlossen.



*Naturhaushaltszyklus*

Mit dem Beschluss des Naturhaushaltsplanes verpflichtet sich die Kommune freiwillig, das Gesamtbudget einzuhalten und die selbstgesetzten Ziele zu erreichen. Werden die Budgetgrenzen überschritten (außer- bzw. überplanmäßige Ausgaben), befassen sich die politischen Gremien erneut damit.

### Das Demonstrationsvorhaben „Kommunale Naturhaushaltswirtschaft“ des Internationalen Rates für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI)

Mit den Städten Bielefeld, Dresden und Heidelberg sowie dem Landkreis Nordhausen erprobte der Internationale Rat für Kommunale Umweltinitiativen die kommunale Naturhaushaltswirtschaft in einem Demonstrationsvorhaben. Das Vorhaben wurde von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in den Jahren 1996 bis 2000 gefördert und durch das Europasekretariat von ICLEI koordiniert.

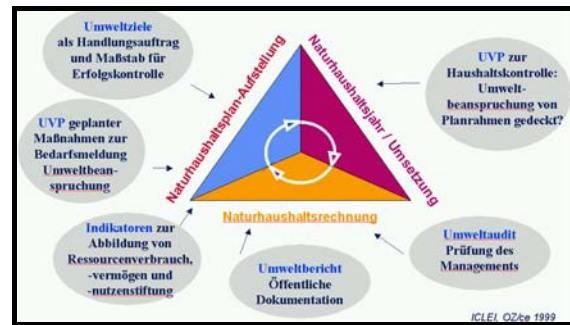
Die neuartige Methode „Ökobudget“ wurde in Zusammenarbeit mit den Teilnehmern des Demonstrationsvorhabens zur örtlichen Anwendungsreife gebracht, ihre Wirkungsweise modellhaft aufgezeigt. Das

Steuerungsinstrument knüpft an die Praxis sowohl der Finanzhaushaltswirtschaft als auch der Umweltplanung in den am Projekt teilnehmenden Gebietskörperschaften an. Das Verfahren zur Aufstellung und Umsetzung des Naturhaushaltsplanes wurde durch verwaltungsinterne Geschäftsregelungen abgesichert.

Ziel des Demonstrationsvorhabens war es, die praktische Lauffähigkeit des Konzeptes der kommunalen Naturhaushaltswirtschaft nachzuweisen. Heute kann festgestellt werden, dass das Vorhaben seine Aufgabe erfüllt hat. Dies zeigen nicht nur die politischen Beschlüsse der Pilotanwender Bielefeld, Dresden, Heidelberg und Nordhausen, sondern auch die Rückmeldungen aus dem projektbegleitend eingesetzten Beirat und das steigende Interesse weiterer Kommunen an Ökobudget.

Als Ergebnis des Projektes liegen zum Abschluss des Demonstrationsvorhabens mehrere über einen vollen Naturhaushaltszyklus praktisch erprobte Modelle kommunaler Naturhaushaltswirtschaft vor. Damit sind Erfahrungen zur Umsetzung der Naturhaushaltswirtschaft unter den unterschiedlichen Bedingungen in den teilnehmenden Gebietskörperschaften verfügbar.

Darüber hinaus erbrachte das Vorhaben Erfahrungen zum systematischen Umgang mit einer Vielzahl von Umweltmanagementinstrumenten (z.B. Indikatoren, UVP, Umweltqualitätsziele), die sowohl für sich als auch in anderen Zusammenhängen (z.B. dem kommunalen Öko-Audit) verwendbar sind. Insbesondere die Ergänzung der Neuen Steuerung um eine ökologische Komponente und die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 erhalten mit Ökobudget eine interessante und chancenreiche Entwicklungsperspektive, die im Ergebnis zu einem ganzheitlichen Ansatz für ein der Nachhaltigkeit verpflichtetes Kommunalmanagement führt. Vielfältige Ansätze dazu wurden im Verlauf des Vorhabens entwickelt.



### *Integration vorhandener Umweltmanagementinstrumente*

Die Durchführung des Demonstrationsvorhabens wurde durch Expertisen zu verschiedenen Aspekten, durch themenbezogene Fachgespräche, durch die kritische Begleitung des Beirates und der Beobachterstädte (u.a. Dortmund) unterstützt.

Mit der Vorlage der dinglichen Produkte des Demonstrationsvorhabens - dem Handbuch Ökobudget, der Ökobudget-Demonstrationssoftware und weiteren Materialien für Information und Training – sind alle konzeptionellen und technischen Grundlagen für eine Reproduzierung der Methode in weiteren Kommunen geschaffen worden. Dies gilt, wenngleich einzelne Punkte bzw. Arbeitsschritte noch der abschließenden Klärung, wie auch der praktischen Einübung bedürfen.

### **Die Übertragbarkeit der „Kommunalen Naturhaushaltswirtschaft“ auf die Stadt Dortmund**

Die Stadt Dortmund hat das Demonstrationsvorhaben „Kommunale Naturhaushaltswirtschaft“ als „Beobachterstadt“ sowohl auf der strategischen Ebene (Projektleitung, Projektbeirat) als auch im operativen Geschäft (Projektbearbeitung) engagiert begleitet und sich inhaltlich konstruktiv eingebracht. Nach Vorlage des Abschlussberichtes hat das Umweltamt eine Bewertung der Ergebnisse des Vorhabens vorgenommen und die Übertragbarkeit des entwickelten Umweltmanagementsystems auf die Stadt Dortmund geprüft. In diesem Zusammenhang sind von StA 60 auch Gespräche mit dem städtischen Agendabüro geführt worden.

Als Ergebnis der verwaltungsinternen Diskussion können folgende Überlegungen der Planungs- und Umweltverwaltung zum weiteren Vorgehen mit Ökobudget festgehalten werden:

Das Demonstrationsvorhaben war ein äußerst ehrgeiziges und ambitioniertes Projekt, das von der Bundesstiftung Umwelt, dem Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen sowie den am Vorhaben beteiligten Städten und Landkreisen mit enorm hohem Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen betrieben wurde. Beleg hierfür seien beispielhaft die Einrichtung eines ICLEI-Steuerungsteams und von örtlichen Projektteams, aber auch die Bildung eines Projektbeirates und von Projektgruppen mit administrativen und politischen Vertretern der in das Projekt unmittelbar eingebundenen Gebietskörperschaften.

Erfahrungen nach Projektabschluss aus den Städten Bielefeld, Dresden und Heidelberg sowie dem Landkreis Nordhausen zeigen, dass unter „normalen“ Rahmenbedingungen einer Kommunalverwaltung der im Demonstrationsvorhaben betriebene Aufwand nur bedingt aufrecht zu erhalten ist. Abstriche sind sowohl im methodisch-inhaltlichen Bereich als auch unter organisatorisch-kommunikativen Aspekten festzustellen. So wurden beispielsweise in Heidelberg der ohnehin nicht umfangreiche Indikatorensatz reduziert, der Kreis der zu beteiligenden Fachdienststellen damit eingeschränkt und der Berichtszeitraum des Haushaltplanes auf das Doppelte verlängert.

In der Stadt Dortmund ist unter den Gegebenheiten eines Haushaltssicherungskonzeptes die Übernahme neuer Aufgaben mit Auswirkungen auf das gesamte Verwaltungshandeln grundsätzlich vor dem

Hintergrund ihrer Kosten-Nutzen-Relation zu überprüfen. Dabei sind insbesondere auch bisherige konzeptionelle Leistungen der Planungs- und Umweltverwaltung sowie aktuelle Projektentwicklungen des Dezernates in die Bewertung bzw. Prüfung einzubeziehen. Im Hinblick auf das stadtplanerische Handeln seien hier beispielsweise die Neuaufstellung von Gebietsentwicklungsplan und Flächennutzungsplan, die Erarbeitung von Integrierten Stadtbezirksentwicklungskonzepten und die Erstellung der Masterpläne Wohnen und Mobilität angesprochen. Mit Bezug auf die umweltspezifischen Aktivitäten seien hier die Weiterentwicklung der Umweltverträglichkeitsprüfung, die Fortschreibung der Landschaftspläne, die Umsetzung der Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung, die Erarbeitung des Umweltplanes Dortmund und die Erstellung des Masterplanes Umwelt beispielhaft aufgeführt. Darüber hinaus wird an dieser Stelle auf die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 und die Mitwirkung des Dezernates bei unterschiedlichen Indikatorenprojekten (z.B. Städte der Zukunft, Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in NRW) verwiesen. Nicht zuletzt ist bei der Beurteilung der Übertragbarkeit von Ökobudget auf die Stadt Dortmund auch die derzeit laufende Haushaltsumstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement zu berücksichtigen.

Zusammenfassend betrachtet ergeben sich für die Stadt Dortmund keine Ansatzpunkte, das neue Instrument „Ökobudget“ einzuführen und in der täglichen Praxis anzuwenden. Eine Umsetzung ist weder unter fachlich-inhaltlichen Aspekten angezeigt, noch aus organisatorisch-wirtschaftlichen Gründen ableitbar. Eine weitere Befassung mit der kommunalen Naturhaushaltswirtschaft ist daher nicht vorgesehen.

## 3 Schutzgutbezogene Handlungsfelder

### 3.1 Saubere Böden - sicherer Untergrund

Mit Blick auf eine mehr als 150-jährige Industriegeschichte geprägt von Bergbau und Stahl sind Altlasten und die Folgen des unterirdischen Kohleabbaus wichtige Themen, mit denen sich das Umweltamt der Stadt Dortmund intensiv auseinandersetzt.

Mit dem Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) und seinen landesgesetzlichen Regelungen stehen der Unteren Bodenschutzbehörde (UBB) im Umweltamt Instrumentarien zur Verfügung, die Handlungsgrundlagen für folgende Aufgabenstellungen sind.

#### Altlastenerfassung

Bereits Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts hat die Stadt Dortmund über die Auswertung von Akten- und Kartenmaterial mit der Erfassung und Kartierung altlastenverdächtiger Flächen begonnen, um schnellstens einen Überblick über Umfang und Intensität von Belastungen der Böden und des Untergrundes zu erlangen. So steht der Unteren Bodenschutzbehörde (UBB) im Umweltamt heute eine bessere Abwägungsgrundlage für zukünftige Entscheidungsprozesse in wesentlichen Bereichen der Stadtentwicklung, der Bauleitplanung, Baugenehmigungsverfahren, bis hin zu sonderbehördlichen Maßnahmen zur Verfügung. Das Resultat umfangreicher Auswertungen fand seinen Niederschlag in einem städtischen Altlastenkataster. Die Ergebnisse werden seit 1985 in der Dortmunder Karte der Altstandorte und Altablagerungen im Maßstab 1:20.000 veröffentlicht. Diese Karte wird laufend aktualisiert, zuletzt im September 2000.



*Kartenausschnitt Altlastenkarte*

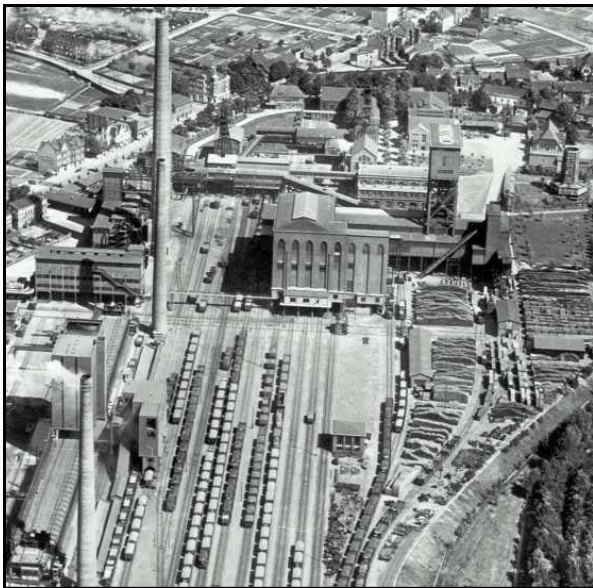
Bislang wurden nahezu 2.000 Altlasten und Verdachtsflächen erfasst. Sie machen rd. 1/7 der Dortmunder Stadtfläche aus und sollen – soweit möglich – einer neuen Nutzung zugeführt bzw. so gesichert werden, dass von ihnen keine Gefahren für die Bevölkerung und die Umwelt ausgehen.

#### Gefährdungsabschätzung

In abgestuften Untersuchungsschritten (Erstbewertung, Orientierungs- und Detailuntersuchung) werden Verdachtsflächen untersucht und beurteilt. Das Umweltamt führt hierzu, teilweise mit finanzieller Unterstützung des Landes, jedes Jahr mehrere Flächenuntersuchungen durch. Auch von privater Seite beauftragte Gefährdungsabschätzungen helfen, das Wissen über Untergrundverunreinigungen und Bodenqualitäten zu vervollständigen. Mittlerweile kann die Behörde auf ca. 300 Gebietsgutachten und mehrere hundert gutachterliche Stellungnahmen und Einzelberichte zurückgreifen.

## Sanierung und Flächenrecycling

Die Stadt steht vor der Aufgabe, die durch den Strukturwandel brach fallenden Flächen für neue Ansiedlungen und alternative Nutzungen aufzubereiten. Aufgrund ihrer oft verkehrstechnisch günstigen Lage, der vorhandenen Planungsausweisungen (GE, GI) und anderer Aspekte sind die großen Industriebrachen für Flächenreaktivierungen besonders geeignet. Allein ihre Lage im planerischen Innenbereich hilft mit, den für eine Großstadt so wertvollen Freiraum zu schonen.



*Zeche Minister Stein - vorher*



*Flächenrecycling Minister Stein - nachher*

Gerade beim Umgang mit den kontaminationssträchtigen Altstandorten - allein in Dort-

mund gab es 33 Kokerei- und Gaswerkstandorte - wurden technische Lösungen entwickelt, die einen ausgewogenen Umgang mit den ökologischen und gesundheitlichen Ansprüchen und den ökonomischen Randbedingungen ermöglichen. Zusammen mit Gutachtern und Fachdienststellen des Landes hat das Umweltamt Methodiken definiert, die heute zum Standard des Altlastenmanagements gehören. Zahlreiche ehemaligen Zechenstandorte wie Minister Stein, Gneisenau, Hansa, Scharnhorst, Germania sowie die Stahlstandorte Hoesch-Union, Westfalenhütte und Phoenix sind Beispiele für erfolgreiche Flächenreaktivierungen. Entscheidende Merkmale des Flächenmanagements sind die Kombination der baugrund- mit den altlastentechnischen Notwendigkeiten wie z.B.

- Flächenhafte „Durchsicht“ des Untergrundes und Herausnahme von Belastungs-hot-spots
- Schaffung eines Gründungspolsters mit unschädlichen Restbelastungen
- Übergabe einer restriktionsfreien Gründungsebene
- Schaffung rechtlicher (Sanierungsverträge, Verbindlichkeitserklärung einer Sanierungsplanung gem. § 13 BBodSchG) und technischer Voraussetzungen für die Möglichkeit zur Einlagerung von kontaminiertem Aushubmaterial vor Ort (Umlagerungsbauwerke, Kapseln)
- Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit als vertrauensbildende Maßnahmen für Neuansiedler

## Ökologischer Bodenschutz

Ein weiterer Baustein zur Schonung der „grünen Ressourcen“ Dortmunds ist die digitale Bodenbelastungskarte (BBK). Eine umfassende Bestandsaufnahme der Wald-, Acker- und Weideflächen hinsichtlich ihrer organischen und anorganischen Bodenqualitäten ermöglicht es zum Beispiel, die Verwertung von Klärschlamm und Bioabfall so zu reglementieren, dass keine schädlichen Bodenveränderungen entstehen und vorsorgender Bodenschutz betrieben wird. Besonders wertvolle

Flächen im planerischen Außenbereich können frühzeitig in der Bauleitplanung berücksichtigt werden.

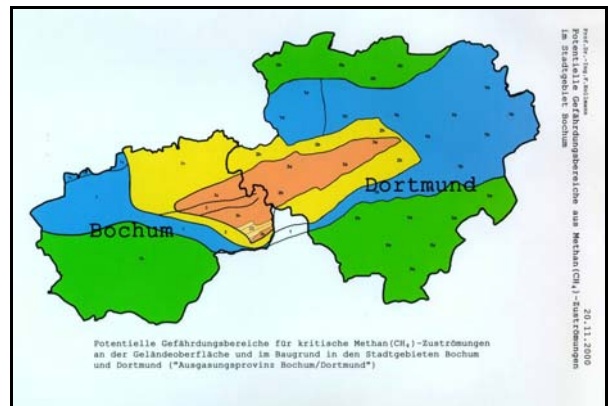
Das Umweltamt Dortmund engagiert sich beim NRW-Prozess der Agenda 21. Es entwickelt Handlungsmaxime und Standards für Bodenentsiegelungen und Maßnahmen zur Vermeidung von Bodenverdichtungen. So sollen asphaltierte und anderweitig versiegelte Flächen zurückgebaut werden, um die Voraussetzung für die ursprünglichen, natürlichen Bodenfunktionen (Wasser- und Nährstoffkreislauf, Lebensgrundlage Bodenorganismen, Pufferfunktion ...) zu erreichen. Eine Honorierung solcher Maßnahmen bei der Bilanzierung von Ausgleich + Ersatz nach dem Natur- und Landschaftsschutzgesetz kann z.B. in Form ökologischer „Pluspunkte“ erfolgen und schafft Anreize bei Investoren und Bauwilligen.

### **Gefahren durch den oberflächennahen Bergbau**

Das östliche Ruhrgebiet mit seinen zahlreichen bergbaulichen Abbaubereichen und den entsprechenden Hohlräumen im Untergrund wird häufig mit dem berühmten „Schweizer Käse“ verglichen. In der Tat sind weite Bereiche von Dortmund, hierzu zählt insbesondere das südliche Stadtgebiet, geprägt von oberflächennahem, genehmigtem und „wildem“ Steinkohleabbau. Immer wieder kommt es zu sogenannten Tagesbrüchen, bei denen der Untergrund im Bereich von bergbaulichen Hohlräumen oder Schächten absackt. Umfangreiches Kartenmaterial der Bezirksregierung Arnsberg ermöglicht es bei allen Verfahren der Bauleitplanung und der Baugenehmigung rechtzeitig auf Gefahrenpunkte hinzuweisen. Das Umweltamt, als städtische Koordinierungsstelle in Fragen des Altbergbaus, erteilt neben Altlastenauskünften auch Auskünfte zu diesem Themenfeld.

Zum gleichen Themenkomplex gehört auch der Umgang mit freien Methangasaustritten

aus den steinkohleführenden Schichten des Karbon. Rund ein Siebtel des Stadtgebietes zählt zu den Gebieten mit einer hohen Gasaustrittswahrscheinlichkeit.



*Karte der Methangasaustritte*

Bevorzugt über geologische Störungen gelangt Methangas in Bereichen mit nur geringmächtigen Deckschichten an die Oberfläche und kann dort Gefährdungen (Verpuffungen, Explosionen) verursachen. Vor dem Hintergrund der Garantenstellung der Kommune als planende und baugenehmigende Stelle hat das Umweltamt eine „Karte der potenziellen Methanaustritte“ entwickeln lassen. Bei allen Neuplanungen und Neubaubauvorhaben werden - je nach Austrittswahrscheinlichkeit im Plan- bzw. Baugebiet - baurechtliche Auflagen zur Gassicherung definiert (z.B. Gasflächendrängen unter Gebäuden). Gleichzeitig stellt das Umweltamt allen Bauwilligen ein „Handbuch Methangas“ mit technischen Details zu Planungs-, Ausführungs- und Kontrollvarianten zur Verfügung.

Mit den zuvor beschriebenen Möglichkeiten und Arbeitshilfen sorgt die Untere Bodenschutzbehörde im Umweltamt für einen den gesetzlichen und den privaten Ansprüchen genügenden, sicheren Umgang mit dem Umweltmedium Boden und dem tieferen Untergrund.

## 3.2 Alte und aktuelle Deponien

Im Stadtgebiet Dortmund befinden sich zahlreiche Deponien, auf denen in der Vergangenheit Hausmüll, Industrieabfälle oder Bodenaushub abgelagert worden sind. Die Ablagerungen erfolgten bis zum Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts noch weitgehend unkontrolliert. Insbesondere die 60er Jahre waren eine Blütezeit der „Müllkippen“. Erst mit dem Inkrafttreten des Abfallbeseitigungsgesetzes (AbfG) am 07.06.1972 tritt ein grundsätzlicher Wandel ein. Das bis dahin geltende Ortsrecht wird durch die Gesetzgebung des Bundes ersetzt. Zug um Zug wurde der Übergang von der Müllkippe zur „High-Tech-Deponie“ vollzogen.

Deponien, die vor 1972 (Inkrafttreten AbfG) stillgelegt worden sind, werden nach dem Bundesbodenschutzgesetz überwacht. Später stillgelegte oder noch laufende Deponien unterliegen dem Abfallrecht.

### Deponien nach Bodenschutzrecht

Mit Beginn der Industrialisierung und der damit verbundenen Bevölkerungsexplosion fielen in Dortmund große Mengen an Abfällen aus Haushalten und Industrie an. Diese wurden häufig ungeordnet zur Verfüllung von Geländesenken oder Gruben verwendet. Gerade die zahlreichen ehemaligen Ziegelgruben im Dortmund Süden wurden hierfür bevorzugt genutzt. Neben den „wildem Kippen“ sind auch durch die städtische Müllentsorgung Hausmülldeponien betrieben worden, die als sogenannte Altablagerungen, d.h. stillgelegte Entsorgungsanlagen, im Altlastenkataster des Umweltamtes geführt werden.

Sämtliche städtisch betriebenen Altablagerungen sind mittlerweile hinsichtlich ihres Gefährdungspotenzials untersucht und durch die Untere Bodenschutzbehörde bewertet worden. In der Regel verfügen diese Altdeponien über keine den heutigen Ansprüchen genügenden Sicherungssysteme (Basis- und Oberflächenabdichtung, Sickerwasser- und Gasfassung). Nach Stilllegung der Anlagen ist

der Müllkörper lediglich mit einer Abdeckschicht aus Vegetationsboden versehen worden. Die überwiegende Zahl der Altdeponien können hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt als unauffällig eingestuft werden. Bei einigen Standorten wurden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, z.B. Deponie Schweizer Allee, Deponie Hellerstraße. Mit einer potenziellen Gefährdung der Umwelt durch belastetes Sickerwasser oder Deponiegas ist bei folgenden Standorten zu rechnen.

Altdeponie Brandheide	Regelmäßige Beprobung der Sickerwasseraustritte
Altdeponie Sölderholz	Betrieb der Sickerwasserfassung
Altdeponie Martener Straße/ Potthöferei	Regelmäßige Beprobung der Deponiegasverhältnisse
Altdeponie Sanderoth	Regelmäßige Beprobung der Deponiegasverhältnisse
Altdeponie Schweizer Allee	Betrieb einer Gaswarnanlage

### *Laufende Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen*

Als zuständige Ordnungsbehörde wird die Untere Bodenschutzbehörde weiterhin gewährleisten, dass die notwendigen Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden.

### Deponien nach Abfallrecht - Städtische Deponien

#### Deponie Dortmund - Nordost

Die Deponie Dortmund - Nordost, zwischen den Stadtteilen Derne und Lanstrop sowie der Bundesautobahn A 2 im Norden gelegen, wurde im Jahre 1994 als Zentraldeponie insbesondere für den Siedlungsabfall der Stadt Dortmund in Betrieb genommen.

Das Schüttvolumen der Deponie wurde von der Bezirksregierung Arnsberg als Genehmigungsbehörde auf 17,5 Millionen m<sup>3</sup> begrenzt.

Von diesem Volumen werden ab 2005 noch ca. 10,4 Millionen m<sup>3</sup> zu Verfügung stehen.

Durch Gesetzesänderung wird der Organikanteil der Abfälle ab 2005 stark begrenzt. Eine Vorbehandlung der Abfälle, z.B. Verbrennen, ist ab 2005 unerlässlich. Für die Deponierung kommen dann nur noch anorganische und inerte Abfälle, z.B. Schlacken aus Verbrennungsanlagen, in Frage. Es wurden rechtzeitig Verträge mit den Müllverbrennungsanlagen in Hamm, Iserlohn und Hagen abgeschlossen, in denen der Dortmunder Siedlungsabfall dann thermisch vorbehandelt wird. Die Laufzeit der Deponie Dortmund - Nordost verlängert sich dadurch erheblich, sodass die Ablagerungskapazitäten noch für Jahrzehnte ausreichen.

Die Stadt Dortmund besitzt mit dieser Deponie eine der modernsten in Europa. Die Deponiesickerwasserfassung und -behandlung, ebenso die Deponiegasfassung und -verwertung sind vorbildlich.

Nach der Nutzung soll das über 200 ha große Gelände unter Einbeziehung des Lanstroper Sees und des Hienbergwaldes als attraktives Naherholungsgebiet hergerichtet werden.

### Deponie Grevel

Die alte Deponie Grevel ist seit 1994 Bestandteil der Deponie Dortmund-Nordost. Sie wurde 1964 in Betrieb genommen und wird seit 1994 nicht mehr bekippt. Nach Aufbringung einer Oberflächenkombinationsabdichtung, die dem Stand der Technik entspricht, ist dort ein Naherholungsgebiet entstanden. Auf dem höchsten Punkt, an der Ostseite der Deponie, ist eine Plattform errichtet worden, von welcher der Betrachter einen attraktiven Ausblick über das Dortmunder Stadtgebiet genießen kann.

### Deponie Huckarde

Die Deponie Huckarde war ursprünglich ein Bergsenkungsgebiet der Zeche Hansa. Diese Senke wurde ab 1944 und in den Nachkriegsjahren mit Schutt aus der zerbombten Dortmunder Innenstadt verfüllt. Nach und nach wurde das Gelände zu einer Hausmülldeponie.

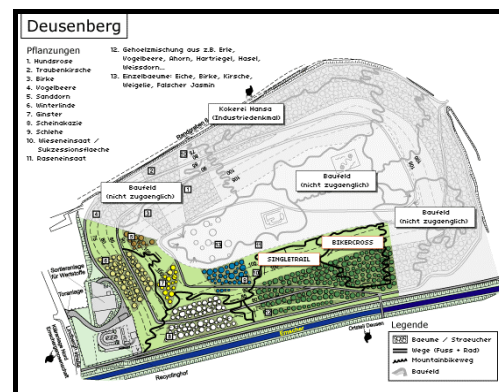
Erst mit dem Inkrafttreten des Abfallbeseitigungsgesetzes 1972 erhielt diese Deponie im nördlichen Bereich eine Basisabdichtung um das Grundwasser zu schützen. Im Jahre 1992 wurde sie stillgelegt. Es wurden insgesamt 12 Millionen m<sup>3</sup> Abfall eingebaut. Der Deponiekörper ist bereits teilweise gestaltet und mit einer Oberflächenabdichtung versehen.

Der Bevölkerung wurde auf dem Gelände im Sommer 2003 eine Mountain-Bike-Arena zur Verfügung gestellt.



Mountainbike-Arena

Im Endausbau, geplant ist das Jahr 2010, wird ein 50 ha großer wertvoller Landschaftsbestandteil zwischen der Emscher und dem Industriedenkmal Kokerei Hansa entstehen. Aus der alten Hausmülldeponie Huckarde wurde der „Deusenberg“ - ein integraler Bestandteil des Emscher-Landschaftsparks in Dortmund. Die Gesamtkosten der Deponieabdichtung und Gestaltung liegen bei ca. 60 Mio. €.



Rekultivierung Deusenberg

## Deponien nach Abfallrecht - Industriedeponien

### Deponie Schleswig

Die Deponie Schleswig liegt zwischen den Ortsteilen Brackel, Neuasseln und Asseln. Ihre Fläche beträgt ca. 32 ha. Es handelt sich um eine Altdeponie deren Anfänge bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreichen. Sie diente ursprünglich als Bergehalde für die Zechen Schleswig und Holstein des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins. Die Grubenfelder in Brackel und Asseln und Neuasseln waren von Anfang an mit der Hermannshütte in Hörde durch die Hörder Kohlenbahn verbunden. Bereits 1877 wurde die Schmalspurbahn auf Normalspur umgerüstet. Ab 1920/30 wurden vom selben Betreiber, ebenfalls per Bahn, die industriellen Rückstände aus der Hermannshütte auf Schleswig verbracht und abgelagert. Später wurde auch Bauschutt und Konverterschlamm deponiert.



Luftbild Deponie Schleswig

Die Endgestaltung des Haldenkörpers begann im Jahr 2003 und ist in 2007 beendet. Bis dahin werden 700.000m<sup>3</sup>, das entspricht 1.200.000 t Linz Donawitz (LD) Schlacke aus dem Produktionsbereich Duisburg und Bauschutt aus Dortmund, insbesondere aus dem Bereich der Westfalenhütte, aufgebracht. Die Abdeckung erfolgt mit einem an die zukünftige Nutzung angepasstem Bodensubstrat.

Nach den vorgelegten Planungen der Firma ThyssenKrupp Stahl AG werden die Böschungen bepflanzt. Eine Winterrodelbahn

ist vorgesehen. Ein Plateau im höchsten Bereich des Haldenkörpers (ca. 134m über NN), nur mit einer Baumgruppe bepflanzt, soll als Aussichtspunkt dienen. Über angelegte Wege ist der Deponiekörper zu begehen.

### Deponie Ellinghausen

Der Deponiekörper liegt als ein schmaler Streifen, im Osten von dem Dortmund-Ems-Kanal begrenzt, angeschultert an eine Bergehalde des Steinkohlebergbaus. Von 1953 bis 1993 wurde die Betriebsdeponie der Fa. Hoesch, jetzt ThyssenKrupp Stahl AG, mit produktionspezifischen Abfällen beschickt. Die Deponiefläche ist 35 ha groß und 9 m bis 14 m hoch. Angebunden ist die Fläche über die Ellinghauser Straße. Die Verfüllungen sind abgeschlossen.

Die westlich angrenzende Bergehalde wurde von 1952 bis 1993 überwiegend mit Abraum der Zeche Minister Stein in Dortmund - Eving aufgefüllt.

Nur der Bereich der Bergehalde ist als Gewerbegebiet ausgewiesen wird auch heute schon gewerblich genutzt. Auf dem großen Areal entsteht nach und nach ein neues Güterverteilzentrum. Die verkehrsgünstige Lage ergibt sich aus der nahe gelegenen Autobahnauffahrt sowie dem vorhandenen Schienen- und Wasseranschluss. Auch Windkraftanlagen sind geplant.

Die alte Industriedeponie wird in naher Zukunft endgestaltet. Die Abdeckung erfolgt mit lehmigem, steinigem Material aus dem Ausbau des Körnebachs. Der Bereich wird der Natur als extensiv bewirtschaftete Grünfläche zurückgegeben.

### Deponie Westfalenhütte

Die Deponie Westfalenhütte liegt südlich der Stadtteile Eving und Kirchderne an der Derner Straße und wird in geringen Teilflächen noch genutzt. In Schlammteichen werden anfallende getrocknete Schlämme aus der Produktion der Westfalenhütte (Fa. ThyssenKrupp Stahl) abgelagert.

Der Flächennutzungsplan sieht für den nördlichen Bereich des Deponiegeländes eine Entwicklung als Wald- und Grünfläche vor. Im südlichen Bereich ist, falls der Baugrund ge-

eignet sein sollte, eine gewerbliche Nutzung vorgesehen. Große Bereiche der Ablagerungsflächen hat die Natur bereits zurückerobert.

Nach der Endverfüllung der letzten noch betriebenen Teiche werden diese nach einer Endgestaltung der heimischen Flora und Fauna überlassen. Der Betrieb endet spätestens im Jahr 2005.

### **Deponie Hympendahl**

Die Deponie Hympendahl wurde mit der Industrialisierung des Ortsteils Hörde Ende des 19. Jahrhunderts in Betrieb genommen. Sie liegt im nördlichen Bereich der Phoenix-West-Fläche, westlich von Hörde, direkt an der Emscher auf einem alten Ziegeleigelande. Ihre Größe beträgt 5,3 ha.

Hier wurden über Jahrzehnte hinweg Schlämme aus der Gichtgasreinigung in Teichen abgesetzt.

Im Zuge des Ankaufs der Fläche Phoenix-West durch den Grundstücksfonds ist auch die Deponie in das Eigentum der Landes NRW übergegangen.

In den Verträgen hat sich die Fa. ThyssenKrupp Stahl ein Restschüttrecht in einer Größenordnung von 100.000 m<sup>3</sup> gesichert. Diese Menge dient der Oberflächenprofilierung.

Das Gelände wird als Landschaftsbestandteil in die Gewerbefläche Phoenix-West integriert.

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens der Bezirksregierung Arnsberg wird die endgültige Gestaltung der Fläche geregelt.

### **Deponie Schallacker**

Auch diese Deponie hatte ihre Anfänge mit der Gründung der Hermannshütte in Hörde. Sie schließt sich direkt östlich an die Deponie Hympendahl an.

In diese Deponie wurden überwiegend Hochofenschlacken und in geringerem Um-

fang Gichtgasschlämme eingelagert. Die Deponie Schallacker wird nicht mehr betrieben. Im Zuge der Gestaltung der Bereiche Phoenix-West und -Ost soll die Fläche einbezogen werden.

### **Schlussbetrachtung**

Das Umweltamt der Stadt Dortmund begleitet alle Deponien nicht nur unter gestalterischen Aspekten, sondern auch und insbesondere unter den Gesichtspunkten der Daseinsvorsorge.

Deponien, insbesondere Hausmülldeponien sind Reaktoren. Die abgelagerten Massen reagieren miteinander. Das hat Folgen für die Medien Wasser und Luft.

Problematisch ist u.a. das Entstehen von Deponiegas mit dem Hauptbestandteil Methan. In Verbindung mit der Umgebungsluft kann sich bei Methangasanteilen von 4,4 Vol.% bis 16,5 Vol.% ein explosives Gemisch bilden.

Bei den Altdeponien wurden keine technischen Sicherungsmaßnahmen eingebaut. Die Beobachtung z.B. des Deponiesickerwassers ist eine ständige Aufgabe.

Die Untere Abfallwirtschaftsbehörde, die Untere Wasserbehörde, die Untere Bodenschutzbehörde sowie die Untere Landschaftsbehörde, alle im Umweltamt angesiedelt, achten schon im Genehmigungsverfahren, aber auch während des Betriebs und selbstverständlich nach Schließung der Deponie darauf, dass die Umweltbeeinträchtigungen das gesetzlich vorgeschriebene Maß nicht überschreiten.

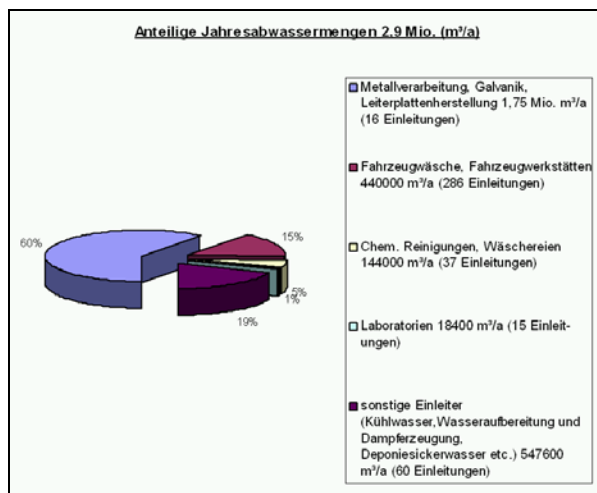
Wesentlich sind auch die Überlegungen zur Endgestaltung nach Beendigung des Deponiebetriebes unter Berücksichtigung der Folgenutzung. Ziel ist eine harmonische Integration des Deponiekörpers in die ihn umgebende Landschaft. Dabei werden ökonomische und ökologische Interessen der Stadt Dortmund in Einklang gebracht.

### 3.3 Maßnahmen zum Gewässerschutz

Unsere vielfältigen menschlichen Aktivitäten haben sowohl Auswirkungen auf den lokalen Grundwasserschatz als auch auf unsere Fließgewässer bis hin zur Nordsee. Bedingt durch die Lage in einer der am stärksten besiedelten und industrialisierten Region der Welt führt dieses zu einem extremen Nutzungsdruck auf die Gewässer. Ziel der Wasserwirtschaft muss es daher sein, diese Beeinträchtigungen auf ein für die Gewässer vertretbares Maß zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

#### Schutz der Oberflächengewässer

Die Belastung der Oberflächengewässer findet durch den Nährstoffeintrag (z.B. Stickstoffe und Phosphate) und den Eintrag von gefährlichen Stoffen in Form von z.B. Halogenen und Schwermetallen statt. Die Reduzierung der Nährstoffe erfolgt in der Regel in den kommunalen Kläranlagen vor der Einleitung in ein Gewässer. Eine Behandlung der gefährlichen Stoffe ist aufgrund ihrer großen Palette in einer kommunalen Kläranlage nahezu unmöglich. Daher hat bei den indirekt einleitenden, d. h. über die öffentliche Kanalisation einleitenden Gewerbe- und Industriebetrieben die Reduzierung dieser Stoffe schon vor der Einleitung in die öffentliche Kanalisation zu erfolgen.



Abwassersituation der Indirekteinleitungen

Bei der Unteren Wasserbehörde sind daher bis zum Ende des Jahres 2002 703 zu überwachende Indirekteinleitungen genehmigt und Schadstofffrachten zugeteilt worden.

Kohlenwasserstoffe	14,6 kg/a
Zink	3,3 kg/a
Zinn	2,95 kg/a
Adsorbierbare organisch gebundene Halogene (AOX)	2,2 kg/a
Chrom, Kupfer, Nickel, Blei, Cyanide	Je 0,8 kg/a
Silber	0,2 kg/a
Cadmium	0,17 kg/a
Chrom VI, Arsen	Je 0,15 kg/a
Quecksilber	0,078 kg/a

*Wasserrechtlich genehmigte Jahreseinleitungsfrachten*

#### Daten zum Umfang und zu Häufigkeiten der Indirekteinleiterüberwachung

Im selben Umfang hat der Arbeitsaufwand für die Überwachung der Indirekteinleitungen stetig zugenommen. Die Überwachung der Indirekteinleiter gliedert sich hierbei in folgende Teilbereiche:

- Analytische Überwachung (Probenahme, chemische Analytik und Abgleich mit den genehmigten Einleitungswerten bei ca. 420 Einleitern mit einer Jahresabwassermenge von 2,9 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser)
- Betriebliche Überwachung (Anfordern von Betriebstagebüchern, Aufforderung zur Durchführung der wiederkehrenden Funktions- und Dichtheitsprüfung und zur Vorlage der selben, etc.)
- Betriebskontrollen (Betriebsbesichtigungen, Abgleich der tatsächlichen betrieblichen Situation vor Ort mit den genehmigten Unterlagen)

- Bauüberwachung und Abnahme von Neuanlagen

### **Vorbeugender Grundwasserschutz**

Vor dem Hintergrund der bestehenden Altlastenproblematik und damit auch dem Schutz des Grundwasserschatzes vor Verunreinigungen kommt den Anlagen, in denen wassergefährdende Stoffe gelagert oder in denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, eine besondere wasserwirtschaftliche Bedeutung zu. Bei der Neuerrichtung oder bei der Umnutzung von entsprechenden Anlagen ist behördlicherseits darauf zu achten, dass eine Grundwasserverunreinigung durch den Betrieb dieser Anlagen nicht zu besorgen ist. Für die wasserwirtschaftliche Betrachtung ist es hierbei unerheblich, ob sich diese Anlagen im privaten oder im gewerblichen Bereich befinden.

Im Rahmen von wiederkehrenden Prüfungen ist auch noch nach Jahren des Betriebes gegenüber der Unteren Wasserbehörde vom Betreiber zu dokumentieren, dass die erforderliche Betriebssicherheit der ca. 5500 bekannten, registrierten Anlagen im Stadtgebiet (mit einer Lagermenge von ca. 40 Mio. Litern) bezogen auf den Grundwasserschutz gewährleistet ist.

Dennoch ist es im Jahr 2002 in 35 Fällen zum unkontrollierten Austreten von wasserge-

fährdenden Stoffen gekommen, bei denen ein Volumen von ca. 8000 Litern freigesetzt wurde.



*Abbruch einer Industrieanlage*

Eine besondere Bedeutung kommt auch dem z. Zt. vermehrt stattfindenden Abbruch von Industrieanlagen zu. In zunehmendem Maße wurde hier festgestellt, dass es bei der Demontage von, entgegen den rechtlichen Vorgaben, nicht vollständig entleerten Anlagen zu einem verstärkten Austreten von wassergefährdenden Stoffen in den Untergrund gekommen ist.

Bei der Rückgewinnung dieser ausgetretenen wassergefährdenden Stoffe aus dem Untergrund werden häufig die technischen Grenzen schnell erreicht, so dass eine Restbelastung im Boden auf Dauer verbleibt.

### 3.4 Klimaschutz - CO<sub>2</sub>-Bilanz

Seit 10 Jahren ist Klimaschutz in Dortmund Thema. 1993 trat die Stadt dem internationalen Klimabündnis der Städte bei und gehörte mit zu den ersten Großstädten in Europa. Durch den Einsatz fossiler Energien entstehen bei der Erzeugung und Nutzung der Raumwärme, der Prozesswärme und des Stroms sowie beim Betrieb von Kraftfahrzeugen Emissionen, die maßgeblich am Treibhauseffekt und der Klimaerwärmung beteiligt sind. Dem CO<sub>2</sub> kommt neben 6 weiteren Treibhausgasen mit 61 % dabei eine überragende Bedeutung zu. Deshalb steht es im Mittelpunkt der Maßnahmen zum Klimaschutz.

Mit dem Beitritt und dem Beschluss des Klimaschutzkonzeptes als Rahmenkonzept 1997 hat die Stadt Dortmund folgende Reduktionsziele auf der Basis des Jahres 1987 beschlossen:

- Senkung der CO<sub>2</sub>- Emissionen um 25 % bis 2005
- Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 % bis 2010

und zwar in den drei Sektoren:

- Private, öffentlicher und gewerblicher Sektor (als ein Sektor)
- Industrie
- Verkehr

#### **Vorliegende Pläne und Konzepte**

Für einen Teil der oben genannten Sektoren und Hauptemittentengruppen existieren kommunale Handlungskonzepte zum Klimaschutz. Allerdings entzieht sich z. B. der industrielle Sektor dem Einflussbereich der Kommune. Hier ist nur eine Öffentlichkeitsarbeit zu „good practice“-Beispielen der Motor, um bestimmte Prozesse die in der Großindustrie vollzogen wurden, auch im Bereich des Gewerbes zu intensivieren (siehe Ökoprofitprojekt in Dortmund).

Kommunale Handlungskonzepte, die als Bausteine zum Klimaschutz beitragen, sind u.a.

- das 1998 verabschiedete Energieversorgungskonzept als CO<sub>2</sub>-Minderungskonzept,
- Handlungskonzepte zum verantwortlichen Umgang mit Energieressourcen in kommunalen Gebäuden
- Einzelne Handlungsprogramme zur Althausanierung (zuletzt 2002 Energiepass Dortmund)
- Energetische Verwertung der Biomasse
- Flächenausweisungen zur Windenergie
- der Nahverkehrsplan 1997
- der Masterplan Mobilität, der hier nicht weiter ausgeführt wird.

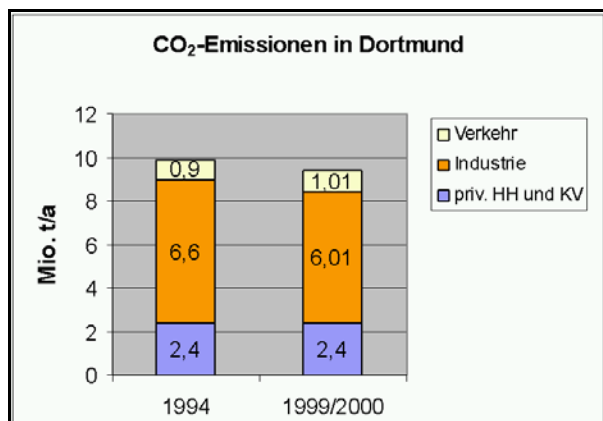
Es ist erforderlich, die rahmensetzenden Programme zum Klimaschutz zu aktualisieren und auch die operativen Maßnahmen entsprechend anzupassen. Ein Schritt in diese Richtung ist die geplante Einrichtung eines Energetisches, der die Vorbereitung dazu übernehmen kann.

#### **CO<sub>2</sub>-Bilanz**

Die erste Bilanz 1998 auf Basis der Daten 1994 zeigte einen Rückgang der Emissionen allein im Sektor Haushalte und Kleinverbraucher um 14,3 % seit 1987. Dieser Erfolg war vor allem auf die Umstellung der Energieträger und die Erneuerung der Heizungsanlagen zurückzuführen. Insgesamt wurden 1994 aus allen 3 Sektoren (Haushalte und Kleinverbraucher, Verkehr und Industrie) 10 Millionen Tonnen emittiert.

Die nächste Bilanz wurde 2003 auf der Basis von Daten des Jahres 1999/2000 für alle Sektoren erstellt (siehe Klimaschutzbericht 2004). Im Jahr 2000 betragen die gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen knapp 9 Millionen Tonnen, wobei einzig im industriellen Sektor ein

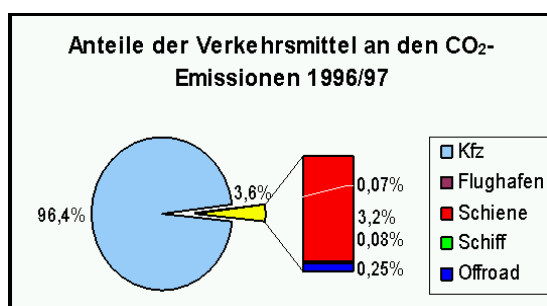
Rückgang zu verzeichnen war. Ein aktuellerer Sachstand (bis 2003) ist zur Zeit nur für den industriellen Sektor möglich.



CO<sub>2</sub>-Emissionen in Dortmund

Die strukturell bedingten Betriebsschließungen der energieintensiven Industriebetriebe und Hauptemittenten führten dazu, dass heute (2003) die gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Dortmund unter 6 Millionen Tonnen liegen. Mit einer Quote von 10 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Einwohner innerhalb eines Jahres entspricht die Situation in Dortmund dem Niveau des Bundesdurchschnitts, während sie 1994 mit 16 Tonnen pro Kopf noch weit darüber lag.

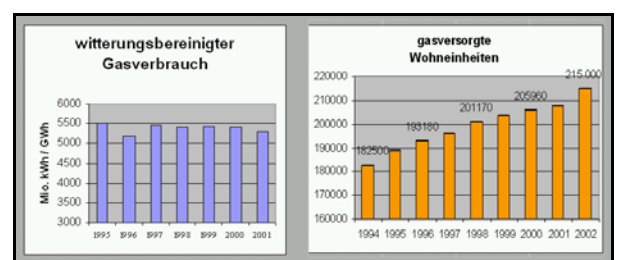
Beim Verkehrssektor steigen die Emissionen trotz der erheblichen Anstrengungen und Zuwächse im Öffentlichen Nahverkehr wie in ganz Deutschland an.



Anteile der Verkehrsmittel - Übersicht

Dem Bundestrend (Umweltbundesamt, Energiedaten 2002) entsprechend sinken die Emissionen im Sektor Haushalte und Kleinverbraucher langsamer. Die für Dortmund angestrebten Reduktionen wurden in diesen Sektoren nicht erreicht. Gründe sind der Neubau von Gebäuden und die intensivere Technikausstattung. Zwar ist der Gasverbrauch pro qm gesunken, während der Stromverbrauch pro Kopf gestiegen ist. Die Einsparmaßnahmen im Bestand (Wärmeschutz und neue Heizungsanlagen), bessere Standards bei Neubauten, Energieträgerumstellungen, regenerative Energien und bessere Effizienz zeigen jedoch ihre Wirkung und sorgten dafür, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht noch weiter anstiegen.

Den größten Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Sektor Haushalte und Kleinverbraucher hat der in der Vergangenheit erfolgte verstärkte Wechsel zum Erdgas als Energieträger geleistet; 1994 waren es noch 182.000 gasversorgte Wohneinheiten, inzwischen sind es 215.000 Wohneinheiten, die mit Gas versorgt werden. Das sind 71% des gesamten Wohnungsbestandes. Ziel war es 1998, den Ausbau der gasversorgten Wohneinheiten bis 2005 auf 220.000 Wohnungen auszudehnen. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Neubauquote von ca. 2200 Wohneinheiten seit 1995 ist dieses Ziel zu erreichen.



Entwicklung der Energieversorgung mit Gas

## 3.5 Energiesparen in privaten und öffentlichen Gebäuden

### Energieoptimiertes Bauen

Die aktuellen Neubauprojekte zeigen, dass Dortmund auf dem richtigen Weg ist. Allein bei 10 Neubaugebieten spielt das Thema Energie eine besondere Rolle. Beispielhaft dafür sind das energieeffiziente Baugebiet „WohnreWir“ mit Solarkollektoren und der Versorgung durch ein Blockheizkraftwerk, die Siedlung „Rittershoferstraße“ in Mengede, in der inzwischen 46 Gebäude durch Wärmepumpen beheizt werden, das Wohngebiet „Auf dem Hohwart“, in dem bei 60 % der Gebäude Solarkollektoren und Niedrigenergiebauweise realisiert wurden, bevor dieser Standard gesetzlich vorgeschrieben war. Als geplante Projekte sind die Solarsiedlungen Apolloweg und Wickede-West zu nennen. In den nächsten Jahren soll im Mittelpunkt der Klimaschutzmaßnahmen ein zukunftsfähiges Energiekonzept für Phoenix stehen.

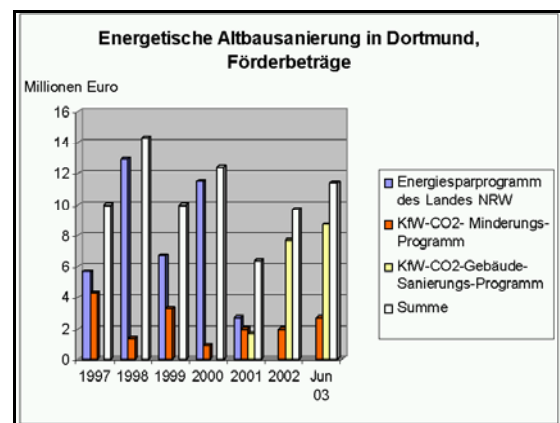
### Zukunftsweisende Architektur

Auch in energieeffizienten Bauweisen werden erste Beispiele in Dortmund realisiert: Passivhäuser, Energiesparhäuser sowohl im Wohnungsbau als im Bürogebäudebereich. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der RWE Erdgas Tower, dort werden die Tageslichtnutzung, die Nutzung vorhandener Medien (Betondecke) zur Wärmespeicherung und die natürliche Kühlung das Gebäude energieeffizient gestalten. Diesem Thema soll in Zukunft in einem gemeinsamen Forum mit Investoren, Mietern und Wissenschaft mehr Raum gewidmet werden.

### Energetische Althausanierung

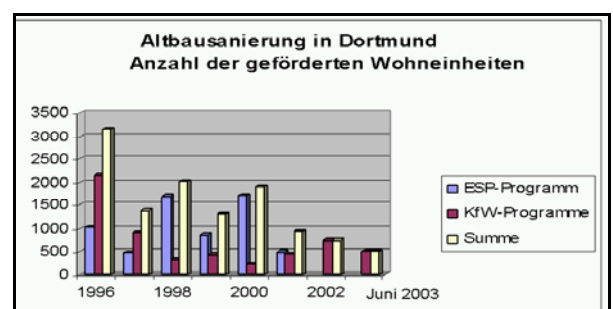
Unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure fanden in der Vergangenheit als Maßnahmen zur Ankurbelung des Einsparpotentials im Wohnungsbestand statt: Dortmunder Gebäudetypologie, Dortmunder Heizspiegel und die Dortmunder Initiative zum Gebäudecheck Energie. Durch diese Bausteine sowie durch eine Vielzahl weiterer Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit konnten private Hauseigentü-

mer und Wohnungsunternehmen erreicht werden. Ergebnis war, dass allein 8,2 % der vom Land für ganz NRW bereitgestellten Mittel aus dem Energiesparprogramm nach Dortmund in die energetische Sanierung der Altbauten flossen. Von Bund und Land zusammen wurden insgesamt 88 Mio. Euro von 1996 bis Juni 2003 für Sanierungsmaßnahmen in Dortmund bereitgestellt.



Altbauanierung in Dortmund - Übersicht

Im Dortmunder Altbaubestand wurden in den letzten 6 Jahren über 11.900 Wohneinheiten mit Förderprogrammen des Bundes und des Landes energetisch saniert. Dort wurden Einsparungen zwischen 50 und 75 % von privaten Hausbesitzern und Wohnungsbaugesellschaften erzielt.



Anzahl der mit Fördermitteln sanierten Wohneinheiten

Das dadurch ausgelöste Investitionsvolumen lag bei ca. 105-125 Mio. Euro. Die Wohnungen, die ohne Fördermittel saniert wurden, sind dabei nicht erfasst worden. Die weiteren Einsparpotenziale im Bestand sind noch groß.

78 % der Dortmunder Gebäude mit insgesamt 234.000 Wohnungen wurden vor der ersten Wärmeschutzverordnung errichtet und müssen zum großen Teil noch nachgebessert werden. Das gesamte CO<sub>2</sub>-Reduktionspotenzial liegt in diesem Bereich bei 270.000 Tonnen. Allein 10.550 Heizungen müssen bis 2006 wegen gesetzlicher Vorschriften ausgetauscht werden. Die Dämmung der obersten Geschossdecke ist ebenfalls verpflichtend, an allen anderen Bauteilen ist die Erschließung des Einsparpotenzials an die üblichen Erneuerungszyklen gekoppelt.

Hier kommt es insbesondere darauf an, es den VerbraucherInnen einfacher zu machen, die Möglichkeiten für wirtschaftliche Energieeinsparung zu erkennen und gezielt zu nutzen. Energiesparhauswettbewerbe, Energiepass Dortmund und die Beratung über die Förderprogramme sowie der neue Ratgeber zum Energiesparenden Bauen und Sanieren werden diese Maßnahmen weiter unterstützen.



*Energiepass Dortmund*

### Energiemanagement in städtischen Gebäuden

Das Energiemanagement der Stadt Dortmund sorgt für Einsparungen in den städtischen Gebäuden im Bestand und Neubau durch Energiecontrolling, Betreuung der Nutzer und energiesparende Investitionen bei der Sanierung durch das Immobilienmanagement, Erneuerung der Heizungsanlagen und Umstellung der Energieträger durch DEW sowie die

Installation regenerativer Energieanlagen. Insgesamt 54 von 179 Schulen haben sich intensiv an dem Projekt Energiesparen in Schulen beteiligt. Zusammen mit der Energieagentur NRW wurden zudem die Hausmeister aller Schulen qualifiziert. Auch die Schulleitungen werden sich zukünftig an Qualifizierungsmaßnahmen beteiligen. In den letzten 15 Jahren sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den städtischen Gebäuden erheblich gesunken. Betragen sie 1987 (ohne Straßenbeleuchtung) noch 96.296 Tonnen, lag der Ausstoß 2002 bei 72.465 Tonnen (-24,75%). Bis 2005 kann das Ziel minus 25% erreicht werden. Der Berechnung der CO<sub>2</sub>-Emissionen für Strom liegt der Emissionsfaktor von 1998 zugrunde. Basis für weitere Aktivitäten in allen städtischen Gebäuden sind die kürzlich verabschiedete Handlungsanleitung sowie die geplanten Energiebeauftragten in jedem städtischen Objekt.

### Energieeinsparung in Gewerbebetrieben

Das Ökoprofitprojekt mit inzwischen 25 beteiligten Betrieben ist ebenfalls ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz. Pro Jahr werden ca. 10 Betriebe bei der Umsetzung betrieblicher Umweltschutzmaßnahmen begleitet. Vor allem auf dem Energiesektor wurden erhebliche Einsparungen erzielt, die durchgeführten Investitionen amortisierten sich oft innerhalb eines Jahres. Eine Fortsetzung des Projektes ist deshalb vorrangig.

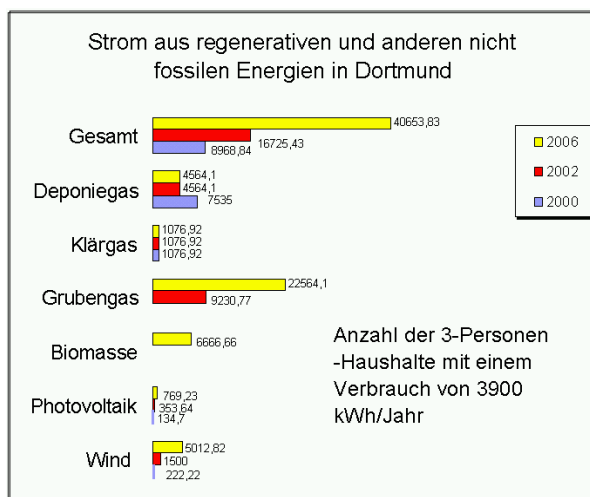
### Energieeinsparung durch verändertes Nutzer- und Kaufverhalten

Würden bewusstere und besser informierte Kauf- und Investitionsentscheidungen getroffen, so würde der heutige Stromverbrauch um ein Viertel bis fast ein Drittel niedriger liegen können. Unter Berücksichtigung des bewussteren Umgangs mit Energie könnte jeder Verbraucher 1 % pro Jahr einsparen, insgesamt 120.000 Tonnen CO<sub>2</sub> wurde als Einsparquote für Dortmund prognostiziert. Der gewünschte Erfolg ist nicht eingetroffen, trotz vieler Aktionen der DEW und der Stadt, wie z.B. der im Netz ([www.dortmund.de](http://www.dortmund.de)) bereitgestellten Information zu energieeffizienten Geräten. Hier sollte ein gemeinsames Handlungskonzept aufgestellt werden.

## 3.6 Regenerative Energienutzung

### Regenerative Energien

Der Ausbau der regenerativen Energien schreitet in Dortmund voran. Im Jahr 2000 waren es 6000 Haushalte, heute können rechnerisch 16.000 Haushalte mit dem durch regenerative Energien produzierten Strom versorgt werden. Bis 2006 kann dieser Anteil aus dem regenerativen Energiemix, bestehend aus Grubengas, Biomassekraft, 8 Windenergieanlagen, Klärgas und Deponiegas sowie Photovoltaikanlagen auf 40.000 Haushalte und damit auf 7 % des von DEW gelieferten Stroms anwachsen. Die Hauptlieferanten für den Energiemix der regenerativen Energien sind heute überwiegend Grubengas, Wind, und Deponiegas. 2006 wird die Biomasse eine weitere wichtige Säulen sein. Im Bereich der Photovoltaikanlagen mit inzwischen 300 Anlagen und insgesamt 2 Megawatt besteht noch ein großer Nachholbedarf, da das Ausbaupotenzial erheblich größer ist. Die im Energieversorgungskonzept (1998) angepeilten Ziele für die regenerativen Energien im Jahr 2005 sind in allen Fällen schon heute erreicht bzw. überschritten, im Fall der Photovoltaik heute schon um das 4-fache.



Energielieferanten - Übersicht

Im Bereich der Wärmeversorgung durch regenerative Energien sind die Potenziale erst in einem geringen Umfang aktiviert worden. Bei 5000 Megawattstunden Wärme durch regenerative Energien führt die Solarthermie vor Biomasse und Geothermie.

Auch hier bedarf es einer Aktualisierung der Zielsetzungen im Bereich der Stromerzeugung und der Klärung der Frage, wie die Wärmeversorgung in Dortmund durch regenerative Energien besser vorangetrieben werden kann.

### Solarfond Dortmund

Mit der Installierung des Solarfonds Dortmund ist es gelungen, einen Schritt in diese Richtung zu gehen und auch in den letzten beiden Jahren die Einzelleistung der Anlagen zu erhöhen; trotz Investitionszurückhaltung Privater konnte insbesondere durch die Installation von größeren Anlagen auf öffentlichen Einrichtungen die jährliche Leistungsquote gesteigert werden. Ein wesentliches Ziel dabei ist es, die junge Generation an die zukunftsweisende Technik heranzuführen.

Inzwischen haben ca. 30 Schulen eine eigene Photovoltaikanlage auf dem Dach, 10 wurden finanziert durch Fördervereine und die Stadt, 20 erhielten die Anlagen durch den Solarfonds Dortmund.



Solarfonds Dortmund e. V. – 20 Schulen

## 3.7 Lärminderungsplanung

Das Bundesimmissionsschutzgesetz verpflichtet die Kommunen dort, wo schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche hervorgerufen werden oder zu erwarten sind, die Belastungen zu erfassen, ihre Auswirkungen auf die Umwelt festzustellen und unter bestimmten Voraussetzungen Lärminderungspläne aufzustellen.

Auf Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Wohnen sollten im Rahmen eines kleinräumigen Pilotprojektes mit guter Datenlage erste Erfahrungen mit der Erarbeitung von Schallimmissionsplänen gesammelt werden. Ausgehend von diesen Erfahrungen sollte darüber hinaus ein Konzept für das weitere Vorgehen entwickelt und auf dieser Grundlage die flächendeckende Erarbeitung sog. Schallimmissionspläne angegangen werden.

### Pilotprojekt „Westfalenpark“

Am Beispiel eines kleinen Untersuchungsgebietes - der Westfalenpark und sein näheres Umfeld - wurden erste Erfahrungen mit der Erarbeitung von Schallimmissionsplänen gesammelt. Die Ergebnisse zeigen teilweise deutliche Überschreitungen der Immissionsrichtwerte für die unterschiedlichen Gebietsnutzungen.

Diese Erfahrungen sollen nun für eine flächendeckende Erfassung genutzt werden.

Die Lärminderungsplanung gliedert sich grob in die zwei Stufen

1. Bestandsaufnahme sowie
2. Maßnahmenplanung und -realisierung.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme werden die Schallimmissionen für die Lärmquellennarten

- Verkehr,
- Industrie und Gewerbe sowie
- Freizeitanlagen

flächendeckend berechnet. Als Ergebnis entsteht ein Schallimmissionskataster, das die Schallimmissionen für die drei Lärmquellennarten darstellt. Neben dem Immissionskataster wird ein Empfindlichkeitskataster erarbeitet, das die zulässigen Schallimmissionsrichtwerte darstellt. Durch eine Überlagerung des Schallimmissionskatasters und des Empfindlichkeitskatasters entsteht das Konfliktkataster, das die Bereiche ausweist, in denen Schallimmissionsrichtwerte überschritten werden.

Diese Bereiche sind das „Zielgebiet“ für die zweite Stufe der Lärminderungsplanung, die Maßnahmenplanung und -realisierung. Bevor jedoch in die Maßnahmenplanung eingetreten wird, werden über eine Betroffenheitsanalyse die Bereiche ermittelt, innerhalb derer die meisten Menschen von „zuviel Lärm betroffen sind“. Auf Basis dieser Betrachtung kann eine Prioritätenliste für die Maßnahmenplanung und -realisierung aufgestellt werden.

### EU-Recht

Am 25. Juni 2002 trat die Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Umgebungslärmrichtlinie) in Kraft.

Binnen 2 Jahren muss diese Richtlinie nun in nationales Recht umgesetzt werden. Dies wird dazu führen, dass die Lärminderungspläne, die dann jedoch wahrscheinlich einen anderen Namen tragen werden, innerhalb genau definierter Fristen aufgestellt werden müssen, während im § 47a BImSchG nur die generelle Verpflichtung formuliert ist.

### Wo stehen wir?

Unterstützt durch Fördermittel des Landes NW konnten inzwischen die für die Erarbeitung der Schallimmissionspläne erforderlichen Daten erstellt werden. Dabei handelt es sich

um Daten zum KFZ-Verkehr in Dortmund und um ein detailliertes 3-dimensionales Modell aller Dortmunder Gebäude.

Auf Basis dieser Daten werden nun Berechnungen durchgeführt. Durch den Wegfall der Fördermittel des Landes und der kommunalen

Haushaltssituation wird jedoch die beabsichtigte Form der Bearbeitung nicht möglich sein, so dass die Durchführung der Berechnungen für das gesamte Stadtgebiet einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.

## 3.8 Mobilfunk

Mobile Kommunikation ist für viele Menschen inzwischen unverzichtbar. Dennoch sind mit dieser Technik bzw. mit den für diese Technik erforderlichen elektromagnetischen Feldern auch vielfältige Ängste verbunden.



*Antennenwald*

Die aktuellen Mobiltelefone entsprechen dem GSM-Standard (**G**lobal **S**ystem for **M**obile Communications), die zukünftige Technik soll der UMTS-Standard sein (**U**niversal **M**obile **T**elephone **S**ystem), mit dem erheblich mehr mobile Dienste möglich sein sollen.

### Mobilfunkbasisstationen in Dortmund

6 Mobilfunkbetreiber haben Lizenzen für die UMTS-Technologie ersteigert und zwar T-Mobile, Vodafone, E-Plus, O<sub>2</sub> (ehemals Viag-Interkom), Mobilkom und Quam. Von diesen sechs Betreibern haben sich Mobilkom und Quam, die beide über kein eigenes GSM-Netz verfügen, aus dem UMTS-Geschäft zurückgezogen, so dass nur noch 4 Netzbetreiber am Markt sind.

In Dortmund bestehen nach unserem Kenntnisstand ca. 500 Mobilfunkbasisstationen. Die GSM-Anlagen senden und ermöglichen so das derzeit übliche Mobiltelefonieren, während sich die UMTS-Anlagen im Probetrieb befinden.

### Umgang mit der Thematik in Dortmund

Im November 2001 hat die Verwaltung das Thema Mobilfunk in Dortmund für die Dortmunder Politik in Form einer ausführlichen ersten Informationsvorlage aufbereitet.

Es wurden die folgenden grundsätzlichen Beschlüsse gefasst:

„An den Orten, an denen sich Menschen nicht nur gelegentlich aufhalten (Wohnhäuser, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser etc.) sind die Vorsorgewerte des Ecolog-Institutes einzuhalten.“

„Standorte für Mobilfunkbasisstationen sind weiterhin so zu wählen, dass der Abstand zu Aufenthaltsorten von Menschen im Rahmen der Möglichkeiten maximiert wird.“

Etwa seit diesem Zeitpunkt wurde sehr intensiv in den politischen Gremien, in Kirchengemeinden, in Parteien, bei Bürgerinitiativen und an anderen Stellen über dieses Thema diskutiert.

Da der politische Wunsch nach einem „über den gesetzlichen Standard hinausgehenden Schutz“ von den Mobilfunkbetreibern nicht akzeptiert wurde und nicht eingefordert oder gar eingeklagt werden kann, wurde in dem nächsten Schritt versucht, zumindest für die Orte, an denen sich viele besonders empfindliche Personen aufhalten (Kinder und Heranwachsende sowie kranke und alte Menschen) einen über das gesetzlich garantierte Maß hinausgehenden Schutz vor elektromagnetischen Feldern zu erreichen.

Diese Einrichtungen wurden kartographisch mit einem Puffer von 100 m versehen, wobei dieser Puffer als der Bereich zu verstehen ist, der von Mobilfunkbasisstationen frei gehalten werden sollte.

Über die Anlagen, die innerhalb der Pufferbereiche gelegen sind, werden im Rahmen der "Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze" intensive Abstimmungsgespräche zwischen der Stadt Dortmund und den Mobilfunknetzbetreibern geführt. Es zeichnet sich ab, dass es hinsichtlich der neu geplanten Anlagen, häufig möglich sein wird, weniger sensible Standorte zu finden.

Auf einer im Internet einsehbaren Karte sind die in Dortmund bestehenden Mobilfunkbasisstationen dargestellt. Weiterhin sind empfindliche Nutzungen wie Kindergärten, Schulen etc. in die Karte aufgenommen. Um diese empfindlichen Nutzungen herum findet man in Gelb Pufferbereiche, innerhalb derer keine (neuen) Mobilfunkbasisstationen errichtet werden sollen.

### Elektromagnetische Felder im Umfeld von Mobilfunkbasisstationen

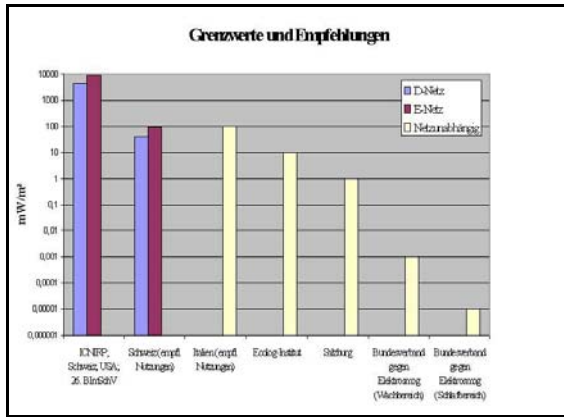
Die Stadt Dortmund hat neben weiteren neun Städten an einer Studie des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) teilgenommen, die das Ziel hatte, die Kommunen in die Lage zu versetzen, Standorte von Mobilfunkbasisstationen unter dem Aspekt des Immissionsschutzes zu beurteilen. Im Rahmen dieser Studie sind auch Messungen durchgeführt worden.

Die erzielten Ergebnisse sind keine reinen Messwerte, sondern es sind auf Basis der Messung „hochgerechnete Maximalwerte“.

Messpunkt	Entfernung zur HSA	Höhe	Elektrische Leistungsflussdichte					
			HSA einzeln [mW/m <sup>2</sup> ]	HSA gesamt [mW/m <sup>2</sup> ]	NSA [mW/m <sup>2</sup> ]	Mobilfunk gesamt [mW/m <sup>2</sup> ]	-DECT [mW/m <sup>2</sup> ]	andere Quellen [mW/m <sup>2</sup> ]
<b>Messergebnisse aus dem Umfeld einer Mobilfunkbasisstation in Dortmund-Wellinghofen (Anlagen von 3 Betreibern)</b>								
1	40 m	3. OG	D2: 1,7 E1: 0,75 E2: 0,39	2,8	0	2,8		0,17
2	40 m	ebenerdig	D2: 1,3 E1: 0,27 E2: 0,16	1,8	0	1,8		
3	80 m	ebenerdig	D2: 6,2 E1: 0,052 E2: 0,74	7,0	0,040	7,0		
<b>Messergebnisse aus dem Umfeld einer Mobilfunkbasisstation in Dortmund-Dorstfeld (Anlagen von 2 Betreibern)</b>								
1		7. OG	D1: 0,56 E2: 0,073	0,64	0,014	0,65		0,17
2		7. OG	D1: 1,7 E2: 1,6	3,3	1,6	4,9		
3		4. OG	D1: 0,066 E2: 0,0025	0,069	0	0,069		
4		ebenerdig	D1: 0,014 E2: 0	0,014	0	0,014		
<b>Messergebnisse aus dem Umfeld einer Mobilfunkbasisstation in Dortmund-Wambel (Anlage eines Betreibers)</b>								
1		3. OG	0,029	0,06	0,09	0,15	0,34	
2	40 m	4. OG	0,7	0,09	0,8			
3	90 m	2. OG	0,23	0	0,23			
4	165 m	2. OG	1,0	*0,032	1			
5	230 m	2. OG	nicht gemessen	0,48	0,48			

*Elektromagnetische Felder im Umkreis einer Mobilfunkanlage*

In der Realität einstellen werden sich solche Werte, wenn überhaupt, nur äußerst selten. Versucht man nun, die hochgerechneten Messwerte zu bewerten, erfolgt dies in der Regel durch den Vergleich mit Grenzwerten, Richtwerten oder ähnlichen Kenngrößen.



Diese Graphik zeigt einen Ausschnitt aus der Palette der Grenzwerte, Vorsorgewerte, Empfehlungen usw.. Es ist zu beachten, dass die Skala der Leistungsflussdichte nicht linear, sondern logarithmisch skaliert ist. Dies bedeutet, dass die Werte von Stufe zu Stufe jeweils um den Faktor 10

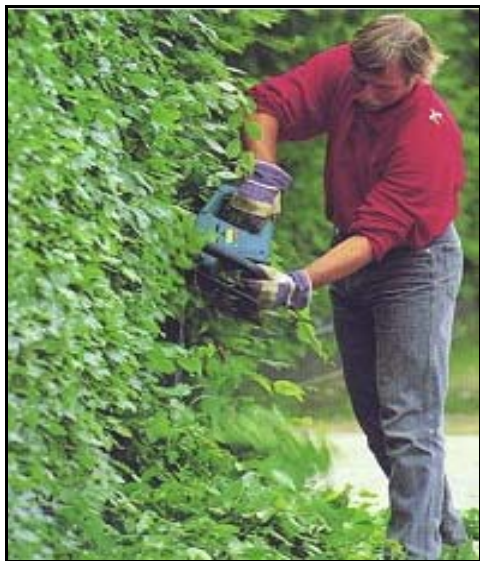
größer werden. Die Graphik umfasst damit vom größten zum kleinsten Wert 10 Zehnerpotenzen, also den Faktor 10 Milliarden.

Der in Dortmund festgestellte Maximalwert beträgt  $7 \text{ mW/m}^2$ . Deutlich unterschritten werden damit die gesetzlich festgesetzten Werte, die Werte der Schweiz und Italiens für empfindliche Nutzungen sowie die Empfehlung des Ecolog-Institutes. Deutlich überschritten werden die Empfehlungen des Bundesverbandes gegen Elektromog. Die Einhaltung dieser Werte ist in städtischem Umfeld mit dem bestehenden Netz nicht zu erreichen. Nur in einem ländlichen Umfeld mit wenig Mobilfunkverkehr und sehr großen Abständen zu Mobilfunkbasisstationen besteht die Chance, diese Empfehlungen einzuhalten.

### 3.9 Artenschutz

Der Schutz einzelner Tier- und Pflanzenarten (Artenschutz) zählt zu den ältesten Aufgaben des Naturschutzes. Im Vordergrund des Interesses stehen dabei nicht einzelne Individuen (Tier- und Pflanzenschutz) sondern Populationen. Um Tier- und Pflanzenpopulationen – insbesondere solche, die aus seltenen oder gar vom Aussterben bedrohten Arten bestehen – erhalten zu können, ist natürlich auch der Schutz des Lebensraumes dieser Arten von Bedeutung (Biotopschutz).

Das Artenschutzrecht ist sehr komplex und besteht aus weit gefächerten Gesetzen und Vorschriften. Man unterscheidet zwischen dem nationalen und internationalen Artenschutzrecht, wobei es weltweit insgesamt ca. 8.000 geschützte Tier- und ca. 40.000 geschützte Pflanzenarten gibt.



*Eingeschränkte Heckenpflege von März bis Oktober*

Die nationalen Vorschriften (Bundesnaturschutzgesetz, Bundesartenschutzverordnung, Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen, Bundesjagdgesetz und Bundeswildschutzverordnung) konzentrieren sich vornehmlich auf den Schutz der einheimischen Arten und deren Lebensstätten. Die internationalen Bestimmungen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen, EG-Artenschutzverordnung, Fauna-

Flora-Habitat- und EG-Vogelschutzrichtlinie) befassen sich hauptsächlich mit der Vermarktung von Pflanzen und Tieren. Hier kommt der lokalen unteren Landschaftsbehörde z. B. die wichtige Aufgabe zu, illegale Importe und Vermarktungen mit zu verhindern. Ein „Austrocknen“ illegaler Märkte schützt auch die Tiere in deren Ursprungsländern, denn wenn z. B. Elfenbein nicht verkauft werden kann, werden auch die Elefanten von Wilderern nicht getötet.

Die Aufgaben der unteren Landschaftsbehörde im Artenschutz sollen beispielhaft an der EG-Artenschutzrichtlinie aufgezeigt werden. Das Washingtoner Artenschutzübereinkommen gilt nämlich nicht direkt, sondern wird ergänzt und teilweise verschärft durch die EG-Artenschutzverordnung nebst den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen. Die Verordnung enthält Regelungen über die Ein- und Ausfuhr, die Vermarktung und den Transport geschützter Arten.

Der Schutzstatus der jeweiligen Art ist in den Anhängen A-D aufgelistet. Anhang A enthält vom Aussterben bedrohte Arten und umfasst ca. 760 Tier- und 320 Pflanzenarten. Es zählen hierzu die europäischen Greifvögel, alle Menschenaffen und die griechischen Landschildkröten. Anhang B beinhaltet Arten, deren Bestand durch einen uneingeschränkten Handel gefährdet wäre sowie Arten, deren Einfuhr Probleme für die einheimischen Populationen mit sich bringen (sog. „Faunenverfälscher“). Anhang B umfasst ca. 4.000 Tier- und 22.000 Pflanzenarten. Es zählen hierzu z.B. die meisten Papageienarten und Chamäleons. Anhang C beinhaltet Arten, deren Bestand durch einen uneingeschränkten Handel in bestimmten Ländern gefährdet wäre. Dieser Anhang umfasst ca. 190 Tier- und 6 Pflanzenarten (Arten wie oben). Anhang D schließlich enthält Arten, bei denen der Umfang der Gemeinschaftseinfuhren eine Beobachtung (Monitoring) rechtfertigt. Der Anhang umfasst ca. 230

Tier- und 50 Pflanzenarten, zu denen z. B. Neuguinea Helm-Skink und Graupelikan gehören.



*Ökologisches Netz Natura 2000*

Die genannten Bestimmungen – so wichtig sie sind - entfalten jedoch für die Stadt Dortmund selbst keine besondere Relevanz. Anders ist es jedoch bei der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie). Diese verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EG zum einen, bestimmte Tier- und Pflanzenarten unter Schutz zu stellen, zum anderen sollen durch sie sog. FFH-Gebiete ausgewiesen werden, die ein ökologisches Netz „Natura 2000“ bilden sollen. FFH-

Arten kommen auch in Dortmund vor (z.B. der vom Aussterben bedrohte Kammmolch); ob auch FFH-Gebiete durch die Brüsseler Kommission auf Dortmunder Stadtgebiet bestimmt werden, steht zur Zeit noch nicht fest.

Unmittelbar betroffen ist Dortmund – wie ganz Nordrhein-Westfalen – auch durch den § 64 Landschaftsgesetz: Danach ist zum Schutz der Nist- und Brutstätten das Abschneiden von Hecken und Gehölzen sowie von Schilf in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober eines jeden Jahres verboten.



*Vom Aussterben bedrohter Kammmolch*

### 3.10 Biotopschutz

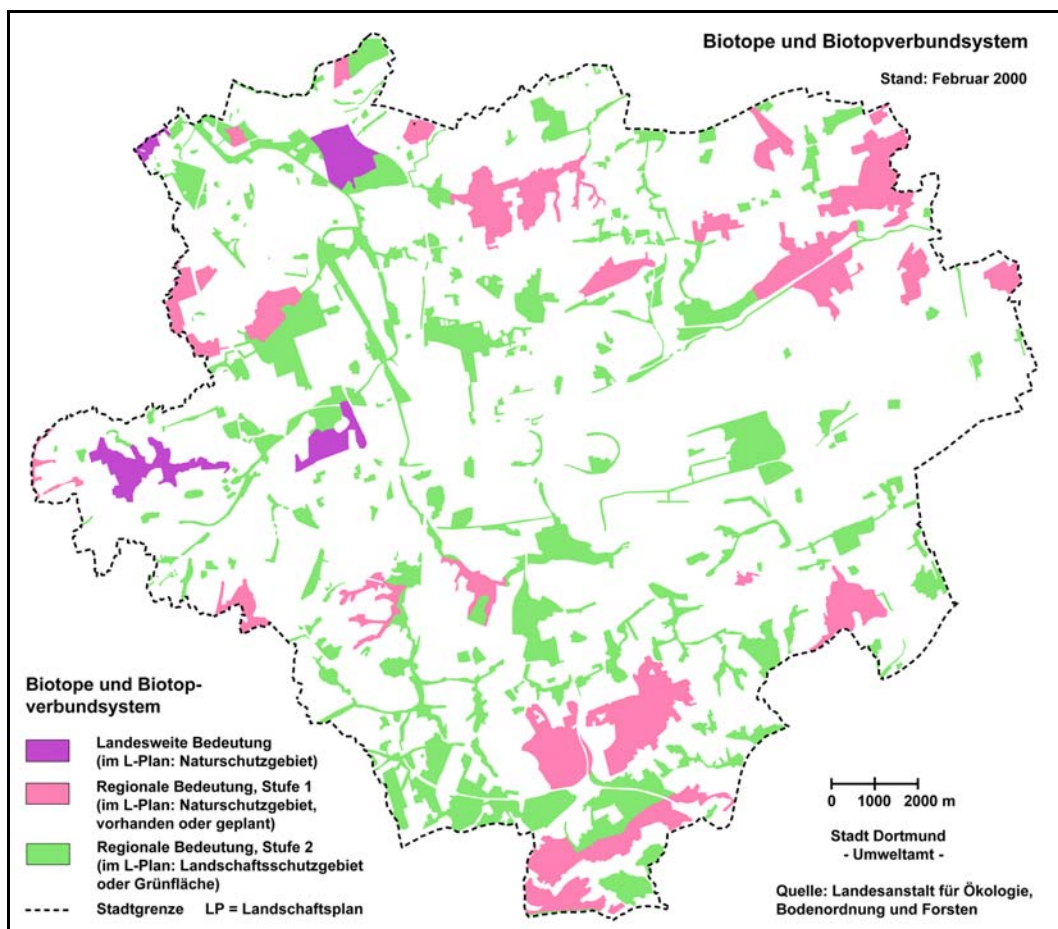
Bereits seit über 20 Jahren gibt es das landesweite Biotopkataster, welches für das Stadtgebiet Dortmund mehrere Male fortgeschrieben worden ist. Mit der Schaffung eines Biotopverbundsystems geht Dortmund nunmehr noch einen Schritt weiter.

Die Idee, die sich hinter dem Begriff „Biotopverbund“ verbirgt, besteht darin, einerseits große Lebensräume für wild lebende Tier- und Pflanzenarten zu erhalten und andererseits eine Vernetzung zwischen den einzelnen, voneinander isoliert liegenden Lebensräumen herzustellen, um den negativen Auswirkungen verinselter (oder gar fehlender) Lebensräume entgegen zu wirken.

Mit der Neuregelung des Bundesnaturschutzgesetzes wurden die naturschutzfachlichen Ansprüche an eine Vernetzung von Lebensräumen nun auch gesetzlich verankert. Gemäß § 3 des Gesetzes sollen die Länder ein Netz verbundener Biotope schaffen, das mindestens 10% der Landesfläche einnimmt. Die für ein Verbundnetz erforderlichen Kernflächen, Verbundkorridore und Trittsteine sind durch Ausweisung von Schutzgebieten bzw. durch vertragliche Vereinbarungen planungsrechtlich zu sichern, um einen Biotopverbund langfristig zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Funktion der Biotope und des Biotopverbundes werden folgende Begriffe verwendet:

- Kernflächen,
- Verbundkorridore,
- Trittsteine.



*Biotope und Biotopverbundsystem - Übersicht*

**Kernflächen** sind Gebiete, die zu einem großen Flächenanteil den Zielen des Arten- und Biotopschutzes dienen. Sie sind bereits überwiegend als Vorrangflächen für den Arten- und Biotopschutz eingestuft, als Schutzgebiet gesichert oder als schutzwürdige Biotope erfasst. Die Kernflächen fungieren als Refugiallebensräume für seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten und stellen deren Ausbreitungszentren dar. Das auf den Arten- und Biotopschutz sowie auf den Freiraumschutz ausgerichtete Ziel liegt in der Erhaltung und Sicherung der Kernflächen als großräumige unbebaute Freiräume sowie in der Entwicklung ihrer Lebensraumqualitäten für gefährdete Pflanzenarten und Pflanzengesellschaften.

Kernflächen des Biotopverbundes sind die in der Karte gekennzeichneten Biotopflächen von landesweiter Bedeutung und regionaler Bedeutung, Stufe 1. Hinzu kommen aber auch die großflächigen Bereiche der Stufe 2, wie z. B. Rahmer Wald, Fredenbaum, Hauptfriedhof, Schondelletal und Großholthäuser Mark.

**Verbundkorridore** sollen die Kernflächen miteinander verknüpfen. Die Auswahl der Verbundkorridore orientiert sich zum einen an der vorhandenen Freiraumstruktur mit ihren wertvollen Lebensräumen, zum anderen an Entwicklungspotenzialen, wie besonderen Bodeneigenschaften, den linearen Elementen des Gewässernetzes sowie Grünbändern entlang von Bahnlinien.

**Trittsteine** schließlich sind oft isoliert liegende Kleinbiotope, die der Tier- und Pflanzenwelt aber bei der Überwindung von Barrieren helfen können und die auch als „Pantoffelgrün“ dienen.

Verbundkorridore und Trittsteine sind in der Karte ebenfalls grün gekennzeichnet. Ein Ziel der Stadtentwicklung ist es, sofern noch nicht erfolgt, alle Biotope von landesweiter Bedeutung sowie von regionaler Bedeutung, Stufe 1, als Naturschutzgebiete auszuweisen. Alle übrigen Flächen sollen entweder unter Landschaftsschutz gestellt oder als Grünflächen gesichert werden. Diesem Ziel dient insbesondere die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes und die Änderung der Landschaftspläne.

### 3.11 Eingriff und Ausgleich im Natur- und Landschaftshaushalt

Das Umweltamt der Stadt Dortmund führt seit 1993 ein Ausgleichs- und Ersatzflächenkataster (A+E-Kataster). Ziel des Katasters ist die schnelle Verfügbarkeit von Informationen über rechtskräftige Ausgleichs- und Ersatzflächen. Neben der Lage der Flächen und der Art der geplanten Maßnahmen sollen auch Informationen zu den zugehörigen Eingriffen verfügbar sein.

Die Pflicht zum Ausweisen von Ausgleichs- und Ersatzflächen und zum Festsetzen der darauf durchzuführenden Naturschutzmaßnahmen ergibt sich aus den Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes. Dieses fordert bei Eingriffen in Natur und Landschaft vermeidbare Beeinträchtigungen zu unterlassen. Als Eingriff wird in diesem Zusammenhang die Nutzungsänderung von Grundflächen bezeichnet, wenn sie eine nachteilige Wirkung auf den Naturhaushalt oder das Landschaftsbild hat. Unvermeidbare Beeinträchtigungen müssen vorrangig ausgeglichen oder in anderer Weise kompensiert werden.

Im Rahmen eines Forschungsvorhabens entwickelte die Universität Dortmund in Kooperation mit der Stadtverwaltung im Jahre 2000 einen Verfahrensansatz zur Handhabung von Ausgleich und Ersatz im Dortmunder Stadtgebiet. Im Rahmen dieser Arbeit wurde eine digitale Variante des A+E-Kataster erstellt. Zuvor wurde das Kataster in Form von Kartenblättern und Datenformularen geführt. Im Jahr 2003 wurde das digitale Kataster an geänderte Rahmenbedingungen und Bedürfnisse der Verwaltung angepasst.

#### Aufgaben

Das A+E-Kataster dient dem Erfassen, Verwalten, Überwachen und Dokumentieren der Ausgleichs- und Ersatzflächen. Im Einzelnen sind folgende Aufgaben zu erfüllen:

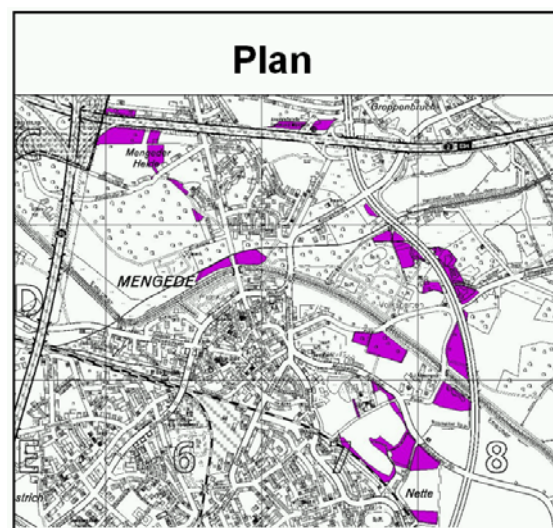
- Nachweisen der Lage rechtsverbindlicher Ausgleichs- und Ersatzflächen

- Vermeiden der mehrfachen Zuordnung von Ausgleichs- und Ersatzflächen zu verschiedenen Eingriffen
- Vermeiden von Eingriffen auf bestehenden Ausgleichs- und Ersatzflächen
- Schaffen einer Grundlage für das Weiterentwickeln der bestehenden Ausgleichskonzeption

Über die primären Aufgaben hinaus können aus den Katasterdaten statistische Aussagen abgeleitet werden. Sie stellen außerdem eine wichtige Basis für die Planung und Durchführung von Pflege- und Verkehrssicherungsmaßnahmen auf den Ausgleichs- und Ersatzflächen dar.

#### Struktur

Das digitale A+E-Kataster besteht aus einem Plan und einer Datenbank. Der Plan wird in einem Geographischen Informationssystem geführt.



*Festgesetzte Flächen im Plan*

Durch eine Verknüpfung zwischen dem digitalen Plan und der Datenbank können Ergebnisse von Abfragen aus dem Datenbestand direkt im Plan dargestellt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, die zu einer Fläche gespeicherten Einzelinfor-

mationen aus der Datenbank abzurufen und im Plan anzeigen zu lassen.

*Hauptformular der Datenbank*

In der Datenbank wird für jeden Eingriff und für jede Ausgleichs- und Ersatzfläche ein Datensatz angelegt. Zwischen den Datensätzen der Eingriffe und denen der Ausgleichs- und Ersatzflächen besteht eine 1:n-Verbindung. Dies bedeutet, dass einem Eingriff eine oder mehrere Flächen zugeordnet

werden. Wurde für einen Eingriff keine Fläche festgesetzt, besteht die Möglichkeit andere festgesetzte Kompensationsleistungen in die Datenbank aufzunehmen.

## Inhalt und Ergebnisse

In das A+E-Kataster werden die festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzflächen aus Bauleitplan- und Planfeststellungsverfahren im Dortmunder Stadtgebiet aufgenommen. Neben Lage und Größe der Flächen werden auch umfangreiche Informationen zu den geplanten Maßnahmen und den zugehörigen Eingriffen erfasst. Insgesamt sind im A+E-Kataster 156 Eingriffe und 398 Ausgleichs- und Ersatzflächen mit einer Gesamtflächengröße von 642 ha gespeichert.

Mit dem digitalen Ausgleichs- und Ersatzflächenkataster steht der Stadtverwaltung ein wichtiges und effizientes Werkzeug beim Handhaben von Ausgleich und Ersatz im Dortmunder Stadtgebiet zur Verfügung.

### 3.12 Das Heckrindprojekt im Naturschutzgebiet "Im Siesack"

Der Landschaftsraum im Bereich des Naturschutzgebietes „Im Siesack“ stellt sich dar als parkartige bäuerliche Kulturlandschaft, bestehend aus Feuchtwiesen, Äckern und vielfältig strukturiert mit Baumgruppen, kleinen Feldgehölzen, Gebüsch und Hecken sowie Eichenwaldbeständen mit üppiger Strauchschicht, oft auch mit großen Adlerfarn-Herden.

Ökologisch besonders wertvoll sind neben den alten Laubwaldbeständen insbesondere die nässegeprägten offenen Wiesen- und Weidebereiche.

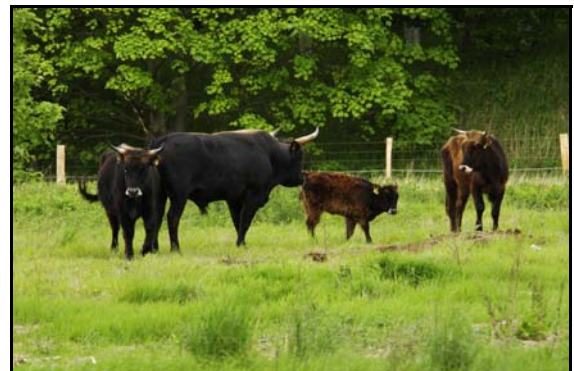
Die Sicherung offener, gehölzfreier Landschaftsbereiche – ein wichtiges Ziel für das Naturschutzgebiet – erfordert allerdings dort, wo extensive wirtschaftliche Nutzungen nicht in Frage kommen, erhebliche Pflegeaufwendungen. Diese sind in der Regel verbunden mit einem umfangreichen Einsatz technischer und finanzieller Mittel und somit auf Dauer weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar. Als sinnvolle Alternative zur Sicherung der offenen Landschaftsbereiche beabsichtigt die Verwaltung daher, auf den im beigefügten Lageplan gekennzeichneten Flächen eine Beweidung durch sog. Großherbivoren (= große Pflanzenfresser) vorzunehmen zu lassen. Hierzu ist im Rahmen eines Pilotprojektes auf einer ersten Teilfläche des Schutzgebietes südlich der Altmengeder Str. / östlich der Schaarstr. ein Besatz mit 5 Heckrindern erfolgt. Dies sind Tiere aus Rückkreuzungen verschiedener Hausrindrassen, die dem ursprünglichen Auerochsen beinahe entsprechen. Sie stehen das ganze Jahr über im Freien.

Gehegt und betreut werden die Rinder von einem erfahrenen ortsansässigen Landwirt, der die weiteren Grundlagen für eine gesunde Entwicklung der Herde sicherstellt.

Ein gewünschter Nebeneffekt ist, dass sich für Spaziergänger und Naturliebhaber interessante Beobachtungsmöglichkeiten ergeben, da das Gelände von der Schaarstraße aus zu großen Teilen eingesehen werden kann. Außerdem sind Vandalismus und illegales Lagern und Zelten auf der Fläche nicht mehr möglich. Einschränkungen für Erholungssuchende ergeben sich nicht, da keine Wanderwege eingezogen werden müssen; vielmehr wird dem Raum ein Stück „Ursprünglichkeit“ zurückgegeben.

Zusätzlich wird die Vegetationsentwicklung auf ausgesuchten Kontrollflächen über mehrere Jahre zu beobachten, um die Auswirkungen der Beweidung festzustellen.

Sollte sich das Heckrind-Projekt in seiner ersten Testphase bewähren, wird eine Ausweitung des Tier- und Gehegebestandes nach Süden hin auf die Halde Ellinghausen bis zum Holthäuser Bach angestrebt.



*Heckrinder im NSG „Im Siesack“*

### 3.13 Fledermaus-Kartierung Dortmund

Neben der ordnungsbehördlichen Betreuung und Durchsetzung des internationalen, nationalen und landesspezifischen Artenschutzes fand im Rahmen des praktischen ökologischen Artenschutzes eine auf zwei Jahre angelegte Fledermaus-Kartierung statt. Mit diesem Artenschutz-Projekt wurde die Bedeutung des Stadtgebietes für Fledermäuse beleuchtet. Dabei erhielt man planungsrelevante Daten zu Fledermäusen in Schwerpunkträumen in Dortmund. Darüber hinaus konnten Erkenntnisse über funktionsräumliche Beziehungen im Übergangsbereich Siedlung - Landschaft gewonnen werden. Dabei spielten sowohl Aussagen zum Artenspektrum als auch zur räumlichen Nutzung der Landschaft eine Rolle.

Die einheimischen Fledermäuse sind nachtaktive Insektenjäger und stehen unter besonderem Schutz. Sie bewohnen Lebensraumkomplexe und sind auf funktionsräumliche Zusammenhänge von Teillebensräumen angewiesen. Eine besondere Bedeutung haben:

- Quartiere und Quartiergebiete (Tageschlaf-, Winterschlaf- und Zwischenquartiere; Wochenstuben- und Männchenquartiere; in Baumhöhlen, Stollen und Gebäuden)
- Jagdgebiete (in Wäldern, parkartiger Landschaft, über Gewässern und im Siedlungsraum)
- Flugstraßen und sonstige Flugrouten, die Quartiere und Jagdgebiete verbinden.

Von den 20 in Nordrhein-Westfalen heimischen Fledermausarten sind gegenwärtig 11 Arten in Dortmund nachgewiesen:

- Wasserfledermaus
- Teichfledermaus
- Fransenfledermaus
- Bartfledermaus
- Breitflügelfledermaus
- Zweifarbfledermaus
- Zwergfledermaus

- Rauhhautfledermaus
- Abendsegler
- Kleinabendsegler
- Braunes Langohr

Bei den Untersuchungen wurde den Tieren vor allem mit Hilfe von Ultraschall-Detektoren nachgespürt - eine Methode, bei der Fledermäuse nicht beeinträchtigt werden, da man ihnen lediglich 'zuhört'. Weitere Nachweismöglichkeiten wurden mit der Detektor-Methode kombiniert. Durch die Dokumentation der vielen einzelnen Informationen entstand ein Gesamtbild über Verbreitung und Lebensweise der Fledermäuse in Dortmund.



*Mit dem Ultraschall-Detektor kann man den sonst lautlosen Fledermäusen 'zuhören'*

#### Verbreitung im Stadtgebiet

Erstaunlich ist, dass die Begegnungshäufigkeit mit Arten, die mit urbanen Bedingungen zurechtkommen können, in Dortmund ausgesprochen gering ist. Besonders die Breitflügelfledermaus wird im Stadtgebiet auffallend selten nachgewiesen, obwohl sie in den tieferen Lagen Westfalens eine zweifelsohne regelmäßige Bewohnerin gerade der Siedlungsbereiche ist. Da die Breitflügelfledermaus in Spalten an Gebäuden Quartier bezieht, ist sie auf die Akzeptanz der 'zweibeinigen Hausbewohner' angewiesen. Ähnlich ist es mit der Zwergfledermaus, sie ist in

vielen Teilen Nordrhein-Westfalens die bei weitem häufigste Fledermausart. In Dortmund wurden jedoch bislang lediglich Einzeltiere dieser Art angetroffen.

Demgegenüber hat das Stadtgebiet für Fledermausarten, die auf Baumbestände angewiesen sind, eine besondere Bedeutung. Hier sind zum Beispiel die Rauhhautfledermaus und der Abendsegler zu nennen. Beide Fledermausarten nutzen als Quartiere überwiegend Baumhöhlen. Auch Vogelnist- und Fledermaus-Kästen werden als 'künstliche Baumhöhlen' angenommen. Wichtig ist ein Gefüge von vielen dauerhaft zur Verfügung stehenden Quartiermöglichkeiten. Die Dauerhaftigkeit ist beim Einsatz von Vogelnist- und Fledermaus-Kästen nur eingeschränkt gegeben. Es wird davon ausgegangen, dass Fledermausquartiere durchaus über 100 Jahre lang genutzt werden und sich so ein traditionelles Quartier-Gefüge etabliert. Diese Traditionen werden bei Fledermäusen von Generation zu Generation weitergegeben. Während ein reiches Angebot an natürlichen Baumhöhlen dauerhaft Quartiermöglichkeiten für die Abendsegler und Rauhhautfledermäuse bietet, sind Kästen nur in zeitlich begrenzten Ausnahmesituationen oder als Nachweis-Methode eine sinnvolle Ergänzung zum natürlichen Höhlenangebot.

Der Abendsegler und die Rauhhautfledermaus sind in der Roten Liste der gefährdeten Säugetiere in Nordrhein-Westfalen der Kategorie 'I' (gefährdete wandernde Tierart) zugeordnet. Bei Wechsel von Sommer- und Winterlebensraum legen die Tiere oftmals über 1000 km auf ihrem Zug quer durch Europa zurück und machen dabei auch in Dortmund Station. Daher sind vor allem solche Waldgebiete von besonderer Bedeutung, die ganzjährig Quartiermöglichkeiten bieten und ein reiches Insektenvorkommen aufweisen.

### Lebensweise

Während Geburt und Aufzucht der Jungtiere in sogenannten Wochenstuben in Dortmund für Abendsegler und Rauhhautfledermaus

bislang nicht nachgewiesen sind, vollzieht sich hier ein weiterer wichtiger Teil des Fortpflanzungsgeschehens der Tiere: Balz und Paarung. Gerade Abendsegler zeigen während der Balz im Spätsommer und Herbst ein auffälliges Verhalten. Die Männchen besetzen jedes für sich eine Baumhöhle und senden weithin hörbare Balzlaute aus, um Weibchen herbeizulocken. Mit mehreren Weibchen bilden sie in der Baumhöhle, die aufwendig gegen eventuelle Rivalen verteidigt wird, Paarungsgesellschaften. Durch die Balzlaute aufmerksam gemacht, lassen sich gerade in der Balzzeit von Fledermäusen genutzte Baumhöhlen-Quartiere zuordnen, die sonst nur sehr schwer zu finden sind. In Dortmund sind Balzquartiere in Baumhöhlen zum Beispiel im Siesack, im Sölderholz, im Aplerbecker Wald und in den Hangwäldern bei Syburg nachgewiesen. Die Balzquartiere können über das Jahr auch andere Quartier-Funktionen wahrnehmen, wie beispielsweise als Winterschlaf-Quartier oder als trittsteinhaftes Zwischenquartier.

### Nachhaltige Schutzmaßnahmen

Gerade für Baumhöhlen bewohnende Fledermäuse geht daher durch das Fällen von Höhlenbäumen eine sowohl direkte als auch eine indirekte Gefährdung aus, einerseits durch den Tod der Tiere bei Fällung, andererseits durch den langfristigen Verlust von Lebensraum. Um nachhaltig etwas für die Fledermäuse in Dortmund zu bewirken, ist es daher wichtig, auch Trittsteine und Teil-Lebensräume von Fledermaus-Vorkommen zu sichern.



*Abendsegler*

## 4 Partizipation und Kooperation im Umweltschutz

### 4.1 Umweltpreis Dortmund

#### Bürgerumweltpreis

Mit dem 1983 ins Leben gerufenen Umweltpreis hat sich in Dortmund eine Auszeichnung etabliert, mit der die Stadt Dortmund herausragende Leistungen im Umwelt- und Naturschutz prämiert. Ausgezeichnet werden Bürgerinnen und Bürger, die dazu beitragen, über Natur- und Umweltschutz zu informieren und Anregungen zu geben, in welcher Weise jeder einzelne direkt mithelfen kann, die Natur im Dortmunder Stadtbereich zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln.

Ein besonderes Thema wird nicht vorgegeben, denn das Spektrum der Möglichkeiten sich zu engagieren ist vielfältig: Angefangen bei Maßnahmen im Sinne einer ökologischen Abfallwirtschaft, Projekten zu Wohnumfeldverbesserungen oder dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, über Aktivitäten zur Energieeinsparung bzw. CO<sub>2</sub>-Minderung bis hin zu Informations- und Aufklärungsaktionen war die Palette der prämierten Umweltprojekte in jedem Jahr breit gefächert. Während in den ersten Jahren die Abfallentsorgung als vorherrschendes Anliegen der aktiven Umwelt- und Naturschützer zu erkennen war, traten in den letzten Jahren Biotop- und Artenschutzprojekte sowie Umwelterziehung zunehmend in den Vordergrund, Themenbereiche wie Verkehr und alternative Energieerzeugung kamen hinzu.

Der ursprünglich ideelle Preis ist seit 1991 jährlich mit Sachpreisen im Wert von 5.000 € ausgestattet.

#### Jugendumweltpreis

Der 1986 erstmals verliehene Jugendumweltpreis ist von Beginn an mit Sachpreisen im Wert von 1.250 € ausgestattet. Dieser Betrag wurde im Zuge der Euro-Umstellung auf 1.600 € angehoben. Die WILO AG, an die 2001 für die Entwicklung einer neuartigen Pumpe erstmals der Gewerbeumweltpreis verliehen wurde, unterstützt nun den Jugendpreis jährlich mit 1.250 €.

Anders als der Bürgerpreis wird der Jugendumweltpreis seit einigen Jahren unter ein bestimmtes Motto gestellt, um den Teilnehmern eine Hilfestellung bei der Themenauswahl zu geben. Die bisher ausgelobten Themen für den Jugendumweltpreises waren:

- 1995 Unsere Umwelt - gestern, heute, morgen
- 1996 Insekten: nützlich, lästig, gefährlich?
- 1997 Dortmunder Jugend aktiv im Klimaschutz! - Wir sparen Energie.
- 1998 Der Natur auf der Spur mit Fernglas, Lupe, Fotoapparat
- 1999 Natur- und Umweltschutz in der Stadt Dortmund
- 2000 Umwelt 2000 – unser Beitrag zum Umweltschutz
- 2001 Die Umwelt – wie wir sie uns wünschen
- 2002 Alle Vögel sind schon da – wer hat sie gesehen?
- 2003 Der Boden lebt!

Das Motto für die aktuelle Ausschreibung des Jugendumweltpreises lautet: "Immer schön sauber bleiben! Wasser in Dortmund". Sollten den Teilnehmern jedoch andere Themen am Herzen liegen, so ist es auch möglich, sich damit an dem Wettbewerb zu beteiligen.

## **Gewerbeumweltpreis**

Die in den letzten Jahren stetig zunehmende Anzahl von Bewerbungen aus den Reihen von Betrieben und Institutionen nahm der Rat der Stadt Dortmund zum Anlass, die Vergaberichtlinien erneut anzupassen und den Teilnehmerkreis zu erweitern. Nun ist die Teilnahme von kommerziell arbeitenden Firmen und Instituten sowie Teilnehmern aus den Bereichen Forschung und Lehre nicht nur zulässig, sondern ausdrücklich erwünscht. Der Wettbewerb richtet sich an Unternehmen, Betriebe und Institute, denen nachhaltiges Handeln und Wirtschaften ein besonderes Anliegen ist. Eine positive Bewertung erfahren bereits durchgeführte oder initiierte Maßnahmen, die deutlich über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehen.

Der Umweltpreis für Unternehmen, Betriebe und Institutionen ist mit Sachpreisen im Wert von 10.000 € versehen, die zu gleichen Teilen aufgebracht werden von der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH, der Dortmunder Stadtwerke AG, der Entsorgung Dortmund GmbH und dem Umweltamt der Stadt Dortmund.

## **Engagement zahlt sich doppelt aus**

Alle Preise werden als Sachpreise vergeben, die die Gewinner unter Berücksichtigung ihrer weiteren Arbeit selbst auswählen. So bleibt das Engagement der Teilnehmer am Umweltpreis keine einmalige Angelegenheit, sondern wird weiterhin gepflegt und sogar ausgeweitet.

Bis heute hat die Jury aus fast 450 Vorschlägen und Bewerbungen 156 Preisträger ermittelt und zahlreiche Belobigungen ausgesprochen. Insgesamt wurden Sachpreise im Wert von über 110.000 € vergeben, die die Gewinner in ihre Arbeit haben einfließen lassen. Die Preisgelder wurden investiert in: Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, öffentlichkeitswirksame Einzelaktionen, Informationsveranstaltungen und als besonders zukunftsorientierte Maßnahmen in die Natur- und Umwelterziehung.

Am Ende ist es die Summe vieler, auch kleiner Bausteine, die gefährdeten Pflanzen- und Tierarten den Lebensraum sichert, das Umweltbewusstsein der nachfolgenden Generation schärft und uns Menschen das Leben lebenswerter macht.

## 4.2 Sauberes Dortmund

Das Projekt „Sauberes Dortmund - Sauber macht lustig“ wurde Anfang 2001 vom Umweltamt der Stadt Dortmund mit Unterstützung der Entsorgung Dortmund GmbH initiiert.

Ziel des Projektes ist es, das Wegwerfen von Abfällen im Stadtgebiet zu thematisieren und Sensibilität und Verantwortung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Diesem umfangreichen und schwierigen Problem will das Projekt durch die Einrichtung von „Patenschaften“ entgegenwirken. Der „Pate“ kümmert sich im Rahmen des Projektes um einen Teil der Stadt, den er sich natürlich selbst aussucht und führt dort Aktionen (Aufräumen, Gestalten etc.) durch.

Im Mittelpunkt steht es, eine Verhaltensverbesserung derer zu bewirken, die gedankenlos die Stadt und die Landschaft durch weggeworfene Abfälle verunstalten. Schulen, Kindergärten, Sportvereine, Parteien, Heimatvereine, Gewerbevereine etc. übernehmen dabei eine Vorbildfunktion und bringen zum Ausdruck, dass sie solches Fehlverhalten in der Bevölkerung nicht tolerieren und tatenlos hinnehmen wollen.

Die Zahl der „Paten“ steigt kontinuierlich und liegt jetzt bei etwa 110, verteilt über das ganze Stadtgebiet.

Am und um den 21.6.2003 fand im Rahmen des Projektes der erste stadtweite Sauberkeitstag „Saubere macht lustig“ statt, bei dem über das ganze Stadtgebiet verteilt Aktionen zur Beseitigung von Abfällen durchgeführt wurden. Solche Aktionen fördern den oben dargestellten Grundgedanken. Durch die Medienberichterstattung wird die positive Wirkung solcher Aktionen multipliziert.



*Stadtweiter Sauberkeitstag 21.6.2003*

Die Tatsache, dass der stadtweite Sauberkeitstag in Dortmund mit 15.000 Teilnehmern ein solcher Erfolg war, zeigt das Interesse und den Bedarf an solchen Aktionen.

Die Erfahrung zeigt weiterhin, dass eine attraktive Umgebung das Verhalten der Menschen positiv beeinflusst. Die Hemmschwelle, Abfälle gedankenlos an Ort und Stelle fallen zu lassen, ist in gepflegter Umgebung deutlich höher angesiedelt.

Erfolge des Projekts und damit die Erfolge der Bürgerinnen und Bürger sind inzwischen erkennbar. Das Umweltamt stellt fest, dass das Stadtgebiet langsam etwas sauberer wird. Bestätigt wird dies dadurch, dass im Umweltamt weniger generelle Beschwerden über Beeinträchtigungen des Stadtbildes durch Abfälle eingehen.

Jede Schule, jeder Verein, jede Gemeinde und jeder, der eine gute Idee für eine „Patenschaft“ hat, kann bei dem Projekt „Sauberes Dortmund - Sauber macht lustig“ mitmachen und damit ein Vorbild für andere werden. Informationen gibt das Umweltamt unter den Telefonnummern 50-24798 und 50-25689.

### 4.3 ÖKOPROFIT® Dortmund

ÖKOPROFIT steht für „Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik“ und ist ein Kooperationsprojekt zwischen einer Kommune, der örtlichen Wirtschaft und weiteren regionalen und überregionalen Partnern (Public Private Partnership).



Auftaktveranstaltung Ökoprofit

Durch die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs erreichen die Unternehmen eine nachhaltige Umweltentlastung und gleichzeitig eine Kostenersparnis.

Das einjährige Programm bietet eine Kombination aus einer gemeinsamen Workshop-Reihe und individueller Beratung der Betriebe vor Ort.

In den beiden abgeschlossenen Projektdurchläufen mit 20 teilnehmenden Betrieben konnten insgesamt jährliche Einsparungen in Höhe von 690.000 Euro erzielt werden. Es wurden 172 Einzelmaßnahmen umgesetzt, die zur Umweltverbesserung (ÖKO) und zu Kosteneinsparungen (PROFIT) beigetragen haben.

ÖKOPROFIT beinhaltet verschiedene Elemente, die zur Erreichung der Ziele „Verbesserter Umweltschutz“ und „Kostensenkung“ beitragen sollen: hierzu gehören gemeinsame Workshops, einzelbetriebliche Beratungen, Arbeitsmaterialien sowie die Prüfung und Auszeichnung zum ÖKOPROFIT-Betrieb.

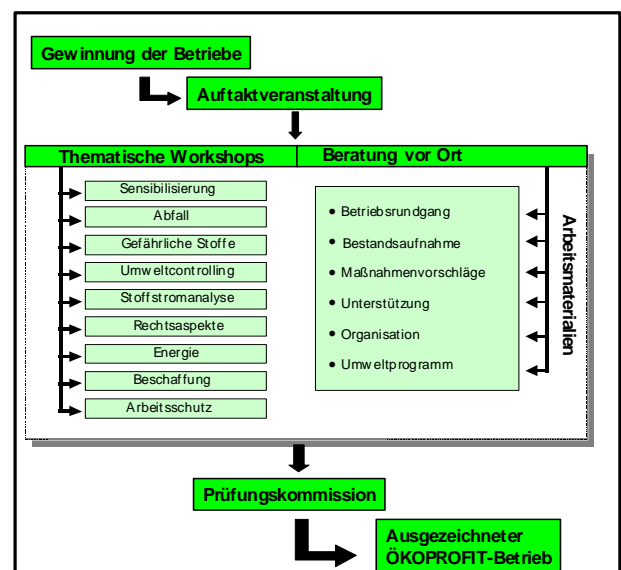
Karl-Heinz Petzoldt stellte als Teilnehmer der Druckerei Busche eine win-win-

Situation fest: „Unternehmen werden effizienter, Prozesse umweltfreundlicher, Standorte wettbewerbsfähiger, Arbeitsplätze sicherer.“

ÖKOPROFIT wendet sich sowohl an kleine als auch große Betriebe, produzierende Unternehmen und Dienstleister. Durch professionelle Beratung leistet ÖKOPROFIT

- Kostensenkung durch die Reduzierung des Verbrauchs an Energie, Wasser und Betriebsmitteln sowie des Abfall- und Abwasseraufkommens,
- Rechtssicherheit durch die Ermittlung der an das Unternehmen gestellten umweltrechtlichen Anforderungen,
- Erfahrungsaustausch und Synergieeffekte durch regelmäßige gemeinsame Veranstaltungen mit den anderen beteiligten Betrieben,
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Unternehmen,
- Imagegewinn als umweltbewusstes Unternehmen durch die Auszeichnung als Dortmunder „ÖKOPROFIT-Betrieb“,
- Vorbereitung auf eine spätere Einführung eines Umweltmanagementsystems (ISO14001)

Ein dritter Projektdurchlauf begann im November 2003 und wird bis Ende des Jahres 2004 fortgesetzt.



Ablaufschema Ökoprofit

## ÖKOPROFIT Dortmund - Teilnehmer von 2000 bis 2004

Unternehmen	Branche	Mitarbeiterzahl
ATLAS Schuhfabrik GmbH & Co. KG	Schuhindustrie	185
Backdat Vollkorn-Bäckerei GmbH	Bäckerei	16
Deutsche Gasrußwerke GmbH & Co. KG	Chemische Industrie	228
Deutsche Telekom AG KNL Dortmund/Meschede	Telekommunikation	2.333
ELMOS Semiconductor AG	Elektroindustrie	499
Metallhüttenwerke Bruch GmbH	NE-Metallverarbeitung	176
Rudolf Wiegand GmbH & Co. KG	Bauunternehmung	88
Schenker Deutschland AG GST Dortmund	Spedition	106
SiemensVDO Automotive AG Dortmund	Elektroindustrie	1.450

*Tabelle 1: Teilnehmer ÖKOPROFIT Dortmund 2000/2001*

Unternehmen	Branche	Mitarbeiterzahl
ANKER-SCHROEDER.DE ASDO GmbH	Verankerungstechnik Stahl	84
CINESTAR Filmpalast	Kino	170
Evangel. Altenzentrum Fritz-Heuner-Heim	Altenheim	64
Fritz Busche Druckereigesellschaft mbH	Druckerei	82
Hellweg	Baumarkt	43
Hermann-Keiner-Haus e.V.	Altenheim	120
Jungheinrich AG	Vertrieb von Gabelstaplern	153
Malerbetrieb Uwe Walter GmbH	Maler	14
Sportschule Kaiserau	Schule, Wohnungen	113
Wäscherei Kreft	Wäscherei	21
Westf. Zentrum f. Psychiatrie	Klinik	970

*Tabelle 2: Teilnehmer ÖKOPROFIT Dortmund 2002/2003*

Unternehmen	Branche	Mitarbeiterzahl
Berufsförderungswerk Dortmund	Berufsschule, Internat	300
Bühning & Joswig GmbH	Arbeitsschutzgerät, -kleidung	27
DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation	Telekommunikation	78
Dortmunder Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsgesellschaft (dobeq)	Weiterbildung	96
Flowserve Dortmund GmbH & Co. KG	Dichtungen, Ventile	200
Hotellennhof	Hotel, Gastronomie	30
Hülpert GmbH & Co.KG	Autohaus	562
HSP Hoesch Spundwand und Profil GmbH	Stahlverarbeitung	500
Klinikum Dortmund gGmbH	Krankenhaus	4.200
Lensing-Wolf Verlagshaus	Verlag	350
Lensing-Druck	Druckerei	75
Sparkasse Dortmund	Bankgewerbe	1.900

*Tabelle 3: Teilnehmer ÖKOPROFIT Dortmund 2003/2004 ab November 2003*

## 4.4 Umweltinformationen für alle

### Freier Zugang zu Umweltinformationen - Anlaß, Ziele und Entwicklung

Das Umweltinformationssystem als Konzept und dessen Realisation ist in Dortmund unter dem Begriff UDO bekannt. Die Ursprünge basieren auf einer Diplomarbeit, angefertigt an der Universität Dortmund, Fachbereich Informatik. Grundgedanke ist die Tatsache, dass es während der Bearbeitung von Bauanträgen, Einleitungsanträgen etc. zu einer Erhebung und Bewertung von Umweltdaten kommt, die dabei in Akten oder in Datenbanken gespeichert werden. Der Nutzen dieser Daten ist zunächst nur auf diesen Vorgang beschränkt.

Um aus dieser Datensammlung ein Umweltinformationssystem zu entwickeln, sind jedoch weitere Schritte erforderlich. Der eigentliche Bearbeitungsvorgang der Daten steht immer im Vordergrund, die Sekundärverwertung entstehender Daten ist immer nachrangig. Das Umweltinformationssystem passt sich der Anwendung an, nicht umgekehrt. Für die Integration der Daten in einem gemeinsamen System ist zunächst eine gemeinsames Raumbezugssystem herzustellen. Bauanträge beziehen sich in der Regel auf ein Grundstück, städtische Planung wird in Bebauungsplänen zusammengefasst, ein Landschaftsplan hat einen fest definierten Geltungsbereich. Allen diesen Ortsangaben liegt ein einheitliches Koordinatensystem zugrunde, in Dortmund wird gegenwärtig das Gauß-Krüger-Koordinatensystem verwendet.

Nächster Schritt ist die Abbildung von Umweltdaten in thematischen Ebenen, somit erhält man die Option, Daten zu einzelnen Themen zu betrachten oder in Beziehung mit anderen Ebenen zu bringen. Eine weitere Maßnahme ist die Definition einheitlicher Bewertungskriterien, damit eine Vergleichbarkeit der Bewertungsergebnisse möglich wird. Parallel dazu ist die Weiterentwicklung der technischen

Infrastruktur als Fundament eines jeden Umweltinformationssystems notwendig. Hierzu hat man keinen Sonderweg beschrieben, man bedient sich der Errungenschaften des technischen Fortschritts, die gleichzeitig in der Gesamtverwaltung Einzug halten.

### Erhöhung der Verarbeitungsgeschwindigkeit

Daten müssen nicht mehr zwecks Auswertung zwischen verschiedenen Systemen bewegt werden, die logische Zuordnung ist unabhängig vom Ort der physikalischen Speicherung.

Es wird eine einheitliche Datenstruktur realisiert - Einsatz von relationalen Datenbanken, Verwendung der Datenbankabfragesprache SQL.

Es werden Werkzeuge für die Visualisierung und Präsentation vorhandener Umweltdaten eingesetzt, im Umweltamt sind es die Werkzeuge „ARC/INFO, ARCVIEW und MAPINFO.

Es stehen neben der Darstellung der Daten auf dem Bildschirm auch Farbplotter bis zum Format DIN A0 zur Verfügung.

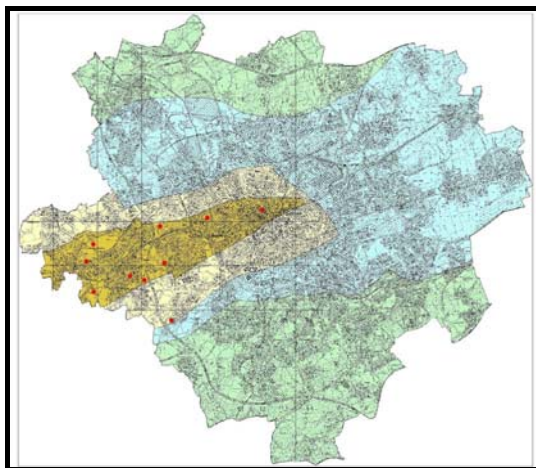
Eine Besonderheit der Dortmunder Lösung gibt es auch bei der Finanzierung. Es sind für die technische Realisation bewusst keine Fördergelder eingesetzt worden, der Aufbau der technischen Infrastruktur erfolgte im Rahmen des normalen Budgets für die Technikausstattung, man hat den Betrieb eines Umweltinformationssystems als Daueraufgabe verstanden, ohne eine zeitliche Beschränkung auf ein bestimmtes Forschungsprojekt.

Zunächst war die Bereitstellung der Umweltdaten vorrangig für die Verwaltung geplant, im Rahmen der EG-Richtlinie über den freien Zugang zu Umweltinformationen (Richtlinie des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt [Amtsblatt L 158 vom 26.6.1990]) ist die Erweiterung des Zugangs zu gespeicherten Daten auch für andere Nutzerkreise auch gesetzlich untermauert. Es hat sich herausgestellt, dass

Bürger hauptsächlich an Daten interessiert sind, die sie unmittelbar im direkten Umfeld berühren.

Als Behörde möchte man natürlich die Öffentlichkeit über das gesamte Spektrum der geleisteten Arbeit informieren. Dies geschieht vorrangig über Publikationen zu einzelnen Fachthemen, deren Datengrundlage das Umweltinformationssystem ist. Die zielgruppenorientierte Präsentation der Daten mit dazugehöriger Erläuterung ist die Aufgabe, die man mit der Erstellung der Publikationen verfolgt. Daneben bietet man speziell aufbereitete thematische Karten an, über die man sich bei entsprechender Sachkenntnis Zugang zu Umweltinformationen verschaffen kann. Diese Art der Präsentation von Daten hat einen

Nachteil. Die Angaben beziehen sich auf einen bestimmten Zeitpunkt bzw. Zeitraum. Änderungen, die seit der Erstellung der Publikation auftreten, können nur durch eine Neuproduktion in das Werk einfließen. Die „Dynamisierung“ der Präsentation führt zu wesentlich besseren Darstellungsergebnissen. Dazu bieten das zum Zeitpunkt der Konzeption des UDO noch gar nicht bekannte Internet und die damit direkt verbundenen Technologien, ISDN, DSL neuartige Möglichkeiten. Das Ziel ist die direkte Anbindung der Nutzer an Umweltdaten über geeignete Internet- bzw. Intranetserver. Die Ausgestaltung dieser Möglichkeiten, mit der bereits begonnen wurde, wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sein.



*Beispiel Methangaskarte*

## 4.5 Beteiligung am Umweltplan Dortmund

Vorsorgender Umweltschutz braucht eine aktive Kommunalpolitik, sensible Fachbereiche in der Verwaltung und Bürger, die Umweltschutz als ihr Handlungsfeld entdecken. Um hierzu Grundlagen und Informationen zu geben, wurde der Umweltplan Dortmund umfassend bekannt gemacht.

### **Umweltplan und aktuelle räumliche Planungen**

Der Umweltplan steht in engem Zusammenhang zu zahlreichen teilräumlichen und fachbezogenen Plänen und Konzepten der Stadt. Aktuell unterstützt der Umweltplan den Flächennutzungsplan als zentrales Instrument der Stadtentwicklung im Hinblick auf das Ziel der Sicherung und Schonung der natürlichen Ressourcen und Fortentwicklung einer menschenwürdigen Umwelt. Er hat die planerischen Entscheidungen bei der Entwicklung des Zielkonzeptes zum FNP und der Erarbeitung des Offenlegungsplans bezüglich der Umweltbelange über einen Fachbeitrag Umwelt qualifiziert. Der Umweltplan stand parallel zu den Februar und März 2003 stattgefundenen Bürgerversammlungen zum FNP-Zielkonzept zur Verfügung. Mit seinen Datengrundlagen, Bewertungen und Empfehlungen unterstützt er die Arbeit der Fachgruppen und begleitet das weitere Verfahren. Der Umweltplan fand auch bei der Erarbeitung der Integrierten Stadtbezirkentwicklungskonzepte Berücksichtigung und ist bei der laufenden Fortschreibung dieser Konzepte grundlegende Planungshilfe.

### **Formen der Veröffentlichung des Umweltplans**

Der Umweltplan mit seinen umfangreichen Informationen und Empfehlungen liegt den politischen Entscheidungsträgern sowie den Fachbereichen der Verwaltung mit Text-, Karten- und Datengrundlagen analog in einer Kurz- und Langfassung und digital als Arbeitsgrundlage vor. Seit Februar 2003 ist der Umweltplan auf CD-ROM zum Erwerb für die allgemeine und die Fachöffentlich-

keit vorhanden. Verschiedenen Institutionen und Planungsträgern wie z.B. der Emsergenossenschaft steht er so zur Verfügung. In diversen Fachveröffentlichungen wurde auf die CD zum Umweltplan Dortmund auch bundesweit hingewiesen. Die allgemeinverständliche 24-seitige Broschüre zum Umweltplan wurde im April 2003 veröffentlicht und steht Interessierten kostenlos zur Verfügung. Die Bezirksverwaltungsstellen halten Exemplare für die Bürger bereit. Dass sie mit einer Auflage von 1.500 Stück nahezu vergriffen ist, zeigt das große Interesse in Politik und Bürgerschaft.

### **Informationsveranstaltungen**

Die Fraktionssprecher im AUSW und die Fraktionen, die Fraktionsvorsitzenden in den Bezirksvertretungen sowie die Bezirksvorsteher hatten bei verschiedenen Präsentationen Gelegenheit, sich über Inhalte und Ergebnisse des Umweltplans zu informieren. Der Verwaltungsvorstand und die betroffenen Fachbereiche der Verwaltung wurden im Rahmen von Fachgesprächen über die Inhalte des Umweltplans und dessen Anwendungsbereiche informiert.

### **Beteiligung der Gremien und Bürgerveranstaltungen**

Der Ergebnisbericht zum Umweltplan wurde in der Sitzung des AUSW am 02.10.2002 vorgestellt. Der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde hat sich im Rahmen seiner Sitzung am 20.11.2002 ebenfalls ausführlich mit dem Umweltplan beschäftigt. In einem Zeitraum von Oktober bis Dezember 2002 wurde der Umweltplan in den zwölf Bezirksvertretungen behandelt; davon erfolgte in acht öffentlichen Sitzungen der Bezirksvertretungen eine detaillierte Berichterstattung durch das Umweltamt. Auf Anforderung der Bezirksvertretungen wurde der Umweltplan im Rahmen von gesonderten Bürgerinformationsveranstaltungen im Februar und März 2003 in den Stadtbezirken Scharnhorst, Huckarde, Hombruch und Mengede insgesamt 180 Teilnehmern vorgestellt; Fragen der

Politiker und der Bürgerinnen und Bürger vor Ort wurden diskutiert. Der Agenda Arbeitskreis Flächennutzungsplan konnte im Rahmen einer Arbeitskreissitzung den Umweltplan mit einem Vertreter des Umweltamtes erörtern.

## Masterplan Umwelt

Im Rahmen der 6. Fachveranstaltung zum Masterplan Umwelt wurde der Umweltplan am 26.06.2003 von 30 Teilnehmern aus Politik und Verwaltung sowie interessierten Bürgern vor Ort erkundet. Mit Vorträgen und Exkursionen wurden die Inhalte des Umweltplans für drei ausgewählte Teilräume im Stadtgebiet konkret beschrieben und diskutiert.



*“Umweltplan vor Ort“*

## Ergebnisse der Beteiligung in den Bezirksvertretungen

Alle Bezirksvertretungen haben den Umweltplan zur Kenntnis genommen und sowohl bezogen auf die gesamtstädtischen Aussagen als auch auf die spezifischen ortsbezogenen Hinweise positiv bewertet. In den Sitzungen der Bezirksvertretungen, in denen das Umweltamt den Umweltplan vorgestellt hat, wurde die Stellung des Fachplans im Planungssystem diskutiert. Das Verhältnis zum Zielkonzept des neuen Flächennutzungsplans, zu den InSekts, zum Landschaftsplan und zu den Umweltqualitätszielen wurde erläutert. In diesem Zusammenhang wurde auch dargestellt, dass der Umweltplan keine eigene Rechtsverbindlichkeit entwickelt, sondern ein öko-

logischer Fachbeitrag für die Stadtentwicklung ist und als Arbeits- und Entscheidungshilfe dient. Er nimmt keine Abwägung vor, sondern bringt die Umweltbelange qualifiziert und in ihren Wechselwirkungen in den Abwägungsprozess ein.

In den Bürgerinformationsveranstaltungen und in der Sitzung des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde wurden darüber hinaus neben konkreten stadtbezirksbezogenen planerischen Vorhaben und Konfliktpunkten Fragen zu den einzelnen Umweltbereichen und deren Datengrundlagen behandelt. Die meisten Bereiche sind mit einer sehr guten Datengrundlage ausgestattet. Eine differenzierte Betrachtung einzelner Umweltfaktoren und die Weiterentwicklung einzelner sektoraler Fachkonzepte wurden angeregt. Hier sind besonders die Bereiche Aktualisierung und Differenzierung der Aussagen zu den Altstandorten und Altablagerungen und zum Bodenschutz, die Wirkungen von Luftschadstoffen und Schallimmissionen sowie die Lärminderungsplanung zu nennen.

## Weiteres Vorgehen

Die Umweltplan wird laufend als Arbeits- und Entscheidungshilfe für räumliche Planungen und Projekte verwendet. Als Voraussetzung für eine technikunterstützte Nutzbarkeit der Daten wird die digitale Version in das Umweltinformationssystem beim Umweltamt integriert. Zur weiteren Systempflege werden die Datengrundlagen fortgeschrieben und ergänzt und damit einzelne Bausteine des Umweltplans weiterentwickelt. Nach einem Zeitraum von ca. fünf Jahren besteht die Möglichkeit, mit den heute vorhandenen Daten und Bewertungen einen Vergleich mit der sich dann veränderten Umweltsituation herzustellen, um anhand greifbarer und verlässlicher Daten die Entwicklung der Umwelt mit dem Ziele der nachhaltigen räumlichen Entwicklung zu beobachten. Der Umweltplan kann damit zugleich ein zentraler Baustein für ein kontinuierliches Umweltmonitoring in der Stadt Dortmund werden.

## 4.6 Fachveranstaltungen zum Masterplan Umwelt

Die Stadt Dortmund kann auf eine erfolgreiche kommunale Umweltpolitik zurückschauen. Mit Gründung des Umweltamtes im Februar 1986 wurde ein organisatorischer Rahmen geschaffen, der es zuließ, die umweltpolitischen Aufgaben unter einem Dach mit einer entsprechenden personellen Ausstattung zu bewältigen. Die Ausweitung der gesetzlichen Anforderungen an den Umweltschutz führte zu einem immer größer werdenden Aufgabenspektrum im Bereich des vorsorgenden Umweltschutzes, der Umweltreparatur und des planungsbezogenen Umweltschutzes. Die politischen Entscheidungsträger haben darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Fachleuten und dem Umweltamt weitere Themen angepackt, die aus der eigenen umweltpolitischen Sichtweise und Schwerpunktsetzung entstanden sind und vom bloßen Reagieren zum umweltbewussten Agieren führten.

In Anknüpfung an diese Arbeit wurde im Herbst 2001 der Masterplan Umwelt ins Leben gerufen. Er stellt ein Instrument dar, welches Beiträge für ein nachhaltiges und zukunftsbeständiges Dortmund erarbeitet. Wesentlich dabei ist, dass der Masterplan eine Plattform für den kontinuierlichen Austausch der Meinungen, für die Verdeutlichung von unterschiedlichen Positionen und für die Konsensfindung bei kontroversen Themen bietet.

Am 4.10.2001 fand die **Auftaktveranstaltung zum Masterplan Umwelt** statt. Vertreter aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, Verbänden, Vereinen, Initiativen und ehrenamtlich tätigen Einzelpersonen gingen der Frage nach, was eine nachhaltige Umweltentwicklung in Dortmund heißen kann und welche Anforderungen dafür zu bestimmen sind. Es wurden Handlungsmöglichkeiten sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf regionaler Ebene aufgezeigt und die beteiligten Akteure benannt. Einzelne Handlungsfelder der Umweltpolitik wurden durch Fachvorträge vertieft. Einige wurden dann im Rahmen von Folgeveranstaltungen weiter aufgegriffen.



*Intensive Gespräche*

Am 19.9.2002 fand die Fachveranstaltung zum Masterplan Umwelt zum Thema **Ehrenamtlicher Naturschutz in Dortmund** statt. In diesem Forum kamen die Träger des Naturschutzes in Dortmund zu Wort, die den Naturschutz praktisch leisten und umsetzen sowie bei Verfahren und Planungen beraten: die Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (Nabu), die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und der Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde. Die 23 Landschaftswächter übernehmen für die Untere Landschaftsbehörde gewissermaßen den „Außendienst“. Hinzu kommen zahlreiche kleinere, vielfach privat engagierte Gruppen und Initiativen „vor-Ort“. Neu sind die Naturpatenschaften an Schulen, die Schülerinnen und Schülern den Naturschutzgedanken in ihrem direkten Umfeld nahe bringen.



*Auf dem Weg zu ausgewählten Zielen*

Der ehrenamtliche Naturschutz in Dortmund gewährleistet eine kontinuierliche Arbeit vor

Ort, eine äußerst sachkundige Beratung der Behörden und der Politik und die Einbeziehung der jungen Menschen in das Handlungsfeld Naturschutz. Trotz kontroverser Diskussionen und der Situation, nicht alle Forderungen an allen Baustellen der Stadtpolitik berücksichtigen zu können, gab es Einigkeit darüber, sich weiterhin zu engagieren und Anregungen und Perspektiven zu entwickeln.



„Neue Naturschutzgebiete“

Die dritte Masterplanveranstaltung fand zum Thema **Neue Naturschutzgebiete in Dortmund** am 27.2.2003 statt. Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans wurde das Thema Naturschutz besonders aufgegriffen. An vielen Stellen ergeben sich im dichtbesiedelten Ballungsraum Konflikte aus den Ansprüchen des Natur- und Artenschutzes und den Erholungs- und Freizeitbedürfnissen der Bevölkerung. Die Stadt Dortmund hat die Ausweitung der Naturschutzflächen von derzeit fast 590 ha auf eine Gesamtgröße von 2076,5 ha vor, welches einen Flächenanteil im Stadtgebiet von 7,4 % bedeutet. Die Betreuung und Entwicklung dieser Flächen kann nur mit intensiver Unterstützung des ehrenamtlichen Naturschutzes erfolgen.



Kanaluferweg West



Emscher Landschaftspark

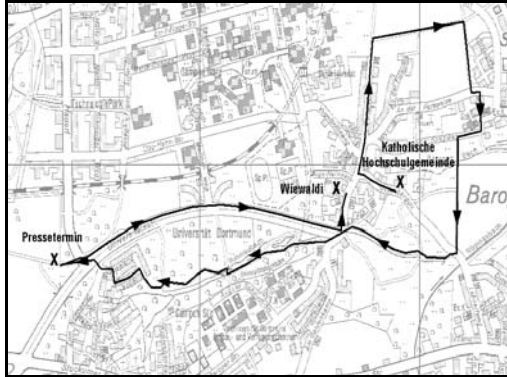
Die vierte Veranstaltung zum Masterplan Umwelt behandelte den Emscher Landschaftspark. Thema am 3.4.2003 war: **Auf dem Weg zum Emscher Landschaftspark**. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen der aktuelle Sachstand der Planungen und Projekte des Emscher Landschaftsparks und dessen weitere Entwicklung. Der Emscher Landschaftspark ist nicht fertig und erfordert weitere intensive Bemühungen und Kooperationen der Akteure. Die Veranstaltung gab Gelegenheit, Sachstände und Zukunftsvisionen zusammen zu tragen und Unternehmen, Verbände, Vereine und Behörden zur aktiven Mitgestaltung dieses Jahrhundertprojekts zu motivieren.



Vom Müllberg zum Deusenberg

Die **Deponien im Strukturwandel** beschäftigten am 15.5.2003 bei der fünften Veranstaltung zum Masterplan Umwelt zahlreiche Fachleute, Akteure und Beteiligte. Nach einem Rückblick über den Umgang mit gewerblichen und privaten Abfällen in Dortmund erfolgte eine Zusammenfassung des bisher Erreichten. Die Altdeponien werden sukzessive rekultiviert und der Bevölkerung in attraktiver Form zur Nutzung zurück gegeben oder für landschaftsökologi-

sche Zwecke aufbereitet. Die nachhaltige Entsorgung von Abfällen bleibt weiterhin Kernaufgabe für die Großstadt Dortmund mit ihren ökologischen, ökonomischen, technologischen und finanziellen Herausforderungen.



*Umweltplan vor Ort - Route Fußexkursion*

Am 26.6.2003 wurde der umfangreiche Umweltplan anhand von drei Teilräumen besucht und erläutert. Die Veranstaltung **Umweltplan vor Ort** zeigte konkret auf, welche Informationen der Plan gibt, wie er diese bewertet und welche Empfehlungen für die Planung daraus entwickelt wurden. Dabei wurde den Beteiligten deutlich, dass auch der Umweltplan mit seinen qualifizierten Aussagen sich anderen Abwägungsbelangen immer wieder stellen muss.

Die siebte Veranstaltung zum **Klimaschutz in Dortmund** am 24.7.2003 wies nach, dass Energieeinsparung und regenerative Energienutzung aktuelle Themenfelder bei den Akteuren in der Stadt sind. Es sind hohe Einsparpotenziale im Wohnungsneubau wie auch im Altbaubestand vorhanden. Es erfolgen vielfältige Anstrengungen, diese weiter und vermehrt zu aktivieren. Unter Fachleuten und der interessierten Öffentlichkeit besteht Einigkeit über notwendige Maßnahmen. Der Schwerpunkt der künftigen Arbeit muss darin liegen,

die Stadtgesellschaft zu vermehrten Investitionen zu animieren und Verhaltensänderungen in der Bevölkerung einzuleiten.



*Erläuterungen und Diskussion vor Ort*

Am 12.11.2003 folgte in der **Abschlussveranstaltung zum Masterplan Umwelt** eine vorläufige Bilanz über das, was bisher getan wurde, wo wir heute stehen und was zukünftig wichtige Themen- und Handlungsfelder sein werden. Umweltschutzpolitik steht in engem Zusammenhang zu den übrigen Politikfeldern. Sämtliche Aktivitäten im Umweltschutz unterstützen günstige Standortvoraussetzungen, ein positives Investitionsklima und angenehme Lebensbedingungen in der Stadt. Umweltschutz wird von einer breiten Mehrheit der Stadtgesellschaft getragen. Damit sind auch kontroverse Diskussionen über Vorgehensweisen und Entscheidungen in der Stadt verbunden; so z.B. beim schonenden Umgang mit der Ressource Boden.

Insgesamt bot die Abschlussveranstaltung ein positives Echo auf das bisher Erreichte und ließ breite Zufriedenheit erkennen. Als Ergebnis war festzuhalten, dass der Masterplan Umwelt eine offene Diskussion ermöglicht hat und sich eine breite Öffentlichkeit einbringen konnte.

## 4.7 Ehrenamtliches Engagement

Ohne die Tätigkeit der „Ehrenamtlichen“ wäre eine erfolgreiche Naturschutzarbeit in Dortmund undenkbar. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist der amtliche Naturschutz auf die Mithilfe der verschiedenen Naturschutzorganisationen angewiesen.

Der ehrenamtliche Naturschutz steht in Dortmund gewissermaßen auf fünf Säulen:

- Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde
- Landschaftswacht
- anerkannte Naturschutzverbände
- Patenschaften
- Vereine und private Initiativen

### **Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde**

Der Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde (kurz „BULB“ genannt) unterstützt und berät die untere Landschaftsbehörde bei deren Tätigkeit, fasst aber auch eigenständige Beschlüsse und spricht für die politischen Gremien Empfehlungen aus. Er ist bei allen wichtigen Angelegenheiten zu beteiligen, in denen es um Belange von Natur und Landschaft geht.

Der Beirat besteht aus 12 hauptamtlichen Mitgliedern und 12 Stellvertretern. In Dortmund sind dies zur Zeit

- 2 Vertreter des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland),
- 2 Vertreter des NABU (Naturschutzbund Deutschland)
- 2 Vertreter der LNU (Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW)
- 2 Vertreter der Landwirtschaft
- je 1 Vertreter des Gartenbaus, der Jagd, der Fischerei und der Imkerei.

Derzeit befasst sich der Beirat schwerpunktmäßig mit dem neuen Flächenutzungsplan und der Änderung der Landschaftspläne.

### **Landschaftswacht**

Die ehrenamtliche Landschaftswacht wurde mit dem nordrhein-westfälischen Landschaftsgesetz (LG) im Jahre 1975 eingeführt und besteht seit dieser Zeit auch in Dortmund. Die „Beauftragten für den Außendienst“, wie sie in § 13 LG genannt werden (Kurzbezeichnung „Landschaftswächter“) sollen die zuständigen Behörden (in erster Linie die untere Landschaftsbehörde) über nachteilige Veränderungen in der Landschaft benachrichtigen und darauf hinwirken, dass Schäden von Natur und Landschaft abgewendet werden.

In Dortmund werden die 23 Landschaftswächter vom Beirat für jeweils eine Legislaturperiode vorgeschlagen und von der Verwaltung bestellt, so dass personelle Änderungen in der Regel nur beim Ausscheiden eines Landschaftswächters erfolgen. Die Dortmunder Landschaftswächter beschränken sich meist nicht nur auf die ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben, sondern sie sind selbst aktiv in der Naturschutzarbeit tätig. Manche Verbesserungen (z. B. das Aufsammeln kleinerer Müllmengen, Säubern oder Reparieren von Naturschutz-Hinweisschildern) führen sie selbst durch.

Alljährlich findet eine Versammlung der Landschaftswächter statt, bei der Erfahrungen ausgetauscht, Probleme erörtert und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit gemacht werden. Die unten stehende Grafik verdeutlicht die Aktivitäten der Landschaftswacht für das Jahr 2002.

### **Naturschutzverbände**

Die drei in Nordrhein-Westfalen amtlich anerkannten Naturschutzverbände arbeiten im wesentlichen unabhängig von der Behörde. Sie befassen sich mit wichtigen umweltpolitischen Fragestellungen, geben

bei großen Bauvorhaben (z. B. Neubau einer Straße) Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange ab und sind in der aktiven Naturschutzarbeit tätig. So betreibt der NABU im Tierschutzzentrum in der Hallerey eine Vogelpflege- und Auswilderungsstation. Die LNU ist in Dortmund in erster Linie durch die Arbeitsgemeinschaft Amphibien- und Reptilienschutz Dortmund (AGARD) präsent, die sich seit vielen Jahren um den Schutz der Amphibien und Reptilien verdient gemacht hat.

Mitglieder der Naturschutzverbände sind auch im Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde oder in der Landschaftswacht tätig.

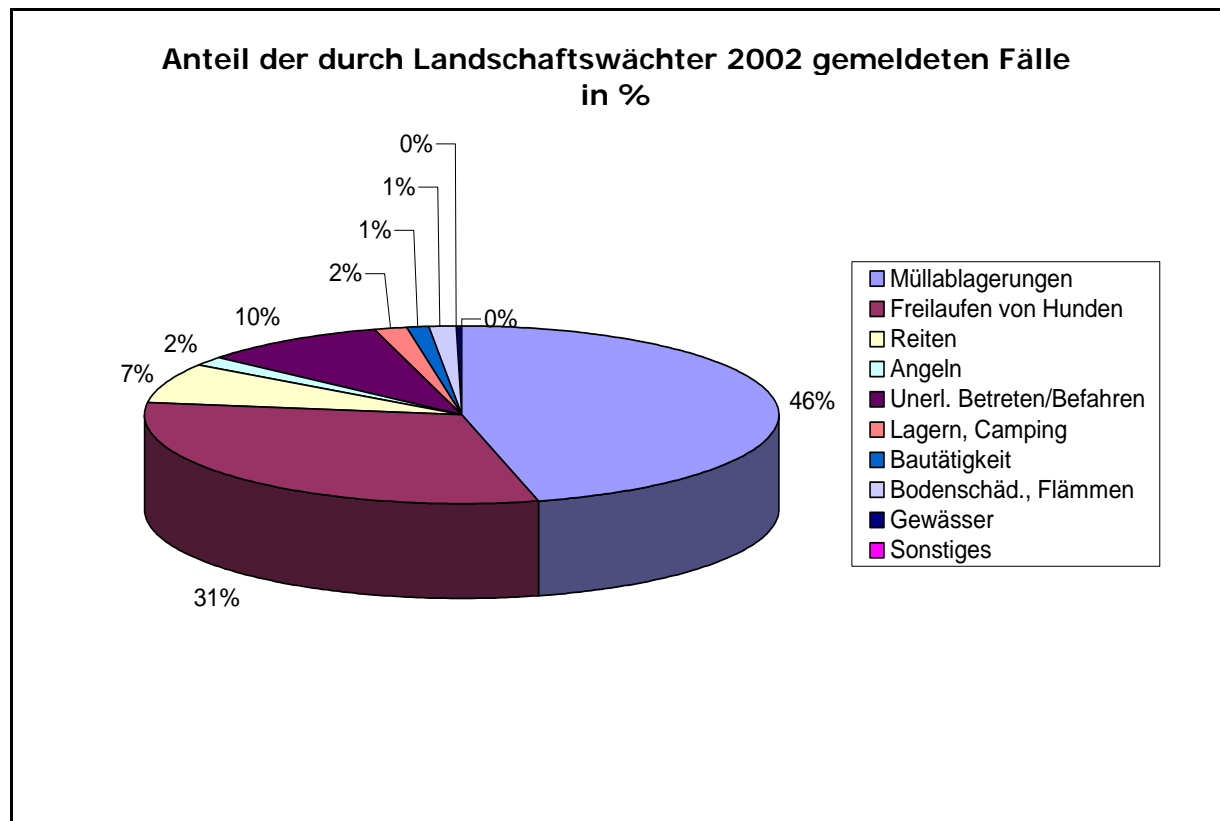
### Patenschaften

Da das Umweltamt, aber auch die ehrenamtlichen Naturschützer ihre Augen nicht überall haben können, wird in letzter Zeit verstärkt versucht, Paten für bestimmte

Grundstücke oder Biotope zu finden. Patenschaften werden z. B. von Schulen übernommen; aber auch Sportvereine, Firmen und Einzelpersonen können Paten werden. Es wird angestrebt, das System der Paten in den nächsten Jahren noch auszubauen.

### Vereine und Privatinitiativen

Schließlich müssen noch die kleineren Vereine und Privatinitiativen einzelner Bürger genannt werden, welche die Naturschutzarbeit weitgehend „auf eigene Faust“ betreiben. Sie sind entweder lokal tätig (z. B. Krötensammelaktionen an einer bestimmten Straße) oder beschäftigen sich mit einer bestimmten Tierart (z. B. Verein der Wasserschildkröten e. V.).



*Anteil der durch Landschaftswächter 2002 gemeldeten Fälle*

## 4.8 Umweltbildung in Dortmund

Umweltbildung ist mehr als die Anhäufung von Fakten über Natur und Umwelt. Entscheidend ist die Zusammenführung einzelner Wissensbausteine, das Verstehen ihres Zusammenspiels und die Fähigkeit, Probleme zu lösen, indem Wissen handelnd umgesetzt wird.

Diese Art des Lernens wird erleichtert, wenn viele Akteure, die oft unterschiedliche Sichtweisen zu einem Themenbereich vertreten, bei der Wissensvermittlung zusammenarbeiten. Das Vernetzen unterschiedlicher Ansätze führt letztlich zu gangbaren Wegen zur Lösung von Problemen. Daneben wird im Rahmen der projektorientierten Beschäftigung mit Umweltthemen auch das soziale Miteinander gefördert, da man gezwungen ist, sich auch mit der Sichtweise anderer auseinander zu setzen und gemeinsam Lösungen zu finden.

Bereits Anfang der 90er Jahre fanden diese Kenntnisse Eingang in die Umweltberatungsarbeit des Umweltamtes. Unter der Mitarbeit der städtischen Abfallberater initiierte das Umweltamt den Lehrgesprächskreis. Schulformübergreifend wurden Lehrerinnen und Lehrer von Fachkräften über aktuelle Entwicklungen im Natur- und Umweltschutz und in der Abfallwirtschaft informiert.

Im Rahmen dieses regelmäßigen Erfahrungsaustausches wurden viele fächerübergreifende Projekte an Dortmunder Schulen angestoßen. Ausgehend von Maßnahmen zur Abfallvermeidung wurden später Energiesparprojekte durchgeführt und Schulhöfe naturnah umgestaltet, womit der Schulhof teilweise als außerschulischer Lernort in den Unterricht mit integriert werden kann.

Heute gibt es unter Einbeziehen des Agenda 21-Gedankens für Pädagogen vielfältige Möglichkeiten zur Fortbildung und intensivem Erfahrungsaustausch. Beispielhaft genannt seien an dieser Stelle die überregional angesiedelten Projekte Agenda 21 in der Schule und Umweltschule in Europa, eine Kampagne, die Schulen für die Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Ansätze auszeichnet.

Intensiv beteiligt an der Umweltbildungsarbeit sind darüber hinaus Vereine und Verbände, die neben der praktischen Umwelt- und Naturschutzarbeit über ihre Arbeit informieren und Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen bzw. zur Nachahmung in ihren eigenen Umfeld animieren. Diese Sensibilisierung trägt zu einem hohen Maße dazu bei, dass Menschen sich die Auswirkungen ihres Handelns bewusst machen und zukünftig bemüht sind, sich umweltverträglicher zu verhalten.

## 4.9 Workshop „Fledermäusen auf der Spur“

Zur Unterstützung der amtlichen Bemühungen um den Fledermausschutz in Dortmund ist die Mithilfe aktiver und ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erforderlich. Zur Unterstützung dieser Arbeit wurde durch das Umweltamt im Mai 2001 ein Detektor-Workshop durchgeführt.

Ziele dieses Workshops waren

- die Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen zur Artbestimmung von Fledermäusen mit dem Ultraschall-Detektor
- das Üben von Methoden der Quartiersuche und zum Erkennen von funktionsräumlichen Beziehungen sowie
- die Trennung zwischen Vermutung und zulässigem Analogieschluss.

Der Workshop wurde an zwei aufeinanderfolgenden Nachmittagen und Nächten durchgeführt. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus zahlreichen Interessierten und Fachleuten aus Dortmund und der näheren Umgebung zusammen. Die Schulung erfolgte durch hochqualifizierte Kenner der nordwestdeutschen Fledermausvorkommen und erprobter Erhebungsmethoden.

Der Workshop umfasste einen Vortragsteil und einen Teil mit praktischen Übungen. Vorträge gab es zu den Themen Fledermäuse in Dortmund – Arten und Lebensraum, die Echoortung, Fledermäuse finden mit der Detektormethode, Biologie und Ökologie der Fledermäuse und Gefährdung und Schutz von Fledermäusen. Der praktische Teil enthielt die umfassende Erläuterung der Detektormethode und Übungen zu deren Anwendung sowie die systematische Erfassung der Fledermausvorkommen. Untersuchungsgebiete in Dortmund

waren der Beerenbruch, Dorney, Dortmund-Ems-Kanal, Hengsteysee, Mastbruch, Revierpark Wischlingen, Rombergpark und Süggel. Schwerpunkte der nächtlichen Exkursionen waren die Übung der Detektormethode und die Erfassung der Fledermausvorkommen. Ein spannendes Ergebnis für die Teilnehmer war, dass für sieben sicher angesprochene Fledermausarten Jagdgebiete nachgewiesen werden konnten. Darüber hinaus konnten zur abendlichen Ausflugzeit Teilstücke von Flugstraßen ermittelt werden. In einigen Gebieten konnten diese Flugstraßen bis in die Nähe der Fledermausquartiere verfolgt werden.

Etwa die Hälfte der Workshop-Teilnehmer hat Interesse bekundet, weiterhin in Dortmund ehrenamtliche „Fledermausarbeit“ zu leisten. Mittlerweile hat sich ein Kommunikationsnetz zwischen den engagiert und eigendynamisch arbeitenden Personen gebildet. Dieses Netz gilt es weiter zu unterstützen.



*Workshop „Fledermäusen auf der Spur“*

## 4.10 Umweltschutz im Internet

Die Stadt Dortmund betreibt wie viele andere Kommunen eigene Informationsseiten im Internet. Unter [WWW.DORTMUND.DE/UMWELTAMT](http://WWW.DORTMUND.DE/UMWELTAMT) kann man direkt zu den Angeboten des Umweltamtes gelangen. Den Schwerpunkt bilden aufbereitete HTML-Seiten und PDF-Dokumente. Die Betrachtung dieser Seiten kann mit konventionellen Internet-Browsern bzw. mit dem ACROBAT READER der Firma ADOBE erfolgen. Ein übergeordnetes Datenaufbereitungswerkzeug sorgt dafür, dass die Präsentation der Seiten verschiedener Ämter nicht zu sehr voneinander abweichen. Der Konzern Stadt soll als Ganzes immer erkennbar bleiben.



**Umweltamt**

Vor dem Hintergrund wachsenden Umweltbewusstseins und aufgrund aktueller Altlasten-Probleme beschloss der Rat der Stadt Dortmund im Februar 1990 die Einrichtung eines Umweltamtes als Nachfolge-Organisation der 1984 gegründeten "Abteilung Umweltschutz" beim städtischen Ordnungsamt.

Alle Stellen in der Stadtverwaltung, die sich mit umweltrelevanten Themen beschäftigten, wurden unter einem Dach zusammengefasst und organisatorisch dem Umwelt- und Planungsdezernat zugeordnet. So wurde die Möglichkeit geschaffen, dass die Sonderordnungsbehörden für die Themen Wasser, Abfall, Boden, Luft, Landschaft und die Umweltplanung einen noch unmittelbaren Eingang in alle bau- und bauplanungsrechtlichen Verfahren finden.

**Umweltamt**  
Startseite  
Aufgaben und Ziele  
Der Beirat der unteren Landschaftsbehörde  
Energiesparen  
-Haustypen  
-Gebäudecheck  
-Beispiele  
-Förderprogramme  
Energiepass Dortmund  
Umweltpreis der Stadt Dortmund  
Mobilfunk in Dortmund  
Klimadaten: DOLIS  
Umweltpatenschaften  
Umwelttipps von A-Z  
Veröffentlichungen  
Umweltberichte  
-1997/1998  
-1999/2000  
Downloads  
Kontakt

**KONTAKT**

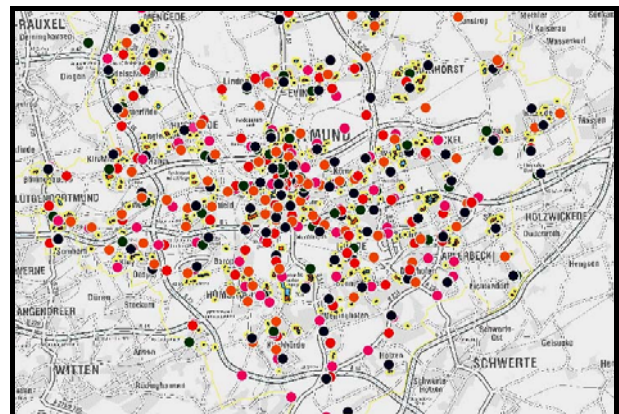
**Umweltamt**  
ANSCHRIFT ► Katharinenstrasse 12  
44122 Dortmund  
TELEFON ► +49 0231 50-25422  
TELEFAX ► +49 0231 50-25428  
E-MAIL ► [umweltamt@dortmund.de](mailto:umweltamt@dortmund.de)  
HOMEPAGE ► <http://www.dortmund.de/umweltamt>

*Startseite des Umweltamtes im Internet*

Die einzelnen Seiten unterliegen diversen Restriktionen bezüglich der Gestaltung. Für das Umweltamt gilt das insbesondere auch für die Größenbegrenzung. Man möchte das Angebot nicht nur für Nutzer modernster Technik (ISDN, DSL) vorbehalten, alle Nutzer des Internets sollen partizipieren. Somit ergibt sich das Problem immer dann, wenn Umweltdaten für die Gesamtstadt im Detail dargestellt werden sollen. Das Aufgliedern der Daten in viele kleine Flächen zwecks Verkürzung der Ladedauer einzelner Seiten führt zu Verschlechterung des Handlings der Daten. Die Bedienung des Systems wird schlichtweg zu umständlich. Besonders problematisch war eines der letzten Projekte, nämlich die Aufgabe, alle Mobilfunkstationen auf einem geeigneten Hintergrund (Stadtkarte) zu präsentieren.

### Präsentation Mobilfunkstationen

Es findet seit Ende 2001 eine intensive Auseinandersetzung insbesondere durch Umwelt- und Bauordnungsamt mit der Mobilfunkthematik statt. Diese Auseinandersetzung hat das Ziel, zu einer möglichst verträglichen Mobilfunkinfrastruktur zu gelangen. Grundlegende Informationen sollten auch im Internet gegeben werden.



*Übersichtskarte „Mobilfunkstationen“*

Das besondere Augenmerk lag jedoch auf der Darstellung der Situation in Dortmund. Wegen der vielfältigen Aufgaben, nicht nur in diesem Themenfeld, bei gleichzeitig sehr beschränkten personellen und finanziellen Ressourcen konnte noch keine „perfekte, ausgereifte und durchgestylte“ Präsentation gezeigt werden. Es sollte nach und nach ein Angebot aufgebaut werden; vor dem Hintergrund gegebener Kapazitäten sollte der Zugang zu vorhandenen Daten ermöglicht werden. Die Aufbereitung einer Karte im internetüblichen Format (PDF) führte zu unbrauchbaren Ergebnissen.

Im Internetangebot der Stadtverwaltung befindet sich auch eine interaktive Stadtkarte für Bürger und Besucher. Diese Seiten werden mit Hilfe eines sogenannten Geodaten-servers dargestellt. In Zusammenarbeit mit der städtischen Tochter DOSYS ist eine effektive Lösung erarbeitet worden, um die schon vorhandene städtische Karte um die Ebene „Mobilfunkstationen“ zu erweitern und als ein eigenes Angebot bereitzustellen.

Die gesamten Funktionen der interaktiven Stadtkarte, wie z.B. das Zoomen, bleiben erhalten. Zusätzlich sind auf der Karte empfindliche Nutzungen wie Kindergärten, Schulen etc. dargestellt. Im Umkreis dieser empfindlichen Nutzungen werden Pufferbereiche ermittelt, innerhalb derer keine

(neuen) Mobilfunkbasisstationen errichtet werden sollen. Häufig werden bestehende Mobilfunkbasisstationen aufgerüstet, teilweise sind jedoch völlig neue Standorte erforderlich. Die Karte der Mobilfunkstationen wird bei Bedarf aktualisiert.



## 4.11 Kooperationen mit der Landwirtschaft – Regionen aktiv

Indiz für eine neue Kultur des Dialogs zwischen Stadt und Landwirten war neben einem Kongress zum Abschluss der Internationalen Bauausstellung Emscherpark 1999 die Teilnahme der Stadt Dortmund am Modellprojekt "Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft".



Die Region Dortmund-Kreis Unna-Hamm (Östliches Ruhrgebiet) erhielt im Jahre 2001 als einzige Region Nordrhein-Westfalens den Zuschlag des Bundesverbraucherschutzministeriums, bis 2005 durch innovative Projekte Wege in eine zukunftsorientierte, verbrauchernahe Landwirtschaft auf zu zeigen. Für dieses Ziel haben sich in der Modellregion östliches Ruhrgebiet über 50 Akteure aus Landwirtschaft, Politik, Verwaltung, Tourismus, Naturschutz, Tier- und Verbraucherschutz zusammen geschlossen.

Jahrzehntelang galt die Landwirtschaft als ein Auslaufmodell der Flächennutzung in unserer Stadt. Landwirtschaftliche Betriebe führten auch in der räumlichen Planung eher ein Nischendasein. Vielleicht ist es ver-

früht, von einem Paradigmenwechsel zu sprechen. Jedoch ist es bezeichnend, dass bei der Stadt Dortmund inzwischen Anfragen aus dem ganzen Bundesgebiet auflaufen, um näheres über ein Projekt zu erfahren, dessen Zielrichtung die direkte Kooperation der Umwelt- und Landschaftsplanung mit der Landwirtschaft ist. Unter dem Titel "Landwirtschaft und Ökokonto - Dortmunds neuer Gehversuch im ökologischen Ausgleich" hat die Stadt Dortmund einen über mehrere Jahre angelegten Prozess in Gang gesetzt, der zu zukunftsfähigen Wegen bei der Organisation von Freiräumen führen soll. Denn es ist inzwischen für die städtischen Akteure in der Planungs-, Umwelt- und Liegenschaftsverwaltung klar geworden, dass Landwirte wertvolle Dienstleister für diese Flächenorganisation sind. Im Gegenzug entwickelt sich bei den Landwirten allmählich das Verständnis für ökologische Zusammenhänge. Sie erkennen, dass naturverträgliche Landbewirtschaftung nicht nur vereinbar mit den betriebswirtschaftlichen Zielen, sondern inzwischen sogar Voraussetzung für ein wirtschaftliches Überleben ist.

Die Stadt Dortmund ist sich als Besitzerin von rund 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet der Verantwortung bewusst, mit der dieser Dialog unter Begleitung externer Beratung geführt werden muss. Es kommt darauf an, den Pachtbetrieben stadteigener Flächen durch Beratung, vertragliche Ausgestaltung und gegebenenfalls auch durch finanzielle Hilfen einen behutsamen Umstieg auf ökologische Wirtschaftsweisen zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite erfordert dieses Aufeinanderzugehen auch ein Umdenken auf dem Gebiet des ökologischen Ausgleichs von Landschaftseingriffen. Dort, wo dies gelingt, wird es nach Überzeugung des Umweltamtes allseits Gewinner geben.

Ein halbes Jahr nach seinem Start sind die ersten Zwischenergebnisse des Ökokonto-projekts durchaus erfolgversprechend. Die Strategie zur Entwicklung der Landwirtschaft am Rande des Ruhrgebiets lässt sich

hier, wie auf vielen anderen Gebieten auf einen einfachen Nenner bringen: um die Chancen einer verbraucherorientierten Landwirtschaft zu nutzen, müssen gemein-

same Interessen vor Ort wirkungsvoll zusammengeführt werden. Der Bereich der Landwirtschaft findet deshalb zu Recht seinen Platz im Kontext eines umfassenden Masterplans Umwelt.

## 4.12 Umweltschutz und regionale Zusammenarbeit

Ökologie kennt bekanntlich keine Verwaltungsgrenzen. Diesem Prinzip folgend gibt es bei der Aufstellung und der Realisierung von Konzepten und Maßnahmen des Masterplans Umwelt in allen Teilthemen inhaltliche Bezüge zu den Nachbarstädten und zu regionalen Planungen und Entwicklungen.

Besonders augenfällige Aktionsfelder sind hier der Umbau des Emscher Systems und der Emscher Landschaftspark. Hier verbinden sich geografische, ökologische und strategische Elemente zu einem in sich stimmigen Handlungskonzept zwischen Region und Stadt, bei dem es Gewinner auf beiden Seiten gibt. Solche win-win-Kooperationen, die sich nicht allein aus gesetzlich geregelten Zuständigkeiten (wie z. B. die Zugehörigkeit zum Regierungsbezirk oder zum Genossenschaftsgebiet) ergeben, sind für die Stadtentwicklung heute unerlässlich.

Jüngstes Beispiel einer solchen regionalen Kooperation ist die Begründung einer landwirtschaftlichen Solidargemeinschaft in der Modellregion Dortmund-Kreis Unna-Hamm, ausgelöst durch die gemeinsame erfolgreiche Bewerbungsstrategie im Bundeswettbewerb "Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft" im Jahre 2002. Das in der Vergangenheit eher untergeordnete Themenfeld der Landwirtschaft in der Stadtlandschaft hat die Kreativität vieler Akteure herausgefordert und führt in Dortmund zu einer neuen Qualität des Dialogs.

Jedoch nicht allein in diesen großen Zusammenhängen zeigt sich, wie wichtig regionale Kooperation im Umweltbereich ist. So ist das Gebiet der Landschaftsplanung ein Beispiel, bei dem man zunächst vermuten sollte, es handele sich um eine klassische lokale Aktionsebene. Bedenkt man jedoch, dass beispielsweise mehrere Naturschutzgebiete im Besitz des Kommunalverbandes Ruhrgebiet sind und von dort auch betreut werden, dann wird schnell deutlich, dass auch im Bereich des operativen Geschäfts eine Gebietsübergreifende Zusammenarbeit sehr erfolgreich ist.

Im Naturschutz könnte das Prinzip der Kooperation künftig noch stärkere Bedeutung erlangen. So prüft die Stadt Dortmund zur Zeit einen Beitritt zur "Biologischen Station Östliches Ruhrgebiet" in der Erkenntnis, dass die Ausweisung der neuen Naturschutzgebiete eine verstärkte fachliche Betreuung auslösen wird. Der im Masterplan Umwelt gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Naturschutz bestätigte Wille beider Seiten zu noch mehr Zusammenarbeit findet im Trägerschaftsmodell der Biologischen Station eine sinnvolle Umsetzungsmöglichkeit.

Regionale Kooperation und Partizipation im Umweltbereich sind wichtige Instrumente auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

## 5 Perspektiven des Umweltschutzes in Dortmund

### 5.1 Innovative Projekte des Umweltschutzes

Die fachtechnischen und fachwissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Ökologie und des Umweltschutzes können heute weitestgehend als ausgereift betrachtet werden. Korrespondierend dazu wird heute auch das gesellschaftliche Wertesystem ganz eindeutig von ökologischen Prinzipien geprägt. Gleichwohl existiert häufig noch eine Schere zwischen theoretisch konsensfähigen Anforderungen an ein funktionierendes ökologisches System und handhabbaren, zukunftsweisenden Handlungsmustern.

Der Masterplan Umwelt hat hier insofern eine wichtige Funktion, mit Aufmerksamkeit erzeugenden, innovativen Projekten des Umweltschutzes, die einen Mitnahmeeffekt auslösen können.

Aus dem Katalog der standardisierten Abläufe hebt sich beispielsweise das Projekt "Landwirtschaft und Ökokonto" deutlich ab. In einem auf vier Jahre angelegten Prozess wird hier eine verbindliche Kooperation zwischen der Stadt Dortmund und der Landwirtschaft begründet, in der ökologisch sinnvolle Wirtschaftsweisen erstmals als Kompensationsmaßnahmen

anerkannt und auf einem Ökokonto gutgeschrieben werden sollen. Sowohl Landwirte, als auch die Stadt Dortmund als Eigentümerin der Flächen erzielen dabei Vorteile, die sich ökonomisch rechnen. Für die Landwirte ist insbesondere die Option auf langfristige Pachtverträge wichtig. Für die Stadt Dortmund ist der Einstieg auf langfristige Verpachtung mit dem Vorteil verbunden, auf den entsprechenden Flächen so genannte Ökopunkte zu erzielen, mit denen Ausgleichsverpflichtungen bei städtischen Bauprojekten verrechnet werden können. Für die Umweltplanung ist es von hohem Interesse, auf diese Weise eine langfristige Sicherung von Freiräumen zu erwirken, eine sachgerechte Kompensation von Landschaftseingriffen sicherzustellen und keine Aufwendungen für die Landschaftspflege betreiben zu müssen.

Das Projekt Landwirtschaft und Ökokonto stellt insofern unter Beweis, dass ökologische Projekte für alle Beteiligten mit einem Gewinn verbunden sein können. Dass es kein Widerspruch ist, durch das Einhalten ökologischer Standards echtes Geld verdienen zu können.



## 5.2 Umweltpädagogik

Umweltschutz ist durch zunehmende Umweltprobleme zu einem wichtigen Anliegen geworden, das von jedem einzelnen durch umweltgerechtes Verhalten unterstützt werden muss. Eine dafür notwendige Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung sollte bereits im Kindesalter einsetzen.

Für Schulen in NRW bietet die Kampagne "Agenda 21 in der Schule" die Möglichkeit, nachhaltige Entwicklung in den Schulalltag zu integrieren. Im Rahmen von Projektarbeit sollen dabei ökologische, ökonomische und soziale Aspekte vernetzt werden. Den konkreten Handlungsbereich wählen die teilnehmenden Schulen selbst aus und entwickeln Ziele, die in den nächsten Jahren realisiert werden sollen.

Unterstützt wird diese Kampagne durch das Schulamt und ein Netzwerk außerschulischer Partner. Beteiligt sind von Seiten der Stadtverwaltung neben dem Schulamt die Pädagogischen Dienste, das Agenda-Büro und das Umweltamt. Darüber hinaus sind EDG, DEW, Verbraucherzentrale NRW und Universität Dortmund beratend tätig.

Intensive naturkundliche Erfahrungen vermitteln aber auch Vereine und Verbände, themenorientiert und altersspezifisch. Hier kann beispielhaft die Arbeit des Naturschutzhauses im Westfalenpark genannt werden, das geleitet wird von der AGARD, Arbeitsgemeinschaft Amphibien- und Reptilienschutz Dortmund e.V. Auch Kleingartenvereine gehen mit benachbarten Schulen Kooperationen ein und ermöglichen den Kindern Erfahrungen und Einsichten, die im Klassenzimmer nur schwer vermittelt werden können.



*Naturschutzinsel im Westfalenpark*

Neben den bestehenden Bausteinen, die unterstützt und weiterentwickelt werden sollten, gilt es neue Tätigkeitsfelder zu erschließen, um die Angebotspalette zu ergänzen.

Denkbar sind:

- Entwicklung der Patenschaften für ein "Sauberes Dortmund" zu umfassenderen Naturpatenschaften, wie sie in Einzelfällen schon praktiziert werden
- Einrichtung themenorientierter Lehrpfade mit altersspezifischem Begleitmaterial
- Organisieren temporärer Info-Chats zu aktuellen Themen bzw. internationalen Aktions- / Gedenktagen (Weltwassertag, internationaler Umweltag, Tag des Baumes, ....)
- themenorientierte Wettbewerbe für spezielle Teilnehmerkreise in Kooperation mit Sponsoren
- Entwicklung von kindgerechten ortsbezogenen Informationsmaterialien (Bastel-, Malbögen, Merk-, Lernhefte, ...)
- Mitmachaktionen zum Umweltschutz für Kinder und Jugendliche

## 5.3 Veranstaltungen zum Masterplan Umwelt

Der Prozess zum Masterplan Umwelt geht in der Stadt Dortmund weiter. Das bisher Erreichte ermutigt dazu, den Dialog und die gemeinsame Ergebnissuche fort zu setzen. Die Bürgerinnen und Bürger haben weiterhin Gelegenheit, sich auf einer breiten Informationsbasis zu Themen des Umweltschutzes einzubringen. Informieren und Mitmachen heißt Mitgestalten.

Auch die Veranstaltungen zum Masterplan Umwelt werden in 2004 ff. fortgesetzt. Als Fachveranstaltungen werden sie spezielle umweltpolitische Themen behandeln. Ziel ist auch hier eine breite Öffentlichkeit für diese Themen zu interessieren und ein Forum für alle Akteure aus Politik, Wirtschaft, Interessenverbänden und Verwaltung sowie für die Bürgerinnen und Bürger herzustellen.

Mögliche Themen sind beispielsweise:

- Zukunftsweisende Stadt- und Umweltplanung - Energieeffiziente Bauleitplanung
- Umsetzung von Maßnahmen zur rationalen Energieverwendung
- Umweltschutz vor Ort – was leistet die Umweltpädagogik?
- Landschaftsplanung im Innenbereich
- Regenwasserprojekte in Dortmund
- Emscher Landschaftspark 2010
- Naturschutz und Forstwirtschaft in Dortmund
- Perspektiven der Landwirtschaft im Ballungsraum

## 5.4 Agenda 21 - Bodenschutzprojekt

Im Rahmen der Agenda 21 wurde von Unterer Bodenschutz- und Unterer Landschaftsbehörde ein Projekt initiiert, das sich mit dem Aspekt des Bodenschutzes bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen befasst.



*Bodenfunktionen*

### Ziele des Projektes

Bislang ist es nicht gelungen, der zunehmenden Flächenversiegelung wirksam gegen zu steuern. Das Projekt möchte Anregungen liefern, in Zukunft bei A+ E- Maßnahmen den Bodenschutz verstärkt zu berücksichtigen und auch Maßnahmen zu Rückbau und Entsiegelung als Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen vermehrt durch zu führen. Hierzu gilt es, in Fachkreisen die Akzeptanz des Bodenschutzes zu stärken und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

### Projektbeteiligte

Beteiligt sind:

- Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW
- Landesumweltamt NRW
- Geologischer Dienst NRW
- Bodenschutzbehörde Bergisch-Gladbach
- Landwirtschaftskammer Rheinland
- RWE Rheinbraun
- Ingenieurbüro Dr. Feldwisch

### Bisherige Ergebnisse

Es wurden Projektstandorte für Entsiegelungsmaßnahmen in Dortmund ausgewählt und Handlungsempfehlungen für die Durchführung erarbeitet. Die bisherige Arbeit des Projektes wurde in einem Projektbericht zusammengefasst und wird auf der Agenda Perspektivkonferenz am 26.11.03 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt.



*Am Burhag*

### Weitere Entwicklung

Im Rahmen des Projektes sollen im Frühjahr 2004 zwei versiegelte Flächen in Dortmund rückgebaut und die Bodenfunktionen wieder hergestellt werden. Dies sind eine ehemalige Erschließungsstraße in Lanstrop und eine Parkplatzfläche am Dellwiger Bach.



*Parkplatz Dellwiger Bach*

## 5.5 Ökoprofit Dortmund

Die Stadt Dortmund strebt die Fortführung des Projektes ÖKOPROFIT über das Jahr 2004 hinaus mit neuen Unternehmen an. Dies ist von einer Förderung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW abhängig. Das Land beteiligt sich derzeit mit mehr als ein Viertel der Gesamtprojektkosten.

Darüber hinaus ist eine Evaluierung der gesamten nordrhein-westfälischen Ökoprofit-Projekte und die Einrichtung eines

Online-Netzwerkes geplant. Dadurch soll der Erfahrungsaustausch aller Ökoprofit-Betriebe Nordrhein-Westfalens gefördert werden und nicht auf lokaler Ebene begrenzt sein. Best-Practice-Beispiele verdeutlichen die erfolgreiche Umsetzung von Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Praxis und deren Übertragbarkeit auf andere Projekte.

Ökoprofit ist hier eins von fünf Netzwerken der Landesregierung, die den Agenda-Akteuren Hilfestellungen bei ihrer Arbeit bieten.

## 5.6 Umwelt und Arbeit

Der Umweltschutz hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem bedeutenden Wirtschafts- und Standortfaktor in Deutschland entwickelt. Die anspruchsvolle Umweltpolitik auf Bundesebene bis hin zur kommunalen Ebene hat zu positiven Impulsen für den Arbeitsmarkt geführt.

Der vom Gesetzgeber vorgegebene nachhaltige Umgang mit den Umweltressourcen entfaltet seine Wirkung auf dem Arbeitsmarkt. So zeigen beispielsweise die Verordnungen und Programme zum Klimaschutz, wie die Energieeinsparverordnung, das Programm zur Wärmedämmung von Gebäuden und die Förderung erneuerbarer Energien in Dortmund viele Erfolge. Arbeitsplatzrelevant sind darüber hinaus alle Planungen und Maßnahmen zur Landschaftsentwicklung, die eingebunden sind in umfassende Projekte des Emscher Landschaftsparks.

Der ökologische Umbau des Emscher- und Lippe-Systems für den Bereich Dortmund bindet derzeit um die 120 Arbeitskräfte in der

Verwaltung, in den Wasserverbänden Emschergenossenschaft und Lippeverband sowie in insgesamt 10 Ingenieurbüros, für die zum Teil neue Stellen geschaffen wurden. Hinzu kommen die Mitarbeiter der ausführenden Baufirmen, die letztendlich dafür Sorge tragen, dass der geplante Umbau des Emscher- und Lippe-Systems zu einem sichtbaren Zeichen des Umweltschutzes für den einzelnen Bürger wird.

Im Zeitraum von 1994 bis 1999 stellten Emschergenossenschaft und Lippeverband insgesamt ca. 4,5 Millionen Euro zur Förderung der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung im Emscher- und Lipperaum bereit. Allein für Projekte in Dortmund wurden fast 1,3 Millionen Euro bewilligt. Etwa ein Viertel dieser Summe wurde als Planungskosten eingesetzt. Den Dortmunder Bürgern, Institutionen und Wohnungsbaugesellschaften konnten bis Oktober 2003 Fördergelder in Höhe von ca. 750.000 Euro für Maßnahmen zur dezentralen Regenwasserbewirtschaftung ausgezahlt werden.

<b>Regenwasserprojekte 1994-2003</b>			
<b>Projekt</b>	<b>Abgekoppelte Flächen (m<sup>2</sup>)</b>	<b>Ausgezahlte Fördergelder</b>	<b>in Euro</b>
Kreuzschule/Metzerstr.	9.791,70	97.917,00 DM	50.064,17 €
Deusen	10.864,22	108.642,00 DM	55.547,77 €
Nettebach	7.904,00	79.037,00 DM	40.410,98 €
Lanstrop	19.252	144.390,00 DM	73.825,43 €
Kirchderne	5.126,00	38.445,00 DM	19.656,62 €
Kley	9.245,00	69.337,00 DM	35.451,45 €
Kirchen bis 10/2003	6.290	55.037,00 DM	28.139,97 €
Huckarde	8.458,11	63.436,00 DM	32.434,31 €
Seniorenwohnheime	5.226,00	52.260,00 DM	26.720,11 €
Wohnungsgesellschaften bis 10/2003:			
Spar u. Bauverein	2.067	10.562,00 €	10.562,00 €
Viterra	14.629,70	74.757,55 €	74.757,55 €
MUNLV (Projekte aus dem Wasser-rundbrief bis 10/2003)	20.108,14	301.622,00 €	301.622,00 €
	<b>118.961,87</b>		<b>749.192,36 €</b>

In dem Förderzeitraum wurden 9 Projekte abgewickelt. 5 Ingenieurbüros aus Dortmund und der näheren Umgebung kamen dabei zum Zuge. Zwei jungen Ingenieurbüros gelang es, sich aufgrund des starken Engagements auf dem innovativen Gebiet der Regenwasserversickerung dauerhaft in Dortmund zu etablieren. Mittlerweile sind hier 10 neue Arbeitsplätze entstanden. Auch die Stadt lieferte ihren Beitrag. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Unterstützung der Regenwasserprojekte im Tiefbauamt und im Umweltamt gelang es zwei langzeitarbeitslosen Frauen sich derart zu qualifizieren, dass sie von der Stadt Dortmund in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen wurden.

Auf dem Gebiet des Klimaschutzes kann die Stadt Dortmund durch den Ausbau der dezentralen Energieversorgung vor Ort profitieren. Anlagen vor allem der regenerativen Energienutzung können durch das örtliche Handwerk erstellt und gewartet werden. An entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen nehmen Dortmunder Unternehmen teil und richten sich auf die zukunftsfähigen Systeme ein.

Vom weiteren Ausbau der Blockheizkraftwerke profitiert die lokale Wirtschaft ebenso, denn jeder hier erzeugte Strom führt zu mehr Beschäftigung und Steuereinnahmen als der in der Ferne produzierte Strom.

Die neue Energieeinsparverordnung hat das Ziel, die erheblichen Einsparpotenziale im Gebäudebereich zu erschließen und im Interesse des Klimaschutzes unnötige CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden. Die größten Chancen für das Baugewerbe liegen vor allem in der Sanierung des Dortmunder Wohngebäudebestandes. In den nächsten drei Jahren sind rund 10.000 Heizkessel, die vor 1978 eingebaut worden sind, auszutauschen, ca. 200 Arbeitsplätze können dadurch bis 2006 geschaffen bzw. gesichert werden. Weitere 20.000 Heizkessel, die älter als 15 Jahre sind, müssen in den nächsten 7 Jahren erneuert werden.

Die Investitionskosten bis 2006 liegen bei ca. 10 Millionen Euro. Für die weiteren Anlagen

bis 2010 sind noch mal 20 Millionen Euro zu veranschlagen, die in Dortmund allein für die Erneuerung der Heizungsanlagen umgesetzt werden und zur weiteren Beschäftigungssicherung führen können.

Weitaus größer ist die Zahl der Betriebe, die an der Sanierung der Gebäude durch Wärmeschutzmaßnahmen teilhaben werden. Stuckateure, Fensterbauer, Malerbetriebe und Dachdecker. Schon vor Inkrafttreten der Energieeinsparverordnung wurde in Energie-sparmaßnahmen investiert. Auslöser waren die Klimaschutz-Förderprogramme des Bundes und des Landes, die von den Hauseigentümern bei anstehenden Modernisierungen genutzt wurden.

Im Dortmunder Altbaubestand wurden in den letzten 6 Jahren über 11.800 Wohneinheiten aus Förderprogrammen des Bundes und des Landes energetisch saniert. Dabei wurden Einsparungen zwischen 50 und 75 % von privaten Hausbesitzern und Wohnungsbaugesellschaften erzielt und die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Durchschnitt in diesen Gebäuden um 50% gesenkt. Von Bund und Land zusammen wurden von 1996 bis Juni 2003 insgesamt 88 Mio. Euro für Sanierungsmaßnahmen in Dortmund bereitgestellt. Das dadurch ausgelöste Investitionsvolumen lag bei ca. 125 Mio. Euro. Die Wohnungen, die ohne Fördermittel saniert wurden, sind dabei nicht erfasst worden.

Insgesamt 234.000 Wohneinheiten wurden vor der 1. Wärmeschutzverordnung in Dortmund erbaut. Ca. 220.000 können noch energetisch verbessert werden. Wenn der Trend sich fortsetzen lässt, werden 2000-3000 Wohneinheiten pro Jahr saniert, dies entspricht der jährlichen Neubaurate. Da in vielen Fällen eine qualifizierte Beratung erforderlich ist, profitieren auch die Fachberater von den Maßnahmen.

Mit dieser Zahl ist auch weiter zu rechnen, solange die aufgelegten Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau fortgeschrieben werden. An diesen Ausgaben haben Dortmunder Betriebe teilgehabt, aber es

drängen auch viele auswärtige Betriebe in das Geschäft. Hier gilt es, das lokale Informationsnetzwerk auszubauen und die Beratungsstellen miteinander zu verknüpfen.

Hinzu kommen die Energieeinsparmaßnahmen bei Büro und Gewerbebauten, die sowohl investive Maßnahmen auslösen als auch eine qualifizierte Beratung notwendig machen. Hier ist ein Anfang mit den inzwischen 30 Ökoprotbetrieben gemacht worden. Nahezu 1000 von ca. 87.000 Wohngebäudebesitzern, mehr als 1%, besitzen in

Dortmund inzwischen eine solarthermische Anlage. Mit Blick auf die steigenden Energiepreise wächst das Interesse an Solaranlagen, Wärmepumpen und Holzpelletanlagen stetig an. Die dafür qualifizierten Betriebe profitieren davon. Da das erneuerbare Energiengesetz auch zukünftig Anlagen auf Dächern und Schallschutzwänden, Anlagen an Gebäudefassaden und ebenerdige Anlagen großzügig fördern wird, gilt es lokal an dem Angebot der Förderung teilzuhaben und den Ausbau zügig zu forcieren.

## **ANHANG**

Wichtige umweltrelevante Beschlussvorlagen der aktuellen Wahlperiode

Wichtige Beschlussvorlagen anderer Fachbereiche mit umweltrelevanten Bezügen in der aktuellen Wahlperiode

Liste der Teilnehmer an den Masterplan-Veranstaltungen

Impressionen aus den Masterplan-Veranstaltungen

Pressestimmen

**Wichtige umweltrelevante Beschlussvorlagen der aktuellen Wahlperiode (nur AUSW)**

<b>Titel</b>	<b>AUSW</b>	<b>sonstige</b>	<b>Datum</b>
Inhalt und Auswirkungen der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)	x		17.11.1999
Karte der potentiellen Methangasaustritte im Dortmunder Stadtgebiet - Anpassung des Maßnahmenkataloges	x		01.12.1999
Ordnungsrechtliche Praxis im Bereich des Artenschutzes in Dortmund	x		19.01.2000
Umgestaltung des Herrentheyer Baches von km 0,00 bis km 3,10 in Dortmund-Mengede; hier: Öffnung der Unterhaltungsstreifen für die Öffentlichkeit	x		19.01.2000
Lärmschutz und Landschaftsgestaltung am Schmechtingsbach, DO-Somborn	x		19.01.2000
Verordnung über die Entsorgung von Altautos und die Anpassung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften – Altauto Verordnung	x		02.02.2000
Wasserrechtliche Genehmigung zur Verlegung von Lichtwellenleiterkabeln	x		23.02.2000
Zusammenfassung der Altlastensituation im Planbereich Nickel & Eggeling, Dönnstraße in Dortmund-Mengede	x		23.02.2000
Betrieb einer Luft- und Wettermessstation	x		23.02.2000
Landwirtschaft in Dortmund - Entwicklungsperspektiven für das neue Jahrtausend	x		08.03.2000
Methangasnutzung	x		08.03.2000
Jahresbericht 1999 der Abfall- und Umweltberatung - Verbraucher-Zentrale NRW	x		29.03.2000
Untersuchung von Böden und Vegetation im Umfeld des Stahlwerks Phoenix in Dortmund-Hörde	x		29.03.2000
Energiegutachten Stadtkrone-Ost	x		29.03.2000
Scoping-Termin im Zusammenhang mit der beabsichtigten Errichtung eines GuD-Kraftwerkes in Do-Derne	x		12.04.2000
Anmeldung von Maßnahmen des Bodenschutzes zur Förderung: "Erstellung einer Bodenbelastungskarte"	x		12.04.2000
Widerspruch des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde gegen eine Befreiung von den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Landschaftsplanes Dortmund-Mitte hier: Errichtung eines Wildgeheges nebst Stall und Maschendrahtzaun im Landschaftsschutzgebiet	x		12.04.2000
Wasserrecht; Zustandsüberprüfung von Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen nach DIN 1999 - "Pflichtenheft" der unteren Wasserbehörde Dortmund	x		17.05.2000
Arbeitskarte zum dezentralen Regenwassermanagement - Veröffentlichung auf CD-ROM	x		17.05.2000
Maßnahmen der Landschaftspflege und des Artenschutzes im Bereich des Aplerbecker Waldes	x		31.05.2000
Verordnung über die Verwertung von Bioabfällen auf landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerisch genutzten Böden (Bioabfallverordnung - Bio AbfV)	x		31.05.2000
Unerlaubte Abfallbeseitigung im Dortmunder Stadtgebiet	x		14.06.2000
Untersuchung der Staubimmissionen im Ortsteil Kirchderne	x		14.06.2000
Kompensationsmanagement als Beitrag vorsorgeorientierter kommunaler Umweltplanung hier: Veröffentlichung der Projektergebnisse	x		14.06.2000
Radwanderwege und Landmarken - Freizeit und Kunst an der Emscher und am Kanal	x		14.06.2000
3. Zwischenbericht zur Umsetzung des Energieversorgungskonzeptes (Stand: 31.12.1999)	x		14.06.2000
Maßnahmen der Landschaftspflege und des Artenschutzes im Bereich des Aplerbecker Waldes	x		14.06.2000
Inhalt und Auswirkungen des Landesbodenschutzgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LbodSchG)	x		06.09.2000
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus vom 22.08.2000 mit der Bezeichnung "Lichtverschmutzung"	x		06.09.2000
Inhalt und Auswirkungen des Landesbodenschutzgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LbodSchG)	x		13.09.2000
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus vom 22.08.2000 mit der Bezeichnung "Lichtverschmutzung"	x		13.09.2000
Ökologische Verbesserung des Emscher- und Lippesystems hier: Plangenehmigung zur Umgestaltung des Rademacher Grabens im Bereich des Bebauungsplanes "Feldhauskamp" in Dortmund-Kirchderne	x		20.09.2000
Anmeldung von Untersuchungsmaßnahmen zum Förderprogramm: "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Gefährermittlung und Sanierung von Altlasten"	x	HFA	20.09.2000
Information und Erläuterung zur Neufassung des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes	x		20.09.2000
Der Sanierungsplan nach § 13 Abs. 6 BBodSchG - ein Instrument des Bodenschutzes	x		25.10.2000
Wander-/Reitwege im Kurler Busch	x		25.10.2000
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für das Güterverteilzentrum - GVZ - Feineisenstr. (Bebauungsplan In N 213 Südlich Derner Straße)	x		25.10.2000
Antrag der Bürgerliste vom 10.10.2000 mit der Bezeichnung "Hinweisschilder für den Naturschutz"	x		25.10.2000
Verordnung über die Entsorgung von Altautos und die Anpassung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften - Altauto Verordnung - erster Erfahrungsbericht und Bedeutung	x		15.11.2000
Anfrage der Bürgerliste vom 09.10.2000 mit der Bezeichnung "Fällen geschützter Bäume in Dortmund" zur Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Dortmund (Die Ratsvorlage "Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Dortmund" wurde zur Sitzung am 06.09.2000 versandt. Der AUSW hatte in seiner Sitzung am 13.09.2000 den Entwurf der Satzung einstimmig beschlossen.)	x		15.11.2000
Umweltplan Dortmund	x		29.11.2000
Wander-/Rad- und Reitwege im Kurler Busch, Dortmund-Scharnhorst	x		29.11.2000
4. Zwischenbericht zur Umsetzung des Energieversorgungskonzeptes (Stand: 30.06.2000)	x		29.11.2000
Projektinitiative Regenwasserversickerung am Gebäudebestand der Dortmunder Wohnungsbaugesellschaften	x		13.12.2000
Mittel für den ökologischen Ausgleich und Ersatz und deren Verwendung	x		13.12.2000
Lichtverschmutzung in Dortmund	x		13.12.2000
Fledermaus-Kartierung Dortmund	x		13.12.2000
Antrag der Bürgerliste vom 28.11.2000 mit der Bezeichnung "Kontrolle der NSG gemäß § 55 GO NW"	x		13.12.2000
Antrag der Bürgerliste vom 28.11.2000 mit der Bezeichnung "Hinweisschilder für den Naturschutz"	x		13.12.2000

Lärminderungsplanung in Dortmund	x		17.01.2001
Ergebnisse der Gefährdungsabschätzung für das ehemalige Betriebsgelände der Kokerei Hansa in Do-Huckarde	x		14.02.2001
Vorschlag der Bürgerliste vom 03.02.01 bzw. 11.02.01 mit der Bezeichnung "Verschüttung des Siepens am Gardenkamp"	x		28.02.2001
Vorschlag der Bürgerliste vom 03.02.01 bzw. 11.02.01 mit der Bezeichnung "Umweltverträgliche Reitwege im Kurler Busch"	x		28.02.2001
Vorschlag der Bürgerliste vom 11.02.01 mit der Bezeichnung "Sperrung der Aplerbecker Waldstraße"	x		28.02.2001
Jahresbericht 2000 der Abfall- und Umweltberatung - Verbraucher-Zentrale NRW-	x		14.03.2001
Genehmigung einer Abfallumladeanlage an der Heinrich-August-Schulte-Straße, 44147 Dortmund	x		14.03.2001
Vorschlag der Bürgerliste vom 26.02.2001 mit der Bezeichnung "Verzögerung des Satzungsbeschlusses zum Landschaftsplan Dortmund-Süd", Bitte um Stellungnahme	x		14.03.2001
Wander- und Reitwege Kurler Busch - Stellungnahme der Verwaltung vom 01.03.2001 zum weiteren Vorgehen	x		04.04.2001
Zwischenbericht zur Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der	x		04.04.2001
Vorschlag der Bürgerliste vom 03.02.01 bzw. 11.02.01 mit der Bezeichnung "Verschüttung des Siepens am Gardenkamp"	x		04.04.2001
Vorschlag der Bürgerliste vom 03.02.01 bzw. 11.02.01 mit der Bezeichnung "Umweltverträgliche Reitwege im Kurler Busch", Bitte um Stellungnahme	x		04.04.2001
Vorschlag der Bürgerliste vom 11.02.01 mit der Bezeichnung "Sperrung der Aplerbecker Waldstraße, Bitte um Stellungnahme	x		04.04.2001
Vorschlag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 08.04.2001 mit der Bezeichnung "Verrohrung Bachlauf Schwarze Pferde-Siepen / Silberknapp", Bitte um Stellungnahme	x		16.05.2001
Antrag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 08.04.2001 mit der Bezeichnung "Illegales Reiten in Dortmunder Waldgebieten" und Bitte um Stellungnahme	x		16.05.2001
Vorschlag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 08.04.2001 mit der Bezeichnung "Efeuvandalismus in Dortmund", Bitte um Stellungnahme	x		16.05.2001
Antrag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 08.04.2001 mit der Bezeichnung "Ausweisung zusätzlicher Naturschutzgebiete in Dortmund" und Bitte um Stellungnahme	x		16.05.2001
Zwischenbericht - Ergebnisse der Überprüfung des Zustandes von Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen nach DIN 1999	x		16.05.2001
Vorschlag der SPD-Fraktion vom 26.04.2001 mit der Bezeichnung "Renaturierung des Emscher- und Lippesystems"	x		16.05.2001
Vorschlag der SPD-Fraktion vom 26.04.2001 mit der Bezeichnung "Klimafunktionskarte und Luftwerte B-Plan Lü 148"	x		16.05.2001
Landschaftsplan Dortmund-Süd, Entscheidung über Anregungen und Bedenken, Satzungsbeschluss, Beifügen der "Allgemeinen Erläuterungen"	x		30.05.2001
Entwicklung unerlaubter Abfallbeseitigungen im Jahr 2000	x		30.05.2001
Vorschlag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 13.05.2001 mit der Bezeichnung, "Benzol-Belastung in Schulen an verkehrsreichen Straßen", Bitte um Stellungnahme	x		30.05.2001
Antrag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 08.04.2001 mit der Bezeichnung "Illegales Reiten in Dortmunder Waldgebieten" und Bitte um Stellungnahme	x		13.06.2001
Vorschlag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 08.04.2001 mit der, Bezeichnung "Verrohrung Bachlauf Schwarze Pferde-Siepen / Silberknapp"	x		13.06.2001
Verordnung über die Entsorgung von Altautos und die Anpassung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften - Altauto Verordnung -	x		27.06.2001
Die Flora-Fauna-Habitat-(FHH-) Richtlinie der Europäischen Union und ihre Auswirkung auf die Stadt Do	x		27.06.2001
Vorschlag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 11.06.2001 mit der Bezeichnung, "Biotopzerstörung durch Wegebau im Salinger Wald", Bitte um Stellungnahme	x		27.06.2001
Der Sanierungsplan im Bodenschutz - Erfahrungsbericht	x		27.06.2001
Landschaftsplan Dortmund-Süd, Entscheidungen über Anregungen und Bedenken, Satzungsbeschluss, Beifügen der "Allgemeinen Erläuterungen"; Anlage: Landschaftsplan Dortmund-Süd, Entwurf der Satzung	x		29.08.2001
Immissionsmessungen verkehrsbedingter Schadstoffe an zwei Standorten im Stadtgebiet von Dortmund	x	BV-Hö, -In-Ost	29.08.2001
Bewilligung von Fördergeldern für das Projekt "Regenwasserversickerung am Gebäudebestand der Dortmunder Wohnungsbaugesellschaften"	x		29.08.2001
Landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm - Stand der Diskussion -	x		29.08.2001
Fortschreibung des Energieversorgungskonzeptes, 5. Halbjahresbericht	x		29.08.2001
Messungen des Benzolgehaltes der Luft im Umfeld und in der Gebrüder-Grimm-Grundschule, Leostraße 33 in Dortmund-Hombruch	x		29.08.2001
Ökologische Umgestaltung der Nettebachzuflüsse - Bericht zum Projektabschluss	x	BV-Lü, -Mg, -Hu	12.09.2001
Sauberes Dortmund -1.Zwischenbericht-	x	alle BV	12.09.2001
Gewässerausbau; Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zur Umgestaltung des Körnebachs von km 4,93 bis km 10,63 in Dortmund	x		26.09.2001
Vorschlag der Bürgerliste (Herr RM Münch) vom 19.08.2001 mit der Bezeichnung "Ökologische und finanzielle Schäden durch Entenfüttern"	x		26.09.2001
Sachstandsbericht zur Umgestaltung der Gewässer im Emscher- und Lippeinzugsgebiet und Festlegung des Rahmens für die weiteren Planungen zur Umgestaltung der Emscher zwischen der Kläranlage Dortmund-Nord und der Stadtgrenze zu Castrop-Rauxel	x	BV-Ap, -Hö, -Hom, -Hu, -In-West-Ost-Nord, -Mg, -Br, -Scha	26.09.2001
Inbetriebnahme einer Anlage zur Grubengasnutzung in Dortmund-Dorstfeld	x	BV-In-West	26.09.2001
Landwirtschaft in Dortmund, Bericht der Verwaltung über die Kooperation der Stadt Dortmund mit landwirtschaftlichen Betrieben	x	Beirat bei der ULB	26.09.2001
Einsatz von Wärmepumpen im Wohnpark DO-Mengede	x	BV-Mg	31.10.2001

Projekt: Naturnahe Umgestaltung des Kreyenbachs in Dortmund Deusen	x	BV-Hu	31.10.2001
Maßnahmen der Landschaftsplanung für das Jahr 2002, hier: Förderanträge für das Jahr 2002	x	Beirat bei der ULB; BV-Ap, -Ev, -Hö, -Hu, -In-West, -Lü, -Mg, -Scha	31.10.2001
"Reiter-Sperren in Dortmunds Waldgebieten", Antrag u. Bitte um Stellungnahme der Verwaltung der Bürgerliste	x		28.11.2001
"Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft", Antrag der SPD-Fraktion	x		28.11.2001
Antrag des Herrn RM Münch (Bürgerliste) vom 21.11.2001 mit der Bezeichnung "Mehr Geld für den Jugendumweltpreis"	x		19.12.2001
Kennzeichnungspflicht für artgeschützte Tiere	x	Beirat bei der ULB	19.12.2001
Zwischenbericht zur Dortmunder Kleininleitererfassung	x		19.12.2001
Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung des Aplerbecker Waldes	x		19.12.2001
Reitwege im Aplerbecker Wald	x		19.12.2001
Bericht der Verwaltung über Ausgleich und Ersatz und Einrichtung von Ökokonten für die Stadt Dortmund	x		19.12.2001
Hinweisschilder für den Naturschutz im NSG Hohensyburg und an Straßen, Bitte um Stellungnahme und Antrag der Bürgerliste	x		23.01.2002
Grundwassersanierung	x		13.02.2002
Vorschlag der Bürgerliste vom 02.11.2001 mit der Bezeichnung "Umweltsituation in Dortmund" für die Ratssitzung am 29.11.01	x		13.02.2002
Umweltpreis: - Euromstellung, - Sponsoring des Jugendumweltpreises	x		27.02.2002
Förderantrag Lärminderungsplanung	x		27.02.2002
Ergänzende Immissionsmessungen verkehrsbedingter Schadstoffe an einem Standort im Stadtgebiet von Do	x	BV-Hö	27.02.2002
"Energetische Verwertung von Holz und Biomaterialien", SPD-Fraktion: Vorschlag zur TO	x		27.02.2002
2. Änderungsverfahren für den Landschaftsplan Dortmund-Nord und 2. Änderungsverfahren für den Landschaftsplan Dortmund-Mitte für den Bereich des geplanten Schutzgebietes "Buschei	x		13.03.2002
Bericht über die Tätigkeit der ehrenamtlichen Landschaftswacht und Vorschläge zur Steigerung ihrer Effizienz	x	Beirat bei der ULB	13.03.2002
Information zum Wettbewerb "Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft"	x	Beirat bei der ULB	13.03.2002
Jahresbericht 2001 der Abfall- und Umweltberatung - Verbraucher-Zentrale NRW -, Zusätzlich: mündlicher Bericht durch die Verbraucher-Zentrale	x		13.03.2002
"Energetische Verwertung von Holz und Biomaterialien", Antrag der SPD-Fraktion	x		17.04.2002
Information zum Stand des Projektes "Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft"	x	Beirat bei der ULB	15.05.2002
Bau von Wander- und Reitwegen im Kurler Busch, Dortmund-Scharnhorst	x	BV-Scha, Beirat bei der ULB	15.05.2002
Das neue Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	x	Beirat bei der ULB	29.05.2002
Reduzierung der Schadstoff- und Lärmbelastungen an der B1, Vorschlag zur TO (Fraktion B'90/Die Grünen)	x		29.05.2002
Regenwasserversickerung an den städtischen Seniorenheimen; Bericht zum Projektabschluss	x	BV-Ap, -Hom, -In-Nord	12.06.2002
Sauberes Dortmund - Entwicklung unerlaubter Abfallablagerungen 2001	x	alle BV	12.06.2002
Abschlussbericht zum Grundwasserprojekt Novi Sad	x		03.07.2002
Fortschreibung des Energieversorgungskonzeptes, 6. Bericht	x		03.07.2002
Informationsvorlage: Aktivitäten des Umweltamtes zum Tag der Umwelt am 5. Juni 2002	x		11.09.2002
Bericht über die Recherche der kontaminierten Bachsedimente und Kanäle im Abstrom von Kokereien	x		11.09.2002
Neufassung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 24. 06. 2002 (WHG)	x		11.09.2002
Versagen der Umweltverwaltung bei der Reiterproblematik auf dem neuangelegten Wanderweg in Salingen, Bitte um Stellungnahme RM Detlef Münch	x		11.09.2002
Umweltplan Dortmund - Ergebnisbericht	x	alle BV, Beirat bei der ULB	02.10.2002
Entwertung der Dortmunder Naherholungsgebiete durch Reitschäden, RM Münch Anforderung einer Stellungnahme	x		02.10.2002
Güterverkehrszentrum - Feineisenstraße, hier: Abschließende Detailregelungen im Rahmen des städtebaulichen Vertrages zu den ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Bereich der Hofstelle "Schulte Mäter"/Scharnhorst	x	BV-Scha, Beirat bei der ULB	27.11.2002
Abschlussbericht "Bodenbelastungskarte für den Außenbereich der Stadt Dortmund"	x	Beirat bei der ULB	27.11.2002
Gescheitertes Sponsoring des Umweltjugendpreises, Bitte um Stellungnahme (Ratsmitglied Münch)	x		11.12.2002
Umgestaltung der Emscher von km 2,24 bis km 5,87, hier: Zulassung des vorzeitigen Baubeginns für den Streckenabschnitt von km 4,73 bis km 5,08 (Bestandskilometrierung) gemäß § 31 Absatz 4 WHG in Verbindung mit § 9 a WHG	x	BV-Ap	22.01.2003
Einrichten von Ökokonten - Sachstandsbericht	x	alle BV, Beirat bei der ULB	19.02.2003
Energetische Verwertung von Biomasse	x		12.03.2003
Ankauf und ökologische Entwicklung einer Fläche im Brackeler Feld	x	BV-Br, Beirat bei der ULB	12.03.2003

Jahresbericht 2002 der Abfall- und Umweltberatung - Verbraucher-Zentrale NRW -, Zusätzlich: mündlicher Bericht durch die Verbraucher-Zentrale	x		02.04.2003
Dosenpfand	x		02.04.2003
Der Sanierungsplan im Bodenschutz - Erfahrungsbericht	x		02.04.2003
Modellvorhaben "Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft": Auftakt des Projektes "Landwirtschaft und Ökokonto"	x	Beirat bei ULB	02.04.2003
Berichterstattung über die wasserrechtliche Überwachung der genehmigungspflichtigen Indirekteinleiter im Stadtgebiet	x		02.04.2003
Widerspruch des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde gegen eine Befreiung von den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Landschaftsplanes Dortmund-Nord, hier: Verlagerung eines landwirtschaftlichen Betriebs von "In der Liethe 217, Dortmund-Grevel" nach "Am Zuschlag, Nähe Einmündung Kurler Str., Do-Kurl"	x	Bv-Scha	14.05.2003
Pilotprojekt Biotoppflege durch Ansiedlung von Heckrindern im Naturschutzgebiet "Im Siesack"	x	BV-Mg, Beirat ULB	14.05.2003
Jahresversammlung der ehrenamtlichen Landschaftswacht am 30.01.2003	x	Beirat ULB	14.05.2003
Stadtweiter Sauberkeitstag am 21.6.2003	x	alle BV	14.05.2003
Sanierungskonzept Kokerei Hansa	x	BV-Hu	14.05.2003
Außerkräfttreten der Pflanzen-Abfall-Verordnung Nordrhein-Westfalen	x		28.05.2003
Osterfeuer - Erfahrungsbericht	x		28.05.2003
Endgestaltung, Abschluss und Rekultivierung der Werksdeponie Halde Schleswig	x	BV-Br	28.05.2003
Untersuchung der Vogelwelt im Einflussbereich der geplanten Windkraftanlagen auf dem Nordteil der Halde Ellinghausen	x	BV-Mg, Beirat ULB	28.05.2003
Tatort Salingen: Karfreitag 11 - 12 Uhr: Nichteinnahme von 250 EUR Bußgeld von 5 Reitern mit fehlender Reiterplakette und wegen Reiten im Wald, Vorschlag zur TO (Ratsmitglied Münch)	x		28.05.2003
Bußgeldverfahren gegen Reiter im Wald, Vorschlag zur TO (Ratsmitglied Münch)	x		28.05.2003
Ergebnisse der Gesamtbetrachtung der Altlastensituation im Umfeld der ehemaligen Zinkhütte "Manteuffelstraße"	x	BV-In-Ost	18.06.2003
Emscherlandschaftspark 2010	x		18.06.2003
Flora und Fauna im Bereich Groppenbruch und Minister Achenbach, Vorschlag zur TO (Fraktion B'90/Die Grünen)	x		09.07.2003
Widerspruch des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde gegen eine Befreiung von den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Landschaftsplanes Dortmund-Nord, hier: Verlagerung eines landwirtschaftlichen Betriebs von "In der Liethe 217, Dortmund-Grevel" nach "Am Zuschlag, Nähe Einmündung Kurler Str., Do-Kurl"	x	BV-Scha	09.07.03 (14.05.03)
Ökologische Verbesserung des Emscher- und Lippesystems hier: "Planfeststellung zur Umgestaltung der Gewässer im I. Bauabschnitt des Rossbacheinzugsgebietes - Siebenplanetengraben, Beverbach, Dünnebecke und Schmechtingsbach bis km 2,20 -"	x	BV-Lü	30.07.2003
Errichtung und Betrieb neuer Brunnenanlagen für den Mineralwasserproduzenten Ardeyquelle GmbH & Co KG - Wasserrechtliche Zulassung	x	BV-Scha, BV-Ev	17.09.2003
Umweltplan Dortmund - Bericht zum Beteiligungs- und Veröffentlichungsverfahren	x		17.09.2003
Teilnahme der Stadt Dortmund am Agenda-Prozess des Landes NRW Projekt: Erarbeitung praktischer Beispiele für bodenbezogene ökologische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	x	BV-, Lü, Scha, Br, Beirat ULB	08.10.2003
Antrag der Rohstoff Recycling Dortmund GmbH auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Fallwerken einem Sprengbunker, drei Brennhauben und der Erweiterung der Anlage zur Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten gem. § 4 BImSchG	x	BV- Ev, Hu, In-Nord	12.11.2003

<b>Wichtige umweltrelevante Beschlussvorlagen der aktuellen Wahlperiode (AUSW und Rat)</b>				
<b>Titel</b>	<b>AUSW</b>	<b>Rat</b>	<b>Datum</b>	
Neuwahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde und Regelung der Aufwandsentschädigung	x	x	17.11.1999	
Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Dortmund	x	x	15.12.1999	
Umweltpreis der Stadt Dortmund- Änderung der Vergaberichtlinien- Neuwahl der Jurymitglieder	x	x	14.06.2000	
Umweltpreis der Stadt Dortmund- Änderung der Vergaberichtlinien - Neuwahl der Jurymitglieder Verfahrens- und Namensvorschlag der SPD-Fraktion	x	x	06.09.2000	
Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Dortmund	x	x	06.09.2000	
Umweltpreis der Stadt Dortmund	x	x	13.09.2000	
Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Dortmund	x	x	13.09.2000	
Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Dortmund	x	x	25.10.2000	
Überweisung an den AUSW durch den Rat der Stadt Dortmund (siehe Auszug aus der noch nicht genehmigten Niederschrift des Rates der Stadt vom 21.09.2000):Die Ratsvorlage "Umweltpreis der Stadt Dortmund, - Änderung der Vergaberichtlinien, - Neuwahl der Mitglieder" wurde am 13.09.2000 im AUSW behandelt	x	x	15.11.2000	
Landschaftsplan Dortmund-Süd Entscheidung über Anregungen und Bedenken, Satzungsbeschluss, Beifügen der "Allgemeinen Erläuterungen"	x	x	04.04.2001	
Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Dortmund vom 11.12.2000	x	x	29.08.2001	
Bericht der Verwaltung über Ausgleich und Ersatz und Einrichtung von Ökokonten für die Stadt Dortmund	x	x	12.09.2001	
Bericht der Verwaltung über Ausgleich und Ersatz und Einrichtung von Ökokonten für die Stadt Dortmund	x	x	26.09.2001	
Neuwahl von stellvertretenden Mitgliedern des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde	x	x	14.11.2001	
Konzeption der Stadt Dortmund für den Emscher-Landschaftspark 2010	x	x	28.11.2001	
Ökologieprogramm Emscher-Lippe (OPEL), das Förderinstrument für den Bau des Emscher Landschaftsparks	x	x	28.11.2001	
Umweltpreis der Stadt Dortmund - Euroumstellung	x	x	28.11.2001	
Umweltpreis der Stadt Dortmund - Euroumstellung	x	x	19.12.2001	?
Energiepass Dortmund - ein Baustein zum Klimaschutz im privaten Gebäudebestand	x	x	15.05.2002	
Änderungen der Landschaftspläne Dortmund-Nord und Dortmund-Mitte	x	x	15.05.2002	
Neuwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde	x	x	11.09.2002	
Änderung der Landschaftspläne Dortmund-Nord, -Mitte und -Süd im Parallelverfahren zur Neuaufrstellung des Flächennutzungsplanes	x	x	02.10.2002	
Mobilfunk in Dortmund, Ergebnisse eines Messprogramms und weiteres Vorgehen	x	x	27.11.2002	
Osterfeuer / Brauchtumsfeuer	x	x	19.02.2003	
Neue Naturschutzgebiete in Dortmund	x	x	30.07.2003	
Neue Naturschutzgebiete in Dortmund	x	x	17.09.2003	
Der Emscher Landschaftspark, Sachstandsbericht und Perspektiven für das weitere Vorgehen	x	x	17.09.2003	
Umweltpreis 2003	x	x	17.09.2003	
Erste Änderung der Landschaftspläne Dortmund-Nord, Dortmund-Mitte und Dortmund-Süd im Parallelverfahren zur Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes für die Stadt Dortmund	x	x	08.10.2003	?

### Wichtige Beschlussvorlagen anderer Fachbereiche mit umweltrelevanten Bezügen in der aktuelle Wahlperiode

	Titel	AUSW	Rat	Datum
Planungsamt StA 61	Aufstellung eines neuen F-Planes für das Gebiet der Stadt Dortmund	x	x	27.01.2000
	Bauleitplanung; 1. Aufstellung eines neuen F-Planes für das Stadtgebiet Dortmund 2. Aufstellen eines neuen GEP für den Teilabschnitt Do/Unna/Hamm durch die BR Arnsberg 3. Erarbeiten von integrierten teilsräumlichen Entwicklungskonzepten für alle Stadtbezirke	x	x	14.11.00
	Bauleitplanung; Aufstellung eines neuen F-Planes für das Stadtgebiet Dortmund hier Beschluss über die vorgezogene Bürgeranhörung	x	x	26.09.2002
	Aufstellung eines neuen F-Planes für das Stadtgebiet Dortmund 1. Entscheidung über das Ergebnis der vorgez. Bürgerbeteiligung, Beteiligung der Träger öff. Belange, nachbargemeindliche Abstimmung 2. Offenlegungsbeschluss	x	x	09.10.03
	Insekt Innenstadt-West	x		29.08.2001
	Insekt Eving	x		26.09.2001
	Insekt Hombruch	x		14.11.2001
	Insekt Aplerbeck	x		23.01.2002
	Insekt Scharnhorst	x		15.05.2002
	Insekt In-Nord	x		28.02.2001
	Insekt In-Ost	x		30.05.2001
	Insekt Lütgendortmund	x		11.09.2002
	Insekt Brackel	x		19.02.2003
	Insekt Hörde	x		12.03.2003
	Insekt Huckarde	x		19.02.2003
	Insekt Mengede	x		19.02.2003
Agenda Büro Dezernat 6	Agenda 21 - Grundsatzbeschluss	x	x	03.09.1998
	Einrichtung des Agenda-Büros		x	18.03.1999
	1. Zwischenbericht	x	x	15.06.2000
	2. Zwischenbericht	x	x	28.06.2001
	Vergabe eines Agenda-Siegels	x	x	09.07.2003
	3. Zwischenbericht	x	x	24.07.2003
	Beteiligung der Stadt Dortmund am European Energy Award	x	x	18.12.2003
Städtische Immobilienwirt- schaft StA 65	Handlungskonzept -Energiebewirtschaftung- zum verantwortlichen Umgang mit Energie und Wasser in städt. Gebäuden hier: Berichte und Ergebnisse	x	x	Febr./März
	Energiemanagement - Optimieren von Energieverbräuchen und -ausgaben		x	Nov./Dez.2002
Amt für Tiefbau und Straßenver- kehr StA 66	Abwasserbeseitigungskonzept 2002	x	x	23.05.2003
Regiebetrieb Stadtgrün StA 67	StadtgrünPlan - Bezirkliche Grünversorgung (DS-Nr. 04193-03)	x		09.07.2003
	StadtgrünPlan - Bezirkliche Grünversorgung für den Stadtbezirk Scharnhorst (DS-Nr. 04850-03)		BV Scharnhorst	30.09.2003

## Liste der Teilnehmer an den 8 Veranstaltungen zum Masterplan Umwelt

Name	Institution
Albertz-Jellinghaus, Eike	Stadt Dortmund, Umweltamt
Bek, Ansgar	Agenda Arbeitskreis Energie, Firma Solarplus
Benholz, Ulrich	Spar- und Bauverein Dortmund
Bernatzki, Walter	Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
Berndsen, Hendrik	SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund
Binse	Sauerländischer Gebirgsverein, Bezirk Dortmund
Blanke, Werner	ADFC, Kreisverband Dortmund
Blotenberg, Barbara	Bezirksvertretung Aplerbeck, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Blume, Johannes	Stadtgrün Dortmund
Bornefeld, Benjamin	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Bornkessel, Heinrich	Stadt Dortmund, Umweltamt
Brauner, Gerd	DOGEWO
Brinkmann, Jörn	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Büscher, Dieter	Beirat Untere Landschaftsbehörde, BUND, NABU
Büscher, Dietrich	Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband, Kreisverband Ruhr-Lippe
Corell, Hermann	Handwerkskammer Dortmund
Corinth, Ernst	Wasser- und Schiffsamt Duisburg-Meiderich
Czierpka, Karl-Heinz	Bezirksvertretung Brackel, SPD-Fraktion
De Wolfe, Barbara	Grundschule Benninghofen
Decking, Dr. Lutz	Stadt Dortmund, Umweltamt
Demond, Klaus	Entsorgung Dortmund GmbH
Dicke, Angela	Umweltgruppe Barop
Dietz, Dr. Hans-Joachim	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW
Dorra, Meike	Agenda-Büro
Emmelmann, Jeanette	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Enneper, Britta	ThyssenKrupp Immobilien
Finger, Henry	Stadt Dortmund, Planungsamt
Finke, Prof. Dr. Lothar	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung, FG Landschaftsökologie
Flacke, Johannes	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Fritsch, Chris	Regenwasserprojekt Scharnhorst
Funke, Michael	Stadt Dortmund, Städtische Immobilienwirtschaft
Gährken, Dirk	Landschaftsbeirat, BUND
Geisler, Dr. Werner	Emschergenossenschaft eG
Gelmroth, Dr. Klaus	Naturschutzbund Deutschland (NABU), Stadtverband Dortmund
Gerstkamp, Peter	Stadt Dortmund, Stadtkämmerei
Glende, Annelies	Stadt Dortmund, Umweltamt
Glöckner-Rohm, Günter	Naturschutzgruppe Gesamtschule Scharnhorst
Glörfeld, Ingo	Agenda Arbeitskreis FNP
Goersmeyer, Friedhelm	Bezirksvertretung Aplerbeck, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Goldkuhle, Anton	Regenwasserprojekt Scharnhorst
Göbbling, Hubert	Fernwärmerversorgung Niederrhein
Grau, Aloys	PBG
Grote, Dr. Wilhelm	Stadt Dortmund, Leiter des Umweltamtes
Grotjahn	Bezirksvertretung Hombruch, CDU-Fraktion
Grubert, Herbert	Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG), Geschäftsbereich Dortmund
Gugel, Sonja	Stadt Dortmund, Planungsamt
Haake, Jens	Gerber Architekten, Dortmund
Haermeyer, Berthold	Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik und Wahlen

Haft	Umweltgruppe Barop
Hahn, Lothar	LNU
Halbsguth, Peter	Agenda AK FNP, LNU, Beirat Untere Landschaftsbehörde
Halfmann, Markus	Stadt Dortmund, Umweltamt
Hassinger, Christian	Post und Welters, Architekten und Stadtplaner
Hebel, Heinz-Dieter	Wasser- und Schifffahrtsamt Duisburg-Meiderich
Hein, Tanja	Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG), Geschäftsbereich Dortmund
Herzmann, Albert	Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH
Heuser, Dr. Heinrich	Geologischer Dienst NW
Hirsch, Dr. Monika	Stadt Dortmund, Umweltamt
Hofmann, Dr. Fritz	Bezirksvertretung Hörde, CDU-Fraktion
Höing, Werner	Stadt Dortmund, Umweltamt
Höke, Rainer	Stadt Dortmund, Umweltamt
Hülsmann, Wulf	Umweltbundesamt
Hülsmann-Trapphoff, Wilhelm	Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde, Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband
Jägersberg, Klaus	Bezirksregierung Arnsberg, Abtlg. Bergbau und Energie
Jänsch, Helga	Agenda-Büro
Kaiser, Matthias	Ingenieurbüro Kaiser
Kaleck, Georg	Beirat Untere Landschaftsbehörde
Kampert, Gerald	Stadt Dortmund, Planungsamt
Kampmann, Thomas	Stadt Dortmund, Tiefbauamt
Katler, Ulf	Bezirksvertretung Brackel, CDU-Fraktion
Keidel, Monika	AGARD-Naturschutzhaus
Kibowski, Karl-Heinz	ADFC, Kreisverband Dortmund e.V.
Kleine-Fink, Bettina	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Kloten, Marlies	Stadt Dortmund, Trainee
Knoch, Gerhard	Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW (AAV, NRW)
Knoke, Enzo	Stadt Dortmund, Umweltamt
Koch, Julia	Gerber Architekten Dortmund
Kohlöchter, Heinrich	Landschaftswacht
Kolbe, Sigfried	Landschaftswacht, NABU
Krawinkel, Elke	RWE Gas AG
Kretschmar, Dr. Erich	NABU
Kröger-Brenner, Heide	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Dortmund
Krüger, Hans-Ulrich	Bezirksvertretung Innenstadt-West, SPD-Fraktion
Kolbe, Siegfried	Landschaftswacht
Kühnapfel, Karl-Heinz	Landschaftswacht
Lahme, Ernst	Bezirksvertretung Aplerbeck, CDU-Fraktion
Lammers, Bernhard	Stadt Castrop-Rauxel, Grünflächenamt
Lange, Ulrich	Stadt Dortmund, Umweltamt
Lemnar, Alexander	Bürger Pro Umwelt
Lierhaus, Helmut	Mieterverein Dortmund
Lindenblatt, Heinz	Regenwasserprojekt Scharnhorst
Lührs, Monika	SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund
Lütgebüter, Friedhelm	ISV Scharnhorst, Förderverein Lanstroper Ei
Lutterbey, Ulrich	Forstamt Schwerte
Mackenbach, Dr. Rainer	Stadt Dortmund, Umweltamt
Maczkowski, Bärbel	Stadt Dortmund, Umweltamt
Maier, Georg	Deutsche Steinkohle AG
Maisenhölder, Christof	Deutsche Bahn Immobiliengesellschaft mbH, Niederlassung Dortmund
Marks, Dr. Robert	Stadt Dortmund, Umweltamt
Marx, Gerd	Energieagentur NRW
Mause, Heinrich	Bezirksvertretung Mengede, CDU-Fraktion

Meiners, Klaus	Stadt Aachen, Fachbereich Umwelt
Meininghaus, Tanja	Stadt Dortmund, Umweltamt
Metzing, Ute	Stadt Dortmund, Umweltamt
Meyer, Julia	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Meyer-Grochowiak, Randolf	Förderverein Permakultur e.V.
Mierzwa, Marcel	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Migdalski, Peter	SPD - Ortsverein und Siedlergemeinschaft Deusen
Millin, Heidi	AGARD-Naturschutzhaus
Möller, Ulrich	Naturschutzgruppe Gesamtschule Scharnhorst
Müller, Edgar	Bezirksvertretung Brackel
Müller, Klemens	Schornsteinfegerinnung Arnsberg
Naumann, Dr. Michael	Stadt Leipzig, Amt für Umweltschutz
Neugebauer, Reinhold	Beirat Untere Landschaftsbehörde
Neuhaus, Karl-Joachim	Entsorgung Dortmund GmbH
Neuhaus, Udo	Bezirksvertretung Aplerbeck,
Neumann, Karin	Bezirksvertretung Lütgendortmund
Neumeyer, Dr. Hans-Peter	Büro Grünplan, Dortmund
Nickisch, Walter	Stadt Dortmund, Planungsamt
Nicolaus, Volker	Deutsche Bahn Immobiliengesellschaft mbH
Oblasser, Marion	Universität Dortmund, FB Raumplanung
Oldengott, Martin	Stadt Castrop-Rauxel, Grünflächenamt
Ostermann, Felix	NABU, Landschaftswacht
Ostermann, Rosemarie	NABU
Pack, Saskia	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Pasterny, Heinz	Bezirksvertretung Scharnhorst, SPD-Fraktion
Pauels, Jutta	Kreis Unna
Pauly, Franz-Josef	Forstamt Schwerte
Peterwitz, Ulrich	Gelsenwasser AG, Wasserwirtschaft und Umweltmanagement
Pfeifer, Christel	Stadt Dortmund, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Geschäftsbereich 1
Pohlmann, Rainer	Geologischer Dienst NRW
Prass, Beate	Stadt Dortmund, Stadtkämmerei
Pütter, Claus	Stadt Dortmund, Stadtbahnbauamt
Quittek, Thomas	Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
Raasch, Ulrike	Emschergenossenschaft eG
Rath, Dr. Uwe	Stadt Dortmund, Umweltamt
Richard, Hildegard	Bezirksregierung Arnsberg, Dez.62
Riemann, Siegfried	Handwerkskammer Dortmund
Rips, Fabian	Stadt Dortmund, Umweltamt
Robrecht, Holger	ICLEI – Internationale Umweltagentur der Gemeinden, Europasekretariat
Roemert, Natalie	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Röhner, Wolfgang	Deutsche Steinkohle AG
Rohr, Elke	Bezirksvertretung Aplerbeck, SPD-Fraktion
Rohren, Burkhard	Bezirksregierung Arnsberg
Rojahn, Detlef	Stadt Dortmund, Stadtgrün
Rösner, Christian	Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung
Rudolph, Ingrid	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW
Rusu, Nico	ISOR e.V. (Initiative Solarmobil Ruhrgebiet)
Sagolla, Winfried	Stadt Dortmund, Planungsamt
Sankowski, Jutta	Stadt Dortmund, Stadtplanungsamt
Schillig, Frank	ECOFYS GmbH
Schilling, Angela	SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund
Schippers, Britta	BKR Aachen Castro und Hinzen
Schmitz, Claudia	Stadt Dortmund, Planungsamt
Schmolke, Irina	BKR Aachen Castro und Hinzen
Schnurbusch, Anja	Stadt Dortmund, Bauordnungsamt

Schreiber, Stefan	Industrie-und Handelskammer zu Dortmund, Abteilung Wirtschafts-und Technologiepolitik
Schreurs, Bruno	Bezirksvertretung Scharnhorst, SPD-Fraktion
Schröder, Walter	Stadt Dortmund, Stadtgrün
Schulte, Norbert	Stadt Dortmund, Amt für Wohnungswesen
Schulze-Kalhoff, Sonja	Martin-Luther-King-Gesamtschule
Schuster, Heide	Universität Dortmund, Lehrstuhl für klimagerechte Architektur
Schwalgin, Rita-Maria	Bezirksvertretung Mengede, Bündnis 90/ Die Grünen
Schwarze-Rodrian, Michael	Projekt Ruhr GmbH
Seidel, Silke	Dortmunder Stadtwerke
Seidenstücker, C.	Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW
Semmler, Hans	Bezirksvertretung Hombruch, CDU-Fraktion
Sierau, Ullrich	Stadt Dortmund, Umwelt- und Planungsdezernent
Sobotta, Wolfgang	Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
Sommer, Horst	Bezirksvertretung Scharnhorst, SPD-Fraktion
Sparla, Walter	Regenwasserprojekt Scharnhorst
Spiering, Harald	Kommunalverband Ruhrgebiet
Spiteller, M.	Initiativkreis Uni Dortmund, Institut für Umweltforschung
Spitzner, Maike	Wuppertal Institut für Klima-Umwelt-Energie GmbH
Stange, Siegfried	Bezirksvertretung Hombruch, Bündnis 90/Die Grünen
Stein, Caroline	Stadt Dortmund, Städtische Immobilienwirtschaft
Steins, Brigitte	SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund
Stemplewski, Dr. Jochen	Emschergenossenschaft/ Lippeverband
Stork, Hans-Martin	Olympiastützpunkt Westfalen
Stücker, Rainer	Mieterverein Dortmund
Stuhm, Manfred	Vereinigte Kirchenkreise, Kirchenkreis West- Umweltausschuss und Greenpeace
Sümer, Georg	Stadt Dortmund, Umweltamt
Tolewski, Michael	Stadt Dortmund, Umweltamt
Tschentscher, Arne	Stadt Dortmund, Liegenschaftsamt
Veen, Christoph	Stadt Dortmund, Umweltamt
Vennebusch, Reinhold	Bezirksvertretung Aplerbeck, SPD-Fraktion
Vetter, Sebastian	Stadt Dortmund, Stadtgrün Dortmund
Viets, Ulrike	Stadt Dortmund, Umweltamt
Vossebrecher, Elisabeth	Bezirksvertretung Brackel, SPD-Fraktion
Wand, Diethard	RWE Gas AG
Webeling, Susanne	Stadt Dortmund, Umweltamt
Wehmann, Ulrich	Kommunalverband Ruhrgebiet
Weikert, Norbert	CDU-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Wohnen
Westheider, Hans	Umweltgruppe Barop, Agenda AK
Westheider, Helga	Umweltgruppe Barop, Agenda AK
Wienhues, Theo	Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 51
Wimmershoff, Michael	Stadt Dortmund, Regiebetrieb Stadtgrün
Wittkowski, Hans-Joachim	Stadt Hagen, Umweltamt
Wolf, Christine	wbp Landschaftsarchitekten, Bochum
Wortmeier, Udo	Bezirksvertretung Scharnhorst, CDU-Fraktion
Zuch, Manfred	CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

# Impressionen aus den Masterplanveranstaltungen



# Impressionen aus den Masterplanveranstaltungen



## Mehr Mut in der Umweltpolitik

Arbeitskreis verständigt sich auf Masterplan

Eine mutige Umweltpolitik will die Stadt machen, verspricht Umweltdezernent Ullrich Sierau. Jetzt gibt es dafür auch einen Maßstab und Leitfaden: Den Masterplan Umwelt, den ein Arbeitskreis mit Vertretern aus Verbänden, Politik, Organisationen und Initiativen in insgesamt sieben Fachveranstaltungen erarbeitet und gestern abschließend beraten hat. „So etwas hat keine andere vergleichbare Großstadt in Deutschland“, stellte Sierau mit Stolz fest.



Dezernent Ullrich Sierau.

Der Umweltplan ist eine gute Informations- und Arbeitsgrundlage für die Stadtplanung, waren sich die Vertreter der verschiedenen Organisationen einig. Verbindlichen Charakter hat er freilich nicht, könne kein Evangelium sein, wie es Sierau formulierte. „Er ist aber ein gutes Instrument für den Dialog und das Abwägen zwischen Wirtschaft und Umweltpolitik“, sagte IHK-Geschäftsführer Stefan Schreiber. Inhaltlich findet sich im Masterplan Umwelt das Vorhaben, den Anteil der Naturschutzgebiete in der Stadt von 2,1 auf 7,4 Prozent der Fläche zu erhöhen ebenso wie der ökologische Umbau des Emschersystems und Klimaschutz-Aktionen etwa durch Altbausanierung und Förderung regenerativer Energien in Zusammenarbeit mit der Dortmunder Energie und Wasser (DEW) oder eine ökologische Abfallwirtschaft. „Umweltschutz muss überall eine Rolle spielen“, zog Prof. Dr. Lothar Finke von der Fa-

kultät Raumplanung an der Universität Dortmund sein Fazit aus der Diskussion. „Nötig ist, sich auf konkrete Umweltziele zu verständigen.“

Doch weil Papier bekanntlich geduldig ist, müsse man nun Wert darauf legen, dass die Grundlagen des Umweltplans auch beachtet werden, mahnte am Ende Thomas Quittek als Vorsitzender des Landschaftsbeirats und Vertreter des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) im Arbeitskreis. Erheblichen Nachbesserungsbedarf sieht er vor diesem Hintergrund noch für den neuen Flächennutzungsplan der Stadt. Hier gebe es mit dem Weiterbau der OW III a, der Wohnbebauung Wickede West und dem Gewerbegebiet Groppenbruch noch immer ökologisch fragwürdige Festlegungen. Quittek: „Ich hoffe hier immer noch auf eine Einigung – zumindest darauf, diese Flächen nur mit nachrangiger Priorität anzupacken.“ • Oli

## Gedanken-Grün: Masterplan für die Umwelt

WAZ 13.11.

Bilanz - Flexibilität als großer Trumpf

Ein wichtiges Etappenziel erreicht habe man mit dem Masterplan Umwelt. Das war gestern einhellige Bilanz im Rathaus. Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Initiativen und Organisationen als Akteure für das Dortmunder „Gedanken-Grün“ wollen die Zusammenarbeit weiter wachsen lassen.

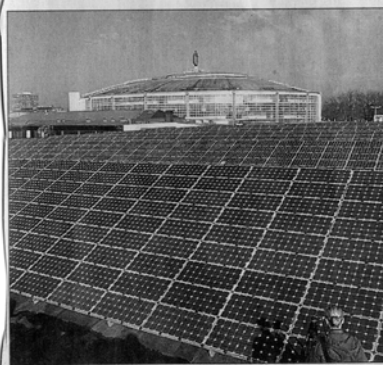
Der eigentlich unverbindliche Masterplan sei eine gute „Grundlage für den fachlichen Diskurs“, den es in keiner anderen der zehn größten deutschen Städte gebe, ordnete Planungsdezernent Ullrich Sierau das Bündel an Aktivitäten, Zielen und Visionen in den großen Rahmen ein. Von 2,1 auf 7,4 Prozent bzw. von 588 auf 2076 Hektar werde der Anteil an ausgewiesenen Naturschutzgebieten in Dortmund bei der Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes steigen.

Beim Treffen von 60 Teil-

nehmern merkte Prof. Dr. Lothar Finke (Uni Dortmund) an, dass man in der Boombranche Logistik „erschreckende Werte für Flächenverbrauch und Versiegelungsgrad“ erreiche. Dies müsse beim Namen genannt werden, trotz aller Harmonie im Großen.

Der Gegensatz „Arbeitgeber statt Kröten“ sei keine Leitlinie für die sachliche Debatte, so Stefan Schreiber, IHK-Geschäftsführer. Die Stadt sei auf gutem Weg im Hinblick auf die Pläne, von Thyssen-Krupp nicht mehr genutzte Flächen zu erwerben und umzunutzen.

Nicht im Einklang mit den Vorstellungen des Beirats der Unteren Landschaftsbehörde seien die Stadtplaner mit ihren Vorstellungen zum OW IIIa und für die Wohnparks Wickede West und Nord, merkte Thomas Quittek für den Beirat an. Quittek sieht einen „noch erheblichen Nachbesserungsbedarf“ für den Flächennutzungsplan. bu



90 Drei-Personen-Haushalte könnte die Solaranlage auf dem Eissportzentrum mit Strom versorgen. WAZ-Bild: Franz Meinert

## Noch ein weiter Weg bis zum Klima-Ziel

Nur durch Betriebsschließungen liegt Kohlendioxid-Ausstoß jetzt im Bundesdurchschnitt

Licht und Schatten prägen die Zwischenbilanz, die Dortmund - seit 1993 Mitgliedsstadt im Internationalen Klimabündnis - zwei Jahre vor dem Zieleinlauf zu ziehen hat.

Mit dem Beitritt verpflichtete sich Dortmund, in den Sektoren private und öffentliche Haushalte, Kleinverbraucher sowie Verkehr und Industrie den Ausstoß an Kohlendioxid, dem „Klimakiller“, bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent zu senken und bis 2010 gar zu halbieren - und zwar gegenüber den Werten aus 1987.

Nicht auf allen Feldern, die man beackert, wird das Ziel noch zu erreichen sein. Das Maß etwa, in dem der Autoverkehr das für den Treibhauseffekt verantwortliche Gas ausstößt, wächst weiterhin - trotz Katalysatoren und Fahrgastgewinnen bei Bussen und Bahnen. Auch beim Strom folgen die Dortmunder dem Bundestrend: Der Stromverbrauch pro Kopf steigt.

Auf anderen Gebieten sieht Dortmund besser aus. Der Pro-Kopf-Ausstoß an Kohlendioxid ging in den letzten drei Jahren auf 10 Tonnen im Jahr zurück - liegt damit im Bun-

desdurchschnitt. Ein mit Arbeitsplätzen bezahlter Fortschritt: Er geht vor allem auf die betriebsbedingten Schließungen energieintensiver Betriebe und Hauptmittelen zurück - und nur zum kleineren Teil auf Energiesparmaßnahmen.

Echte Fortschritte konnten Umweltdezernent Ullrich Sierau und Umweltsammler Wilhelm Grote gestern bei den Energiesparmaßnahmen im privaten und öffentlichen Bereich melden. Allein 77 Mio Euro flossen bisher als Fördermittel in die Energiesanierung von mehr als 11 000 Wohn-

heiten, hier sieht Sierau aber noch ein „riesiges Potenzial“. „Bei 234 000 Wohnungen im Altbaubestand müssen wir noch etwas tun. Da geht es um Milliarden - eine Chance auch für das Handwerk.“

Auch mit der Nutzung regenerativer Energien kann sich die Stadt bis 2005 sehen lassen. Mit der aus Sonne, Wind und Biomasse gewonnenen Energie könnte dann jeder fünfte Bürger versorgt werden. Schwerpunkt bleibt auch die effiziente Energienutzung: Die Stadtverwaltung sparte von 2001 bis 2002 fünf Prozent ein. In Euro: 19 Mio. rm

## Ökologie im Portemonnaie spürbar

Klimaschutz Thema bei Masterplan Umwelt

„In Sachen Ökologie muss ich nicht die Welt retten wollen, ich kann bereits in meinem Portemonnaie sehen, wie Ökologie und Ökonomie zusammenhängen.“

Dieses Zwischenfazit zog Dr. Wilhelm Grote gestern im Bildungszentrum Hansemann in Mengede, wo die siebte Veranstaltung Masterplan Umwelt stattfand. Diesmal war der Klimaschutz das Thema.

Für Verwaltung und Politik sind Einsparpotentiale das größte Pfund beim Klimaschutz. Dr. Grote: „Es geht um eine sinnvolle Verwertung der Leistung. Die Verwaltung hat in ihren Gebäuden im letzten Jahr fünf Prozent Energiekosten im Vergleich zu 2001 eingespart, das entspricht 19 Mil-

lionen Euro.“

Auch für den Bürger ergebe sich eine Sparsperspektive. Elke Albertz-Jellinghaus vom Umweltamt berichtete: „Passivhäuser verursachen zehn Prozent Mehrkosten beim Bau, die aber staatlich gefördert werden und nach zehn bis 20 Jahren durch das Einsparen von Energiekosten wieder drin sind.“

Das Umweltamt prämiert auch in diesem Jahr wieder zehn Hausbesitzer mit je 5000 Euro, die durch Sanierungsarbeiten die höchste Energieeinsparungen erreicht haben.

Umweltdezernent Ullrich Sierau summierte, was sich in diesem Bereich in Dortmund bereits alles getan habe: „In den letzten sechs Jahren sind über 10 000 Wohneinheiten im Altbaubestand energetisch saniert worden.“

Von einer besseren Energieeffizienz der Häuser hätten laut Sierau alle etwas: „Die Mieter sparen bis zu 70 Prozent an Energiekosten, das Handwerk verdient an den Sanierungsarbeiten.“

Es gebe noch viel zu tun: 78 Prozent des Dortmunder Wohnungsbestandes, das entspricht 234 000 Wohnungen, müssten noch nachgebessert, 10 550 Heizungen aus gesetzlichen Gründen bis 2006 ausgetauscht werden. ■ rs

Infos zum Energiesparhaus im Umweltamt unter 50-25673.



Zwischenbilanz: Umweltamtsleiter Dr. Wilhelm Grote.

Masterplan Klimaschutz mit optimistischer Botschaft:

## Klimakunde 2005: Jede fünfte Wohnung erhält Öko-Strom

(GN) In zwei Jahren wird jeder fünfte Haushalt in Dortmund mit regenerativem Strom versorgt. Das ist die optimistische Botschaft, die gestern vom Gesprächskreis „Masterplan Klimaschutz“ ausgeht.

40 000 Wohnungen könnten in zwei Jahren alternativ und umweltfreundlich mit Strom versorgt sein. An erster Stelle rangiert hierbei die Nutzung des Grubengases. An zweiter Stelle kommen bereits Windkraftanlagen, wenn in zwei Jahren die geplanten

Windräder in Ellinghausen stehen. Schließlich tragen auch Biomasse-Verbrennung (Lünen) und mehr und mehr Photovoltaik zum Anstieg des regenerativen Anteils bei der Stromerzeugung bei.

Der Nutzung der Sonnenenergie gibt dabei Elke Albertz-Jellinghaus (Umweltamt) die größten Wachstumschancen. Erst in diesem Jahr war Dortmunds größte Photovoltaikanlage auf dem Dach des Eissportzentrums in Betrieb gegangen. Sie wird angesichts des Sonnen-Sommers

auf Anheb einen Super-Ertrag einfahren.

Das größte Energie-Einsparpotenzial zum Klimaschutz sieht Umweltdezernent Ullrich Sierau in der Sanierung des Häuserbestandes. „78 Prozent der 234 000 Wohnungen wurden vor der ersten Wärmeschutzverordnung errichtet und müssen nachgebessert werden“, berichtet Sierau.

### Riesenpotenzial Gebäudesanierung

Er spricht von einem „Riesenpotenzial“ und einer „Riesenaufgabe“. Sie soll zum einen dem Klima zugute kommen. Aber auch das Handwerk werde profitieren, wenn Wohnungen energiesparm werden.

Zum einen umfasst die nötige Sanierung ein Milliarden-Volumen, was auch dem Handwerk nützt. Zum anderen rechnen sich die Maßnahmen für die Eigentümer. Klimaschutz rechnet sich. Das macht die Sache so attraktiv. Auch für die großen Wohnungsbauunternehmen, die längst mitziehen.



Ullrich Sierau, Heinrich Mause, Wilhelm Grote und Elke Albertz-Jellinghaus beim „Masterplan Umweltschutz“. (Bild: Luthe)

Abschlussveranstaltung im Rathaus - Dezernent nennt Dortmund im bundesweiten Vergleich beispielgebend

## Masterplan Umwelt: Vieles ist schon im grünen Bereich

(FB) Im Grunde sind alle Beteiligten zufrieden. Der aktuelle Umweltplan gilt als ideale Informationsgrundlage für Bürger und Behörden in Fragen der Dortmunder Umweltpolitik. Eine Basis, die bei kommenden Einzelfragen eine „Feinjustierung“ erfahren muss.

Sicher, es gab auch gestern noch Differenzen unter den rund 60 Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden, die auf einer Großveranstaltung im Rathaus den Masterplan als Paket für den Umweltschutz zusammenschürten. Doch letztlich wurde an einem Strang gezogen. „Dortmund hat sich als Stadt des Umweltschutzes positioniert“, fasste Dezernent Ullrich Sierau das Ergebnis zusammen. Man sei mutig in der Umweltpolitik. Einen Masterplan Umwelt habe unter den

zehn größten deutschen Städten sonst keine Kommune aufzuweisen.

Eine Anstrengung, die Prof. Dr. Lothar Finke (Uni Dortmund) unterstrich. Der Wissenschaftler wies aber auch darauf hin, dass es nicht nur gelte, Naturschutzgebiete auszuweiten - wie es Dortmund beispielhaft tue -, sondern generell und ganzheitlich schonend mit Ressourcen umzugehen. Finke kritisierte zum Beispiel mit Blick auf die Logistik-Branche hohen Flächenverbrauch und Versiegelungsgrad und die geringe Arbeitsplatzdichte. Für die Industrie- und Handelskammer sprach Geschäftsführer Stefan Schreiber den Firmen mit Blick auf geforderte „Nachhaltigkeit“ ein Lob aus. Mit den anderen Akteuren verfolge man identische Ziele in der Umweltpolitik. Die Wege seien vielleicht etwas unterschiedlich, so Schreiber.



Umbau der Emischer in Dortmund: Bis 2008 werden in die Renaturierung des Flusslaufs rund 800 Millionen Euro investiert. (WR-Archivbild: Franz Luthe)

Die „hervorragende Basis Umweltplan“, so Thomas Quittek vom Beirat der Unteren Landschaftsbehörde, müsse Entscheidungsgrundlage für den Flächenutzungsplan sein. „Da sehe ich Nachholbedarf. Quittek kritisierte dabei erneut die Wohnbauflächenausweisung.

Umbau des Emischersystems, Emischer-Landschaftspark, Anstrengungen im Klimaschutz und kompetente Abfallwirtschaft: Bereiche, die Dortmund in der Umweltpolitik für sich im grünen Bereich verbucht. Die Emischer-Gesellschaft investiert bis 2008 rd. 500 Millionen Euro, und 8,5 % der Fördermittel des Landes für Altbauanierungen fließen in die Stadt. „Wir müssen uns nicht verstecken“, sagt Sierau. Der eingeschlagene Weg soll - künftig vielleicht auch mit noch mehr Mut - weitergegangen werden.

## Mehr Platz für die Natur

Fläche für Umwelt soll verdreifacht werden / Wälder auf dem Programm

2003 könnte in Dortmund zum Jahr der Naturschutzgebiete werden – hofft Planungsdezernent Ullrich Sierau. Die Weichen dafür werden derzeit mit dem Masterplan Umwelt und dem Flächennutzungsplan gestellt.

Verstecken in Sachen Naturschutz muss sich Dortmund nach Sieraus Überzeugung nicht. „Wir sind schon Spitze“, stellt er fest. „Aber wir wollen uns noch mehr anstrengen.“ Und deshalb soll nach dem Entwurf für den neuen Flächennutzungsplan die Zahl der Naturschutzgebiete von 16 auf 27 wachsen und ihre Fläche von 588 auf 1659 Hektar fast verdreifacht werden. „Die Naturschutzgebiete – nehmen dann rund 6 Prozent des Stadtgebietes ein“, bilanziert der Dezernent – nicht ohne Hinweis auf Werte von 0,8 Prozent in Bochum oder 1,6 Prozent in Essen.

Die Dortmunder Bemühungen finden denn auch überregional Aufmerksamkeit. Die Ausweitung der Naturschutzgebiete in diesem Maße sei eine „bemerkenswerte Sache“, stellte Dr. Eberhard Geisler vom Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) gestern bei einer Fachveranstaltung zum Masterplan Umwelt in Brackel fest. Und auch die meist ehrenamtlichen Naturschützer erken-

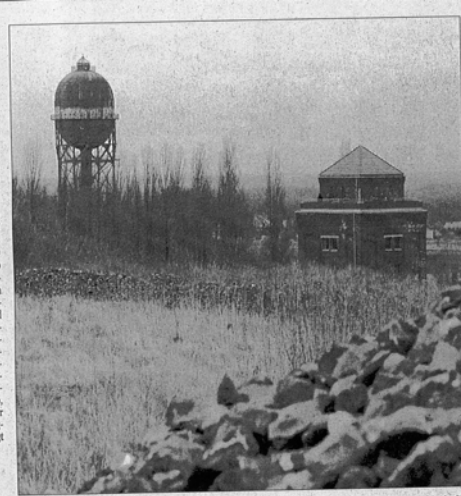


Auch das idyllische Wannebachtal im Dortmunder Süden soll nach dem Willen der Planer unter Naturschutz gestellt werden. RN-Foto: Menne

nen das Bemühen trotz einzelner Konfliktpunkte und Verbesserungsvorschläge an. Thomas Quittek, Vorsitzender des Landschaftsbeirats, mahnte beispielsweise eine bessere Vernetzung der Naturräume im Nordosten zwischen Scharnhorst und Lanstrop an. Nachdem in der Vergangenheit vor allem Bergensgebiete wie Lanstrop

See oder Hallerey für den Naturschutz reserviert worden waren, sind jetzt die großen Waldgebiete an der Reihe, erläuterte Umweltsenator Dr. Wilhelm Grote den Entwurf des Flächennutzungsplans. Grävlingholz, Süggel, Aplerbecker Wald, Kurier Busch und Dorney sollen nahezu komplett unter Naturschutz gestellt werden. Mit Folgen auch

für Spaziergänger und Sportler, die den Wald nutzen: „In Naturschutzgebieten dürfen etwa die Wege nicht verlassen werden“, erläutert Grote. „Ziel sei aber vor allem eine andere Form der Waldbewirtschaftung beispielsweise mit der Einrichtung von Naturwaldzellen. Grote: „Wir wollen nicht, dass die Menschen dort verschwinden.“ • Oli



Zwei Gebäude, zwei Phasen: Während das Lanstrop Er Teil des bereits bestehenden Landschaftsparks ist, sollen der Luftschacht und die ehemalige Deporie Grevel hinzukommen. WAZ-Bilder: Müller

## Die Natur wächst weiter Richtung Innenstadt

Phoenix-See als Schwerpunkt für Masterplan Umwelt

Mit Formulierungen wie „epochal“ oder „noch nie da gewesen“ geht Planungsdezernent Ullrich Sierau recht sparsam um. Gestern konnte er sich nicht zurückhalten. Er sei sogar „ein bisschen aus dem Häuschen“. Was Sierau denartige Superlative entlockt: der Masterplan 2010 für den Eschmer Landschaftspark.

Gestern wurden seine Ziele und der mögliche Weg dorthin von verschiedenen Beteiligten in Dortmund vorgestellt.

Wirft man einen Blick auf das Gesamtbild, bekommen die Superlative tatsächlich ihre Berechtigung. Gemeinsam mit der Internationalen Bauausstellung gestartet, soll innerhalb von 30 Jahren die Industrielandschaft Ruhrgebiet in eine Kulturlandschaft umgewandelt werden, den Menschen innerhalb einer Generation ein Teil der Natur wiedergegeben werden, der ihnen von der Montan-

industrie in über einem Jahrhundert genommen wurde. Folgende Vision könnte bis 2020 Realität werden: auf „grünen“ Wegen von Bönen bis Duisburg wandern. Und noch etwas ist besonders an diesem Masterplan: Ziele und Inhalte werden nicht vorgegeben – etwa vom Land –, sondern in vielen Veranstaltungen – gemeinsam erarbeitet. So konnten die Städ-

tenstadsbezirke sollen davon deutlich profitieren.“ Dies werde sich auch im Beschluss zum Flächennutzungsplan niederschlagen. Zentraler Punkt ist natürlich: Phoenix mit seinem See. Das Land stellt für die „grüne Seite“ von Phoenix fünf Millionen Euro Fördergelder in Aussicht, „wenn das Gesamtprojekt zügig in Angriff genommen wird“, so Ingrid Rudolph vom NRW-Umweltministerium.

Mit dem angedachten Grüngürtel sei Dortmund einer der aktivsten Kommunen bei der Umsetzung des Masterplans. Bei der ökologischen Umgestaltung des Eschmersystems spielt Dortmund sogar die Vorreiterrolle. Schon jetzt hat die Eschmergenossenschaft 250 Mio Euro allein in Dortmund verbaut, bis 2008 soll die gleiche Summe noch einmal investiert werden. Dann werden 25 Kilometer Eschmer und 35 Kilometer Zuflüsse im Stadtgebiet renaturiert sein.

Und Dortmund ist – wenn auch nicht räumlich – so doch thematisch mittendrin. Die Verwaltung will einen Grüngürtel ziehen – nicht um die Stadt herum, sondern fast mitten hindurch. Sierau: „Die In-

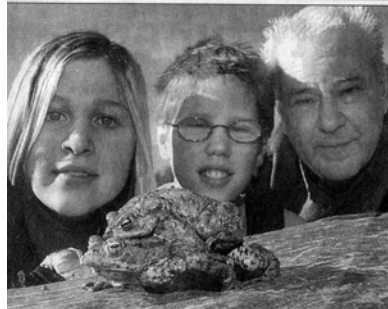
nenstadsbezirke sollen davon deutlich profitieren.“ Dies werde sich auch im Beschluss zum Flächennutzungsplan niederschlagen. Zentraler Punkt ist natürlich: Phoenix mit seinem See. Das Land stellt für die „grüne Seite“ von Phoenix fünf Millionen Euro Fördergelder in Aussicht, „wenn das Gesamtprojekt zügig in Angriff genommen wird“, so Ingrid Rudolph vom NRW-Umweltministerium.

Mit dem angedachten Grüngürtel sei Dortmund einer der aktivsten Kommunen bei der Umsetzung des Masterplans. Bei der ökologischen Umgestaltung des Eschmersystems spielt Dortmund sogar die Vorreiterrolle. Schon jetzt hat die Eschmergenossenschaft 250 Mio Euro allein in Dortmund verbaut, bis 2008 soll die gleiche Summe noch einmal investiert werden. Dann werden 25 Kilometer Eschmer und 35 Kilometer Zuflüsse im Stadtgebiet renaturiert sein.

Und Dortmund ist – wenn auch nicht räumlich – so doch thematisch mittendrin. Die Verwaltung will einen Grüngürtel ziehen – nicht um die Stadt herum, sondern fast mitten hindurch. Sierau: „Die In-

nenstadsbezirke sollen davon deutlich profitieren.“ Dies werde sich auch im Beschluss zum Flächennutzungsplan niederschlagen. Zentraler Punkt ist natürlich: Phoenix mit seinem See. Das Land stellt für die „grüne Seite“ von Phoenix fünf Millionen Euro Fördergelder in Aussicht, „wenn das Gesamtprojekt zügig in Angriff genommen wird“, so Ingrid Rudolph vom NRW-Umweltministerium.

„Masterplan Umwelt“ will auch das Zusammenwirken von haupt- und ehrenamtlichem Umweltschutz optimieren



Engagierte Bürger wie Krötenfreund Georg Kaleck halten den ehrenamtlichen Naturschutz aufrecht. (WR-Archivbild)

## Natur - dafür lohnt persönlicher Einsatz

(fpf) Aus dem Ehrenamt ist der Naturschutz erwachsen, später wurde er zunehmend professionalisiert. Doch ohne engagierte Bürger geht auch heute noch gar nichts – genauer: es ging sogar weniger denn je. Weshalb sich die 2. Veranstaltung zum „Masterplan Umwelt“ gestern um den ehrenamtlichen Naturschutz drehte.

Auch der wurde, ganz und gar deutsch, längst institutionalisiert und fußt in Dortmund – neben vielen kleinen „Vor-Ort-Initiativen“ – auf drei Säulen: den Naturschutzverbänden BUND, Nabu und

LNU, dem Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde und den Landschaftswächtern. Engagierten Naturfreunden wie Felix Ostermann, die durch jahrelange Tätigkeit zu echten Umweltexperten geworden sind und in ihren Bezirken jeden Grashalm kennen.

„Ich würde mir nur wünschen, dass gerade die Bezirksvertretungen unser Know-How stärker abfragen und unsere Bedenken ernst nehmen würden“, sagt Ostermann. Die Kooperation lasse zu wünschen übrig, obwohl es auch positive Beispiele gebe. Ohne das Veto der Landschaftswacht

würde heute wohl ein Reitweg durch das Ölbachtal in Lütgendortmund führen – mit fatalen Folgen für die Natur.

23 Landschaftswächter sind aktuell in Dortmund im Einsatz, die Bezirke Syburg und Kley sind vakant. Es gebe ein Nachwuchsproblem – wie überhaupt im Naturschutz. Weshalb Dezernent Ullrich Sierau und Thomas Quittek, Vorsitzender des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde, das Thema mit Aktionen, Projekten und Öffentlichkeitsarbeit stärker in den Fokus der Bürger rücken wollen. Die beste und eine durchaus

dankbare Zielgruppe sind junge Leute. Immer mehr Schulen engagieren sich daher mit Projekten oder auch auf Dauer im Naturschutz. So haben die Martin-Luther-King- und die Heinrich-Böll-Gesamtschule Patenschaften über die Naturschutzgebiete Hallerey bzw. Dellwiger Bach übernommen. Die Gesamtschule Scharnhorst war mit ihrer Biotop AG sogar auf dem Umweltgipfel in Johannesburg (Südafrika) vertreten. Kinder von kleinauf sensibilisieren und über sie in die Köpfe der Erachsenen vorstoßen: ein Weg für den Umweltschutz von morgen.

# Pressestimmen



Die Halde Schleswig in ihrem endgestalteten Zustand. Diese Computeranimation zeigt, wie sich Thyssen-Krupp und die Stadt Dortmund die Gestaltung der „Asselner Alpen“ mit Garten, Plattform, Wald und Wanderwegen vorstellen.

Garten, Rodelhang, blühender Narzissenberg und eine „Himmelstreppe“

## Grüne Zukunftsperspektiven für Halde Schleswig in Asseln

Von Silke Hood

Im Nordosten. Einen zweistelligen Millionenbetrag kostet es sich Thyssen-Krupp, um aus der Halde Schleswig in Asseln ein optisches Highlight mit hohem Freizeitwert zu machen. Und weil die heutige Deponie am östlichen Stadtrand Dortmunds liegt, lautet das Motto der ab 2007 beginnenden Rekultivierung auch „Die Sonne geht im Osten auf“.

Welche einzelnen Maßnahmen umgesetzt werden sollen, teilten gestern am Rande der Fachveranstaltung zum Masterplan Umwelt (Thema: Entwicklung von Deponien und Umgang mit Abfall), unter anderem Vertreter von Thyssen-Krupp als Eigentümer der Deponie sowie die beauftragte Landschaftsarchitektin Christine Wolf mit. Eine Gartenlandschaft auf dem Gipfel der „Asselner Alpen“ soll in Zukunft auch Aussichtsplattform sein. Eingsherum wollen die Verantwortlichen einen Wald anlegen, der von Wanderwegen durchzogen sein soll. Die erhalten dann so klingvolle



Auch Bezirksvorsteher Karl-Heinz Czierpka informierte sich über die Pläne zur Endgestaltung der Halde Schleswig.

Nämen wie Himmelstreppe oder Mädelwege. Getreu des Mottos „Im Osten geht die Sonne auf“ sollen die Bürger „zumindest im Frühjahr“ auf den 54 Hektar großen Deponiegelände einen gelben Hang vorfinden. Für die gewünschte gelbe Farbenpracht sollen Tausende von Narzissen sorgen. Bäume, deren Blattwerk von Jahreszeit zu Jahreszeit farblich variiert, werden ebenfalls angepflanzt. Im Winter

Die Halde Schleswig, auf der noch bis 2007 Schlacke und Bauschutt abgelagert werden, soll sich nach Beendigung der Rekultivierungsmaßnahmen in den Grüngebiet Dortmunds einfügen.

Während alle zurzeit noch in Betrieb befindlichen Dortmunder Deponien in naher Zukunft rekultiviert werden und als Landmarken der Stadt heraus ragen sollen, wird die Deponie Dortmund-Nordost als einzige Müllanlage auch noch in den nächsten zehn Jahren weiter betrieben werden. Wie Friedrich Haarmann, Abteilungsleiter bei der EDG, mitteilt, gibt es ab 2005 allerdings eine Einschränkung: Hausmüll darf dann nur noch vorbehandelt verfüllt werden. Konkret heißt das: Das, was beim Verbrennen in der Müllverbrennungsanlage vom Hausmüll übrig bleibt, darf auf die Deponie Dortmund-Nordost. „Kein Problem“, stellte Haarmann fest. Schließlich machten Gewerbeabfälle, Bauschutt und Sonderabfälle ohnehin den größeren Anteil mit insgesamt über 300 Millionen Tonnen pro Jahr am Gesamtvolumen aus.



Mit dem Umweltplan Dortmund befasste sich gestern die sechste Fachtagung zum Masterplan Umwelt. Zu Fuß und per Bus erkundeten die Teilnehmer den Bereich Uni sowie die Ortschaften Barop, Asseln, Wickede und Karl sowie die feuchten Niederungen des Nordwestens mit der Wasserachse von Kanal und Emscher, wo die Teilnehmer jeweils die Vorschläge des Umweltamtes diskutierten.

Umweltdezernent: 430 Hektar für freiraumbezogene Nutzung gewinnen - Grünflächen und Biotope verbinden

## Masterplan: Es wird künftig mehr Grün sein

(GN) Dortmund soll grüner werden. Umweltdezernent Ulrich Sierau spricht von einer „historischen Chance“, wenn er ankündigt: „Wir wollen 430 Hektar einkassieren für freiraumbezogene Nutzung.“

Vor allem die Industriebrachen sind im Visier des „Masterplans Umwelt“. Egal, ob es heute noch 49 oder vielleicht nur noch 47 Prozent Grün sind. Fest steht für Sierau: „Es wird künftig mehr Grün sein als gegenwärtig.“

Wesentliche Zielsetzung der Umweltplaner: Die Verbindung von Grünflächen und Biotopen. Sierau verweist etwa auf die Brache Westfalenhütte. Hier könnten Grünzonen entstehen, die den Hoerschpark mit Fiedelbaum verbinden. Grünzüge und -verbindungen sollen wachsen, wo heute noch Beton ist; wenn auch nicht von heute auf morgen. Sierau widerspricht in diesem Zusammenhang dem Eindruck, durch den HDJ-Neubau am Südbad werde eine wichtige Grünsehne aus der City durchs Stadewaldchen zum Westfalenpark zerstört.

Als Musterbeispiel für nachhaltige Entwicklung verweist Sierau auf die Hoersch-Brache Phoenix-West zwischen B 54 und Hörde: 110 Hektar.

„Hier werden wir Landschaft zurück gewinnen, so Sieraus Botschaft. Der gesamte Emscherlauf werde in einem Kraftakt zu einem „Freiraum Emscher-Aue“ umgebaut.“

### Wirtschaft am Masterplan beteiligt

Die Wirtschaft sei in den „Masterplan Umwelt“ miteingebunden. Deshalb sitze auch die IHK mit im Boot. Für die IHK drückte Stefan Schreiber „das Interesse der Unternehmen aus, auch zukünftig genügend Gewerbeflächen bereitzustellen“. Umweltschutz ist ein konfliktreiches Thema.

Hierzu Sierau: 85 Prozent der neuen Gewerbeflächen entstehen auf alten Industrie- und Militärbrachen, 15 Prozent im Freiraum, etwa im Weißen Feld (Technopark). Problematisch sieht auch die Dortmunder Energie und



Eine „historische Chance“: Durch die Entwicklung von Industriebrachen - hier die Hoersch-Fläche Phoenix West - werden Freiflächen für Landschafts- und Umweltschutz gewonnen. Grünzonen werden geschaffen und verbunden. (WR-Bild: Rottmann)

Wasser (DEW) das Thema. Im liberalisierten Strommarkt achte kaum jemand auf den ökologischen Beitrag. „Was für den Kunden letztlich zählt, ist der Preis“, bringt DEW-Sprecher Albert Herz-

mann die Sache auf den Punkt. Klimaschutz könne nicht länger auf die Preise umgelegt werden. Herzmann warnte in diesem Zusammenhang vor den Gefahren, die eines liberalisierter Wassermarktes.

Weltweiter Wasserhandel drohe. „Die Trinkwasser-Qualität darf aber in Brüssel nicht auf dem Altar der EU-Liberalisierung geopfert werden“, so Herzmann. Nachhaltigkeit verlange lokale Lösungen.

Ebenfalls gestern stellte Umweltamtsleiter Wilhelm Grote den Umweltbericht der Jahre 99/2000 vor. Interessierte Bürger können den Bericht beim Umweltamt, Katharinenstraße, erhalten.

## **Impressum**

**Herausgeberin**                      Stadt Dortmund  
Umweltamt  
Katharinenstrasse 12  
44137 Dortmund

**Redaktion**                              Dr. Wilhelm Grote (verantwortlich)  
Susanne Webeling  
Annelies Glende  
Dr. Uwe Rath

**Gestaltung**                             Annelies Glende  
Susanne Webeling

**Druck**

### **Beiträge von:**

Eike Albertz-Jellinghaus, Heinz Bornkessel, Dr. Lutz Decking, Markus Halfmann, Dr. Monika Hirsch, Werner Höing, Rudolf Kazda, Martin Knauber, Ulrich Lange, Bärbel Maczkowski, Dr. Robert Marks, Tanja Meininghaus, Dr. Uwe Rath, Fabian Rips, Georg Sümer, Michael Tolewski, Christoph Veen, Susanne Webeling (alle Umweltamt)

Sonja Gugel, Meike Timmermann (beide Planungsamt), Sebastian Vetter (Stadtgrün GmbH), Marlies Kloten (Trainee Stadt Dortmund), Kristine Mayer (früher Trainee Stadt Dortmund)

Achim Holtrup (WBF-Dortmund - Firmenbetreuung)